Dienstag/Mittwoch, 20./21. 11. 1984 - D***
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 273 - 47.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lambsdorff: Als „Unsinn" hat der FDP-Politiker Berichte zurückgewiesen, wonach er die Nachfolge des zurückgetretenen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei, Morlok, anstrebe: Er habe „nie im Leben auch nur das leiseste Interesse signalisiert oder bekundet", sagte Lambsdorff in einem WELT-Gespräch. (S. 12)

Polen-Visite: Außenminister Genscher will bei seinem Besuch in Warschau wieder normale Verhältnisse zwischen der Bundesrepublik und Polen herstellen. Gleichzeitig soll seine Reise dazu beitragen, den sich abzeichnenden Dialog zwischen Washington und Moskau zu flankieren. (S. 12)

Deutsche Frage: Die SED hat dem Berliner Regierenden Bürgermeister Diepgen vorgeworfen, er wolle „sich mit der DDR anlegen". Unter Hinweis auf Diepgens Wort von der „offenen deutschen Frage" hieß es, Diepgen sei offenbar nicht in der Lage, „die Realitäten anzuerkennen". (S. 6)

Spenden: Kanzler Kohl lehnt die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel verlangte Fernsehdebatte über Parteispenden ab. Seine Position sei klar, er habe das Notwendige zu diesem Thema vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuß gesagt.

Rumänien: Staats- und Parteichef Ceausescu hat den Parteitag der KP gestern aufgefordert, der Verlängerung der Mitgliedschaft Rumäniens im Warschauer Pakt zuzustimmen. Die Vertragsverlängerung sei notwendig, weil der Warschauer Pakt und die NATO keine Vereinbarung zur gleichzeitigen Auflösung beider Militärblöcke erreicht hätten.

Nahost: Libanesische Forderungen an Israel, Kriegsreparationen in Höhe von bis zu zehn Milliarden Dollar zu zahlen, sind gestern von der israelischen Delegation bei den Truppenrückzugsverhandlungen abgelehnt worden.

Rüstung: Für ausgesprochen töricht hält die italienische Regierung Forderungen deutscher Politiker, die Verhandlungen über strategische und Mittelstreckenraketen zusammenzulegen. Damit würde der europäische Einfluß auf die Verhandlungsführung der Amerikaner verlorengehen. (S. 7)

Gescheitert: Der Vatikan hat eingeräumt, daß es ihm trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen ist, offizielle Kontakte mit Peking oder der katholischen Kirche Chinas aufzunehmen. Jetzt sei eine „sehr kühne Geste" notwendig, um das Ziel noch zu erreichen, sagte Kardinal-Staatssekretär Casaroli.

ZITAT DES TAGES



» Die linken Kräfte in der SPD meinen, sie könnten mit dem Vehikel Grün den Rest der Sozialdemokratie überfahren «

Der frühere nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer zum Verhältnis der SPD zu den Grünen (S. 4) FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Unternehmensgewinne: Industrie und Handel haben nach Hochrechnungen der Bundesbank 1983 mit insgesamt 143 Milliarden DM (vor Abzug der Steuern) 15 Prozent mehr eingenommen als im Vorjahr. (S. 13)

Ergänzungsabgabe: Die FDP hat Forderungen aus der CDU nach Einführung einer Ergänzungsabgabe abgelehnt. Die neuentfachte Steuerdiskussion stelle eine Gefahr für die Arbeitsplätze dar.

„DDR"-Handel: Die „DDR" hat im dritten Quartal wieder vestärkt bei Firmen aus der Bundesrepublik geordert. Die Nachfrage lag um rund ein Drittel höher als im Vorjahreszeitraum. (S. 13)

Wirtschaftsetat: Der Etat 1985 geht um 10,7 Prozent auf 5,02 Milliarden DM zurück. (S. 13)

Börse: Die Kurse an den deutschen Aktienmärkten gaben gestern überwiegend nach. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 156,2 (157,1). Dollarmittelkurs 2,9557 (2,9622) Mark. Goldpreis pro Feinunze 343,40 (345,00) Dollar. BHF-Index 102,069 (102,050). Performance Index 110,859 (110,807).

KULTUR

Monika Sperr: Die Schriftstellerin ist in München gestorben. 1941 in Berlin geboren, war sie als Journalistin und Dramaturgin tätig. Bekannt wurde sie als Sachbuchautorin.

Universität Bremen: Die alten Vorbehalte gegen die Aufnahme eines Studiums sind, so meint Professor Wolfgang Dreybrodt, zum großen Teil nicht mehr begründet. (S. 23)

SPORT

Fußball: Heute und morgen wird die zweite Runde im DFB-Vereinspokal ausgetragen. Das Spiel des 1. FC Köln bei Hannover 96 ist mit 62 000 Besuchern ausverkauft.

Rhythmische Sportgymnastik: Die Europameisterschaften in Wien nahmen für die deutschen Damen mit einem vierten Platz in der Gruppe noch einen versöhnlichen Abschluß. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Glasfaser: Mit einem Bildtelefongespräch zwischen Hannover und Hamburg nahm Postminister Schwarz-Schilling die erste Teilstrecke des Glasfaserkabel-Netzes in Betrieb. (S. 24)

Alkohol: 150 Medizinprofessoren in Schweden haben in einem offenen Brief für die Wiedereinführung der 1955 abgeschafften Alkoholrationierung plädiert. 25 Prozent der Pflegeplätze in den Kliniken seien von Alkoholkranken belegt.

Wetter: Bewölkt, vereinzelt Niederschlag. 3 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach dem Buß- und Bettag erscheint die nächste Ausgabe der WELT am Donnerstag. In einigen Gebieten ist die normale Zustellung jedoch nicht möglich, wenn Regional- und Lokalzeitungen, mit denen wir in Vertriebsgemeinschaft zusammenarbeiten, am Donnerstag nicht erscheinen. Unsere Leser erhalten dann die WELT durch die Post.

Bundesbank sieht Spielräume ohne höhere Verschuldung

Warnung vor Aufblähung der Haushalte wie Ende der 70er Jahre

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Vor einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen, wie sie nach den inzwischen erzielten Fortschritten beim Abbau der strukturell überhöhten Defizite immer häufiger gefordert werden, warnt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Sie wendet sich vor allem gegen Forderungen nach einer Forcierung der staatlichen Investitionstätigkeit unter Inkaufnahme einer wieder höheren Kreditaufnahme.

Zwar räumt die Bundesbank ein, daß die Einschränkung der öffentlichen Investitionen in manchen Bereichen wegen eines wachsenden Bedarfs an Ersatz- und Neuinvestitionen besonders auf kommunaler Ebene nicht fortgesetzt werden könne und auch bereits erste Anzeichen für eine Belebung der öffentlichen Bautätigkeit zu erkennen seien. Doch sollte der Fehler einer übermäßigen Expansion des Haushaltsvolumens wie Ende der 70er Jahre vermieden werden.

Als wichtigstes Ziel der Finanzpolitik bezeichnet die Bundesbank neben einer Verringerung der Defizite durch eine enge Begrenzung des Ausgabenwachstums eine Verstärkung der wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben. Dies bedeute aber nicht zwangsläufig eine globale Ausweitung der haushalts- und finanztechnisch als investiv bezeichneten Ausgaben. Denn unter den Investitionen würden auch Ausgaben mit konsumtivem Charakter erfaßt, während sich andererseits auch außerhalb der herkömmlichen Investitionskategorien Ausgaben befänden, die dem gesamtwirtschaftlichen

SEITE 13:
Gute Voraussetzung

Wachstumsprozeß förderlich seien. Die Bundesbank sieht durchaus eine Chance für eine Ausweitung solcher Ausgaben, die als Vorleistungen für den Unternehmenssektor dessen Innovationsbereitschaft stärken, den notwendigen Strukturwandel unterstützen, die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessern und außerdem auch die Ausgaben zur Verringerung von Umweltschäden zu erhöhen. Dafür hätten die Fortschritte bei der Rückführung der Defizite besonders bei den Gemeinden etwas finanziellen Spielraum entstehen lassen.

In ihrem Monatsbericht rechnet die Notenbank vor, daß die Gebietskörperschaften im letzten Jahr 50 Milliarden Mark für Sachinvestitionen und fast 40 Milliarden für Darlehen und sonstige Finanzierungshilfen aufgewendet haben. Das waren zwar knapp 30 Prozent mehr als 1974, doch ist ihr Anteil am Haushaltsvolumen seither von 22 auf 15,5 Prozent gesunken. Die Einschränkung der staatlichen Sachkapitalbildung sei nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, betont die Bundesbank, denn nach dem jahrelangen Ausbau der Infrastruktur sei der Bedarf in einzelnen traditionellen Bereichen öffentlicher Investitionstätigkeit gedeckt.

Die Bundesbank bringt in ihrem Monatsbericht mehrere Negativbeispiele für öffentliche Investitionen. So sei das 1977er Programm für Zukunftsinvestitionen ein Exempel dafür, daß sich die Investitionstätigkeit der Gebietskörperschaften mit Programmen nicht flexibel genug steuern lasse.

Kanzler: Wir stehen zu Israel

Bonn gegen alle Versuche, den jüdischen Staat international zu isolieren

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Absicht bekundet, die Beziehungen zu Israel mit besonderer Sorgfalt zu pflegen und zu vertiefen und gleichzeitig allen Versuchen entgegenzutreten, den jüdischen Staat aus internationalen Gremien zu verdrängen. Der Einsatz für das Recht Israels, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, gehöre zu den Leitlinien der deutschen Nahostpolitik, betonte Kohl in einem Grußwort an die gestern eröffnete VIII. Deutsch-Israelische Konferenz in Bonn.

Der Kanzler unterstützte die Bemühungen auf deutscher und israelischer Seite, die Last einer entsetzlichen Geschichte zu überwinden. Vorwärtsschauen heiße aber nicht, die Vergangenheit zu verdrängen. Die am jüdischen Volk verübten Verbrechen dürften nicht in Vergessenheit geraten. Dies müsse besonders der Jugend deutlich gemacht werden.

In dem vom Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Blumenfeld, verlesenen Grußwort Kohls hieß es weiter, die Bundesregierung werde alles daransetzen, zum Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen beizutragen, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und den freundschaftlichen Dialog zu fördern. Entscheidend sei der Wunsch nach Frieden für alle Völker der Region.

Der Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft und frühere israelische Botschafter in Bonn, Asher Ben-Nathan, überbrachte den Delegierten beider Länder Grüße des neuen Ministerpräsidenten Shimon Peres. Der Chef der neugewählten Regierung der Großen Koalition habe ihm in einem Gespräch vor der Abreise versichert, daß ihm auch in Zukunft, wie schon in der Vergangenheit, die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen besonders am Herzen liegen werde.

Ben-Nathan betonte, im Verhältnis zur Bundesrepublik habe sich die Haltung Jerusalems nach dem Regierungswechsel nicht geändert. Bereits der vorige Ministerpräsident und langjährige Außenminister Jitzhak Shamir habe die deutsch-israelischen Beziehungen sehr gefördert. Dieser Kurs, der dem Israel-Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl einen sehr positiven Inhalt gegeben habe, werde fortgesetzt.

Als vorrangige Aufgaben der Regierung in Jerusalem bezeichnete der frühere Botschafter die Konsolidierung der Wirtschaft und die Beilegung des Libanon-Krieges. Die Israelis seien optimistisch, daß sie vor allem durch Modernisierung der Industrie und Erweiterung der Exporte die Wirtschaft wieder voranbringen könnten. „Wir brauchen aber das dafür notwendige Verständnis unserer Partner in der Welt." Wichtig seien in diesem Zusammenhang die bevorstehenden Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft.

Aus Südlibanon will sich die israelische Armee, so Ben-Nathan, schnellstmöglich zurückziehen – wenn das ursprüngliche Ziel des Einmarsches erreicht sei, zu verhindern, daß der Südlibanon als eine Terrorbasis gegen Israel benutzt werden könne. In der israelischen Koalition gebe es Differenzen in Grundsatzfragen, aber Einigkeit in pragmatischen Fragen. Grundsätzlich bestehe Konsens darüber, daß Israel zu direkten

● Fortsetzung Seite 12

Tschad: Paris bereit für „Manta 2"

Mitterrands Treffen mit Khadhafi erweist sich als schwerer diplomatischer Fehler

A. GRAF KAGENECK, Paris

In Paris wird die Rückkehr eines aus etwa 1200 Mann bestehenden französischen Truppenkontingents nach Tschad, in Anlehnung an die erste Entsendung vom August 1983 „Manta 2" genannt, nicht mehr ausgeschlossen. Verteidigungsminister Charles Hernu und sein Generalstabschef, General Jannou Lacaze, verhandelten seit Sonntag abend in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena mit Staatspräsident Hissen Habre über eine solche neue französische Truppenhilfe. Inzwischen war aus amerikanischen wie französischen Quellen klar erwiesen, daß noch mindestens 1000 Mann libyscher Truppen entgegen dem Abzugsabkommen vom letzten September in Nord-Tschad stehen.

Französische Jaguar-Kampfmaschinen fliegen seit Sonntag mittag von ihren Basen in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik aus bewaffnete Aufklärung über Tschad. Sie haben Fotos von libyschen Hubschraubern, Panzern und Geschützen im Tibesti-Gebirge nördlich des 16. Breitengrades mitgebracht. Außerdem liegen den Franzosen Beweise „aus eigenen Quellen", wie in Paris betont wird, darüber vor, daß die von Libyen ausgerüstete „islamische Legion" (Stärke 3000 Mann) an der Seite der Truppen des Rebellen Goukouni Weddaie in Tschad stehen. Beide Kontingente könnten, so versichern Beobachter in Paris, jederzeit den Angriff aufnehmen. Allerdings sollen sie den Truppen Habres nicht ebenbürtig sein.

Auf politisch-diplomatischem Feld hat sich die Tschad-Krise inzwischen zu einem starken Rückschlag für die persönliche Außenpolitik Präsident Mitterrands und zu einer ernsten Verstimmung zwischen Paris und Washington ausgeweitet. Einhellig kritisiert die französische Presse den Alleingang Mitterrands zu Oberst Khadhafi am letzten Donnerstag in Kreta, der Frankreich gedemütigt und Mitterrand als einen Mann hingestellt habe, der von einem gerissenen Araber hineingelegt werden könnte. Mitterrand hatte nach seiner Rückkehr aus Kreta zugeben müssen, daß er von Khadhafi getäuscht worden sei.

Außenminister Claude Cheysson antwortete in Washington gereizt auf entsprechende Fragen der Reporter: „Wir haben nicht die Amerikaner zu fragen darüber, was wir in Tschad tun werden." Auch Cheysson gab zu, daß Frankreich von Khadhafi getäuscht worden sei und eventuell gezwungen wäre, neue Truppen nach Tschad zu entsenden. Die amerikanische Irritation kommt vor allem daher, daß Washington Paris seit Wochen über die wahren Absichten Khadhafis nicht im unklaren gelassen und sogar fotografische Unterlagen über die Präsenz libyscher Truppen nach dem 10. November geliefert hatte. Paris hatte diese Hinweise aber bisher hartnäkkig in den Wind geschlagen.

Unionsfrau über Frauen und Union

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit einer sorgenvollen Prognose über das Wahlverhalten jüngerer Frauen versucht die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, die Bundestagsabgeordnete Helga Wex, ihre Partei dazu zu bringen, „mit den Grünen in einen Wettbewerb um diese Wähler einzutreten". Bis 1969, so Frau Wex, seien die Frauen, die in der Bundesrepublik 54 Prozent der Wahlberechtigten stellen, das sicherste Wählerreservoir der Union gewesen.

Der Vorsprung, der in den sechziger Jahren bis zu zehn Prozent ausgemacht habe, sei inzwischen aber schmal geworden und habe bei der Bundestagswahl 1983 nur noch 1,5 Prozent betragen. Dazu meinte die Abgeordnete in einem Papier, das sie der Klausurtagung des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung und der Landesvorsitzenden in Bonn vorgelegt hatte, daß die CDU in die Gefahr komme, nicht mehr regierungsfähig zu sein, wenn sie ihre jüngeren Wählerinnen nicht fester an sich binde. Dies sei einer der „Schwachpunkte" der CDU. Befriedigende Wahlergebnisse bei jungen Frauen seien letzthin nur in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg erzielt worden. „Für alle anderen Länder gilt: Die CDU gerät bei den jüngeren Frauen immer mehr ins Abseits."

Die Sozialdemokraten hätten nach der Bundestagswahl die Parole ausgegeben, eine Mehrheit links von der CDU zu erreichen. Bei den Wählern bis zu 35 Jahren, insbesondere bei den Frauen, sei dieses Ziel erreicht. SPD und Grüne hätten hier „erdrükkende Mehrheiten". In allen Bundesländern, in denen die CDU auftrete, verfügten SPD und Grüne, mit Ausnahme Baden-Württembergs, bei den bis zu 25 Jahre alten Frauen über eine absolute Mehrheit. Die CDU müsse deutlich machen, daß die „Grünen" auf durchaus sinnvolle Fragen die falschen Antworten geben.

Schließlich bricht Helga Wex mit ihrem Thesenpapier eine Lanze für junge Frauen als Politikerinnen. Es gehe für ihre Partei nicht darum, f ü r Frauen Politik zu machen, sondern m i t ihnen. „Dabei ist wichtig zu wissen: Ihre Einstellungen zu politischen Fragen unterscheiden sich oft von den Ansichten vieler männlicher Politiker." Die CDU müsse „reden und diskutieren".

Im Wahljahr 1976 hätten zahlreiche Aktivitäten der Partei um die Problematik der Gleichberechtigung von Mann und Frau, darunter der Mannheimer Parteitag unter dem Motto „Frau und Gesellschaft", die neu eingesetzte gleichnamige Enquete-Kommission im Bundestag und der Entwurf eines Gesetzes über das Erziehungsgeld, den Stimmenanteil der 18- bis 25jährigen Frauen am Wahltag für die CDU auffällig erhöht. Bei einer offensiven Darstellung der politischen Position in der Frauen- und Familienpolitik hätte die Union gute Chancen gehabt, schon 1976 die absolute Mehrheit zu erreichen.

DER KOMMENTAR

Für die Katz

CLAUS DERTINGER

Der Glaube an die Allmacht des Staates scheint unausrottbar zu sein. Der Staat kann alles, wenn er nur den Geldhahn weit genug aufdreht: Die Wirtschaft in Schwung und die Umwelt rein halten, die Arbeitslosen von der Straße holen, Renten finanzieren und vieles andere mehr. Diese Illusion hält sich auch nach der „Wende" in Bonn. Das zeigen nicht nur Forderungen von Politikern linker Couleur. Parlamentarier verlieren nie den nächsten Wahltermin aus den Augen und machen sich zudem nur allzu leicht Wünsche von Interessengruppen aus der Wirtschaft zu eigen.

Wo das Geld dazu herkommen soll, wird meist als zweitrangige Frage angesehen. Beliebt ist, über Kreditfinanzierung die nächste Generation zur Kasse zu bitten oder die „Reichen" zusätzlich zur Ader zu lassen.

Die Herren, die das so leichthin fordern, vergessen darüber, wie wichtig es ist, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, obwohl besonders die späten siebziger Jahre ein schlagendes Beispiel dafür lieferten, wie sehr der Staat mit einer zu hohen Neuverschuldung den Finanzspielraum für seine Aufgaben schmälert und wie die Überbesteuerung die Leistungsbereitschaft lähmt.

Wenn man wirklich davon ausgehen könnte, daß die für alles mögliche geforderten staatlichen Ausgaben auch den gewünschten Effekt bringen, könnte man dafür noch etwas Verständnis aufbringen. Aber tatsächlich war vieles, was der Staat mit Sonderprogrammen finanziert hat, weitgehend für die Katz. Es ist verdienstvoll, daß die Bundesbank jetzt in ihrem neuesten Monatsbericht diese wunden Stellen bloßgelegt hat.

Inzwischen ist nicht nur der Bedarf an vielerlei öffentlichen Investitionsvorhaben geringer, man muß auch einfach zur Kenntnis nehmen, daß sich der Staat nicht zur Finanzierung aller Träume verantwortlich fühlen kann. Er sollte vielmehr der privaten Initiative mehr Spielraum lassen und sich auf das Notwendigste beschränken.

Wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden, ist dies nach Meinung der Bundesbank durchaus möglich. Die Politiker der „Wende" sollten sich daran erinnern, mit welchen Versprechungen sie angetreten sind. Dazu gehörte auch die Erkenntnis, daß man nicht verteilen kann, was vorher nicht erwirtschaftet wurde.

Rumänien: Schuldenerlaß gefordert

DW. Bukarest

Rumänien tritt für den völligen Erlaß der Schulden für Entwicklungsländer mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen unter 600 Dollar ein. Allen Entwicklungsländern müßten die Schulden um 30 bis 50 Prozent reduziert werden, forderte gestern der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu zur Eröffnung des 13. Parteitages der rumänischen Kommunisten in Bukarest. Dem internationalen Währungsfond (IMF) warf Ceausescu vor, mit zweiseitigen Umschuldungsabkommen sich „unzulässig" in die inneren Angelegenheiten der Schuldnerländer einzumischen. Notwendig sei dagegen eine gemeinsame Konferenz von Schuldnern, Geberländern und Banken zur Erzielung einer „Globallösung".

Nach Darstellung Ceausescus setzt sich Rumänien nachdrücklich für Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa ein. Da die europäischen Länder besonders von diesen Waffen bedroht würden, sollten diese Staaten auch an diesen Verhandlungen der Supermächte beteiligt werden. Ceausescu bezeichnete ausdrücklich auch die Abrüstungsvorschläge der NATO und der USA als „konstruktiv" und als mögliche Diskussionsgrundlage.

Innenpolitisch kündigte Ceausescu, dessen Wiederwahl zum Parteichef gesichert ist, einen größeren Einfluß des Staates in der Wirtschaftsplanung und im gesellschaftlichen Leben an.

Türkischer Diplomat in Wien erschossen

DW. Wien

Ein türkischer Diplomat ist gestern morgen in Wien in seinem Wagen erschossen worden. Der 52jährige Berufsdiplomat Evner Ergun wurde um 9.30 Uhr von zwei Kugeln getroffen. Ergun war der ranghöchste türkische Diplomat bei den Vereinten Nationen in Wien und zugleich stellvertretender Direktor der Abteilung für soziale Entwicklung. Er lebte seit 1979 in der österreichischen Hauptstadt, war verheiratet und hatte mehrere Kinder.

In einem Anruf beim Wiener Büro der Associated Press (AP) bekannte sich kurz nach der Tat ein Sprecher der „Armenischen Revolutionsarmee" (ARA) zu dem Anschlag. Um 11.30 Uhr meldete sich im AP-Büro von Rom ein weiterer anonymer Anrufer. Ein Mann erklärte in gebrochenem Englisch, daß die ARA für den Anschlag die Verantwortung übernehme und ihre Aktionen gegen Repräsentanten des „kriminellen türkischen Staates innerhalb und außerhalb der Türkei fortsetzen" werde.

Der Diplomat hatte nach Angaben der Polizei an einer Verkehrsampel in der Wiener Innenstadt das Tempo seines Wagens verlangsamt. Der unbekannte Attentäter feuerte zumindest zweimal durch das geschlossene Fenster des Diplomatenfahrzeugs. Eine Kugel traf Ergun in den Kopf. Der Schütze warf ein schwarzes Tuch mit den drei Buchstaben „ARA" durch das zerschossene Fenster ins Wageninnere und flüchtete in eine Untergrundpassage. Sofort nach dem Anschlag wurde in der Wiener Innenstadt eine Großfahndung ausgelöst.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Brandt vor dem Riegel

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Reden über das eigene Land" heißt eine Vortragsreihe in München; also redete Willy Brandt über die deutsche Frage, aber nur, um sie für eine Fiktion zu erklären, die sich mit der Realität von heute nicht mehr berühre. Immerhin erwähnte er noch die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten; aber mit einer neuen Kostprobe seiner semantischen Verwandlungen nahm er den toten Gustav Heinemann in Anspruch, um aussprechen zu können, was er als eigene Forderung noch nicht direkt formulieren will: Man müsse wie der ehemalige Bundespräsident zu einem Verfechter der Anerkennung der „DDR" werden.

Welche Art Anerkennung meint Brandt? Auch hier vermied er die direkte Aussage, machte sich jedoch beziehungsvoll über die völkerrechtlichen Grundlagen der offenen deutschen Frage lustig, deren Offenheit für ihn nur ein Traum ist, der verfliegt, wenn man aufwacht. Man tritt ihm wohl nicht zu nahe, wenn man davon ausgeht, er halte die völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" für wünschenswert. Brandt ist für die Anerkennung der „Realitäten" – in Deutschland wie in Nicaragua.

Weg also mit dem letzten „Formelkram", weg mit den originären Rechten der vier Mächte über Berlin und Deutschland als Ganzes, weg mit dem Deutschlandvertrag, weg mit dem Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag. Natürlich heißt das auch: Weg mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Papier ist ja geduldig. Die Sicherheit Berlins? Brandt und Bahr wollen sie der „Sicherheitspartnerschaft" mit der Sowjetunion anvertrauen – also auch den SS-20-Raketen.

Henry Kissinger schrieb in seinen Memoiren über die Ostpolitik Brandts: „Die Bundesrepublik hatte ihren Rubikon überschritten; sie hatte die Teilung Deutschlands und den Status quo in Europa anerkannt". Kissinger hatte Brandt, wie wir jetzt wissen, durchaus richtig verstanden. Als um so wichtiger erweist es sich, daß Strauß dem Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit verschaffte, Brandt in den Arm zu fallen, indem es die verfassungsrechtlichen Grundlagen der deutschen Frage ein für allemal festschrieb.

Hessische Seifenblase

Von Dankwart Guratzsch

Mit Finten und Finessen dürfte das Bündnis von Wiesbaden – das erste rot-grüne Konkubinat in der Bundesrepublik – nicht mehr zu kitten sein. Eine seiner Lebensbedingungen von Anfang an war der augenzwinkernde Umgang mit Praktiken des Heiratsschwindels.

Die Partner versicherten einander der heftigsten Zuneigung, waren jedoch die ganzen elf Monate der eheähnlichen Verbindung hindurch eifersüchtig bemüht, an Geschenken des Partners zusammenzugrabschen, was nur in Reichweite lag – schon im Hinblick auf die Skepsis in den eigenen Kreisen.

Dabei haben die turtelnden Verlobten Federn gelassen. Die SPD hat eine Ausländerpolitik akzeptiert, die Hessens Grenzen für eine neue Zuzugswelle öffnet und deren Folgen vor dem eigenen Parteivolk und der Öffentlichkeit geheimgehalten werden müssen. Und sie hat ein Personalvertretungsgesetz unterschrieben, das selbst rote Landräte und Bürgermeister erzürnt, weil es ein „Chaos" in die Verwaltungen trage.

Die Grünen haben die Startbahn geschluckt und die Kämpen von Mörfelden-Walldorf in die Isolation getrieben, sie haben die flächendeckende Förderstufe hingenommen und in der heiligen Glaubensfrage der Atomkraftwerke so etwas wie einen ersten Sündenfall getan: die stillschweigende „Bestandsgarantie" für die Leichtwassertechnologie. Damit sind sie an eine Grenze an der eigenen „Basis" gestoßen.

In Mainhausen vor sechs Wochen kam die Quittung: Bei nur einer Gegenstimme wurden die Landtagsabgeordneten festgenagelt, den Schritt in den „Plutoniumstaat" und das Plazet zum Export „atombombenfähigen Materials" zu verweigern.

Börners Dilemma: In der eigenen Partei wächst die Unruhe. Die Jusos nannten seinen Wirtschaftsminister Steger am Wochenende einen „Atomfreak", und Heidi Wieczorek-Zeul sprach von einem „Treppenwitz der Geschichte", wenn das Bündnis an zwei Nuklearfirmen scheitere, wo doch die SPD inzwischen selber für den Ausstieg aus der Kernenergie sei. Brandts Traum von der linken Mehrheit droht sich auf dem Prüfstand Hessen als Seifenblase zu erweisen.

Schulen der Nation

Von Jürgen Liminski

Sollte der Publizist Karl Marx – nicht der mit dem Bart aus Trier, sondern der 1897 in Saarlouis geborene und 1966 verstorbene deutsche Wissenschaftler – recht haben, als er bereits Mitte der sechziger Jahre für den Rest dieses Jahrhunderts einen globalen Kulturkampf zwischen Atheisten auf der einen und Gläubigen gleich welcher Konfession auf der anderen Seite voraussagte? Einige Zeichen sind deutlich an verschiedenen Wänden zu erkennen.

In Frankreich, in Spanien und auf Malta zum Beispiel kämpfen christliche Eltern, teilweise unterstützt von Bischöfen, um die Erhaltung der privaten Schulen, mithin um ein Stück Freiheit, und gegen die Indoktrinationsgefahr der staatlichen Lehranstalten, also gegen ein Stück Totalitarismus.

Eine halbe Million ging deshalb am Sonntag auf die Straßen Madrids. In Paris waren es im Sommer zwei Millionen. Sie machen mobil gegen eine Schulpolitik, die die besseren und meistens auch kostengünstigeren Leistungen der privaten Institutionen geflissentlich übersieht und den Mann mit dem Bart aus Trier zum neuen Spiritus rector des Erziehungswesens erheben will.

Das mag den Realisten Felipe Gonzalez oder François Mitterrand nur zu einem kleinen Teil anzulasten sein. Hier operieren vor allem harte Ideologen aus dem Halbdunkel der Partei. Die Gesamtverantwortung jedoch trägt der jeweilige Regierungschef. Gonzalez muß wissen, ob die „älteste Tochter der Kirche" den Kulturkampf aufnimmt und ausficht oder ob das auch heute noch katholischste Land Westeuropas sich den Errungenschaften des Sozialismus beugt.

Die Spanier sind schwer zu beugen. Das durfte schon Napoleon erfahren, als er ihnen die Freiheiten der Revolution vermitteln wollte. Und die Franzosen stehen den Spaniern nicht nach. Mitterrand mußte einen Rückzieher machen. Gonzalez wird es kaum besser ergehen. Die Bürger fühlen sich, nach Jahren immerwährender Fortschrittsideologie, durch die Worte des Papstes von Würde, Freiheit und Elternrecht ermutigt. In Westeuropa kommt tatsächlich eine kulturelle Polarisierung im Sinne des Marx aus Saarlouis in Gang.



„Huhu!" KLAUS BÖHLE

In den Fußspuren Blanks

Von Albert Müller

Ein folgenschweres politisches Versagen tritt aus der Vergessenheit hervor. Die Teilnehmer der Konzertierten Aktion (für die Dämpfung der Krankheitskosten) hätten es spüren können, als sie von ihrer Herbstsitzung heimkehrten. Sie brachten Ermahnungen und Beschwörungen mit – und Minister Blüms Drohung, dieses Gremium aufzulösen.

Was immer das heißt, selbständige Problemlösung ist es jedenfalls nicht mehr. Aber wen konnte die Ergebnislosigkeit überraschen? Der Versuch eines Preisabkommens zwischen Krankenkassen und Pharmaindustrie war gescheitert, das Krankenhausfinanzierungsgesetz aufgelaufen und die Frage der Ärzteschwemme (1975 zum erstenmal in dieser Zeitung gestellt) weiter ohne Antwort geblieben.

Handlungsbedarf verkennt keiner. Der Medizinbetrieb soll ja bezahlbar bleiben, gerade bei nachhaltig gefährdeter Rentenfinanzierung und anhaltender Arbeitslosigkeit. Aber konzertiert, das heißt unter eigenen Opfern, kann die heterogene Gesellschaft der Interessenvertreter diesen Bedarf nicht befriedigen.

Dabei war die Konzertierte Aktion, eingangs der sozialliberalen Koalition installiert, mit ihrer rätselhaften Lohnbindung der Ausgaben ohnehin die mildeste Form einer Interessenkoordination gewesen. Dennoch wurde das Korsett als zu eng empfunden. Um so bemerkenswerter, daß jetzt von Ärzteseite der Ruf nach einer „Reform der Krankenversicherung an Haupt und Gliedern" kommt. Es hieß sogar, wegen ihrer jahrelangen Polemik gegen „Systemveränderung" trage „die" Ärzteschaft Mitschuld daran, daß die Reform *unterblieben sei (Professor Horst* Bourmer, Chef des Hartmannbundes).

Es ist ja richtig – die Ursache des Überschwappens der Kosten bei allgemeiner Unzufriedenheit liegt im System. Die Krankenversicherung kann höhere Beiträge gebrauchen, sie könnte aber auch mit niedrigeren auskommen. Sie ist der Zweig der sozialen Sicherung mit der größten Kostenelastizität, aber auch mit der stärksten Versuchung, das Machbare nicht auszuschließen. Zwischen Erfordernissen, Möglichkeiten und Versuchungen die Interessen zu bändigen, verlangt nun mehr als den Mut eines einzelnen. Blüm wird hier auf verwehte Spuren gedrängt. Hartnäckigster Vorreiter einer Reform an Haupt und Gliedern war Theodor Blank gewesen, zweiter Arbeitsminister der Republik. Spätestens als er sich energiegeladen auf den Feuerstuhl dieser Reform gesetzt hatte, wurde ihm klar: Von den Mächtigen des Medizinbetriebs, die Reform sagten, verstand jeder etwas anderes darunter, als die Regierung wollen konnte.

Adenauer, im Besitze der absoluten Mehrheit, sah langmütig zu, jedoch immer weniger überzeugt, daß die Sache gut ausgehen würde. Blank kämpfte fünf Jahre, bis er fiel. Seine Fraktion quälte sich von einem Kompromißvorschlag zum anderen. Dem ersten Regierungsentwurf folgte ein zweiter, ein dritter. Die Speise wurde mit Rosinen versüßt. Krankenversicherungsreform mit Kindergeldgesetz und Lohnfortzahlung zum Sozialpaket verschnürt. Als dann aber doch die beiden populären Teile herausgewickelt und für sich allein realisiert waren, starb die Krankenversicherungsreform den politischen Tod. Mit ihr der Minister.

Norbert Blüm ist nach seinem Naturell kein Selbstmörder. Doch übertrieb er nicht, als er ankündigte, eine Kostenlawine „rase" auf uns zu und das Gesundheitswesen werde den Sozialstaat „auffressen". Vor solchem Hintergrund wirkt das Scheitern der Konzertierten


Abschiedssymphonie für ein Konzert? Blüm FOTO: WERNER SCHÜRING

Aktion beunruhigend. Entsteht ein Vakuum, so zieht es politisches Eingreifen nach sich. Die Aufgabe ist indessen sowohl dringlicher wie schwerer geworden als zu Blanks Zeiten.

Das läßt sich nicht einmal in erster Linie an den Kosten ablesen, die sich verzehnfacht haben. Wichtiger ist, daß der Medizinbetrieb inzwischen in damals unvorstellbarer Weise expandiert hat und seinen zentrifugalen Kurs fortsetzt. Natürlich neigt kein heute Beteiligter oder zukünftig für Heilkunde Ausgebildeter zu freiwilligem Umsatzverzicht. Die Patienten werden je Krankheitsfall teurer, und schon reicht ihre Zahl nicht mehr. Käme plötzlich – eine Hypothese – mehr Gesundheit über die Bevölkerung, der Medizinbetrieb bräche zusammen.

Zu den neuen Rahmenbedingungen gehören ein verändertes Krankheits- und ein weiterentwickeltes Behandlungspanorama sowie das wachsende Übergewicht der Alters- und Verschleißerscheinungen. Als brennend aktuell nun kam für die Sozialpolitiker das Riesenthema der Abdeckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit hinzu. Es vereitelt erst recht jeden Lustgewinn am heutigen Level der Hundert-Milliarden-Jahresausgaben. Wer stopft die Lücke, die immer weiter aufbricht?

Der Berliner Sozialsenator Ulf Fink (CDU) veranlaßte ein Gutachten, das ermitteln sollte, wo die Krankenversicherung zuviel und wo sie zu wenig leistet. Modellrechnungen über denkbare „Mittelumschichtungen" wurden angestellt. Mit ihrer Hilfe, hieß es resümierend, könnten „erhebliche Finanzierungsquellen erschlossen werden" (Fink).

Donner und Blitz folgten bei Verbänden und in der Standespresse. Doch Gutachten genügen schon nicht mehr, Folgerungen müssen sein. Man könnte sie einer unabhängigen Studienkommission anvertrauen. Dann wäre es Sache der Politik, sich ein Wollen zu formulieren, das jedem Druck von außen standhält. Einen anderen Weg gibt es nicht, wenn das Gesundheitswesen außerstande ist, sich selbst vor dem Kollaps zu bewahren.

IM GESPRÄCH Jacques Toubon

Der geborene Kämpfer

Von August Graf Kageneck

Jacques Toubon heißt der neue Generalsekretär der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR. Nomen est omen. Alles an ihm stimmt. Das Profil des geborenen Kämpfers. Schmal, gedrungen, durchtrainiert, durchdringende blaue Augen, ein Schädel von windschnittiger Kahlheit. Hinter der hohen Stirn ein messerscharfer Verstand und auf der Zunge knappe, eingängige Formulierungen, die einen Saal aufwühlen können wie eine Sturmböe den Ozean. Selbst wenn die Grammatik nicht *immer ganz hinhaut: Sein Name steht* für Tout bon – alles ok.

Er hat sich seinen Platz an zweiter Stelle hinter dem Parteichef Jacques Chirac nicht von ungefähr erobert. Chirac, einst selber einer der brillantesten Jungtürken des gaullistischen Apparates im Schatten Pompidous, hatte schon lange ein Auge auf diesem ENA-Absolventen und tüchtigen Kabinettsbeamten. Seit 1971 schleppt er ihn durch alle Ministerien hinter sich her, ist der in Nizza geborene Sohn eines Casino-Croupiers zum Alter ego des einstigen Premierministers und heutigen Parteiführers geworden.

Ungewöhnlich an der Karriere dieses typischen Politmanagers ist, daß er auch in der parlamentarischen Arena blendend reüssierte. 1981 schickte Chirac ihn, den gerade Vierzigjährigen, in den Kampf um den Parlamentssitz des 11. Pariser Bezirks; Toubon gewann ihn auf Anhieb gegen einen Sozialisten und einen parteilosen Gaullisten. Zwei Jahre später bereitete Toubon einem der Stars der Sozialistischen Partei, Paul Quilès, Wunschkandidat Mitterrands für das Rathaus im arbeiterreichen 13. Pariser Bezirk, eine demütigende Niederlage. Beide Male haben ihm seine südfranzösische Verve, seine – man vermutet es nicht auf den ersten Blick – Warmherzigkeit, sein Charisma und die aus alledem folgende Begeisterung seiner Anhänger die Wege zum Sieg geebnet. Seit diesem Zeitpunkt gehört Toubon zur ersten


Chiracs neuer Generalsekretär: Toubon FOTO: AP

Führerreserve der Partei, zu den Kräften, die nach vorne drängen. Und er gehört zur allerersten Rednergarde in der Nationalversammlung. Toubon ist einer der wenigen Abgeordneten, die wegen „Beleidigung des Staatschefs" für drei Tage von den Debatten ausgeschlossen wurden. Er hatte Mitterrands Rolle im Widerstand etwas kritischer als die offizielle sozialistische Geschichtsschreibung durchleuchtet. Das zeigt immerhin, wie furchtlos dieser Fechter die Klinge mit dem Gegner zu kreuzen vermag. Eines seiner Bücher heißt bezeichnenderweise „Schluß mit der Furcht" und handelt von der Sicherheit auf den Straßen, inzwischen Thema eins der Franzosen.

Toubon hat von seinem Chef Anweisung, sich nur einer Aufgabe anzunehmen: Vorbereitung der Partei auf einen Wahlsieg in achtzehn Monaten, wenn ein neues Parlament gewählt werden soll. Man darf darauf gefaßt sein, daß Toubon die Wende vom Sozialismus zu einer bürgerlichen Regierung, falls solche in den Büchern der Geschichte vorgesehen sein sollte, maßgeblich beeinflussen wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung kommentiert die Schwierigkeiten bei der Privatisierung:

„Wir wollen nicht mehr Staat, sondern weniger", posaunte noch der Kanzler Kohl im Mai 1983 in der Regierungserklärung nach der Wende-Wahl. Jetzt tut sich Stoltenberg sehr schwer, den Abbau der Milliarden-Subventionen und die Privatisierung von milliardenschweren Staatsbetrieben voranzutreiben.

THE NEW YORK TIMES

Sie ist besorgt wegen der Philippinen:

Als Aquino im August 1983 auf dem Flughafen von Manila ermordet wurde, gab Präsident Ferdinand Marcos einem alleinigen kommunistischen Banditen die Schuld. Seine eigene Untersuchung hat jetzt anderes herausgefunden und beschuldigte hohe Militäroffiziere. Das Versprechen schneller, unparteiischer Gerichtsverfahren ist noch nicht eingehalten worden. Die jüngsten Opfer (Alexander Orcullo und Cesar Climaco) waren ebenfalls prominente Kritiker von Mr. Marcos ... Präsident Marcos hat jetzt eine weitere Untersuchung auf hoher Ebene angeordnet ... Eine barsche Warnung über Amerikas tiefe Besorgnis könnte den Aderlaß stoppen.

EPOCHE

Die Münchner Monatsschrift meint zur politischen Kultur:

Nach einer gültigen Definition, die Max Weber gegeben hat, ist Politik der Inbegriff alles dessen, was auf die Aufrechterhaltung, die Verschiebung oder den Umsturz der staatlichen Herrschaftsverhältnisse abzielt, „im Gegensatz zu Personen, Sachen, Vorgängen, die damit nichts zu schaffen haben". Schon daraus geht hervor, daß das Verständnis für politische Zusammenhänge nicht an eine bestimmte soziale Klasse, an bestimmte Berufe oder an einen bestimmten Bildungsgrad gebunden ist. Aber es setzt Erfahrung voraus, es setzt in hohem Maße einen ausgezeichneten Überblick über die „Herrschaftsverhältnisse" und diejenigen Kräfte voraus, die sich um deren „Aufrechterhaltung, Verschiebung oder Umsturz" bemühen, ferner über den rechtlichen und vor allem machtmäßigen Rahmen, in dem sich jene Kräfte entfalten können.

SÜDKURIER

Das Konstanzer Blatt macht sich Gedanken zu Khadhafi:

Wären die Vorgänge nicht von höchster Brisanz, böten sich ironische Kommentare geradezu an. Was in den letzten Tagen wieder einmal über die vom libyschen Revolutionsführer Khadhafi zu verantwortende Politik bekannt wurde, klingt wie ein Ausschnitt aus einem Drehbuch, das jeder Produzent vermutlich als völlig realitätsfern abgelehnt hätte.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung geht auf die Politik Frankreichs in Tschad und die Beziehungen zu Libyen ein:

Das schlimmste bei dieser Art von Geschichten ist, daß alle Welt erwartete, Mitterrand werde (von Khadhafi) aufs Kreuz gelegt, und er dann wirklich reingelegt worden ist. An Vorwarnungen hat es nicht gefehlt.

Buße tun – das muß bei der Kirche selber beginnen

Die Lust am Apfel und das Reich Gottes als politischer Begriff / Von Georg Huntemann

Frieden in Freiheit – fragen sie: Heißt das nicht im Grunde 'Frieden im Wohlstand auf Kosten anderer?'" Diese seltsame Deutung bekamen wir jüngst da zu hören, wo man eigentlich christliche Verkündigung erwartet hätte, im „Wort zum Sonntag" der ARD von einer Frau Anita Benckert. Nicht nur das. Sie empfahl auch, einen wenig appetitlich aussehenden Apfel in ihrer Hand bewegend, „daß jede und jeder von uns Äpfel vom Baum der Erkenntnis essen muß".

Was Gott verflucht, findet sie richtig, denn „was Eva tat, ist es nicht gut, bewundernswert? Kriegen Sie nicht Lust, einen Apfel zu essen, um unterscheiden und entscheiden zu können?" Die biblische Geschichte wurde nämlich nach ihrer Meinung von „Männern vor etwa dreitausend Jahren aufgeschrieben", doch wohl, „um vor der Frau zu warnen". Aber eben dadurch sei die Erkenntnis des wahren Lebens verhindert worden. Nur wenn gegen den Gehorsam vor Gottes Gebot gelebt würde, könne die rechte politische Einsicht für „Friedenssicherung", „die Wirtschaft muß wachsen" und „Friede in Freiheit" als „Friede im Wohlstand auf Kosten anderer" wachsen und gedeihen.

Man ist von solcher Seite Kummer gewohnt; hier erschüttert aber doch die einmalig unverfrorene Perversion biblischer Aussage. Die Erkenntnis des Guten und Bösen bedeutet nach dem hebräischen Urtext das Schaffen von Gut und Böse. Der Mensch selbst will wie Gott sein und selber Maßstäbe in der Entscheidung von Gut und Böse nach seinem Willen festlegen. Absolutes Ethos als Gebot Gottes soll relativiert werden nach dem Maßstab jeweiliger gesellschaftlicher Verhältnisse. Also steht im 1. Buch Mose: „Von dem Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen, von dem darfst du nicht essen."

Wie gesagt, man ist Kummer gewohnt, denn solches bekommt man immer wieder vorgesetzt. Frau Benckert ist nur ein Beispiel, und nicht nur für eine Privatmeinung; sie ist ja für ihren öffentlichen Auftritt von der Kirche legitimiert worden. Nehmen wir noch ein Beispiel: So wurde vom Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) der „Entwurf eines Rahmenplans für den evangelischen Religionsunterricht im Sekundarbereich I in Berlin (West)" herausgegeben. Er zeigt an, wie kirchenleitende Theologen sich Theologie heute vorstellen. Wir haben es hier wirklich mit einem Dokument zu tun, weil sich ja an dieser Quelle entscheidet, ob Aussagen wirklich christlich oder ob sie Zeugen einer ideologischen Unterwanderung der Kirche sind.

In diesem Dokument ist die neutestamentliche Hoffnung preisgegeben, daß Christus das Reich Gottes bringt. Das Reich Gottes wird umfunktioniert zur diesseitigen Aktion der Menschheit, es wird eine politische Aufgabe. Mit nicht mehr zu überbietender Offenheit wird gesagt: „Reich Gottes ist ein politischer Begriff; Heil ist nicht denkbar, ohne daß jede Herrschaft von Menschen über Menschen und jede Form entfremdender Unterdrückung durch die Herrschaft Gottes abgelöst wird." Das Reich Gottes, von dem Jesus vor Pilatus sagt, daß es nicht von dieser Welt sei, wird für diese Welt umfunktioniert, denn „Christus hat keine Hände, nur unsere Hände, um seine Arbeit heute zu tun".

Das versöhnende Leiden Christi am Kreuz wird von den Berliner Theologen ganz anders verstanden: Jesu Passion weist nach ihrer Meinung hin auf seine Leidenschaft für das Leben, „sie nimmt keine Lebensbedingung hin, die das volle Menschsein in der Gemeinschaft beeinträchtigen". Christus habe in seinem Tod „das Geschick dessen, der an der Verborgenheit der Gerechtigkeit leidet, das Geschick der Armen und Leidenden und der um Gerechtigkeit willen Verfolgten auf sich genommen und durchgehalten". Hiernach ist das Kreuz Jesu nicht Versöhnung für die Sünder, sondern ein Zeichen der Solidarität mit den Armen und Verfolgten. Er wird eingereiht in die lange Reihe der vielen Kämpfer für die Gerechtigkeit. Aber da liegt nicht die Einzigartigkeit des Kreuzestodes Jesu.

Hier ist kümmerliche Kirchlichkeit auf einem Irrweg, von dem sie sich nur durch radikale Buße zurückrufen lassen kann. Unsere Welt wird recht- und gnadenlos, wenn wir nicht zurückkehren zum Ursprung biblischer Botschaft, die unsere Zeit so nötig hat. T. S. Eliot sagte einmal, daß Europa den Untergang des Christentums nicht überleben wird. Zweifellos tut Buße, tut Umkehr not – die aber muß vor allem bei der Kirche selbst beginnen. In der Bergpredigt lesen wir: „Denn wenn das Salz dumm wird, womit soll man es salzen? Es ist zu nichts mehr nütze, als daß es hinausgeworfen und von den Leuten zertreten wird."

Professor Georg Huntemann ist Pastor von St. Martini in Bremen

Dem Diesel geht es an den Ruß

Am Anfang war er im Kampf um einen umweltfreundlicheren Diesel ein einsamer Rufer in der Wüste: der Münchner Umweltschutzreferent Rüdiger Schweikl. Doch inzwischen hat er viele Mitstreiter gewonnen: die Stadt München, die Landesregierung, Bundesrat und Bundestag – und auch die Industrie beginnt mitzuziehen.

Von PETER SCHMALZ

In manchen Büros steht dort eine Flasche Cognac. Wenn aber Rüdiger Schweikl in seinem Münchner Dienstzimmer die zweite Schranktüre von rechts öffnet und ins zweite Fach von unten greift, dann holt er ein ovales, blaßgelbes Keramikgebilde hervor, das bisher nur wenig Dutzend Deutsche gesehen haben und das dennoch in absehbarer Zeit zu heftigen Debatten unter Experten und Politikern führen wird: Die Waben-Keramik ist ein Ruß-Katalysator für Dieselfahrzeuge. „Die Entgiftung der Diesel-Agase ist mindestens so wichtig wie die Abgase der Ottomotoren, denn die Mär von der Umweltfreundlichkeit des Dieselmotors ist eindeutig widerlegt", glaubt CSU-Mitglied Schweikl. Ihm liegt die gesunde Luft sozusagen von Amts wegen am Herzen: Er ist Umweltschutzreferent der bayerischen Landeshauptstadt.

Schweikl steht aber nicht allein, so verkündete kürzlich Bayerns Umweltminister Alfred Dick im Münchner Landtag: „Es ist festzustellen, daß der Ottomotor im gegenwärtigen Entwicklungsstand und schon bei der derzeitigen Kraftstoffzusammensetzung insgesamt eher als umweltfreundlicher anzusehen ist als der Dieselmotor." Und auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat dem Münchner Referenten im persönlichen Gespräch großes Interesse an dessen Kampf für saubere Dieselabgase bekundet. Denn auch die Bundesregierung stuft den Diesel-Pkw als „nicht abgasarm" ein.

Bisher galt der tuckernde Diesel nicht nur als besonders betriebsgünstig, sondern auch als umweltschonend. Das gilt zum Teil auch heute noch. Der Motor stößt nicht mehr Kohlenmonoxid, Stickoxid und Kohlenwasserstoffe aus als künftig ein Benzinmotor mit Abgaskatalysator. Deshalb wurde von Industrie und Verbänden gefordert, den Diesel als umweltfreundlich steuerlich zu belohnen.

Doch diese Verbrennungsart hat einen Pferdefuß, den jeder spürt, der hinter einem solchen Wagen fährt: Der Diesel stinkt. Nun wäre auch das für Schweikl noch kein besonderer Grund zur Aufregung, gäbe es nicht noch einen bisher kaum beachteten Nebeneffekt: Der Geruch wird durch den oft sichtbaren Ruß aus dem Auspuff geschleudert, diese Festpartikelchen sind aber wiederum Trägersubstanzen für die ebenfalls im Abgas enthaltenen polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffe wie Benzopyren, die im Verdacht stehen, krebsfördernd zu sein.

Die amerikanische Umweltbehörde „Environmental Protection Agency" (EPA) hat unverzüglich darauf reagiert und neue Grenzwerte ausgearbeitet. Derzeit dürfen noch 0,6 Gramm Ruß pro Meile ausgestoßen werden, Fahrzeuge ab Baujahr 1987 aber nur noch 0,2 Gramm, also ein Drittel. Der Bundesstaat Kalifornien hat schon fürs kommende Jahr den Grenzwert auf 0,4 Gramm herabgesetzt.

In der Bundesrepublik existiert nur die „Rußvorschrift" von 1977, wonach durch den Ausstoß keine Verkehrsgefährdung durch Sichtbehinderung hervorgerufen werden darf. Angeregt durch Meldungen aus dem Ausland kam der Münchner Umweltreferent zu der Überzeugung: „Auch bei uns muß der gesundheitsschädliche Ruß aus dem Abgas." Auch Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß meinte jüngst in einer Regierungserklärung: „Die Abgasentgiftung bei Dieselmotoren wird künftig ebenso wichtig sein wie bei Fahrzeugen mit Ottomotoren." Schon heute belasten Dieselfahrzeuge die deutsche Luft mit jährlich 25 000 Tonnen Ruß. Ohne Filter werden es künftig voraussichtlich noch mehr sein, denn die Zahl der Dieselautos steigt.

Als sich aber Schweikl im vergangenen Jahr auf die Suche nach einer technischen Lösung dieses Problems machte, kam er sich vor wie Hebbels Handwerksbursche im Lande Kannitverstan: „Allen befragten Dieselherstellern schien die Rußfiltertechnik ein ‚böhmisches Dorf' zu sein." Erst ein Gang zum Patentamt brachte ihn auf die richtige Fährte. Neben japanischen und deutschen Anmeldungen fand er dort ein besonders erfolgversprechendes Daimler-Benz-Patent für Pkw-Dieselmotoren.

Danach wird der Ruß in einem Keramikfilter gesammelt und in regelmäßigen Abständen zu 90 Prozent automatisch so abgebrannt, daß sich die krebserregenden Kohlenwasserstoffe zu ungefährlichen Substanzen umwandeln und verflüchtigen. Die Daimler-Ingenieure lösten dabei auch das Problem, die Abgastemperatur von etwa 250 Grad Celsius auf die für den rückstandsfreien Abbrand notwendigen 450 Grad zu erhöhen. Schwieriger ist dagegen die Abgasreinigung bei Bussen und Lastwagen, deren Gase nur 180 Grad Betriebstemperaturen haben.

Inzwischen signalisierten die Stuttgarter Techniker auch hier Fortschritte mit einem Verfahren, das „recht vielversprechende" Prüfungsergebnisse zeige, wie es in Stuttgart heißt.

In Kalifornien, wo im vergangenen Jahr drei von vier verkauften Mercedes-Pkw mit Diesel fahren, läßt Daimler-Benz bereits Versuchswagen mit Dieselkatalysatoren laufen, weitere Tests und Erprobungen werden im Heimatwerk durchgeführt. Der erste Eindruck der Ingenieure: technisch machbar, aber noch einige nicht bewältigte Probleme. Vor allem bei kurzen Strecken wird die nötige Abbrenn-Temperatur nicht erreicht und der Filter verstopft. Ein Daimler-Mitarbeiter: „Das hat noch nicht den Entwicklungsstand, um damit bei uns in Serie zu gehen."

Mit solchen Vertröstungen will sich Rüdiger Schweikl nicht zufriedengeben. Er meint: „Die Abgasentgiftung ist nicht die Privatsache der Automobilkonzerne, sondern ein Anliegen der Öffentlichkeit, eine Sache des öffentlichen Wohls." Im Stadtrat holte er sich das einstimmige Votum für das erste deutsche Pilotprojekt mit rußgefilterten Fahrzeugen. Unterstützt vom Berliner Umweltbundesamt, dem bayerischen Umweltministerium und dem TÜV Bayern fährt München als erste Stadt gefilterte Dieselfahrzeuge. An dem einjährigen Versuch werden ein Bus, ein Müllfahrzeug, ein Lkw, eine Kehrmaschine und ein Pkw beteiligt sein.

Nach einigem Zögern macht nun auch die Industrie mit: Daimler-Benz stellt einen Personenwagen, wie er in Amerika erprobt wird, die Karosseriefirma „Neoplan" steuert einen Bus bei. MAN will mit einem Lastwagen dabeisein und damit erstmals den Betrieb eines gefilterten MAN-Dieselmotors in der Praxis testen. Die Filter werden zur Zeit montiert, der Versuch soll im nächsten Monat anlaufen.

Das Bundeskabinett hat inzwischen beschlossen, Diesel-Pkw, deren Abgase die in Amerika ab 1987 geltenden Grenzwerte nicht überschreiten, wenigstens halb so lange wie entsprechende Benzinfahrzeuge von der Kfz-Steuer zu befreien. Für Lastwagen wird im Bundesverkehrsministerium derzeit ein Konzept vorbereitet, das im Dezember entscheidungsreif sein soll.

Bei Daimler-Benz aber warnt man vor Hysterie. Wohl gebe es an den Rußpartikelchen Stoffe, die potentiell krebsfördernd seien, aber noch bei keiner Untersuchung habe nachgewiesen werden können, daß dies beim Einatmen zu befürchten sei. Ein Mercedes-Ingenieur: „Beim sommerlichen Grillfest schlucken die Menschen wesentlich mehr gefährliche Stoffe."



Mit Blumen und Kerzen gedenken die Polen des ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko; doch die Frage nach den Hintermännern dieses brutalen Mordes wird immer lauter. FOTO: AP

Die Spuren der Mörder führen zu General Miroslaw Milewski

Die Nachricht über die Verhaftung des Altstalinisten Kazimierz Mijal in Polen hat den geheimnisvollen Fall wieder aufgerührt: Wer steht hinter der Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko?

Von HERBERT KREMP

Die polnische Regierung hat in der vergangenen Woche den Abschluß der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Fall des ermordeten Priesters bekanntgegeben, über das Resultat jedoch nichts mitgeteilt. Das Innenministerium arbeite weiter intensiv daran, die Anstifter der Entführung und des Mordes zu finden, hieß es.

In derselben Fernsehsendung, in der diese Verlautbarung verbreitet wurde, gab man die Festnahme Mijals bekannt. Andeutung eines Zusammenhangs? Andeutung einer Entlastung des Generals Jaruzelski, der einen Hintermann für den Mord braucht, der möglichst weit von seinem Regime entfernt steht? Mijal könnte der dafür geeignete Mann sein – ein Irrläufer, der sich als Dogmatiker alter Schule nach Albanien davongemacht hatte, als Gomulka 1956 seinen nach-stalinistischen Reformkurs durchsetzte, und von dort vor einiger Zeit – wer weiß wann? – illegal nach Polen zurückkehrte.

Die gewundene, fabriziert klingende Geschichte zeigt erneut, in welche Verlegenheit das Regime Jaruzelski durch die Entführung und Ermordung des Pfarrers der Stanislaw-Kostka-Kirche in Warschau gestürzt wurde. Popieluszko war am 19. Oktober nahe der Stadt Thorn entführt und am 30. September in einem Stausee zwischen Thorn und Warschau ermordet aufgefunden worden. Verhaftet wurden in diesem Zusammenhang vier Mitglieder des polnischen Innenministeriums: Der stellvertretende Abteilungsleiter Oberst Pietruszka, Unterabteilungsleiter Piotrowski und zwei seiner Untergebenen, Chmielewski und Pekala. Über die Hintermänner breitet sich der Schleier des Rätsels. Die Spekulationen reichen von politischen Gegnern Jaruzelskis und seiner taktischen Haltung gegenüber der Kirche über unabhängig operierende „Hardliner" bis zum sowjetischen KGB.

Am häufigsten genannt wird als Spiritus rector der Divisionsgeneral Miroslaw Milewski, Politbüro-Mitglied und Sekretär des Zentralkomitees für den Sicherheitsbereich. Milewski, am 1. Mai 1928 geboren, wurde mit 16 Jahren Soldat der Roten Armee und dann in die polnischen Sicherheitsdienste überführt, denen er nach einem Interview vom 22. Juli 1984 „36 Jahre und sechs Monate diente". Auf die Frage des Interviewers, „wie man leben soll", antwortete Milewski: „Lebe wie Genosse Dserschinskij." (Felix D. war von 1917 bis 1921 Leiter der unter Lenin gegründeten Tscheka und Organisator des „Roten Terrors" im revolutionären Rußland und in dieser Eigenschaft für zahllose Morde verantwortlich.)

Milewski wurde nach 1948 als Spezialist für Gegenspionage und Subversionsbekämpfung im polnischen Innenministerium tätig, stieg 1971 zum stellvertretenden Innenminister auf und war von 1980 bis zum Juli 1981 Chef der Sicherheitsbehörde. Er wurde abgelöst von General Kiszczak, der es seitdem in seinem Amt mit Kräften zu tun hat, die ihren Aufstieg Milewski verdanken.

Milewski kommandiert weiterhin eine Sondereinheit des Sicherheitsdienstes, deren Tätigkeiten er als Mitglied des Politbüros abschirmen kann. In Verbindung dazu steht der sogenannte Ausschuß für Gesetz und Ordnung, dem Milewski vorsitzt. Der General verfügt also über Macht und Mittel, seinen seit jeher bekundeten dogmatischen Standpunkt offiziell oder im Untergrund durchzusetzen.

Milewski gehört zu den einflußreichen Männern unter den polnischen Kommunisten, die seit 1980 für ein hartes Vorgehen gegen die Gewerkschaften eingetreten sind, in denen er zu Recht eine Verfassungs- und Freiheitsbewegung erkannte. Der Versuch Jaruzelskis, nach der formalen Beendigung des Kriegsrechts zu einer Zusammenarbeit mit der Kirche zu gelangen, mußte ihm verfehlt erscheinen, seit im September dieses Jahres im Rahmen der Kirche und initiiert durch eine Reihe profilierter Priester ein neues Sammelbecken für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" entstanden war:

Ende September traf sich Lech Walesa aus Anlaß einer Arbeiter-Wallfahrt in Tschenstochau mit anderen „Solidarität"-Führern, was das Regime veranlaßte, ein vorgesehenes „Gipfelgespräch" zwischen Jaruzelski und Kardinal Glemp abzusagen. Die Regierung beschwerte sich lauthals über jene Priester, die früheren politischen Gefangenen und Mitgliedern der „Solidarität" ihre Kirchen zur Verfügung stellten, wo sie vor den Gemeinden politische Ansprachen hielten. Kritisiert wurden vor allem Jerzy Popieluszko und der Beichtvater Waleses, Jankowski.

Die Angriffe des Regimes hatten sich bereits seit vergangenen Sommer auf Popieluszko konzentriert. Als gemäßigt bezeichnete Politiker, wie der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski, und Dogmatiker gingen publizistisch und juristisch „mit einer Stimme" gegen den Priester vor, der in seiner Kirche „Messen für die Heimat" las, dabei Kritik am Regime verbreitete und für die „Solidarität" eintrat. Da zu seinem Gemeindebereich das Hüttenwerk Huta Warszawa gehörte, brachte er Arbeiter und Intellektuelle zusammen, was 1980 wesentlich zum Entstehen der Gewerkschaftsbewegung beigetragen hatte.

Den Ausschlag für die Dogmatiker gab jedoch eine Ausstellung von bisher unbekannten Bildern der sowjetischen Massenmorde an polnischen Offizieren in Katyn 1940. Popieluszko machte mit diesen Bildern Rundreisen. Die Dogmatiker schlugen zu, um den „Kompromißler" Jaruzelski zu treffen: Alle im Zusammenhang mit dem Mord verhafteten Sicherheitsbeamten waren enge Mitarbeiter Milewskis in dessen Zeit als Innenminister.

Als die UNO die Südafrikaner ausschloß

Von GITTA BAUER

An Versuchen, Südafrika wegen seiner Politik der Apartheid aus den Vereinten Nationen zu drängen, hat es seit Bestehen der Weltorganisation nicht gefehlt. Doch die Gründerväter, zu denen auch die Republik Südafrika zählte, hatten vor den formellen Ausschluß eines Mitgliedes einen Beschluß des Sicherheitsrates gesetzt. Der aber hat um der Universalität der Vereinten Nationen willen noch jeden Versuch entmutigt, den Präzedenzfall eines Ausschlusses zu schaffen.

So war es ein Novum, als vor zehn Jahren die seit der Ära der Entkolonialisierung auf 41 Nationen gewachsene afrikanische Staatengruppe den Sicherheitsrat aufforderte, eben diesen Präzedenzfall zu schaffen. Ein weiteres Novum war das dreifache Veto der Westmächte, die in seltener Einmütigkeit das Verlangen zu Fall brachten. Südafrika blieb Mitglied der Vereinten Nationen – für noch genau 14 Tage.

Dann hatten die Afrikaner den Trick gefunden, mit dem Südafrika de facto, wenn auch nicht de jure, von der Vollversammlung ausgeschlossen werden konnte. Der Dreh war gar nicht neu, er bestand darin, daß die Mandatsprüfungskommission das Mandat der weißen Republik vom südlichen Zipfel des Schwarzen Kontinents als „nicht von der Mehrheit der Bevölkerung erteilt" bezweifelte. Der Ausschuß hat zwar nichts weiter zu prüfen als die Unterschriften des Staatschefs oder des Außenministers unter dem Beglaubigungsschreiben einer Delegation. Und die waren einwandfrei die der Regierung von Pretoria.

Seit 1970 galt da das sogenannte „Hambro-Ruling". Der norwegische Präsident der 25. Vollversammlung, Edvard Hambro, hatte die schon damals ausgesprochenen Zweifel des Mandatsausschusses zur Kenntnis genommen, aber am Recht Südafrikas auf Mitgliedschaft nicht gerüttelt.

Das schrieb man 1974 anders. Was neu war, war der Präsident der Vollversammlung. Der algerische Außenminister Abdelaziz Bouteflika kümmerte sich nicht um Legalität, er ersetzte das Recht durch die Macht der Mehrheit. So interpretierte er die Zweifel an Südafrikas Mandat als „dem Willen der Mehrheit der Vollversammlung zum Ausschluß". Die Majorität aus Kommunisten und Blockfreien applaudierte.

Roelof Botha, genannt „Pik", damals Botschafter, heute Außenminister der Republik, sammelte seine

WIE WAR DAS?

Akten ein und verließ an der Spitze seines kleinen Häufleins den Plenarsaal, den Kopf wie immer angriffslustig vorgestreckt.

Bouteflikas Handstreich hat sich für die Vereinten Nationen nicht ausgezahlt. Sie wollen zweierlei von Südafrika: die Freigabe der ehemaligen deutschen Kolonia Südwestafrika, die laut Mandat des Völkerbunds seit 1920 von Südafrika verwaltet wird, und die Abschaffung der Apartheid. Keines von beidem hat sie erreicht. Namibia wird – wenn überhaupt – nur dann frei, wenn die direkten Verhandlungen der USA und Südafrikas mit Angola und der Untergrundorganisation Swapo zu einem Ergebnis kommen.

Die UNO hat sich von diesem Prozeß selbst ausgeschlossen. Nur einer, der weitsichtige peruanische Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, ist sich über die Konsequenzen im klaren. Er nahm auf eigene Faust den Dialog mit Südafrika wieder auf und flog im vorigen Jahr nicht nur nach Kapstadt, wo er mit der Regierung sprach, sondern auch nach Windhoek, wo er sich mit den von der UNO übersehenen und mißachteten internen Parteien traf.

Was die Rechte der schwarzen Bevölkerung Südafrikas angeht, so kann sich Regierungschef Pieter Willem Botha nur wenige Mitglieder der Vereinten Nationen zum Vorbild nehmen. In ihr sitzen nur eine Handvoll demokratisch verfaßter Staaten.

Barschel hofft auf baldige Unterzeichnung

hs, Hamburg

„Wenn es nicht zu einem unterschriftsreifen Staatsvertrag aller elf Bundesländer kommt, dann werden wir sieben CDU/CSU-regierten Länder den Staatsvertrag zur Rundfunk-Neuordnung allein abschließen", bekräftigte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel gestern in Norderstedt bei Hamburg. Der Kieler Regierungschef glaubt, daß bereits am 19. Dezember – falls die SPD-Länderchefs an diesem Tag ihre Zustimmung verweigern – die CDU-Ministerpräsidenten unterschreiben oder ihren Parlamenten einen unterschriftsreifen Staatsvertrag vorlegen werden. Barschel ist auch überzeugt, daß zumindest Hamburg, wahrscheinlich auch Bremen, dem Vertrag der sieben Unionsländer beitreten werden. Dieser Staatsvertrag werde sich auf die Vereinbarung der Ministerpräsidenten in Bremerhaven stützen. Das Vorgehen der CDU-Länder sei daher kein „Alleingang", sondern die Erfüllung eines von allen Länderchefs getragenen Beschlusses.

Bayern gegen Ergänzungsabgabe

DW. München

Gegen die Erhebung einer Ergänzungsabgabe anstelle der für verfassungswidrig erklärten Investitionshilfeabgabe für Besserverdienende hat sich der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ausgesprochen. Wie der CSU-Chef gestern in München anläßlich des 100jährigen Bestehens der Bayerischen Landesbank Girozentrale sagte, sollte der Staat nicht mit der linken Hand nehmen, was er mit der rechten gegeben habe. Strauß sprach sich dafür aus, in einem Schritt die Steuern 1986 zu senken und nicht, wie von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) geplant, die Abgaben in zwei Stufen 1986 und 1988 zu verringern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ost-Berlin wurde von Moskau zurückgepfiffen

Bei Sperrung der Glienicker Brücke eigenmächtig vorgeprellt

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die knapp zwölfstündige Blockade der Grenzbrücke zur „DDR", über die alliierte Militärmissionswagen rollen, mußte Mitte voriger Woche auf Anordnung der Sowjetunion von Ost-Berlin postwendend rückgängig gemacht werden. Die WELT berichtete. In den Vorgang hatten sich auch höchste politische Stellen in Washington eingeschaltet, wie jetzt in Berlin bekannt wurde. Von sowjetischer Seite wird der für die „DDR" blamabel ausgegangene Vorfall mit einer „Fehleinschätzung" untergeordneter östlicher Dienststellen begründet.

In der Nacht zum Donnerstag war die Glienicker Brücke an der Stadtgrenze zwischen Berlin-Wannsee (West) und der „DDR"-Bezirkshauptstadt Potsdam, die zur Hälfte zum Osten gehört, mit Sperrgittern und tonnenschweren Betonschwellen verbarrikadiert worden. Auf diese Weise wurde der bislang selbst durch den Mauerbau nie unterbrochene direkte zivile Verkehr auf dem kürzesten Wege zwischen West-Berlin und den in Potsdam und im Vorort Nedlitz in alten Villen untergebrachten Militärmissionen der USA, Englands und Frankreichs unterbrochen.

Das Politikum lag darin, daß „DDR"-Posten während der Absperrung zugleich die auf dem östlichen Ufer wehenden Fahnen der UdSSR und der „DDR" einzogen. Auf diese Weise sollte offenbar symbolisiert werden, daß mit der Sperre des Übergangs zugleich der bisher durch symbolische Zeichen unterstrichene Charakter eines „besonderen Punktes" nicht mehr gegeben sei. Die östliche Brückenhälfte sollte gleichsam „normales" Potsdamer Stadtgebiet werden. Den Alliierten war über den Senat zugleich bedeutet worden, sie sollten einen Umweg von 15 Minuten machen und auf dem Weg nach Potsdam den Kontrollpunkt Drewitz benutzen. Der Zugang sei gewährleistet; Nachteile entstünden nicht.

Nachdem die drei Schutzmächte über ihre Bonner Botschaften intervenierten und Washington unter anderem auf mögliche Folgen für die Bewegungsfreiheit der sowjetischen Militärmissionen in der Bundesrepublik hinwies, handelten die Sowjets prompt. Die „DDR"-Behörden erhielten die Weisung, die Hindernisse auf der Brücke sofort zu beseitigen. Die Alliierten und der Senat waren auf die „Stunde X" der anderen Seite seit Wochen vorbereitet.

Denn seit rund drei Monaten hatte Ost-Berlin auf der für derlei Angelegenheiten im Prinzip nicht zuständigen Schiene der beiderseitigen Beauftragten für den Reise- und Besucherverkehr, Botschafter Walter Müller (Ost-Berlin) und Senatsrat Gerhard Kunze (Senat von Berlin), Geld für dringende Reparaturarbeiten an der Brücke angemahnt. Bei westlicher Zahlungsunwilligkeit werde der Übergang gesperrt. Die östliche Seite begründete dabei ihre Forderung nach Devisen für Reparaturen damit, sie benötige die Brücke schließlich nicht, sondern lediglich der Westen.

Auf westlicher Seite war zeitweilig erwogen worden, die für den „Blokkade-Tag" anberaumte, aber seit längerer Zeit verabredete Begegnung zwischen dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, und dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen wegen der „entstandenen Lage" abzusagen. Diepgen fuhr in Begleitung von Senatskanzleichef Hans-Jürgen Schierbaum dennoch.

Schierbaum spricht perfekt Russisch und dolmetschte bereits bei ähnlichen Begegnungen von Weizsäckers. Diepgen brachte beim Mittagessen in der Botschaft „Unter den Linden" auch die Sperre zur Sprache. In politischen Kreisen hieß es, die Sowjets hätten nur lächelnd abgewinkt und zu verstehen gegeben, daß doch alles wieder „in Ordnung" sei. Im übrigen seien die Gastgeber ungewöhnlich „zuvorkommend und fast freundschaftlich" aufgetreten.

Die schnelle sowjetische Reaktion auf die Eigenmächtigkeit der „DDR" wird in der Bundesregierung und in Berlin auch als subtile „Rache" für einen anderen einseitigen Schritt Ost-Berlins gewertet: Als die „DDR" im Sommer dieses Jahres die Verabredung über den zweiten, vom Bund garantierten und an keinerlei Bedingungen geknüpften Kredit über 950 Millionen D-Mark sicherstellen wollten, stimmte sie ohne konkrete Absprache mit den Russen dem Offenhalten des wichtigen Straßenübergangs Staaken nach Hamburg bis Ende 1987 zu.

Bäumer: Grüne Flanke abschotten, um Spaltung der SPD zu vermeiden

Von WILM HERLYN

Eigentlich ist meine Partei schon gespalten. Linke versuchen nun endgültig, die Oberhand zu erhalten. Und das versuchen sie mit einer Zusammenarbeit mit den Grünen." Diese bittere Bilanz zieht Hans-Otto Bäumer, 14 Jahre lang Vorsitzender des drittgrößten SPD-Bezirks Niederrhein, lange als Landwirtschaftsminister am Kabinettstisch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau. Er gilt als einer der wortgewaltigsten und entschiedensten Kämpfer für den Umweltschutz schon zu einer Zeit, als die SPD noch gar nicht begriffen hatte, daß dies eines der hervorragenden politischen Felder werden würde.

„Eine so wichtige Aufgabe gehört in seriöse Hände", folgert Bäumer und fordert „die grüne Flanke der SPD abzuschotten" und nicht „beim modischen Öko-Trip den Grünen auf den Leim zu gehen". Doch da sieht er schon weite Teile seiner Partei – teils unbewußt, teils mit voller Absicht –, „weil die linken Kräfte in der SPD meinen, sie könnten mit dem Vehikel grün den Rest der Sozialdemokratie überfahren".

Die nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen entstandenen rot-grünen Bündnisse lassen seiner Meinung nach „das Ende der SPD gewachsener traditioneller Prägung bedrohlich näherkommen". Er sieht, daß die Sozialdemokratie sich mit ihren Anlehnungen an die Grünen „aus gesicherten, traditionellen Grundvorstellungen hinaus in unbekanntes Milieu und ungewohntes Terrain" bewege. Dadurch würden sich die Bindungen der SPD zu ihren traditionellen Wählergruppen lokkern und die Stimmung im Lager ihrer Sympathisanten „auf Null sinken".

Vor allem aber wendet sich Bäumer gegen die Kehrtwendung der Landes-SPD in ihrem Verhältnis zu den Grünen. Nachdem der Vorsitzende Johannes Rau gegen „Tabuzonen" Stellung genommen habe, könnten die Sozialdemokraten vor Ort diese Wende nur so interpretieren, daß die Festlegung von 1983, nach der Bündnisangebote ausdrücklich ausgeschlossen wurden, von Rau aufgegeben „und ins Gegenteil verkehrt worden ist".

In der Tat hatte die SGK, die kommunalpolitische Vereinigung der SPD, mit ausdrücklicher Billigung des SPD-Landesvorstandes am 26. August 1983 beschlossen: „Die Grünen werden weiterhin Wählerpotential der SPD streitig machen und ihr Profil gegen die SPD suchen ... Die SPD muß deshalb die Grünen politisch bekämpfen. Das schließt Bündnisangebote aus."

Bäumer erinnerte auch daran, daß Rau die Grünen früher als „Arbeitsgruppe Chaos" klassifizierte, heute aber sei sie für ihn anscheinend mindestens ein Tolerierungspartner. Bäumer warnt auch vor einer Umarmungspolitik, die die Grünen „aussaugen will". Dies hält er für eine „geradezu halsbrecherische Entwicklung in der SPD, wenn sie den Grünen und deren majoristischen und ökologischen Positionen folgt, mit denen wir als Godesberger SPD, als Volkspartei, uns nach links bewegen dürften".

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

Die größte Gefahr für seine Partei sieht er in den Kräften, die sich „nicht aus eigener Kraft durchsetzen konnten wie die linken Abweichler Hansen und Coppik, weil diese nämlich den Geruch des Marxismus und der Moskaufreundlichkeit um sich hatten. Das setzt sich in der Bundesrepublik nicht durch. Nun aber nehmen die linken Kräfte die Ökologie als Vehikel, und Rote verkleiden sich als Grüne".

Bäumer hält es für ausgeschlossen, daß die Grünen auf eine Umarmungstaktik hereinfallen würden. Er zitiert aus einem Strategiepapier des grünen Bundestagsabgeordneten Ludger Volmer aus Gelsenkirchen, in dem es heißt: „Sie (die Strategie – d. Red.) vertieft die Spannungen in der SPD, weil sie die Forderung in den Mittelpunkt rückt, die auch von starken Kräften in der SPD getragen werden. Somit kann sie zu einer weiteren Erosion der Parteienlandschaft beitragen."

Besorgniserregend sei die Zustimmung, die die Grünen bei der SPD-Führerschaft erhalte. Christoph Zöpel wie Günther Einert aus dem Kabinett Rau, Björn Engholm aus Kiel so wie Karl-Heinz Jansen von der IG Metall bereiteten den Boden für Partnerschaften und Koalitionen vor. „Weil der Börner sich hat breitschlagen lassen", lenkt Bäumer den Blick nach Hessen, „konnten die Linken mit der unverdächtigen Betonfacharbeiter-Verkleidung einen gewaltigen Schritt weiterkommen, die SPD nach links zu trimmen. Das wird sich zu einem doppelten, dreifachen, ja vielfachen Verlust im Bereich der Mitte auswirken. Da wird der Begriff der Volkspartei blutarm und auf die Dauer eine leere Überschrift."

Die SPD sei am Scheidewege und müsse sich jetzt entschließen – und nicht wie Buridans Esel verhungern, weil der nicht zwischen dem linken und dem rechten Heuhaufen wählen wollte. Bäumer: „Wir müssen von beiden nehmen." Die SPD dürfe aber keine Partei werden, wo sich der Kunde mit einem Wunschkatalog wie im Versandhaus bediene. Dazu aber bedürfe es den Mut von Johannes Rau, sich eindeutig zu äußern. Rau dürfe sich nicht mehr durch die Linien schlängeln, um nicht „im Meinungsverhau hängenzubleiben – zwischen der Position Lafontaines, dem Standpunkt Apels, der Meinung Koschnicks, der Überlegung Börners, der Analyse Schröders, der Variante Engholms". Jetzt sei Standfestigkeit und Glaubwürdigkeit gefordert.

Es reiche nicht, wenn Rau versuche zu suggerieren, er werde nach der NRW-Verfassung auch mit einfacher Mehrheit als Ministerpräsident gewählt. „Damit ist doch nichts gewonnen, um das durchhalten zu können, muß er – wenn er nicht Kirmesboy à la Pannen sein will – selbst an das Karussell und die Gänge bedienen und nicht andere bestimmen lassen, was auf dem Jahrmarkt geschieht". Dabei bezieht sich Bäumer auf das Bild, das der grüne Geschäftsführer Martin Pannen gebraucht hatte, als er sagte, den Grünen sei egal, wer die Kirmes eröffne oder Festreden schwinge, ihnen komme es auf die Inhalte an.

Alternative in Berlin nennen Kandidaten

F. D. Berlin

Mit der Bekanntgabe der 18 Kandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus hat die Berliner Alternative Liste (AL) begonnen, sich auch personell auf einen Erfolg bei den im März kommenden Jahres stattfindenden Berliner Wahlen einzustellen. Die jetzt genannten potentiellen Abgeordneten sind in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt und haben ihren Arbeitsplatz in der Mehrzahl im öffentlichen Dienst. Gescheitert war ein Antrag autonomer Frauengruppen, bei der Kandidatenaufstellung nur Frauen zu berücksichtigen. Für ein erneutes Mandat im Landesparlament bewarben sich auch die AL-Abgeordneten Kuntze (früherer FDP-Landesvorsitzender) und der frühere Kommunarde Kunzelmann. Sie wurden von der Basis bisher allerdings nicht berücksichtigt und könnten allenfalls ins Parlament einziehen, wenn nach der Hälfte der neuen Legislaturperiode auf Grund des Rotationsprinzips die jetzt aufgestellten Kandidaten ausschieden. Dies wäre 1987 der Fall.

Jüdische Gemeinde ehrt Matthias Walden

DW. Berlin

„Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hat mit Matthias Walden einen ihrer besten Freunde verloren", schrieb der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, in einem Kondolenzbrief an die Familie. „Ich kenne kaum einen Menschen, der sich so unbeirrbar, leidenschaftlich und kompromißlos für die Belange des Staates Israel eingesetzt hat." Galinski zitiert Matthias Walden, was ihm dieser anläßlich seines 70. Geburtstages geschrieben hatte: „Als ich elf Jahre alt war, holte mein Vater gegen Abend unser Auto aus der Garage und sagte mir, wir würden beide in die Stadt fahren. Er sah traurig und bestürzt aus. Es war der 9. November 1938. Und dann standen wir vor der rauchenden Dresdner Synagoge. Mein Vater sagte: ‚Das ist ein Gotteshaus, mein Junge. Es gehört den Juden. Sie beten zu dem selben Gott wie wir. Und die Nazis haben dieses Gotteshaus niedergebrannt. Sie sind Verbrecher. Vergiß das nie, was du hier siehst.'" Das sei Bekenntnis und Vermächtnis zugleich gewesen.

Mit neuen Rüstungsplanungen will die NATO ihre Verteidigung verbessern

FOFA oder: Abschreckung mit langem Arm

Von RÜDIGER MONIAC

FOFA heißt das neue Kürzel, um das in der NATO wiederum wie bei früheren Planungen auch politischer Streit auszubrechen droht. Hinter ihm verbirgt sich die Absicht der Regierungen, der Rüstungsplanung des Bündnisses einen veränderten Schwerpunkt zu geben. Ziel von FOFA ist es, die Streitkräfte der Allianz in Europa in den kommenden Jahrzehnten mit teilweise neuen Waffen, Aufklärungsmitteln und Führungssystemen auszustatten, die wirksamer als die heute vorhandenen helfen, im Falle einer Aggression des Warschauer Paktes die aus dem Osten nachrückenden Divisionen schon zu dezimieren, bevor sie an der Front den Offensivdruck gegen die Vorneverteidigung der NATO verstärken oder mindestens aufrecht erhalten können.

Es geht um einen Beschluß, den die NATO-Botschafter am vergangenen 9. November in Brüssel faßten. Als die Ständigen Vertreter ihrer Regierungen waren sie an jenem Freitag zusammengetreten und tagten als Verteidigungsplanungsausschuß (DPC – Defence Planning Committee). Dies zu unterstreichen, ist wichtig, weil damit klar wird, daß der von den Botschaftern gefaßte Beschluß im Auftrag ihrer Regierungen zustande kam, also auch Bonn seinen Botschafter entsprechend angewiesen hatte.

Der Beschluß hat eine vom NATO-Oberbefehlshaber Europa (Saceur), General Rogers, erarbeitete und vom NATO-Militärausschuß (MC – Military Committee) gebilligte langfristige Planungsrichtlinie für die Bekämpfung der Folgestaffeln des Warschauer Paktes zum Inhalt. In der NATO-Amtssprache Englisch wird der Beschluß Long Term Planning Guideline (LTPG) genannt. Es geht darin um den Follow-on Forces Attack (FOFA).

Kaum war die Verabschiedung der FOFA-Planungsrichtlinie publik, setzte die Kritik ein. Im wesentlichen wurde sie von politischen Kräften des linken Spektrums in Europa vorgetragen, in der Bundesrepublik von Teilen der SPD und von den Grünen. Sie behauptete, die NATO verändere ihre Strategie der „flexiblen Reaktion", es gehe dem Bündnis künftig nicht mehr um Verteidigung, sondern um Angriff auf den Warschauer Pakt. Das FOFA-Konzept destabilisiere die Lage in Europa somit; es wirke auf die politischen Bemühungen um Ausgleich und Entspannung mit der Sowjetunion und dem gesamten östlichen Teil des Kontinents schädigend.

Solche Kritik verfehlt ihr Ziel. Diejenigen, die FOFA ablehnen, haben sich entweder mit seinem Inhalt noch nicht ausreichend beschäftigt, oder sie bekämpfen es aus politisch-ideologischen Gründen. Als kürzlich General Rogers das FOFA-Konzept einigen Journalisten in seinem Shape-Hauptquartier im belgischen Mons bis in die Einzelheiten hinein vorstellte, machte er vor allem auf folgende Gesichtspunkte aufmerksam:

– FOFA verändert die Strategie der NATO nicht. Im Gegenteil wird sie durch eine Rüstungsplanung mit neuen Prioritäten in ihrer militärischen Anwendbarkeit glaubwürdiger und damit für die Wahrnehmung des Warschauer Paktes noch wirksamer. Sie verfolgt, wie bekannt, das Ziel der Kriegsverhinderung, indem sie einem möglichen Angreifer vor Augen führt, daß für diesen Fall sein eigenes Risiko kaum genau zu wägen und wahrscheinlich sehr groß wäre.

– FOFA ist keine offensive Strategie. Es ist überhaupt keine Strategie. Es ist einzig und allein eine Richtlinie zur künftigen Adjustierung der NATO-Beschaffungsplanung. Die NATO-Strategie ist und bleibt auch künftig eine rein defensive. Sie ist darauf ausgerichtet, dem möglichen Aggressor die militärische Einnahme des europäischen Territoriums der NATO zu verwehren. Auch wenn der militärische Konflikt, den der Warschauer Pakt ausgelöst haben müßte, bereits im Gange wäre, würde die Strategie der NATO ausschließlich darauf gerichtet sein, die Abschreckung wieder herzustellen („to restore deterrence") und die Integrität des NATO-Territoriums.

Subkonzept des operativen Konzepts

– Auch hat FOFA mit dem in den USA entwickelten operativen Konzept „AirLand Battle" nichts zu tun. FOFA ist nach den Worten von Rogers lediglich ein Subkonzept des operativen Konzepts des Obersten NATO-Oberbefehlshabers in Europa. „Unabhängig" davon, so der General weiter, hat das amerikanische Heer eine Doktrin unter dem Titel „AirLand Battle" für eine mögliche Nutzung außerhalb Europas, also „auf weltweiter Basis" entwickelt, das auch offensive Elemente enthält. Dabei werden Streitkräfte zu Lande und in der Luft zu Operationen zusammengefaßt. Sie sollen gegen den Feind notfalls auch Land zurückerobern.

Das gilt aber nicht für Europa, wie der General ausdrücklich unterstrich. Mit FOFA sind, wie er erklärte, keine massiven Angriffe der Landstreitkräfte über die innerdeutsche Grenze nach Osten geplant. Wenn es um die Wiederherstellung der „Integrität des NATO-Territoriums" gehen müßte, seien allenfalls in wenigen Kilometern zu messende Angriffsoperationen über die innerdeutsche Grenze denkbar. Auch sind präemptive Schläge der NATO, also einem östlichen Angriff vorgreifende, mit FOFA nicht beabsichtigt. Schließlich hat FOFA nichts mit Plänen zu tun, in denen konventionelle, nukleare und chemische Waffen koordiniert eingesetzt werden. Rogers sagte: „Die NATO unterscheidet sehr klar zwischen den verschiedenen Einsatzmitteln konventioneller, atomarer und chemischer Art. Chemische und nukleare würden vom Obersten Befehlshabers in Europa lediglich im Einklang mit Freigabeverfahren benutzt, die von den politischen Institutionen der NATO erlassen wurden."

Seit Jahren warnen Rogers und mit ihm andere NATO-Fachleute davor, daß sich die westliche Allianz durch Vernachlässigung ihrer konventionellen Verteidigungskräfte im Kriegsfalle in eine Sackgasse manövrieren könnte. Wenn sie dann überhaupt noch ihre Verteidigungslinie in Mitteleuropa oder auch an den Flanken des Kontinents halten wollte, wäre sie bei schneller Abnutzung ihrer ohnehin zu schwachen konventionell ausgerüsteten Verbände zum Einsatz von Nuklearwaffen gezwungen. Dies aber entspricht nicht der Strategie der NATO. Sie verlangt, daß das Bündnis als Verteidiger dem Angreifer bedeutet, es greife ganz und gar aus freier Wahl und nicht aus militärischer Schwäche als erster zu dem atomaren Kampfmittel. Aus diesem Grunde muß die Allianz bestrebt sein, zur glaubwürdigen Unterstreichung der eigenen Flexibilität die richtige Mischung aus strategischen Nuklearwaffen, solchen für den Kriegsschauplatz („theater") und konventionellen Waffen bereitzuhalten. Dabei gibt es aber auch, worauf Rogers mit großem Nachdruck hinwies, Begrenzungen für die konventionellen Systeme nach unten wie nach oben, obwohl der Fall, die Allianz könnte über zuviel konventionelle Waffen verfügen, angesichts ihrer Schwäche auf diesem Gebiet nur theoretisch zu betrachten ist. Zum vollen Verständnis der Strategie muß aber auch er herangezogen werden.

Rogers erläuterte, was zur Realisierung der Abschreckungsstrategie einerseits das Minimalerfordernis für den Umfang an konventioneller Kampfkraft ist, andererseits aber die maximale Größe. Als Minimalerfordernis für die Strategie definierte er einen Umfang, „der mehr ist als ein Stolperdraht". Der Umfang an konventionelller Verteidigungskraft muß so groß sein, daß die NATO aus völlig freiem politischen Willen den Entschluß zum Einsatz von Nuklearwaffen fassen kann und auch in der Lage ist, diese mit konventionellen Kampfmitteln solange zu schützen, bis sie aus politischen Gründen mit dem Ziel, den Angreifer zum Einhalten der Aggression zu bringen, zu Nuklearwaffen greifen möchte. Als „maximal erlaubt" bezeichnete er eine konventionelle Verteidigung, die beim Warschauer Pakt nicht zu dem Schluß führen dürfe, die NATO werde auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen mit Sicherheit verzichten. „Nuklearwaffen sind", so sagte der General, „der entscheidende Faktor in der Ausbalancierung unserer Abschrekkung." Davon ist die konventionelle Kampfkraft der NATO weit entfernt. Sie rangiert vielmehr im Bereich des Minimalerfordernisses zur Realisierung der Abschreckungsstrategie.

Wie die Kampfkraft höher werden soll

Aus diesem Grunde verfolgte Rogers mit seinem Stab bei Shape seit 1980 drei Ziele zur Steigerung der konventionellen Kampfkraft:

1. Die zur Vorneverteidigung bereits verfügbaren Truppen werden hinsichtlich Zahl, Ausrüstung, Ausbildung, Durchhaltefähigkeit und Reservenbildung verbessert.

2. Dazu sucht die NATO weitere Kräfte, die als ausgebildete Reserven mobilisiert werden können.

3. Schließlich bemüht sich die Allianz darum, ihre Waffensysteme zu modernisieren und dabei auch darauf zu achten, daß solche Waffen beschafft werden, die zur Bekämpfung der Nachfolgekräfte im Osten besser als bisher geeignet sind. Das Letztere ist mit FOFA gemeint. Wie will die NATO das verwirklichen?

Um die Antwort darauf zu geben, ist nötig zu schildern, wie die NATO sich theoretisch den Ablauf eines Krieges in Europa vorstellt. Die Divisionen des Warschauer Paktes würden in einer tiefen Staffelung gegen die Verteidigungslinie der NATO vorrücken. Schematisch baut sich die Staffelung so auf: Einer Ersten Strategischen Staffel folgt eine Zweite. Auch die Erste Strategische Staffel unterteilt sich in zwei operative Staffeln, die wiederum jeweils in zwei taktische gegliedert sind. Hinter der ersten taktischen Staffel, die von Beginn des Krieges an das Angriffsgefecht gegen die Vorneverteidigung der NATO führen würde, rückt in mäßiger Entfernung, die in 24 Stunden zurückzulegen wäre, die zweite taktische Staffel vor. Hinter dieser folgt die erste taktische Staffel der zweiten operativen Staffel und so fort. Die taktischen Verbände sind im Gelände nach hinten jeweils so aneinandergereiht, daß sie in einem Tag die Position des jeweils vor ihm stehenden Verbandes erreichen können. Damit wird verwirklicht, was die sowjetische Führungsdoktrin verlangt: Abgenutzte Angriffsverbände sollen ohne Unterbrechung durch frische ersetzt werden, so daß auf diese Weise ein ständiger Angriffsdruck auf die NATO-Verteidigung in Mitteleuropa gewährleistet wäre.

Diesem Angriffskonzept hat die Sowjetunion mit der Bildung der sogenannten „Operativen Manöver-Gruppen" (OMG) ein weiteres für die NATO bedrohliches Element hinzugefügt. Dies sind Verbände der Landstreitkräfte, in denen alle Typen von Truppengattungen von Panzern, Mot-Schützen über Artillerie, Angriffshubschrauber bis hin zu Nachschubteilen zusammengefaßt sind, so daß eine OMG ohne weitere Unterstützung zum selbständigen Kampf befähigt ist. Verbände in OMG-Gliederung führen die sowjetischen Streitkräfte schon in der ersten operativen Staffel der Ersten Strategischen Staffel mit. Sie sollen, wenn sich im Abnutzungskampf zwischen Angreifer und Verteidiger Schwachstellen in der NATO-Linie zeigen, durch raschen Ansatz dort den Durchbruch erzwingen und mit Hilfe von Luftlandungen hinter der Verteidigung der NATO tiefe Stöße ins Hinterland der Bundesrepublik erzielen.

Während die Abwehrschlacht in der Vorneverteidigung im Gange ist und die NATO-Verbände dem Angriffsdruck der östlichen Staffeln standzuhalten suchen, muß gleichzeitig das Gefecht gegen die aus der Tiefe nachrückenden Verbände geführt werden. Dies geschieht mit Hilfe des FOFA-Konzepts. Die NATO braucht eine Bewaffnung und Ausrüstung, die ihr das mit ausreichender Wirkung erlaubt.

Bisher standen ihr für diese Aufgabe ausschließlich Flugzeuge zur Verfügung und in begrenztem Umfang weitreichende Artillerie. Deshalb ist die Behauptung der Kritiker von FOFA unsinnig, dadurch verlasse das westliche Bündnis seinen bisher eindeutigen Verteidigungsauftrag. Immer schon hat das Operationskonzept der NATO in Europa, für das gegenwärtig General Rogers mit seinem Stab Shape verantwortlich zeichnet, aus zwei unterschiedlichen Elementen bestanden. Einerseits sollen die Landstreitkräfte in der Vorneverteidigung möglichst wenig vom eigenen Territorium aufgeben und es bestenfalls auch wieder zurückerobern. Andererseits sind die Luftstreitkräfte darauf angesetzt, zum ersten die Basen und Führungseinrichtungen der gegnerischen Luftstreitkräfte zu bekämpfen („Offensive Counter Air"), zum zweiten aber auch für Abriegelung des Gefechtsfeldes in der Vorneverteidigung gegen nachrückende Staffeln zu sorgen.

Eine Studie soll Maßstäbe setzen

Diese Aufgabe nennen die Fachleute „Interdiction". Beides ist ein Teil von FOFA, wie es die NATO schon bisher praktiziert, ohne dafür ein Kürzel gehabt zu haben. Das Kürzel zeigt nun lediglich an, daß sich das Bündnis dank des Engagements von General Rogers verstärkt dieser Aufgabe annimmt.

Freilich muß man wissen, daß die NATO gegenwärtig in ihren Gremien darum ringt, wie die Aufgabe FOFA im Verhältnis zu allen anderen in die richtige Rangordnung gesetzt werden kann. Die Maßstäbe dafür soll eine Studie mit der Überschrift „Conceptional Framework" liefern, die von den Verteidigungsministern der Allianz schon im Dezember 1983 in Auftrag gegeben worden war. Sie soll untersuchen, in welche Rahmenbedingungen die Operationskonzepte des Bündnisses generell einzupassen sind. Diese Studie wird vom Internationalen Militärstab (IMS) in Brüssel erarbeitet. Der Stab von Rogers, Shape, sowie die anderen Hauptquartiere der beiden anderen NATO-Oberbefehlshaber Atlantik und Ärmelkanal, Saclant und Cincchan, liefern IMS dazu Beiträge. Die Aufgaben, die die Studie bewerten muß, sind zahlreich: Es geht nicht nur um FOFA, sondern auch und vor allem um das Halten der Linie in der Vorneverteidigung, die Luftverteidigung, eine Aufgabe mit den ärgsten Schwächen, um die Verstärkungskräfte, die dafür zu bauenden Aufnahmeeinrichtungen, um die Kontrolle der Seewege sowie die Minenkriegführung, die angesichts der sowjetischen Fähigkeiten auch einer starken Kräftigung bedarf.

Rogers äußerte die Hoffnung, daß die IMS-Studie über die konzeptionellen Rahmenbedinungen den Verteidigungsministern im nächsten Frühjahr vorliegen wird und von ihnen dann verabschiedet werden kann. So wird auch noch einige Zeit vergeben, bis die FOFA-Aufgabe unter den anderen Verteidigungsaufgaben der NATO den von allen Nationen akzeptierten Platz in der Rangordnung der Dringlichkeit erhalten haben wird. Gegenwärtig hat FOFA „nur" den politischen Wert einer Planungsrichtlinie.

General Rogers machte klar, daß die bereits vorhandenen Waffen und Systeme dem Bündnis in begrenztem Umfang schon heute Fähigkeiten zum Wirken in die Tiefe des Gegners geben. Die in Arbeit befindlichen Studien und Untersuchungen sollen herausfinden helfen, welche zusätzlichen technischen Möglichkeiten die Allianz künftig für FOFA nutzen sollte. Dabei sind seiner Darstellung nach drei Gebiete zu analysieren:

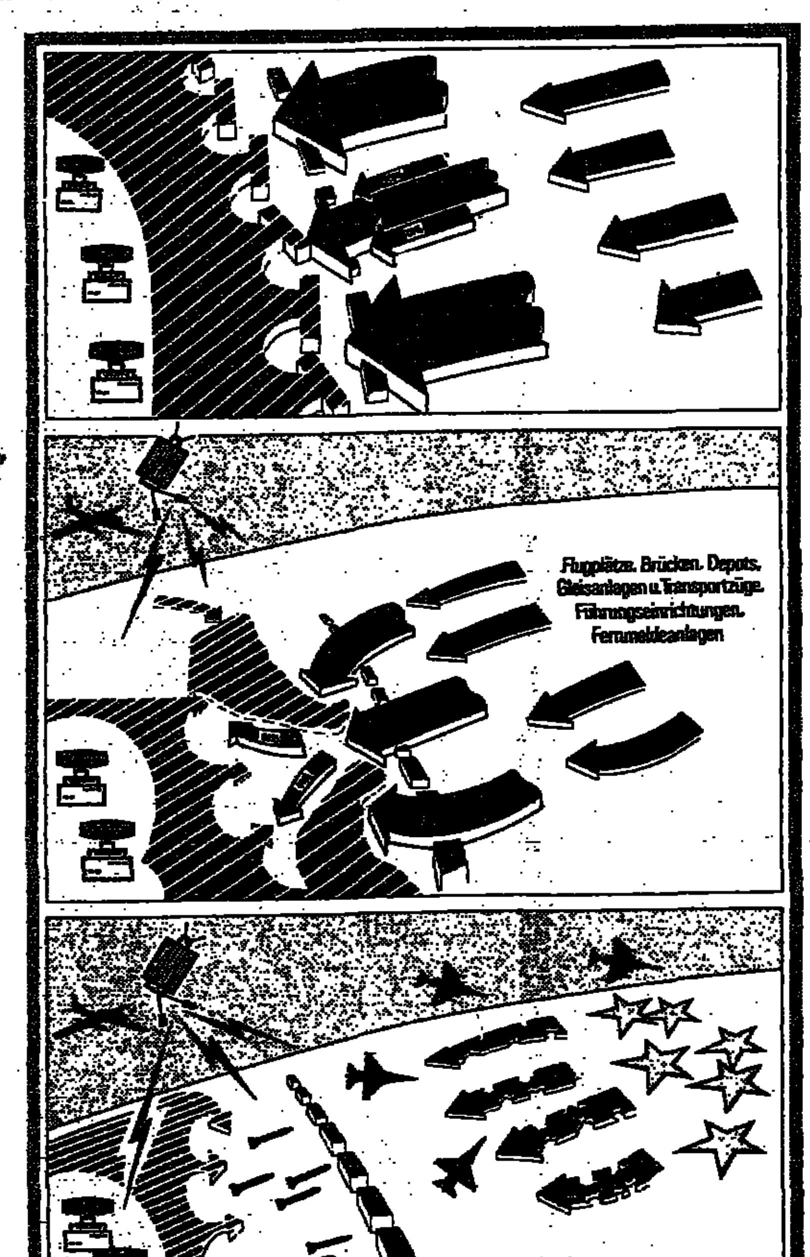
– Wie läßt sich mit technischen Mitteln die weiträumige Überwachung des Geländes verbessern, die Zielortung und ganz generell die Nachrichtengewinnung über die Bewegungen des Gegners in der Tiefe?

– Welche technischen Führungseinrichtungen („Command, Control and Communication") sind nötig, um Informationen über das Lagebild in der Tiefe des Gegners schnell an die Hauptquartiere und von dort ebenso unverzüglich an die feuernden Verbände zu übermitteln?

– Welche konventionellen Waffen sind zur noch besseren Wirkung bemannter Flugzeuge in der FOFA-Aufgabe erforderlich? Dazu rechnen auch moderne Systeme für die elektronische Kampfführung, damit die Flugzeuge die gegnerische Luftverteidigung durchbrechen können.

Die so der Allianz künftig verfügbaren neuen Fähigkeiten zum Kampf in die Tiefe sollen Atomwaffen nicht ersetzen. Rogers sagte es unmißverständlich: „Die Option des Ersteinsatzes ist Teil der NATO-Strategie." Aber sie können helfen, die Allianz von dem Zwang zu einem von ihr nicht gewollten zu frühen Griff zu den Nuklearwaffen zu befreien. Und dem Angreifer wäre auf diese Weise die Entscheidung aufgebürdet, zur Erreichung seiner Offensivziele dann Nuklearwaffen mit allen unwägbaren Folgen für ihn selbst und das ganze Kriegsgeschehen einzusetzen.

Auch zu den Kosten des FOFA-Konzepts äußerte sich Rogers. Danach sind mit Aufwendungen von insgesamt rund 30 Milliarden Dollar über zehn Jahre zu rechnen, im Verhältnis zu den Jahresausgaben der Allianz ein nicht zu hoher Betrag. 1983 wandten allen Mitglieder des Bündnisses zusammen 309 Milliarden Dollar für ihre Streitkräfte auf. Rogers unterstrich abermals: Die NATO kann alle Aufgaben verwirklichen, wenn die Verteidigungsbudgets aller Staaten Jahr für Jahr um vier Prozent an realer Kaufkraft erhöht werden.



Gezielte Schläge ins Hinterland

Die drei Zeichnungen zeigen einen Kriegsverlauf in Mitteleuropa, wie ihn die NATO annimmt. Die Verbände des Warschauer Paktes rennen gegen die Vorneverteidigung an und haben wahrscheinlich nach gewisser Zeit Durchbruchserfolge. Das zeigen die beiden oberen Zeichnungen. Besonders mit den Operativen Manöver-Gruppen (OMG) möchte der Angreifer Durchbrüche erweitern. Währenddessen klärt die NATO das Herannahen der Nachfolgestaffeln mit Satelliten, Flugzeugen und Bodenradar auf und bekämpft das Hinterland mit Flugzeugen und Raketen (unten).

Ost-Berlin nutzt Kontakte zur SPD

WERNER KAHL, Bonn

Die Ostberliner Führung nutzt die Bereitschaft von SPD-Politikern in Bonn zu verstärkten Kontakten mit SED-Funktionären für großangelegte Propaganda-Auftritte in diesem Monat in der Bundesrepublik. Den Auftakt zu der Redner-Welle mit dem Einheitsthema „Sozialismus konkret" in allen Bundesländern bildete ein dreitägiges Treffen der Grundwertekommission beim SED-Parteivorstand unter Leitung von Präsidiumsmitglied Erhard Eppler mit führenden Gesellschaftswissenschaftlern der „DDR" in Freudenstadt (Schwarzwald). Die SED-Delegation wurde von Professor Otto Reinhold geleitet, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee. Eine 29jährige Tochter Reinholds hatte kürzlich während eines Fluges von Ost-Berlin nach Kuba beim Zwischenaufenthalt in Neufundland um politisches Asyl im Westen ersucht. Bei den SPD-SED-Gesprächen ging es nach Angaben aus Bonn unter anderem um den vordringlichen Wunsch der „DDR", an „wissenschaftlich-technischen Fortschritten" zu partizipieren. Die SPD-Gesprächspartner schlossen sich dem Bericht zufolge der östlichen Erwartungshaltung an, die im „offenen Austausch von Positionen und Erfahrungen einen Gewinn" sieht. Bei Gesprächen Ostberliner Delegierter wurde unverblümt die Ansicht vertreten, eine Zusammenarbeit in der Technologie mit dem Austausch von *Meßdaten erspare nicht nur hohe Rüstungsaufwendungen*, sondern auch Spionage im Westen.

Nach dem Treffen mit der SPD-*Grundwertekommission* traten eine Reihe führender SED-Funktionäre gestern eine Tournee durch die Bundesländer an, bei der diesmal die DKP als Veranstalter fungierte. In Kiel wurde für Dienstag abend SED-Institutsdirektor Erich Hahn („Sozialismus und seine Grundrechte") angekündigt. Eine ehemalige Mitarbeiterin Hahns, die 1977 mit der SED gebrochen hatte und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war, sagte gestern in Bonn der WELT, vor ihrer Verhaftung habe Hahn erklärt, „die sauberste Lösung im Interesse der Partei wäre Selbstmord".

Willy Brandt, Heinemann und die Deutsche Frage

Der SPD-Vorsitzende sieht in einer Anerkennung der „DDR" eine Chance, „die uns die Geschichte jetzt bietet" / Vortrag in München

PETER SCHMALZ, München

Sollte wahr sein, daß Theaterluft frei macht, dann wären die Bühnenbretter der Münchner Kammerspiele ein vorzüglicher Ort für die „Reden über das eigene Land: Deutschland", zu denen der Bertelsmann-Verlag Politiker (Strauß, Brandt und Schily), Künstler (Herzog) und Journalisten (Augstein) engagierte. Da könnte einer wie der SPD-Vorsitzende, ohnehin frei von Regierungsverantwortung, seiner Zunge freien Lauf lassen und reden, wie's ihm ums Herz ist. Zum Beispiel könnte er sagen: Laßt endlich das Getue mit der „DDR", gewährt ihr die volle Anerkennung, die sie von uns fordert.

Aber droben auf der Bühne verschachtelt Brandt die Aussage, bis sie weniger und notfalls auch dementierbar wird, aber eben doch gesagt ist. Und das hört sich dann so an: „Es ist *kein Widerspruch, wenn ein Mann* wie Gustav Heinemann, der, aus dem ersten Kabinett Adenauer ausgeschieden, ein Kämpfer für die Priorität der deutschen Einheit war, als Bundespräsident zu einem Verfechter dessen wurde, daß wir der DDR die Anerkennung nicht versagen sollten. Wer es gut meint mit unserem Volk, muß zu einem solchen Eingehen auf veränderte Bedingungen fä*hig sein." Da hat mancher im gepol*sterten Theatersessel die Sprengkraft dieser Worte gar nicht erkannt, kein Beifall, kein Buh.

Dennoch: Der Wunsch nach Anerkennung der „DDR" war nichts als die logische Konsequenz des zuvor Gesagten, der Auseinandersetzung mit der Frage nach der deutschen Frage. „Warum um alles in der Welt", fragt der Redner, „wird noch heute darüber geredet, wie offen die deutsche Frage sei?" Schizophrenie und Doppelbödigkeit macht Brandt in der heutigen Diskussion zu diesem Thema aus, ausgelöst vom „schlechten Gewissen über Versäumnisse oder verpaßte Gelegenheiten". Da wird die Welt auf einmal einfach, klar und faßbar, *ungetrübt von komplizierten* Fußangeln des Staats- und Völkerrechts: Wer Rechtspositionen beachtet, hängt noch immer im „nostalgischen Teil der Diskussion", wer sich leichtfüßig darüber hinweghebt und die Anerkennung als Notwendigkeit realistischer Politik preist, der nutzt die Chance, „die uns die Geschichte jetzt bietet".

Nicht zufällig vermeidet der SPD-Vorsitzende das Wort *„Rechtsposition"* und umschreibt es in einer verfremdenden und ironisierenden Art. Wer diese Positionen nicht schleunigst aufzugeben bereit ist, der ist nach Willy Brandt einer, der „ein Stück Verdrängung" betreibt: „Nachdem sich der Weg der frühen fünfziger Jahre als die große Illusion der deutschen Nachkriegsgeschichte erwiesen hat, möchte man wenigstens das alte Recht erhalten oder was als solches empfunden war, einklagbar behalten, auf Kommuniqués und Vertragstexte pochen können."

Zum Zeugen seiner These, wonach die deutsche Frage längst nicht mehr offen ist, beruft Willy Brandt den amerikanischen Kolumnisten Walter *Lippmann, der nach einer Europarei*se schon vor 31 Jahren feststellte: „Jetzt, da die Tore zur Einheit Deutschlands geschlossen sind." Diese Analyse, so Brandt, sei zutreffend *gewesen und gelte noch immer*: „Ich sehe weiterhin nicht die Umstände, die zu einer Änderung der machtpolitischen Interessen führen könnten."

Ihm sei empfohlen, zu diesem Punkt die Rede des Spiegel-Herausgebers Rudolf Augstein am selben Ort nachzulesen: Auch dieser meint zwar, es werde bei zwei deutschen Staaten bleiben, macht sich aber doch die Mühe zu alternativen Gedanken. Allein Moskau habe die deutsche Karte in der Hand, wolle und könne diesen Joker gegenwärtig aber nicht ziehen. Augstein: „Es gibt dafür noch keine Spielregeln." Er hält aber doch den Hinweis erwähnenswert, daß Bewegung in dieses erstarrte Spiel kommen könnte, sollten sich „die Sowjets gezwungen oder in der Lage sehen, ihre Überraschungskarte zu spielen und ihre Armee aus Ostdeutschland abzuziehen".

Bei Willy Brandt wird das Wort „Einheit" mit weit weniger Phantasie *malträtiert. Der Streit darüber, wie* offen die deutsche Frage noch heute ist und damit, wie groß die Wahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung ist, reizt den Redner zu einem arroganten *Vergleich*: „Dieser Streit ähnelt der Dramatik eines Traums, der nachschwingt, aber vorüber ist, wenn man aufwacht. Der Traum ist vorbei. Doch er sagt etwas über die psychologische Befindlichkeit des *Träumers." Was, verrät er aber leider* nicht. Dafür äußert er Verständnis, „wenn unsere Nachbarn irritiert sind, wenn sie Zeichen eines deutschen Verhaltens feststellen, die ihnen als Träumereien erscheinen". Wir könnten doch nicht erwarten, daß andere scharf darauf sind, deutsche Schizophrenien zu europäischen zu machen, sagt Brandt und bezeichnet die Reaktionen auf Andreottis Pangermanismus-Vorwurf als „lächerlich – starke Worte" und eine „sterile Aufgeregtheit".

Sein Rezept für die Zukunft: Mit der „DDR" sollten wir „möglichst gute und möglichst enge Beziehungen der Zusammenarbeit entwickeln", wobei er die Erhaltung des Friedens und die Erleichterung für die Menschen als die beiden wichtigsten Schwerpunkte nennt. Doch dieser Part der Realpolitik ist von der derzeitigen *Regierungslinie gar nicht so* weit entfernt.

Viel Beifall für Ernst Benda bei seiner Antrittsvorlesung

XING-HU KUO, Freiburg

Ende der 60er Jahre war er der „Buhmann" der revoltierenden Studenten, heute ist er ein herzlich begrüßter „elder statesman" unter den Akademikern in spe der Universität Freiburg: Die Rede ist von Professor Ernst Benda (59), dem ehemaligen Innenminister der „Notstandsgesetze", gegen die vor allem an den Unis seinerzeit rebelliert wurde, von 1971 bis Ende 1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) in Karlsruhe.

Der in den vergangenen zwölf Jahren der Öffentlichkeit als oberster Verfassungshüter in roter Robe bei wichtigen Entscheidungen bekannte Jurist aus Berlin hat sich im südbadischen Freiburg möglicherweise seine letzte öffentliche Wirkungsstätte als *international renommierter* Rechtsexperte ausgesucht.

Seine Antrittsvorlesung im Auditorium maximum der Universität Freiburg am Freitag abend vergangener Woche wurde deshalb nicht nur von Jurastudenten besucht, die ihren künftigen Lehrmeister aus nächster Nähe kennenlernen wollten, sondern auch von Kommilitonen aus vielen anderen Disziplinen. Nicht zuletzt waren Medienvertreter in beachtlicher Zahl nach Freiburg gereist, um dem Thema des Abends und vor allem dem Vortragenden zu lauschen. In der inzwischen bundesweit bekannten ruhigen, ausgewogenen, sachlich-kühlen Sprache des Wissenschaftlers und überparteilichen Verfassungsschützers, deren Berliner Färbung seine Herkunft verrät, behandelte Benda ein ebenso aktuelles wie umstrittenes Thema souverän und *sachkundig zugleich*: „Erprobung der Menschenwürde am Beispiel der Humangenetik".

Benda ging ausführlich auf Gefahren und Risiken der inzwischen weltweit fortgeschrittenen Gen-Technologie ein. Zwar wolle er „Pauschalurteile" vermeiden, so sei auch die künstliche Befruchtung oder die „Leihmutter", die gegen Geld ein Kind für andere austrage, nicht von vornherein zu verurteilen. Jedoch müßte der Staat dafür sorgen, daß gerade hier keine „rechtsfreien Räume" entstehen. Benda verglich die Gen-Zukunft mit einer Weltraumfahrt oder einer „Science-fiction", weil noch zu viele unbekannte Faktoren untersucht werden müßten, aber gerade deshalb dürfen sich Staat und Rechtswissenschaft nicht ihrer Verantwortung zur Wahrung der Menschenwürde entziehen, erklärte Benda unter großem Beifall der rund 1500 Zuhörer im überfüllten Hörsaal der Universität Freiburg. Zu den zahlreichen Ehrengästen der Antrittsvorlesung Bendas *zählten viele ehemalige Kollegen aus* Karlsruhe, darunter Bendas Nachfolger, Professor Zeidler, und BVG-Vizepräsident Roman Herzog.

Zu den Risiken der Humangenetik rechnet Benda beispielsweise die Möglichkeit, die Erbanlagen der Menschen so zu manipulieren, daß sie sozusagen in Serie hergestellt werden könnten. Dies wäre auch dann eine „Verarmung" der Menschheit, wenn „diese Menschen alle Mozarts" seien. Auch Versuche, die Menschen mit Hilfe der modernen Gen-Technik zu perfektionieren, müßten entschieden abgelehnt werden. Schließlich sei der Mensch, dessen Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes zu schützen ist, ein unvollkommenes Wesen. Wolle ein Staat nunmehr perfekte Bürger in seinem Sinne schaffen, so stoße er hier auf „unüberschreitbare Grenzen". Zum Menschsein gehörten nun mal Unzulänglichkeiten, Torheiten, Hoffnungen und Sehnsüchte. Sollte der angeblich perfekte Mensch geschaffen werden, so *stehe ein neues Wesen vor uns, das* uns nur physisch ähnele.

Der heutige Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht in Freiburg hat das politische Leben der Bundesrepublik seit fast 30 Jahren zum Teil entscheidend mitgeprägt. Im Rechtsausschuß des Bundestages war er Berichterstatter in der Notstandsgesetzgebung. Benda initiierte einen Antrag zur Verjährungsfristverlängerung für NS-Verbrechen über den 20. Mai 1965 (Ablauf der „normalen" 20jährigen Frist) hinaus. Als Innenminister stand Benda 1968 im Mittelpunkt der Studentenunruhen, denn im Mai jenes Jahres wurden die Notstandsgesetze verabschiedet.

1971 einstimmig vom Bundesrat zum BVG-Präsidenten gewählt, begann eine bewegte zwölfjährige Tä*tigkeit in der „Residenz des Rechts"*. Da das höchste deutsche Gericht immer öfter zu politischen Streitfragen angerufen wird, sind in der Amtszeit Bendas zahlreiche grundlegende Entscheidungen gefällt worden. So etwa zum Grundlagenvertrag mit der „DDR", zum heftig umstrittenen Paragraphen 218 und zur Diätenfrage. Der letzte große Auftritt Bendas in Karlsruhe als BVG-Präsident erfolgte am 15. Dezember 1983 zur Frage der wieder aktuell gewordenen Volkszählung. Wegen der Bedenken aus Karlsruhe mußte sie verschoben werden.

Esser mahnt DGB zum Dialog mit Regierung

rtr, München

Arbeitgeberpräsident Otto Esser hat die Gewerkschaften zu einer Nor*malisierung* ihres Verhältnisses zur Bundesregierung aufgerufen, auch wenn diese nicht den von ihnen gewünschten Mehrheitsverhältnissen entspreche. Esser sagte in München, *was auch immer komme, zwischen* den sozialen Gruppen untereinander und zwischen ihnen und der Regierung müßten Brücken bestehen bleiben. Dem DGB-Vorsitzenden Ernst *Breit* hielt er vor, daß *Verhältnis zum* Staat in bedenklicher Weise zu belasten, wenn er die Regierungsappelle an die Eigenverantwortung der Bürger als Absage an die Solidarität hinstelle und die Förderung der Leistungsbereitschaft als Rückzug aus der sozialen Verantwortung werte.

Esser warnte den DGB davor, sich in die Nähe der Grünen oder anderer politischer Gruppen zu begeben, die nicht nur ein gestörtes Verhältnis zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie hätten, sondern letztlich politikunfähig seien.

SED wirft Diepgen antiquierten Geist vor

hrk. Berlin

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hat gestern den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, wegen seiner Äußerungen auf dem CDU-Landesparteitag am Wochenende angegriffen. Unter der Überschrift „Diepgen will sich mit der DDR anlegen" schrieb das Blatt, Diepgens Wort von der „offenen deutschen Frage" zeuge von einer „politisch antiquierten Geisteshaltung". Er sei offenbar nicht in der Lage, „die Realitäten anzuerkennen". Die Reaktion Ost-Berlins läßt darauf schließen, daß die „DDR" zur Zeit nicht bereit ist, die im Zusammenhang mit dem zweiten Milliardenkredit eingeräumten Reiseerleichterungen für „DDR"-Besucher, von denen die West-Berliner ausgeschlossen sind, „nachzubessern". Die Attacke auf Diepgen macht zugleich deutlich, *daß Ost-Berlin gegenwärtig nicht dar*an interessiert ist, dem Senat in der Frage einer Abstimmung der beiderseitigen Feiern zum 750. Geburtstag Berlins im Jahre 1987 entgegenzukommen.

Kein Treffen Reagan–Ortega in Aussicht

AFP, Washington

Ein Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem Staatschef Nicaraguas, Daniel Ortega, ist nach Angaben des Weißen Hauses nicht geplant. Ortega hatte sich am Wochenende bereit erklärt, Präsident Reagan in den Vereinigten Staaten, Nicaragua oder anderswo zu treffen. Dabei betonte er, daß die Sandinisten keine Feinde der Amerikaner seien. Dazu erklärte das Weiße Haus, die amerikanisch-nicaraguanischen Gespräche, welche seit Juni stattfinden, hätten die „geeignete Ebene" für Diskussionen zwischen Regierungsvertretern beider Länder.

Der Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo, ein scharfer Kritiker des sandinistischen Regimes, hat sich am Sonntag positiv zu einem etwaigen Treffen zwischen Reagan und Ortega geäußert. Eine solche Begegnung „würde dazu beitragen, die Spannungen zwischen beiden Ländern abzubauen". Der Erzbischof zeigte sich ferner überzeugt, daß die Amerikaner keine Invasion in Nicaragua planten. Auch wenn der Alarmzustand in Managua weiterhin besteht, hat die Spannung spürbar nachgelassen.

Unterdessen fand gestern in Manzanillo (Mexiko) die siebte Gesprächsrunde zwischen dem Sonderbeauftragten der amerikanischen Regierung für Mittelamerika, Harry Shlaudeman, und dem stellvertretenden nicaraguanischen Außenminister Victor Tinoco statt. Hoffnung auf „Fortschritte" bei der Gesprächsrunde in Mexiko bekundete der nicaraguanische Außenminister Miguel d'Escoto. Sein Land habe unter Beweis gestellt, daß es zu Kompromissen bereit sei, indem es die Friedensvorschläge der Contadora-Gruppe akzeptiert habe.

Zu der Fracht der vier sowjetischen Schiffe, die am Wochenende im nicaraguanischen Pazifikhafen Corinto einliefen, erklärte d'Escoto, sie enthalte „nichts, zu dessen Erwerb wir nicht berechtigt sind". Auf die Frage, ob sich Waffen an Bord befänden, meinte er: „Vielleicht ja, vielleicht nein." Die Frachter hatten der Regierung in Managua zufolge Lebensmittel und Traktoren an Bord. Der Außenminister bestritt, daß Nicaragua Angriffe auf Nachbarländer plane.

Unbeirrt hält Italien am Kurs der NATO fest

Ansehen der Armee steigt / Realistische Sicherheitspolitik

C. GRAF BROCKDORFF, Rom

Giovanni Spadolini gilt nach Staatspräsident Pertini als der populärste Politiker Italiens. Besonders unter den Studenten hat er viele Anhänger. Verteidigungsminister Spadolini sagt: „Alle apokalyptischen Voraussagen beim Abbruch der Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen haben sich als unwahr erwiesen. Die Haltung des Westens hat sich als realistisch herausgestellt." Von sich selbst sagt Spadolini, er wisse morgens beim Aufstehen nicht, ob er abends noch Verteidigungsminister sei. Die Regierungen Italiens seien instabil, sagt man in Rom, die italienische Politik aber stabil. Den Beweis für diese These liefert das unbeirrte Festhalten Italiens an der NATO-Nachrüstung seit 1979, obwohl inzwischen die Kabinette in Rom gewechselt haben.

Um die Genfer Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, sind zahlreiche deutsche Politiker bereit, die Verhandlungen über die Mittelstrekkenwaffen mit den Gesprächen über die Interkontinentalraketen (START) zusammenzulegen. Die Regierung des Sozialisten Craxi aber will davon nichts wissen. Sie hält solches Begehren für ausgesprochen töricht: „Damit würde der große europäische Einfluß auf die amerikanische Verhandlungsführung verlorengehen." Wer glaubt, Pragmatismus sei eine Stärke der Deutschen und Emotion in der Politik eine typische italienische Eigenschaft, der irrt. Es ist wohl eher umgekehrt.

Ähnlichen Klischees begegnet man nördlich der Alpen, wenn von den italienischen Streitkräften die Rede ist. Die italienischen Soldaten müssen mit der Hälfte des Soldes eines Bundeswehrsoldaten auskommen, das italienischen Offizierskorps ist nicht besser dran. Dennoch gilt der Geist der italienischen Truppe bei langjährigen ausländischen Beobachtern als gut. Das Leistungsniveau ist vorzüglich. In den vergangenen Jahren hat die italienische Öffentlichkeit zunehmend Notiz von ihren Streitkräften genommen. Deren Ansehen hat gewonnen. Die Soldaten und Offiziere sind selbstbewußt.

Das italienische Heer besitzt 25 Brigaden, ähnlich gegliedert wie die des deutschen Heeres. Es fehlt an Ausrüstung, insbesondere bei Fernmeldemittel. Der deutsche Kampfpanzer Leopard 1 ist im italienischen Heer eingeführt, ältere amerikanische Panzermodelle will man durch eine italienische Neukonstruktion ersetzen, die der Leopard-2-Generation entsprechen soll.

Dies ist vielleicht das einzige Rüstungsvorhaben, das die auf internationalem Spitzenniveau arbeitende italienische Rüstungsindustrie nicht alleine bewältigen kann. Der Hauptauftragnehmer für den neuen Kampfpanzer, Oto Melara (La Spezia), denkt an eine französische oder deutsche 120-Millimeter-Glattrohrkanone, weil diese international renommierte Kanonenfabrik nicht die Zeit und die Mittel hat, eine eigene Hochleistungs-Panzerkanone zu entwikkeln. Eingeweihte sind ziemlich sicher, daß Italien sich für die 120-Millimeter-Waffe von Rheinmetall entscheiden wird.

Die italienische Luftwaffe wird derzeit mit 100 Tornado-Luftangriffsflugzeugen ausgerüstet. Zwei Staffeln fliegen schon. Italien war von Anfang an Teilnehmer des trinationalen Tornado-Programms und glaubt, mit dem Tornado das leistungsstärkste Flugzeug seiner Kategorie in der Welt beschafft zu haben.

Als Land, das so weit ins Mittelmeer hineinragt, hat Italien sich immer am stärksten für die Modernisierung seiner Marine entschieden. Italienische Kriegsschiffe haben den Ruf, zur Weltspitze zu gehören. Gegenwärtig entsteht ein neuartiger Kreuzer von 13 250 Tonnen, die „Giuseppe Garibaldi". Das Schiff wird 16 Senkrechtstarter und Hubschrauber an Bord nehmen. Es verfügt über eine 110 Meter lange Flugzeughalle. Den Antrieb besorgen vier Fiat-Gasturbinen.

Oto Melara ist auch der Hersteller der vollautomatischen 76-Millimeter-Kanone von 62 Kaliberlängen, die in alle Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, verkauft wurde. Das radargesteuerte Geschütz hat eine Feuergeschwindigkeit von 120 Schuß in der Minute und ist aufgrund seines großen Kalibers eine beliebte Schiffswaffe gegen Luftziele und tieffliegende Raketen wie die „Exocet". Die Feuergeschwindigkeit dieser schweren Waffe ist unübertroffen. (SAD)

Jaruzelski traf Marschall Kulikow

Aktivitäten vor polnischer ZK-Tagung / Undurchsichtige innenpolitische Lage

AP/hrk. Warschau/Berlin

Der polnische Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski ist am Sonntag mit dem Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Pakts, Sowjetmarschall Viktor Kulikow, und dessen Stabschef, dem sowjetischen General Anatoli Gribkow, in Warschau zusammengetroffen. Bei dem Treffen sei es um die Zusammenarbeit zwischen der Armee Polens und den Streitkräften des Warschauer Pakts gegangen. Zuletzt hatten sich Jaruzelski und Kulikow im Februar getroffen.

Ein ähnliches Gespräch hatten Kulikow und Gribkow am Samstag in Ost-Berlin mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Erich Honecker geführt. An dem Gespräch nahm auch „DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann teil.

Am Freitag war Jaruzelski in Ost-Berlin mit Honecker zusammengetroffen. Der General aus Warschau habe dem SED-Generalsekretär, der die Lage in Polen und in der „DDR" zuerst unter Sicherheitsgesichtspunkten sieht, auch über mögliche Kräfteverschiebungen an der Spitze der polnischen KP unterrichtet. Außerdem dürfte die nochmals gestärkte Stellung der katholischen Kirche zur Sprache gekommen sein.

Beobachter bringen Jaruzelskis Aktivität in Zusammenhang mit der noch vor Ende Dezember erwarteten Plenartagung des Zentralkomitees der polnischen KP. Wahrscheinlich wolle sich der General Rückhalt für eine Säuberung des Parteiapparates und des Innenministeriums nach dem Mord an dem Priester Popieluszko verschaffen, der als Teil einer Konspiration zur Unterminierung seiner Autorität betrachtet werde.

Das KP-Politbüro hatte Jaruzelski am 6. November empfohlen, die Parteiarbeit im Innenministerium selbst zu überwachen. Dies wurde als Mißtrauensvotum gegen das Politbüro-Mitglied Miroslaw Milewski gewertet, der als ZK-Sekretär für innere Sicherheit zuständig ist und früher Innenminister war.

Er gilt im Gegensatz zum jetzigen Innenminister Czeslaw Kiszczak als einer der Moskau-orientierten Falken im Politbüro. Neben ihm wurden auch das Politbüro-Mitglied Albin Siwak und der Botschafter in der UdSSR, Stanislaw Kociolek, als mögliche Opfer einer von Jaruzelski angestrebten Säuberung genannt.

Die gespannte innenpolitische Lage in Polen war am Wochenende dadurch noch undurchsichtiger geworden, daß das Innenministerium die Festnahme des aus Albanien illegal nach Polen zurückgekehrten Altstalinisten Kazimierz Mijal bekanntgab.

Der ehemalige Sekretär des Ministerrats war unter Gomulka in Ungnade gefallen und 1966 nach Albanien verschwunden, wo er eine polnische Exil-KP mit sich als Generalsekretär proklamiert hatte. Er soll in Polen Schriften mit Angriffen auf die Innenpolitik des jetzigen Regimes und auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verbreitet haben.

Aus diplomatischen Kreisen verlautet, Jaruzelski wolle in den nächsten Tagen in Prag mit dem tschechoslowakischen Staats- und Parteichef Gustav Husak sprechen.

Am 9. November hatte er in Budapest mit dem ungarischen Parteichef Janos Kadar Gespräche geführt.

Riads Geld ist nur für Moslems

Keine Mittel für hungernde Menschen in Äthiopien / Nahrung für Mengistus Truppen

PETER M. RANKE, Kairo

Zur islamischen Missionierung Schwarzafrikas hat das ölreiche arabische Königreich Saudi-Arabien ein neues Mittel eingesetzt: den Hunger. Im Gegensatz zu westlichen Staaten, die bei ihrer Nahrungsmittel-Hilfe keinen Unterschied zwischen Christen oder Moslems machen, hat eine saudische Delegation kürzlich entschieden, daß 30 Millionen Dollar aus saudischen Kassen für die Hunger-Hilfe in Afrika nur Moslems zugute kommen dürfen.

Der Entschluß wurde in Istanbul auf der ersten Sitzung des Komitees für Wirtschafts- und Handelskooperation von 39 Mitgliedsstaaten der „Islamischen Konferenz" bekanntgegeben. Marokko widersetzte sich der einseitigen Hilfe der Saudis, an der sich auch die Türkei mit zehn Millionen Dollar und Pakistan mit 1,5 Millionen Dollar beteiligen wollen. Der marokkanische Vorschlag, die Hilfsleistungen allen Ländern in der von der Dürre heimgesuchten Zone Afrikas zukommen zu lassen, wurde von den Saudis abgelehnt. Nicht nur in Marokko, auch in Ägypten wird die saudische Entscheidung kritisiert, da Ägypten über eine starke christliche Minderheit verfügt (die mittlerweile wenigstens acht Millionen Kopten), die künftig von saudischer Hilfe ausgeschlossen bleiben könnte.

Der Beschluß der Saudis bedeutet, daß Riad kein Geld für die Hungersnot in Äthiopien geben wird. Denn die von der Hungersnot im Norden betroffenen Völker sind christliche Tigre und Amharen, lediglich die Wollo sind überwiegend Moslems. Dagegen sind die um Unabhängigkeit kämpfenden Eriträer ebenfalls Moslems, erhalten aber von den Saudis so gut wie keine Finanz- und Militärhilfe. Das kommt dem kommunistischen Regime in Addis Abeba zugute, das seine Kampftruppen in Eritrea zum Teil mit gespendeten Lebensmitteln versorgt.

Nach Unterlagen der arabischen „Bank für die Entwicklung in Afrika" stellte Saudi-Arabien 1983 insgesamt für 241 Millionen Dollar Finanzhilfe bereit, die jedoch projektgebunden ist, zum Teil für Moscheen und „islamische Studienzentren". Über Lebensmittel- und Hungerhilfe der Saudis gibt es keine amtlichen Angaben, jedoch gelten die Saudis in Schwarzafrika allgemein als „zugeknöpft" und „geizig". Das bezieht sich allerdings nicht auf Finanzhilfen für Waffenkäufe.

Im islamischen „Komitee für Wirtschafts- und Handelskooperation" wurde kürzlich in Istanbul auch beschlossen, daß sich die islamischen Länder aus der Abhängigkeit des Handels mit dem Westen lösen sollten, um mehr Handelsgeschäfte untereinander abzuwickeln.

Dazu sollen langfristige Finanzierungsmöglichkeiten und staatliche Exportgarantien geschaffen werden. Ein Zentralbüro für Waren und Rohstoffe soll den Handelsverkehr innerhalb der islamischen Welt fördern. (SAD)

Libyen bestreitet Attentatspläne

W. K./DW. Bonn/Kairo

Libyen hat ihm angelastete Attentatspläne gegen zahlreiche Staats- und Regierungschefs in der westlichen Welt bestritten. Der ägyptische Staatspräsident Mubarak hatte am Wochenende nach einem vereitelten Mordversuch gegen einen libyschen Exilpolitiker in Kairo vor einer derartigen Verschwörung gewarnt und unter anderem Bundeskanzler Helmut Kohl als Ziel genannt. Der libysche Missionschef in Bonn, Mehdi Imberesh, erklärte auf Anfrage der WELT, es handele sich um den Versuch Ägyptens, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Libyen zu stören. Angebliche Hinweise für ein Mordkomplott habe „der ägyptische Geheimdienst fabriziert". Bonner Sicherheitsbehörden waren auch gestern bemüht, Einzelheiten des von Kairo gemeldeten Anschlagsplanes zu erfahren. Auf den von ägyptischen Sicherheitskräften vereitelten Mordanschlag auf den Gegner Khadhafis, Bakush, ging die libysche Nachrichtenagentur Jana bei der Verbreitung eines Dementis des Außenministeriums zu den Äußerungen Mubaraks nicht ein.

Moskau: Verkrustete Strukturen

DW. Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat gestern in einem Kommentar verkrustete Strukturen in der kommunistischen Partei scharf angegriffen und Abhilfe gefordert. Im ganzen Land sei es Parteifunktionären gelungen, sich normaler Kontrollen oder Kritik zu entziehen und wichtige Parteiämter zu blockieren, die ihnen gar nicht mehr zustünden. Westliche Diplomaten erklärten, Mitglieder der Parteiführung wollten offenbar den vom früheren Staats- und Parteichef Jurij Andropow im vergangenen Jahr eingeleiteten Erneuerungsprozeß in der Partei fortsetzen. Es sei an der Zeit, daß die moralische Haltung führender Parteimitglieder genauer überprüft und sichergestellt werde, daß ihr Verhalten den Anforderungen der Partei entspreche, hieß es im Parteiorgan weiter. Es sei kein Geheimnis, daß Korruption, Bestechung und wirtschaftliches Mißmanagement in der Partei verbreitet seien.

Wohlfahrtsstaat in der Karibik?

Puerto Rico lebt von den Hilfeleistungen der USA / Kein Modell für die Region

G. FRIEDLÄNDER, **Miami**

Die Bewohner der karibischen Insel Puerto Rico durften bei den Novemberwahlen nicht für Reagan oder Mondale stimmen. Sie wählten nur ihren Gouverneur. Es war keine große Überraschung, daß sie sich für Hernandez Colon (Demokratische Volkspartei) entschieden, statt Carlos Romero Barcelo (Neue Fortschrittspartei) wiederzuwählen.

Puerto Rico fiel den Amerikanern 1900 nach dem spanisch-amerikanischen Krieg zu. Sie wußten nie recht, was sie mit der Insel tun sollten. Erst 1952 erhielt sie den heutigen Status: ein „autonomes Commonwealth in freiwilliger Verbindung mit den USA". Ihre 3,2 Millionen Einwohner sind amerikanische Staatsbürger, ohne deren Last der Bundessteuern zu teilen. Die Fortschrittspartei sucht Puerto Ricos Eingliederung als 51. Staat der USA, die Volkspartei ist für den Status quo. Die etwa 7 Prozent „Independistas", die von den USA unabhängig sein wollen und von Kuba unterstützt werden, sind im politischen Leben bedeutungslos.

Der Name der Insel – „Reicher Hafen" – ist irreführend. Puerto Rico teilt die Armut der Karibik und würde eine ihrer ärmsten Inseln sein, wenn die Regierung der USA den Puertoricanern nicht Hilfeleistungen gewähren würde, wie sie kein Bundesstaat erhält. 70 Prozent aller Puertoricaner beziehen aus den vielen Wohlfahrtsprogrammen der USA Unterstützungen, die mehr als 30 Prozent des Gesamteinkommens der Inselbevölkerung darstellen, pro Kopf dreimal soviel wie in den gesamten USA. Die Hälfte der Puertoricaner (gegenüber 10 Prozent der USA-Bürger) erhalten Lebensmittelzuschüsse. Trotz all dieser Hilfe liegt das Einkommen von fast zwei Dritteln der Puertoricaner unter der sogenannten Armutsgrenze, das sind viermal soviel *wie in den USA*.

Mietzuschüsse erlauben einigen Puertoricanern, nur zwei oder drei Dollar Monatsmiete für eine Dreizimmerwohnung zu zahlen. Programme für Kinderernährung bringen Milch, Eier und Käse ins Haus. Ein Medicaid genanntes Programm sorgt für ärztliche Betreuung der Armen. Alles in allem kostet das die Bundesregierung in Washington in diesem Jahr vier Milliarden Dollar, weil die Puertoricaner zur Union gehören. Sie sind dabei, *ohne mitzumachen*: Sie selbst tragen nichts dazu bei, weil sie gleichzeitig ein autonomes Commonwealth sind. Mißtrauische Amerikaner fürchten, Puerto Rico will nur deshalb der 51. Staat werden, um noch mehr Unterstützung herauszuschlagen.

Die Hilfe vom Festland hat Puerto Rico zu einer der wohlhabendsten Inseln der Karibik gemacht, obwohl jeder vierte Puertoricaner arbeitslos ist – weil arbeiten sich nicht lohnt. Arbeitslose können Sozialhilfe bekommen, die sich mit den auf der Insel üblichen Löhnen für niedrige Arbeiten vergleichen läßt. Manche sind schlauer: Sie arbeiten, verstehen es aber, weiter auf den Listen der Arbeitslosen geführt zu werden.

Die amerikanische Ernährungshilfe und Gesundheitspflege hat die Lebenserwartung der Puertoricaner gesteigert und besonders die Kindersterblichkeit vermindert. Das bedeutet, daß die Hilfsprogramme auf immer mehr Personen ausgedehnt werden müssen. Die Lebenserwartung der in Puerto Rico Geborenen liegt nur knapp unter der der Bundesrepublik. Die Kindersterblichkeit ist in Haiti sechsmal so groß wie in Puerto Rico. Für je 3,44 Personen (gegenüber 70 in Kuba und 240 in Haiti) gibt es in Puerto Rico ein Privatauto, für je 5 Personen (gegenüber 27 in Kuba und 144 in Haiti) ein Telefon. In den USA ist man darauf nicht einmal stolz. Zu viele fragen, warum sie das alles bezahlen müssen. (SAD)

„Der radikale Islam ist eine Gefahr"

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Der ehemalige Bundestagspräsident und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kai Uwe von Hassel, bezeichnet das Aufflammen des radikalen Islam als eine „Gefahr für alle Demokraten". Von Hassel in *einem Gespräch mit der WELT*: „Bei allem Respekt vor dem eigenen Glauben, der Islam in seiner fundamentalistischen, das heißt autoritären, indoktrinären, totalitären und intoleranten Form, ist langfristig eine Gefahr für die westlichen Demokratien. Das verspüren besonders die Demokraten in der Türkei und in Libanon, seien es Christen oder Andersgläubige, weil sie an der Front zum Islam stehen".

In seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung besuchte von Hassel *mehrere Tage lang die Republik Libanon*. Dort traf er zweimal mit dem Staaspräsidenten Amin Gemayel zusammen, den er als „abwägenden" Politiker bezeichnete. Von Hassel sprach mit allen maßgeblichen Politikern und Persönlichkeiten auf der christlichen Seite.

Die meisten waren bereits zugegen, als er ein dreibändiges Werk mit dem Titel „Die neue libanesische Gesellschaft *nach dem Urteil der Ent*scheidungsträger innerhalb der christlichen Gemeinschaft" der Öffentlichkeit übergab. Es handelt sich um eine mit viel Akribie durchgeführte soziologische Analyse, die von der Universität vom Heiligen Geist in Kaslik-Beirut in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellt wurde. Leiter der Untersuchung war der Soziologieprofessor Pater Joseph Mouannes.

Von Hassels Eindrücke nach den Gesprächen reichen von Sorge und Skepsis bis zu Pessimismus. Von *Hassel, der auch Vizepräsident der* Europäischen Union der Christdemokraten ist, tritt jedoch entschieden der Meinung entgegen, daß man erst eine Klärung der Verhältnisse abwarten müsse, bevor Europa sich zu größeren Hilfsleistungen für Libanon entschließen könne.

Von Hassel: „Klärung der Verhältnisse bedeutet: Schaffen sie's dann ja, schaffen sie's nicht, dann nein. Dies aber ist keine Hilfe. Jetzt ist es an der Zeit, zu helfen, nicht erst, wenn alle hinweggefegt sind". Der Unionspolitiker zeigt sich besorgt darüber, daß unter den libanesischen Christen der Eindruck wächst, daß Europa die Christen im Orient fallen lasse.

In diesem Sinne spricht sich von Hassel dafür aus, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Büro in Beirut eröffnet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist seit Jahren dort tätig. Man könne viel tun, angefangen von Stipendien für libanesische Studenten in der *Bundesrepublik bis hin zu politischer* Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der Minderheiten im islamischen Meer des Vorderen Orients.

Personalien

EHRUNG

Mit der Würde eines Ehrendoktors ist die Leipziger Professorin Dr. **Liselotte Blumenthal** vom Fachbereich Germanistik der Universität Gießen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten über das Werk Friedrich Schillers geehrt worden. Mit dem Titel sollten die Verdienste gewürdigt werden, die sie sich als Herausgeberin einer Schiller-Nationalausgabe erworben habe, hieß es zur Verleihung der Ehrendoktorwürde. Die Leipziger Professorin hat – so die Gießener Germanisten – dem Bild von Schillers Werk zahlreiche Einzelzüge hinzugefügt und die Erkenntnis über die Schaffensweise des Dichters entscheidend gefördert. Diese editorischen Leistungen seien Maßstab für die Editionsphilologie der neuen deutschen Literaturwissenschaft geworden.

WAHLEN

Rupert Graf Strachwitz (37), der Landesbeauftragte des bayerischen Malteser-Hilfsdienstes, wurde jetzt zu einem der drei Vizepräsidenten des deutschen Caritas-Verbandes gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Konrad Stangl** (München) an, der aus Altersgründen (71) nicht mehr kandidierte.

*

Prof. Dr. Dr. h. c. **Karl Dietrich Bracher** (Bonn) wurde von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien auf ihrer 62. Mitgliederversammlung erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Prof. Dr. **Horst Möller** (Erlangen) wurde zum neuen Mitglied der Kommission berufen.

*

Als Nachfolger von **Oskar Lafontaine**, Oberbürgermeister von Saarbrücken, der sechs Jahre lang Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) war, wurde der Oberbürgermeister von Mannheim, **Gerhard Widder**, in dieses Amt gewählt. Der BVS hat die gesetzliche Aufgabe, die Bevölkerung über den Zivilschutz zu unterrichten und im Selbstschutz auszubilden. Ein neuer Versuch, dem weithin unpopulären Thema zur notwendigen Anerkennung zu verhel*fen, ist eine Wanderausstellung* über die Tätigkeit des Verbandes, die Widder in Köln eröffnete.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Aus humanitären Gründen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich in seiner Sitzung am 7. November 1984 eingehend mit den Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers in Äthiopien befaßt. Er ist nach Anhörung der Bundesregierung zu folgender, von allen vier Fraktionen getragener Meinungsbildung gekommen:

● Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit begrüßt die schnelle, unkonventionelle und in einer beachtlichen Größenordnung geleistete und vorgesehene Hilfe der Bundesregierung an Äthiopien. Sie ist aus humanitären Gründen dringend geboten. Er dankt der deutschen Bevölkerung für die reichlichen Spenden.

● Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Bemühen um ein Höchstmaß an Koordinierung der verschiedenen Hilfsmaßnahmen.

Die äthiopische Regierung ist auf die Notwendigkeit der inneren Befriedung und der Einhaltung der Menschenrechte hinzuweisen. Die Bundesregierung sollte sich bemühen, einen Beitrag dazu zu leisten. Dabei sollte die Bundesregierung auch auf die Erwartung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit hinweisen, daß die Prioritäten auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die ländliche Entwicklung gelegt werden.

● Es müssen längerfristig angelegte Hilfsmaßnahmen für Äthiopien ergriffen werden, besonders durch die EG. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist der Auffassung, daß eine verstärkte Zusammenarbeit erfolgen könnte, wenn Projekte und Maßnahmen durchgeführt werden, die dazu beitragen, die Ursachen für die Katastrophen zu beseitigen und leistungsfähige landwirtschaftliche Strukturen aufzubauen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Uwe Holtz, MdB, SPD
Vorsitzender, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Universität als Zerrbild

„Uni Bielefeld – Beispiel für rot-grüne Macht": WELT vom 6. November

Die WELT greift auf, was vor gut vier Monaten im Vorfeld des Kommunalwahlkampfs von einer dubiosen Vereinigung ins Werk gesetzt und inzwischen längst zu den Akten gelegt worden ist. Rektorat, Senat und die Dekane aller zwölf Fakultäten der Universität Bielefeld haben schon im Juni die von „Western Goals Europe – American European Strategy Research Institute" herausgegebene Schrift zurückgewiesen. 140 Professoren aus den Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften haben die Tendenz der Schrift öffentlich als „infam und ehrenrührig" bezeichnet: Einzelne Vorkommnisse, vor allem aus dem Umfeld studentischer Politik, wie sie auch in anderen Universitäten zum Alltag gehören, werden dort gezielt zu einem Zerrbild der Universität Bielefeld zusammengeleimt. Trotz Kommunalwahlkampfes hat sich keine der im Rat der Stadt Bielefeld vertretenen Parteien dieses Themas angenommen, sondern alle haben es rechts liegenlassen.

Im öffentlichen Interesse und zum Schutz der Mitglieder der Universität hat das Rektorat gegen die Verantwortlichen der Druckschrift „Bielefeld auf dem Weg ins rot-grüne Abseits?" sogleich Strafantrag wegen übler Nachrede gestellt, weil in dieser Druckschrift die Universität Bielefeld als „Partei-Hochschule" diffamiert und u. a. behauptet wird, an dieser Universität gebe es „rechtsfreie Räume, in denen sich eine durch Einschüchterung und Nötigung gekennzeichnete Herrschaft von Linksradikalen entfalten kann". An anderer Stelle heißt es: „Eine schweigende Mehrheit hat nicht verhindert, daß diese Hochschule heute in hochschulpolitisch sensiblen Bereichen als weitgehend erobert und DKP-unterwandert eingestuft werden muß."

Die Staatsanwaltschaft hat bereits im Sommer dieses Jahres ihre Ermittlungen aufgenommen, das Verfahren aber noch nicht abgeschlossen. Die Universität ist freilich nicht dagegen geschützt, daß derartige abstruse Behauptungen weiterhin veröffentlicht werden. Die Mitglieder der Universität Bielefeld sehen mit Sorge, daß dadurch das wissenschaftliche Ansehen, das die junge Universität Bielefeld im In- und Ausland bereits erworben hat, geschädigt werden könnte.

Mit dem Hinweis in Ihrem Artikel auf die „Untersuchung eines US-Institutes" wird der Eindruck erweckt, es handele sich um eine amerikanische wissenschaftliche Untersuchung. Tatsächlich sind die Verfasser der Druckschrift jedoch keine Wissenschaftler. Es handelt sich vielmehr um eine Untersuchung, die Christian Faul und Bruno Lamm für eine Vereinigung „Bielefelder Bürger für den Rechtsstaat" durchgeführt haben und die von Western Goals Europe e. V./American European Strategy Research Institute herausgegeben worden ist. Für den Leser derartiger Veröffentlichungen mag es von Interesse sein, was es hiermit auf sich hat: In einer Broschüre, die „Western Goals" zur Selbstdarstellung verbreitet, heißt es u. a.: „Western Goals (Westliche Zielsetzungen) ist eine US-Stiftung, die 1979 gegründet worden ist, um ‚das politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge der Vereinigten Staaten und des Westens insgesamt so *zu erneuern und zu stär*ken, daß jegliches Übergreifen des Totalitarismus unmöglich wird'. Western Goals wendet sich gegen Fehlentwicklungen der amerikanischen Politik, die jahrzehntelang die eigenen Freunde verprellt, den eigenen Feinden dagegen offen oder verdeckt in die Hände gearbeitet hat."

Zu „Western Goals Europe e. V." heißt es: „Der Führungsstab von Western Goals beschloß 1981, seine Arbeit künftig gemeinsam auch mit westeuropäischen Partnern fortzuset*zen. Dazu wurde der rechtlich und* politisch unabhängige Verein Western Goals Europe e. V. gegründet, der seinen Hauptsitz in Lemgo/Lippe hat ... Der Verbindung zwischen den beiden Organisationen in Europa und den USA dient das ‚Institut für amerikanisch-europäische strategische Forschung' (America European Strategy Research Institute) mit Sitz in Lemgo/Lippe."

Es handelt sich also um eine politische Vereinigung, die dementsprechend politische Ziele verfolgt und die sich mit der Veröffentlichung „Bielefeld auf dem Weg ins rot-grüne Abseits?" erkennbar in den Kommunalwahlkampf einschalten wollte. Verantwortungslos und gefährlich ist es aber, wenn die Autoren um ihres politischen Interesses willen eine ganze Universität in Verruf zu bringen suchen.

Prof. Dr. K. P. Grotemeyer,
Rektor der Universität Bielefeld

Bitte um Hilfe

Machen Sie, liebe Bundesbürger, unseren deutschen Landsleuten eine Weihnachtsfreude, denn schon rechtzeitig müssen die Pakete nach Pommern, Ost- und Westpreußen, Danzig, Schlesien, Sudetenland und Mitteldeutschland gepackt und abgesandt werden.

Deshalb bitten wir, die Paketspenden auf unser Konto der Eckernförder Kreissparkasse Nr. 102 087 (BLZ 210 520 90) baldmöglichst zu überweisen. Wir senden Textilien, die dort im Preis unerschwinglich sind, und fügen wertvolle Lebensmittel bei.

Spendenquittungen werden unaufgefordert zugesandt.

Kurt Schramm
Sozialwerk der Pommern e. V.
Arbeitskreis Eckernförde
Prinzenstraße 74, 2330 Eckernförde

Ohne Vertrauen

„Leserbrief: Freiwilliger Ruhestand": WELT vom 9. November

Jeder, der eine auf allen Gebieten intakte Bundeswehr zur Erhaltung des Friedens für notwendig erachtet, wird die dargestellte und begründete Unruhe unter den 1500 Offizieren zutiefst bedauern und über sie bestürzt sein, wobei „bestürzt" noch ein sehr maßvoller Ausdruck ist. Vor allem deshalb, weil das Vertrauen gestört ist; nicht nur das Vertrauen im soldatischen Bereich von unten nach oben, sondern das Vertrauen in die Fürsorge des Staates für seine Soldaten in der Bundeswehr.

Von dem vorhandenen „Beförderungsstau" in der Bundeswehr wird schon seit langem gesprochen. Der Öffentlichkeit ist er aber – mit all seinen Folgen für die Betroffenen – erst durch die Ankündigung des Verteidigungsministers bekanntgeworden. Es ist wohl festzustellen, daß der jetzige Minister keine Schuld an ihm trägt. Er hat aber die auch aus menschlicher Sicht schwere Aufgabe, dieses Problem so zu lösen, daß einmal die Struktur des Offizierkorps wieder in Ordnung kommt und wieder eine ruhige Kontinuität Platz greift; zum anderen, daß den Betroffenen in ihrer Existenz so wenig Schaden wie irgend möglich geschieht. Das wird wohl nur durch einen Kompromiß möglich sein, unter dem in erster Linie die Betroffenen selbst, dann aber auch wir Steuerzahler zu leiden haben. –

Wer trägt nun aber die Schuld an diesem Desaster? Es wäre dringend zu wünschen, daß seitens des Verteidigungsministeriums bald – und ohne Ansehen von Personen und/oder Parteien – eine eindeutige, unangreifbare Darstellung dieser Schuldfrage erfolgt. Denn sonst könnte es sein, daß unter den heutigen Umständen die Schuld für diese Vertrauenskrise ungerechtfertigterweise der jetzigen Regierung alleine zugeschoben wird.

H.-E. Busch,
Arolsen

Wort des Tages

„Die Wahrheit ist der fast göttlich zu nennenden Gabe des Verstandes zugeordnet. Sie bejaht die Fähigkeit und Verpflichtung des Menschen, sich selbst, sein Bewußtsein, seine Gedanken und Urteile der Wirklichkeit der Dinge anzugleichen; dies gilt besonders für seine Beziehungen zu anderen Menschen."

Augustin Kardinal Bea; deutscher Theologe (1881–1968)



DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fischer

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1

NACHRICHTEN

Südkorea will Gespräch

Seoul (dpa/UPI) – Zum dritten Mal hat Südkorea Gespräche über die Bildung einer gemeinsamen Olympia-Mannschaft mit Nordkorea angeregt. Nachdem die Angebote vom 4. Oktober und 5. November unbeantwortet geblieben waren, wird der Dezember als letztmöglicher Termin angegeben.

Qualifikationsspiel

Paderborn (dpa) – Im ersten Qualifikationsspiel zur Basketball-Weltmeisterschaft 1986 in Spanien trifft die deutsche Nationalmannschaft morgen (Mittwoch) um 18 Uhr in Paderborn auf Albanien.

Maradona sah Rote Karte

Rom (sid) – Einen Platzverweis erhielt der argentinische Fußball-Star Diego Maradona im Meisterschaftsspiel seines italienischen Vereins Neapel in Ascoli. Nach einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit Gegenspieler Nicolini sahen beide Spieler die Rote Karte.

Ingrid Losert hört auf

Freiburg (dpa) – Die Freiburger Fechterin Ingrid Losert (25) hat ihren Rücktritt aus der Florett-Nationalmannschaft erklärt. Die Studentin fühlt sich ungerecht behandelt, weil sie trotz ihres fünften Ranglistenplatzes nicht für die Olympischen Spiele nominiert worden war.

Spielbeginn vorverlegt

Frankfurt (dpa) – Das WM-Qualifikationsspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft am 16. Dezember auf Malta wurde um 45 Minuten auf 13.30 Uhr vorverlegt. Zum Schutz der zahlreichen Amateurspiele verbietet der DFB jedoch eine Fernseh-Direktübertragung.

Teenager überraschte

Berlin (sid) – Die erst 17jährige Katrin Schmidt (Neustadt) gewann überraschend das Wanderpokal-Turnier des Deutschen Badminton-Verbandes durch einen 11:6-, 8:11-, 12:11-Finalsieg über die an Nummer eins gesetzte deutsche Meisterin Heidi Krickhaus (Solingen).

Länderkampf in Bremen

Bremen (dpa) – Der Leichtathletik-Länderkampf zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA wird am 29./30. Juni 1985 im Bremer Weserstadion stattfinden. Für die deutschen Leichtathleten ist der Länderkampf Höhepunkt der Saison.

Ehrung für Behr

Stuttgart (dpa) – Matthias Behr (FC Tauberbischofsheim) wurde vom Präsidium des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB) zum „Fechter des Jahres 1984" gewählt. Der 29jährige gewann bei den Olympischen Spielen in Los Angeles zwei Silbermedaillen und ist Leiter des Fecht-Teilinternats in Tauberbischofsheim.

Südamerika plant Boykott

Lima (dpa) – Aus Solidarität mit Chile planen die südamerikanischen Fußballverbände einen Boykott der Junioren-WM 1985 in der UdSSR. Der Internationale Fußball-Verband (FIFA) hatte dem ursprünglich als Ausrichter vorgesehenen Chile die Veranstaltung wegen organisatorischer Mängel wieder entzogen.

Tödlicher Unfall

Nantes (sid) – Bei einem Autounfall tödlich verunglückt sind der französische Junioren-Fußball-Nationalspieler Seth Adonkor (23) und Jean-Michael Labejof (18) vom Tabellenführer FC Nantes.

Lendl gewann erneut

Antwerpen (sid) – Zum zweiten Mal nach 1982 gewann Ivan Lendl (CSSR) das mit 800 000 Dollar dotierte Tennis-Einladungsturnier in Antwerpen. Er bezwang im Finale den Schweden Anders Jarryd 6:2, 6:1, 6:2 und erhielt eine Siegprämie von umgerechnet rund 580 000 Mark.

ZAHLEN

GOLF

„World-Cup" in Rom-Olgiata, qualifiziert hatten sich 33 von 51 Nationen, da erste Runde wegen Unwetter abgebrochen, nur über drei Runden gewertet: 1. Spanien 414 Schläge, 2.–3. Schottland, Taiwan je 422, 4.–5. England, Wales je 425, Titelverteidiger ... 12. USA 436, ... 28. Deutschland 460.

REITEN

22. Internationales Hallenturnier in Hannover, Springchampionat der Klasse S: 1. Kamps (Borken) Walido 0 Fehler/38,76 Sekunden, 2. Dominiza (Italien) Camaro 0/40,78, 3. Edgar (England) Everest for Ever 4/35,92.

EISHOCKEY

Bundesliga, 16. Spieltag: Rießersee – Landshut 3:3, Iserlohn – Düsseldorf 6:3, Essen-West – Rosenheim 3:14, Kaufbeuren – Mannheim 4:1, Köln – Schwenningen 8:3. – Tabelle: 1. Rosenheim 24:8, 2. Köln 23:9, 3. Landshut 22:10, 4. Mannheim 19:13, 5. Schwenningen 19:13, 6. Kaufbeuren 17:15, 7. Düsseldorf 14:18, 8. Iserlohn 14:18, 9. Rießersee 8:24, 10. Essen-West 0:32.

TENNIS

Turnier in Sydney, Damen, erste Runde: Graf (Deutschland) – Howell (USA) 7:5, 4:6, 6:3, Scheur-Larsen (Dänemark) – Schropp (Deutschland) 7:5, 6:1, Tanvier (Frankreich) – Keppeler (Deutschland) 6:1, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 4, 17, 21, 31, 37, 40, Zusatzzahl: 42. – Rennquintett: Rennen A: 6, 15, 13. – Rennen B: 31, 26, 29 (ohne Gewähr).

DFB-POKAL / Heute und morgen wird die zweite Runde ausgetragen

Bei Bayern ist „der Dampf raus", aber Lattek will endlich die Füße hoch legen

DW. Bonn

Die Fußball-Bundesliga bescherte Udo Lattek in den letzten Wochen nicht gerade angenehme Stunden auf der Trainerbank. In den letzten vier Begegnungen blieb er mit den Münchner Bayern sieglos. Im morgigen Pokalspiel beim Verbandsligaklub TSV Friesen in Hänigsen soll es anders werden. „Ich möchte frühe Tore erleben und endlich einmal die Füße hochlegen können", sagte der Münchner Trainer.

Das wäre auch das Normale. Ernst Happel vom Hamburger SV kann auch die Füße hochlegen. Aber das ist eben nicht normal. Seine Mannschaft muß in der zweiten Runde um den DFB-Pokal heute und morgen zuschauen, weil sie gleich in der ersten Runde von den Amateuren des SC Geislingen mit 2:0 besiegt wurde.

Und deshalb gibt es in dem kleinen niedersächsischen Dorf Hänigsen (5000 Einwohner) auch den Traum vom Sieg über die Bayern. Das Interesse am Spiel gegen den Pokalverteidiger ist groß und kriminell. Das Fassungsvermögen des Stadions wurde bereits von 8000 auf 15 000 Plätze erhöht, und dennoch sollen gefälschte Eintrittskarten im Umlauf sein.

Hänigsens Trainer Fredy Rotermund versucht trotz der riesigen Vorfreude realistisch zu bleiben. „Wenn wir eine Verlängerung erreichen könnten, wäre das eine Sensation. Jede Niederlage mit weniger als fünf Toren würde ich als beachtlichen Erfolg werten", erklärt er und hält es für möglich. Als Spion beim Spiel der Münchner in Leverkusen (0:3) hat Rotermund nämlich festgestellt, daß bei den Bayern „der Dampf raus ist".

Nach Hamburg, Kaiserslautern, Braunschweig und Bielefeld, die alle in der ersten Runde ausgeschieden sind, werden drei weitere Klubs aus der ersten Bundesliga nicht ins Achtelfinale (22. 12.) gelangen. Borussia Dortmund hat sich bereits in der vorgezogenen Begegnung gegen Schalke 04 durch eine 2:3-Niederlage im Wiederholungsspiel verabschiedet. Die Paarungen Uerdingen gegen Düsseldorf und Mönchengladbach gegen Frankfurt sorgen dafür, daß in der Runde der letzten 16 nur noch elf Erstligaklubs vertreten sind.

Die schlechteste Ausgangsposition dabei haben die Düsseldorfer. Sie verloren das Meisterschaftsspiel in Uerdingen mit 2:5 und sind auch seit Oktober 1983 ohne Auswärtssieg. Für Mönchengladbachs Manager Helmut Grashoff ist das Weiterkommen auf dem Bökelberg schon fast ein Muß. „Nach dem Ausscheiden aus dem UEFA-Pokal brauchen wir die Einnahmen", erklärt er.

Die größte Einnahme der zweiten Runde gibt es in Hannover. Zum Spiel von Hannover 96 gegen den 1. FC Köln werden 60 000 Zuschauer ins ausverkaufte Niedersachsen-Stadion strömen und den Kassierern etwa 800 000 Mark hinterlassen.

Die Kölner mußten zwar in der letzten Saison im Achtelfinale nach einem 2:3 gegen den Zweitligaklub ausscheiden, doch diesmal reisen sie mit Klaus Allofs und Optimismus nach Hannover. „Wir wissen, daß es ein heißes Pflaster ist. Aber wer in Bochum gewinnt, kann auch im Niedersachsenstadion ohne Hemmungen auftreten", prophezeit Kölns Trainer Hannes Löhr eine erfolgreiche Revanche.

2. Pokal-Hauptrunde

Bundesliga unter sich: Uerdingen – Düsseldorf (Di., 20.00 Uhr), Mönchengladbach – Frankfurt (Mi., 15.30). – **Bundesliga gegen Zweite Liga:** Wattenscheid – Mannheim (15.00), Bremen – Darmstadt, Aachen – Bochum (beide 15.30), Hannover – 1.FC Köln (alle Mi., 16.00). – **Bundesliga gegen Amateure:** Bochum A – VfB Stuttgart (Di., 20.00), Friesen Hänigsen – München, Altona 93 – Leverkusen, Haiger – Karlsruhe (alle Mi., 14.00). – **Zweite Liga unter sich:** Hertha BSC – F. Köln (15.00), Saarbrücken – Nürnberg (beide Mi., 15.30). – **Zweite Liga gegen Amateure:** Bayreuth – Solingen, Geislingen – Offenbach (beide Mi., 14.00). – **Amateure unter sich:** Nürnberg A – Jülich (Mi., 14.00).

GYMNASTIK / Versöhnlicher Abschluß: Platz vier der Gruppe

Bulgariens Seitenhiebe treffen die UdSSR

DW. Wien

Die Rivaltität blieb nicht auf das 12 mal 12 Meter-Quadrat begrenzt. Auch als sie sich auf dem Siegerpodest nicht mehr aus dem Weg gehen konnten, würdigten sich die Konkurrentinnen keines Blickes. Die drei Bulgarinnen (Ralenkova, Georgieva und Ignatova) demonstrierten, wie auf dem Foto rechts zu sehen ist, händchenhaltend nationale Geschlossenheit. Doch der blonden Rivalin Galina Beloglasova (UDSSR) verweigerten sie sogar den Händedruck. Höhepunkt der offenen Konfrontation zwischen Bulgarien und der UDSSR, den beiden stärksten Nationen in der Rhythmischen Sportgymnstik.



Offene Konfrontation: Die Bulgarinnen fassen sich an der Hand und würdigen der UdSSR-Sportlerin keines Blickes. FOTO dpa

Die Europameisterschaften in Wien waren durchsetzt mit solchen Machtkämpfen, die sportlich eindeutig zugunsten von Bulgarien entschieden wurden. Mit dem Gewinn von elf Medaillen (8/1/2) war Bulgarien so stark wie nie zuvor. „Wir haben unseren eigenen Stil gefunden, und der kommt an," bemerkt Trainerin Neschka Robeva mit einem Seitenhieb auf die Konkurrenz aus der UDSSR, die immer noch der klassische Ballett-Schule vertraut: Fraulich, lieblich und ausdrucksstark. Österreich, die Türkei und Spanien sicherten sich aber die Dienste bulgarischer Trainer.

Ob die deutschen Gymnastinnen weiterhin mit Bundestrainerin Mariana Christiansen rechnen können, entscheidet sich erst am 31. Januar 1985. Erst dann will die Exil-Rumänin entscheiden, ob sie ihren angekündigten Rücktritt in die Tat umsetzt. Aus deutscher Sicht war der Abschluß mit dem vierten Platz der Gruppe doch noch versöhnlich.

STAND ● PUNKT

Weg frei

Peter Hussing kommt am Wochenende nicht nach Duisburg. Der „Max Schmeling der Amateurboxer" schmollt. Daß er den deutschen Meisterschaften fernbleibt, ist verständlich. Aufgrund einer Schutzbestimmung darf er nicht starten. Unverständlich bleibt allerdings, daß er den Beleidigten spielt.

Den Auslöser für seine vierwöchige Sperre, die K. o.-Niederlage gegen den Schweden Hakan Brook am 5. November in Malmö, hat er schließlich selbst zu verantworten. Peter Hussing, da gibt es keinen Zweifel, hat für den hart kritisierten Boxsport viel getan. Der 15malige deutsche Meister sollte aber auch sehen, wo er ihm schadet. Nichts schadet dem Boxen mehr als das Umgehen der ohnehin wenigen Schutzbestimmungen.

Die Sache läßt sich auch anders herum betrachten: Der verdienstvolle Peter Hussing wird seine Karriere nun wohl endgültig mit 37 Jahren beenden. Viele Talente hat er, wie immer man dies auch sehen mag, in der Entwicklung blockiert. Nun macht er den Weg frei. Die Zeit ist reif dafür.

U. SCHMIDLA

GOLF

Weltcup: Ohne Langer chancenlos

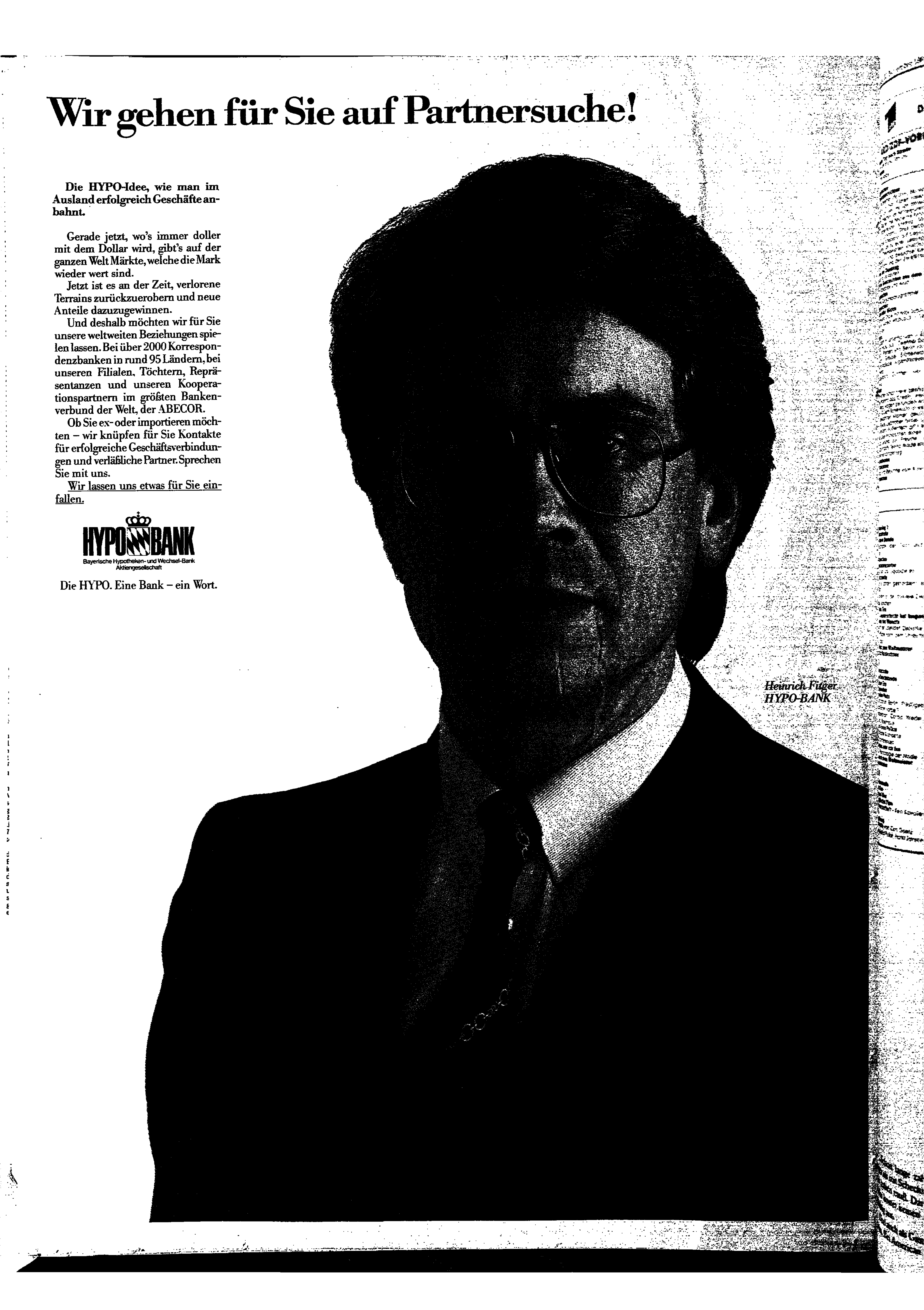
GERD A. BOLZE, Hamburg

Für positive Schlagzeilen konnten die beiden deutschen Golfprofis Karl-Heinz Gögele (Augsburg) und Torsten Giedeon (St. Dionys) beim 31. „World-Cup" in Rom-Olgiata nicht sorgen. Die beiden Ranglisten-Ersten des Deutschen Golflehrer-Verbandes enttäuschten mit 460 Schlägen und einem 28. Platz unter 33 Teams, die sich diesmal aus 52 Ländern qualifiziert hatten.

Gesprächsstoff lieferte der 37jährige Augsburger ungewollt, weil ihm am ersten Tag der Blitz in den Regenschirm schlug und durch seinen linken Arm ging. „Bis auf den Schreck und nachher etwas Übelkeit blieb alles ohne Folgen", berichtete Karl-Heinz Gögele erleichtert. Er zählt zu den Pechvögeln im Weltcup, denn im letzten Jahr mußte er im fernen Jakarta (Indonesien) wegen Krankheit am neunten Loch der zweiten Runde aufgeben.

Deutschlands einziger Weltklasse-Golfer Bernhard Langer (Anhausen) hatte schon zum dritten Mal hintereinander diesem Wettbewerb eine Absage erteilt und einen finanziell weitaus lukrativeren Start in Japan vorgezogen. Als Zweiter nach Stechen auf dem dritten Extra-Loch gegen Scott Simpson (USA) kassierte er dort 40 000 Dollar.

Doch Langer war nicht der einzige Golf-Star, der in Rom-Olgiata fehlte. So gewannen die Spanier auch ohne Severiano Ballesteros mit 414 Schlägen zum vierten Mal nach 1976/77/82 sogar überlegen vor Schottland und Taiwan je 422. Sie stellten mit José Canizarez 71+66+68=205 Schlägen bei Par 72 auch den Einzelsieger vor Gordon Brand (Schottland) 67+67+73=207, José Rivero (Spanien) 68+71+70=209 und Ian Woosnam (Wales) 73+66+70=209. Weit abgeschlagen endeten Karl-Heinz Gögele 71+78+75=224 und vor allem Torsten Giedeon 78+77+81=236 bei ihrer jeweils dritten World-Cup-Teilnahme.


Wir gehen für Sie auf Partnersuche!
Die HYPO-Idee, wie man im Ausland erfolgreich Geschäfte anbahnt.
Gerade jetzt, wo's immer doller mit dem Dollar wird, gibt's auf der ganzen Welt Märkte, welche die Mark wieder wert sind.
Jetzt ist es an der Zeit, verlorene Terrains zurückzuerobern und neue Anteile dazuzugewinnen.
Und deshalb möchten wir für Sie unsere weltweiten Beziehungen spielen lassen. Bei über 2000 Korrespondenzbanken in rund 95 Ländern, bei unseren Filialen, Töchtern, Repräsentanzen und unseren Kooperationspartnern im größten Bankenverbund der Welt, der ABECOR.
Ob Sie ex- oder importieren möchten – wir knüpfen für Sie Kontakte für erfolgreiche Geschäftsverbindungen und verläßliche Partner. Sprechen Sie mit uns.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Heinrich Füger
HYPO-BANK


Dienstag


ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.05 Weder Tag noch Stunde
Film von Bruno Jantoss
11.25 Bananas
Letzte Folge
11.55 Sketchup
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.00 Tagesschau
14.10 Frauengeschichten
Ein gefeierter Ufa-Star, der hauptsächlich in Nazi-Filmen unter der Regie von Veit Harlan mitwirkte, steht diesmal im Mittelpunkt der ARD-Reihe: die heute als Fotografin arbeitende Kristina Söderbaum. Constantin Pauli beobachtete die Künstlerin auf Capri, begleitete sie zu einer Lesung vor dem „Freundeskreis Kristina Söderbaum" und besuchte sie bei ihrem Sohn und den Enkelkindern.
16.55 Spaß am Dienstag
Haus zu verkaufen
17.40 Kleine Geschichten aus dem Zoo
Gorillababies und Anja
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Alfred Hitchcock – Leben und Werk
21.00 Report
Jagdzeit in Unterfranken – Ein V-Mann packt aus / Zweimal Sozialstaat – Bremen und Berlin im Vergleich / Brauner Blätterwald – Rechtsradikale Jugendpresse im Aufwind
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Wie sicher schon viele geahnt haben, stammt das Kokain, welches in Peters Wagen gefunden wurde, von J. R. Dem Bösewicht ist es also in gewohnter Manier gelungen, Sue Ellens Liebhaber hinter Gitter zu bringen. Außerdem gibt es für den Ober-Intriganten einen weiteren Grund zur Freude, denn Bobby macht Jenna Wade endlich einen Heiratsantrag …
22.30 Tagesthemen
23.00 Schaukasten
Bilder und Berichte vom Kino
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Schlümpfe
16.15 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
Mit Norbert Schramm, Michael Sauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Letzte Folge: Der Pedant
Ministerialrat Manfred Leitz scheint nicht mehr zu helfen zu sein. Der gestreßte Beamte zählt immer und alles, was ihm in die Quere kommt, egal ob Bäume, Knöpfe oder Haare. Nicht einmal eine intensive Kneippkur kann ihn heilen. Da taucht plötzlich die *hübsche Sabine auf …*
19.00 heute
19.30 Ein Fall für zwei
Morgengrauen (Letzter Teil)
20.30 Weiß-blaue Geschichten
Mit Gustl Bayrhammer
Der Volksschauspieler präsentiert sich diesmal als gewiefter Landwirt, der einem Grundstücksmakler trotzt, als Antiquitätenhändler und als schlitzohriger Gastwirt, der sich der Probleme eines *Teenagers annimmt.*
21.15 WISO
Sozialreport: Krankheitskosten nicht zu stoppen – Die Versicherten müssen blechen / Hintergrund: Waldbauern schlagen Alarm – Milliardenschäden vorprogrammiert? / Tip: Freibeträge nutzen – Lohnsteuer sparen
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Emilia Galotti
Tragödie von Gotthold Ephraim Lessing
Aufführung der Münchner Kammerspiele
0.15 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Gespräche über Gott und die Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Milo Dor aus Jugoslawien
20.45 Rückblende
Vor 35 Jahren gestorben: James Ensor
Das Werk ist der düstere Zwilling des Menschen
21.00 Formel Eins
21.45 Die Geisterschicht hat begonnen
22.15 Thema des Monats
Nach der Spenden-Debatte: Auf der Suche nach dem Unrechtsbewußtsein
23.15 Schach dem Weltmeister
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Formel Eins
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Kulturforum Berlin: Prestigepläne am Bürger vorbei?
Moderation: Carola Wedel und Justus Boehncke
21.15 Task Force Police
Englische Krimiserie
Privatinteressen
22.05 Zeigen, wer ich bin
Zur Psychologie der Mode
22.50 Schach dem Weltmeister
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Pan Tau
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
Schwarzarbeit – Kein Kavaliersdelikt
20.00 Ingeborg
Komödie von Curt Goetz
Mit Astrid Finke, Horst Janson u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Der Überlebende
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Transparent
21.00 Landesspiegel
„Ehrenbürger" – Rudolf Gemmeke im Gespräch mit Robert Hennebert
Nur für das Saarland:
20.15 Unbekanntes Deutschland: Die Saar
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die Terrasse
23.50 Science Report (4)
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Auf die Plätze …
18.45 Rundschau
19.00 Engel
Amerikanischer Spielfilm (1937)
Mit Marlene Dietrich u. a.
20.30 Pulcinella
Italienischer Zeichentrickfilm
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Wer Gewalt sät …
Videomarkt und Jugendschutz
23.15 Rundschau

Eine Biografie, die das Gruseln lehren soll: „Alfred Hitchcock" von D. Spoto

Ist Sigmund Freud an allem schuld?

Vielleicht haben die Kandidaten, die sich heute abend in der Sendung „Alles oder nichts" mit dem Regisseur Alfred Hitchcock beschäftigen, schon das jüngste Buch über den „Meister der Gänsehaut" durchblättern können. Donald Spoto, Doktor der Religionswissenschaften und Hitchcock-Fan, hat es geschrieben. Auf 673 Seiten zeichnet er ein bemerkenswertes Psychogramm des Mannes, der Kinogänger in aller Welt das Fürchten lehrte. Spoto zeigt uns „Die dunkle Seite des Genies" (so der Untertitel des im Ernst-Kabel-Verlag erschienenen Buches zu 39,80 Mark).

Der Autor hat mit Kollegen, Freunden und Feinden des Meisters gesprochen, Drehbuchentwürfe untersucht und aus diesem voluminösen Zettelkasten das Charakterporträt eines Menschen gezeichnet, das ohne kosmetische Eingriffe des Meisters veröffentlicht werden konnte. Hitchcocks

Alles oder nichts – ARD, 20.15 Uhr

Erben hatten sich, seinem Wunsch entsprechend, daß nach seinem Tod keine Recherchen über sein Leben angestellt werden sollten, geweigert, dem Autor zu helfen.

Abgesehen von einigen Drehbuchkonferenzen, die Hitchcock auf Tonband aufgenommen hatte und die nicht gelöscht wurden, gibt es so gut wie keine Notizen oder Tagebücher von ihm persönlich. So konnte Spoto nur von dem Nachlaß ausgehen, der jedermann zugänglich ist: die insgesamt 53 Filme, die zwischen 1927 und 1976 entstanden, sowie zwanzig Fernsehspiele. In diesem Werk, so behauptet Spoto, hat der Regisseur mehr über sein sorgsam gehütetes Privatleben enthüllt, als ihm vermutlich je bewußt geworden ist.

Nun ist die Methode, vom Werk auf die Psyche des Künstlers zu schließen, so neu ja nicht, und zumal in Amerika, wo man Sigmund Freud in den vierziger Jahren für die Populärwissenschaft entdeckte, macht sich mancher einen Sport daraus, für die Verfehlungen eines fiktiven Helden die Gründe im Autor selbst zu suchen. Spoto schließt also munter von Hitchcocks Vorliebe fürs Essen auf dessen unerfülltes Sexualleben, findet die Abgründe seines Charakters in seinen Mordszenen gespiegelt, und wenn er es auch an keiner Stelle im Buch sagt, so kann man doch zwischen den Zeilen unmißverständlich lesen: Hätte Hitchcock seine finsteren Seiten nicht in der Kunst sublimiert – wer weiß, was dann aus dem verklemmten Viktorianer geworden wäre.



Lehrte die Welt das Fürchten: Meisterregisseur Alfred Hitchcock
FOTO: HORST TAPPE

Abgesehen jedoch von diesen zumindest wissenschaftlich nicht fest untermauerten Methoden, das Psychogramm eines Menschen aufzubauen, kommt an Spotos Biografie kein Hitchcock-Fan vorbei. Viele Einzelheiten aus seinem Leben, von denen „Hitch" niemals sprach, werden hier erstmals ans Licht geholt – z. B. seine Vorliebe für Streiche an Freunden und Kollegen, die die Grenzen des guten Geschmacks oft überschritten. Dazu gehören auch bitterböse „Späße", mit denen er sich manche Freundschaft verscherzte. So schickte er einer Darstellerin einige Hundert angefaulte Heringe in die Wohnung. Mit einem Kollegen wettete er, er würde es nicht wagen, an eine Säule gefesselt die Nacht im Studio zu verbringen. Der ging die Wette natürlich ein, und als sich Hitchcock für die Nacht verabschiedete, gab er dem Mann einen Brandy zu trinken – mit einem starken Abführmittel. Man kann sich vorstellen, in welch entwürdigender und gedemütigter Verfassung der Mann am nächsten Morgen gefunden wurde.

Im Lauf der Jahre werden solche Anekdoten, auch das ist bekannt, immer weiter aufgebauscht, und wer das Ziel solcher Streiche ist, wird sich kaum freundlich über ihren Urheber äußern. Hier muß man Spoto den Vorwurf machen, daß er trotz seiner zweifellos zahlreichen, gründlichen Recherchen nur in den seltensten Fällen Quellenangaben macht oder dem Leser mitteilt, wer ihm diese oder jene Begebenheit berichtet hat. Dies wäre nämlich eine wichtige Information, das Gesagte in einen Kontext zu bringen und zu relativieren.

Abgesehen von solchen Mängeln würdigt der Autor jedoch das Werk Hitchcocks in angemessener Weise, mit klugen und ausführlichen Kommentaren zu den Filmen und Fernsehspielen. Er weist auf den herausragenden Rang hin, der Hitchcock als Meister seines Genres zu Recht einstimmig zugewiesen wird, auf seine Verdienste um den Film, seine technischen Neuerungen, die einst als kühn galten und von vielen kopiert wurden, untersucht den „Hitchcock-Touch", den kein anderer Regisseur zu kopieren vermochte. Und schließlich hat er einen Mann, der von einer ganzen Reihe von (zum Teil schwärmerischen) Kritikern auf ein Podest gehoben wurde, heruntergeholt und gezeigt, daß jemand ohne die „dunkle Seite" in seinem Charakter letztlich nicht fähig gewesen wäre, Kunstwerke zu schaffen, die Geschichte machten.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Tschechow, im Stich gelassen

Der große Russe Anton Tschechow mußte sich mit der Länge seiner Geschichten oft nach der Dekke strecken: Nur 100 bis 200 Zeilen dürfte er seinem Verleger vorlegen. Aus diesem Zwang entwickelte er eine besondere Form der Lakonie, die in wenigen Worten Welten umriß. **Der Weidenbaum** ist eins dieser kurzen Prosastücke, die gehauen und gestochen unter größter Ökonomie des Wortes vor Substanz überquellen.

Sohrab S. Saless hat mit einem slowakischen Team diese Geschichte zu einem 90-Minuten-Film ausgewalzt (ARD). Er unterließ dabei nichts, aber auch gar nichts, um die spezifisch russische Atmosphäre zu meiden. Nichts stimmte. Die Architektur stimmte nicht, sie war dem Zigeunerbaron angemessener als dem verschlafenen russischen Erdenwinkel Tschechows. Die Menschen stimmten nicht, die Kleider stimmten nicht, die Zeiten stimmten nicht, und am schlimmsten: Tschechow stimmte nicht. Jener Tschechow, der mit einem Federstrich ein Stück Rußland ins Leben setzte und den dieser Film schmählich im Stich ließ, dort in der fernen Slowakei mit den k. u. k. ockergelben Häusern einer anderen Welt.

Der Regisseur sagt, er denke zuerst an die Atmosphäre: „Sie muß stimmen und sitzen." Zur Herstellung der Atmosphäre bedarf es des gediegenen Handwerks. Zu diesem gehören Bescheidwissen, Sorgfalt und intellektuelle Präzision. Wie bei Tschechow.

VALENTIN POLCUCH

Der atomare Sündenfall

Von scharfen Kontrasten lebt der Film von Susanne Hampft und Martin Bosboom über **Hiroshima** (ARD). Schwarz gebrannte Ruinen kontrastieren mit farbigen Bildern vom pulsierenden Leben einer modernen Großstadt. Unbekümmerte Äußerungen junger Japaner, die im Leben der Bewohner Hiroshimas so gut wie keinen Unterschied zur Stimmung in Tokio oder Osaka feststellen können, werden von Augenzeugenberichten überlebender Opfer des atomaren Infernos ad absurdum geführt.

Die Autoren begnügen sich nicht mit Hinweisen auf die Tatsache, daß es fast 40 Jahre nach dem atomaren Sündenfall in Japan immer noch rund 400 000 anerkannte Atombombenopfer gibt. Ihr Film zeigt uns auch gesunde Menschen, die kurz nach der Katastrophe in den Trümmern nach ihren Verwandten und nach Überresten ihrer Habe suchen. Dadurch haben sich nicht weniger als 120 000 ahnungslose Menschen noch nachträglich verseucht.

Gezeigt werden aber auch Bäume, die am 6. August 1945 wie Fackeln brannten, jetzt aber trotz ihrer tief eingeschnittenen Narben weiterleben. „Unsere Welt", so meint eine von maßlosem Schmerz gezeichnete Japanerin, „sollten wir so verwandeln, daß wir sagen können: Es war doch gut, daß wir überlebt haben. Denn mit Atomwaffen kann man den Frieden nicht bewahren. Nie wieder Hiroshima! Nie wieder Nagasaki!"

HEINER KLINGE

Mittwoch


ARD

10.00 Apollo und Hyazinth
Lateinisches Intermedium in drei Akten von Wolfgang Amadeus Mozart nach Rufinus Widl
11.35 Die Sendung mit der Maus
11.50 Abgestempelt
Das Stigma der Normverletzer
12.35 Edita Gruberova
singt Arien von Wolfgang Amadeus Mozart und Richard Strauss
13.30 Lukas
Tschechoslowakischer Spielfilm
Der zwölfjährige Lukas muß sich häufig seines Vaters schämen, der seit geraumer Zeit dem Alkohol verfallen ist und sich immer wieder zum Gespött der Dorfbewohner macht.
14.45 Moby Dick
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Nach dem Roman von Herman Melville
Regie: John Huston
16.35 Der schönste Nebenfluß der Seine
Ein Brunnen-Erlebnis in Paris
Film von Gisela Reich
17.20 Magie
Phantastische Komödie von Gilbert Keith Chesterton
Um seiner verträumten Nichte zu beweisen, daß Zauberei immer auf Tricks und Mogeleien beruht, lädt der Herzog einen Zauberer zu sich ein, der mit seiner Kunst aber wider Erwarten die Zuschauer in seinen Bann zieht: Keiner kann sich die seltsame Verwandlung der Gartenbeleuchtung mit seinem Verstand erklären …
19.00 An hellen Tagen …
Aus Salzburg
19.45 … und er weinte bitterlich
Gedanken zum Buß- und Bettag
20.00 Tagesschau
20.15 Don Carlos
Infant von Spanien
Von Friedrich Schiller
Mit Rolf Boysen, Marita Marschall, Jacques Breuer, Bernard Minetti u. a.
Fernseheinrichtung: Bernt Rhotert und Franz Peter Wirth
23.15 Tagesthemen
23.45 Quincy
Die zwei Seiten der Wahrheit
0.30 Tagesschau

ZDF

10.05 Der alte Mann und das Meer
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Spencer Tracy u. a.
Regie: John Sturges
11.30 „Loreley" in Nöten
Die Lage der Saarschiffahrt
12.00 Das Musik-Porträt
Sir Georg Solti
Schicksal und Schauplätze einer Karriere
13.15 Hier weiß ich, wo ich hingehör
Aus dem Leben von Diakonissen
13.45 heute
13.47 Charlie Brown
Liebe tut weh
14.10 Das fliegende Klassenzimmer
Deutscher Spielfilm (1973)
Mit Joachim Fuchsberger, Walter Richter, Heinz Reincke u. a.
Regie: Werner Jacobs
15.40 Schenk mir ein Buch
Neue Kinder- und Jugendbücher
16.25 heute
16.30 Anneliese Rothenberger stellt vor
18.10 Sport aktuell
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.15 Umkehren zum Leben
Gedanken zum Buß- und Bettag
19.30 Kennzeichen D
Hessische Kernspaltung: Atomkraft und das Bündnis zwischen den Grünen und der SPD / Volksgerichtshof: Bis heute blieb die Schuld der NS-Justiz ungesühnt / Das Wort zum Bußtag: Heinrich Albertz über den Umgang mit Andersdenkenden – Z. B. die Anwendung des Radikalenerlasses in Niedersachsen / Gast im Studio: Clemils Clown-Zirkus ausgereist aus der „DDR" und vor einem neuen Start im Westen
Moderation: Dirk Sager
20.15 Die Unbezwingbaren
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Regie: Elia Kazan
22.55 heute
23.00 Die heimliche Ehe
Komische Oper von Domenico Ciarosa
Szenen von einer Aufführung aus dem Schloßtheater Drottningholm, Schweden
Inszenierung: Michael Hampe
0.08 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
Englisch (5)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Gespräche über Gott und die Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Der Prozeß
Eine Darstellung des sogenannten „Majdanek-Verfahrens" gegen Angehörige des Konzentrationslagers Lublin/Majdanek
Teil 1: Anklage
Buch und Regie: E. Fechner
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
22.15 Junge Herzen
Niederländischer Spielfilm (1936)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Am See der Pelikane
19.15 Antiquitäten in Serie
Reproduzierte Lampen in Bronze und Glas
19.30 Landwirtschaft 2000
Wo Öl und Gummi wachsen
20.00 Tagesschau
20.15 Der Prozeß (1)
21.45 Wer hat die Bürokratie erfunden? (6)
Beamte: Herren oder Diener des Gesetzes?
22.15 Offerte
Aktuelle Kulturtips
22.30 Thirty minutes
23.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe (9)
Filmdialog zwischen Kindern in Brasilien und Deutschland
19.00 Was tun mit der Zeit?
Freizeitmagazin
19.30 Der Sternenhimmel im Dezember
19.45 Die Tiersprechstunde
Degeneration durch Züchtung
20.15 Was halten Sie von den Deutschen? (2)
Gespräche in der Sowjetunion
21.30 Drei aktuell Telegramm und Sport
22.00 Er ging an meiner Seite
Fernsehfilm

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
19.00 Ein unbequemer Diener Gottes
Philip A. Potter, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen
19.30 Frauen unter Strom (1)
Rockmusikerinnen heute
Mit Ina Deter, Ulla Meinecke
20.15 Der Prozeß
21.45 Der Park von Exbury
22.30 Theater-Talk
Mit Thomas Holtzmann, Peter Lühr und Hildegard Eichholz
23.00 Nachrichten

BAYERN
17.15 Mikroelektronik (4)
Mikrocomputer selbstgebaut und programmiert
17.30 Direkt dabei
Musik und Bewegung
17.45 Telekolleg
Englisch (8)
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Bayern-Kini '84
19.45 „Der nächste, bitte!"
5. Eine glückliche Familie
20.15 Der Prozeß
21.45 Rundschau
22.00 Skandal in Chelsea (2)
Englischer Fernsehfilm in drei Teilen von Ken Taylor
22.50 Z. E. N.
22.55 Die genetische Verarmung
Bericht von Engelbert Schwarzenbeck
23.40 Rundschau
23.45 News of the Week

Kanzler: Wir stehen zu Israel

● Fortsetzung von Seite 1

Verhandlungen mit den arabischen Ländern ohne jede Vorbedingung bereit sei.

Der frühere Botschafter äußerte Verständnis dafür, daß die Bundesrepublik auch im Nahen Osten europäische Politik treibe. Aber er fügte hinzu: „Wir sind immer sehr froh, wenn Europa nicht zu viele Initiativen ergreift." Denn diese seien in der Vergangenheit für die Friedensfindung nicht sehr konstruktiv gewesen. Ben-Nathan begrüßte es, daß aus den heftig diskutierten deutsch-arabischen Waffengeschäften „nichts geworden ist", und äußerte die Hoffnung, „daß daraus auch in Zukunft nichts wird".

Demgegenüber zeigte sich der gegenwärtige israelische Botschafter Jitzhak Ben-Ari beunruhigt über Waffengeschäfte der Bundesrepublik Deutschland mit arabischen Staaten, die sich noch im Kriegszustand mit Israel befänden. Er betonte: „Was Sie für sich in Europa beanspruchen, gilt auch für den Nahen Osten: Mehr Frieden mit immer weniger Waffen." Ebenso wie Ben-Nathan und Blumenfeld plädierte Ben-Ari dafür, die jungen Menschen verstärkt in die deutsch-israelische Zusammenarbeit einzubeziehen. Generell bemerkte der Botschafter, die Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem seien von wachsendem Vertrauen geprägt. Jüngste Israel-Reisen deutscher Politiker, wie des Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, seien ein Beispiel für den produktiven Dialog.

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) wandte sich ebenfalls nachdrücklich gegen deutsche Waffenexporte in den Nahen Osten. Auf jeden Fall müsse ausgeschlossen werden, daß jemals mit deutschen Waffen auf Israelis geschossen werden könne.

Dieser Meinung stimmte der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster zu. Unter allgemeinem Beifall zitierte er den vor wenigen Tagen gestorbenen Mitherausgeber der WELT, Matthias Walden, „einen Mahner für Berlin und großen Freund Israels", mit den Worten: „Israel braucht Freunde in aller Welt, Unterstützung für sein Überleben in Freiheit. Das deutsche Volk ist da zuerst zu nennen. Die Geschichte gibt ihm eine gnädige Chance der Bewährung."

Bonn für eine Rückkehr Polens aus der Isolierung

Genscher nach Warschau: Versöhnungsprozeß fortsetzen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will mit seinem morgen beginnenden Besuch in Warschau wieder zu normalen Verhältnissen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zurückkehren. Gleichzeitig soll die Reise dazu beitragen, die sich nach der amerikanischen Präsidentenwahl abzeichnende Belebung des Dialogs zwischen Washington und Moskau zu flankieren. Diesem Ziel soll auch ein für die zweite Dezemberhälfte geplanter Besuch Genschers in Prag dienen.

Der Bundesaußenminister wird am Mittwoch und Donnerstag in Warschau neben seinem Amtskollegen Olszowski Regierungschef Jaruzelski, die stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski und Obodowski, ZK-Sekretär Cyrek, den Staatsratsvorsitzenden Jablonski und den Primas Kardinal Glemp treffen. Am Freitag will er einen Kranz im ehemaligen KZ Auschwitz niederlegen und in der Krakauer Universität einen Vortrag über West-Ost-Perspektiven in Europa halten.

Falls noch eine Einigung über strittige Textstellen erzielt wird, ist in Warschau auch die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Verlängerung des deutsch-polnischen Kooperationsabkommens für weitere zehn Jahre vorgesehen.

In Bonner diplomatischen Kreisen wurde gestern hervorgehoben, daß nach der zeitweiligen Reduzierung der Beziehungen aufgrund des Kriegsrechts Polen jetzt wieder seinen Platz in Europa voll ausfüllen sollte. Man könne davon ausgehen, daß mit dem Besuch die Rückkehr Polens aus der Isolierung erleichtert werde.

Als ein wesentliches Besuchsziel betrachtet Genscher nach vorliegenden Informationen die Fortsetzung des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses auf der Grundlage des Warschauer Vertrages und der KSZE-Schlußakte.

Ist Ustinow gestorben?

Bisher keine Einigung über mögliche Nachfolge

DW. Bonn

Nach Angaben aus osteuropäischen diplomatischen Kreisen soll der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Dmitrij Ustinow in der ersten oder zweiten November-Woche gestorben sein. Eine Bestätigung aus Moskau liegt bis jetzt jedoch nicht vor. Die osteuropäischen Quellen führen zur Begründung dafür an, daß die Kreml-Führung sich bis jetzt über die Nachfolge Ustinows nicht einigen konnte.

Anzeichen für den Tod eines hohen sowjetischen Parteifunktionärs waren bereits am 10. November festzustellen. Das Moskauer Fernsehen verbreitete zu diesem Zeitpunkt für kurze Zeit Trauermusik, die Fernsehsprecher erschienen in dunkler Kleidung. Außerdem wurde berichtet, daß hohe Funktionäre schwarze Armbinden trugen. Schon damals kreisten die Vermutungen um den 76 Jahre alten Ustinow, der bereits seit acht Wochen nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten war. Sein Platz war auch bei der Parade zum Revolutionsjubiläum am 7. November auf dem Roten Platz frei geblieben.

Ustinow hatte 1976 als Mitglied des Politbüros das Verteidigungsministerium übernommen. Er gilt als Schöpfer der modernen sowjetischen Armee und Rüstung während der Breschnew-Zeit, obwohl er nicht auf eine militärische Karriere zurückblicken kann. Sein Einfluß innerhalb der sowjetischen Machtstruktur wurde seit dieser Zeit als sehr groß bezeichnet.

Zusammen mit Außenminister Gromyko hatte er im November 1982 Andropow dabei unterstützt, die Nachfolge Breschnews anzutreten. Er und Gromyko organisierten nach dem Tode Andropows auch den Aufstieg Tschernenkos zum Generalsekretär der KPdSU und Staatspräsidenten. Da Tschernenko infolge seines Gesundheitszustands seine Funktionen nicht voll wahrnehmen kann, kommt der Nachfolge Ustinows noch größere Bedeutung zu.

„Behauptungen sind Unsinn"

Lambsdorff will nicht Nachfolger Morloks werden / Differenzen mit FDP-Spitze?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Zwischen dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Teilen der FDP-Führung gibt es offenbar interne Spannungen und Meinungsverschiedenheiten. In einem WELT-Gespräch wies Lambsdorff gestern mit Nachdruck Informationen zurück, nach denen er die Nachfolge des zurückgetretenen stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden Jürgen Morlok anstrebe (WELT v. 19. 11.). Er dementierte genauso eindeutig, daß er Bundeskanzler Helmut Kohl über die Mehrheitsverhältnisse bei den Freien Demokraten in der Frage der Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zur UN-Seerechtskonvention nicht richtig unterrichtet habe. Im Umfeld der Sitzung des Bundeshauptausschusses am Samstag in Mainz war von Teilnehmern behauptet worden, Lambsdorff habe bei der Union den „falschen Eindruck" erzeugt, daß in der FDP-Führung keine Mehrheit für einen Beitritt vorhanden sei.

Lambsdorff nannte die Behauptungen „Unsinn". Lambsdorff: „Nie im Leben habe ich auch nur das leiseste Interesse signalisiert oder bekundet, Nachfolger von Jürgen Morlok zu werden." Schließlich gehöre er dem Präsidium bereits als Beisitzer an. Gegenüber dem Berliner „Wende"-Parteitag im November 1982 konnte er auf dem Parteitag im Juni in Münster sein Wahlergebnis um 60 auf 299 Jastimmen verbessern.

Lambsdorff betonte, daß er schon vor dem rheinland-pfälzischen FDP-Chef Rainer Brüderle und anderen Freidemokraten im nordrhein-westfälischen Landesvorstand den hessischen FDP- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt als Morlok-Nachfolger ins Gespräch gebracht habe. Am 9. November habe er als stellvertretender Landeschef vorgeschlagen, daß der mitgliederstärkste FDP-Landesverband die Wahl von Gerhardt auf dem Parteitag im Februar in Saarbrücken unterstützen sollte.

Dabei sei er von zwei Überlegungen ausgegangen:

- Er halte Gerhardt für einen „geeigneten stellvertretenden Bundesvorsitzenden".
- Er sei der Meinung, daß die FDP „nicht noch ein größeres Stühlerükken anfangen" sollte.

Aus diesem Grund verbiete sich für ihn eine Kandidatur für eine andere Position im Präsidium. Deshalb habe er abgesagt, als ihn der bayerische FDP-Chef Brunner angesprochen habe. Damit widersprach er Angaben aus der FDP-Spitze, wonach er „über einen Landesvorsitzenden" sein Interesse für den Stellvertreter-Posten signalisieren ließ.

Weiter wies Lambsdorff Behauptungen zurück, dem Kanzler eine „falsche Vorstellung" über die Mehrheitsverhältnisse in der FDP-Fraktion in der Frage der Seerechtskonvention gegeben zu haben. Lambsdorff sagte, er habe dem Kanzler, der ihn am Freitag im Bundestag daraufhin angesprochen hatte, mitgeteilt, der Bundeshauptausschuß unterstütze in seiner Mehrheit die Position des FDP-Chefs Genscher. Genscher tritt für eine Unterzeichnung der Seerechtskonvention ein. Lambsdorff fuhr fort, er habe dem Kanzler zu verstehen gegeben, daß die Haltung der Bundestagsfraktion aber noch offen sei.

Gaullisten mit neuer Dynamik

Ovationen für Chirac / „Nein an ein Frankreich des Kleinmuts und Niedergangs"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit einem ungebrochen charismatischen Parteiführer Jacques Chirac, der von 97,5 Prozent der Parteitagswähler in seinem Amt bestätigt wurde, und einem dynamischen neuen Generalsekretär Jacques Toubon, der fast ebensoviele Stimmen erhielt, geht die gaullistische Sammlungsbewegung RPR nach ihrem Parteitag am Wochenende in Grenoble in den Kampf um die Parlamentswahl von 1986. Toubons Wahl zur Nummer zwei der Partei erfolgte, nachdem der bisherige Generalsekretär Bernard Pons dem Parteitag überraschend seinen Rücktritt erklärt hatte. Pons begründete seinen Schritt mit der Notwendigkeit, die Führungsgremien der Partei mit neuen Männern zu besetzen.

Eine solche Forderung war in letzter Zeit von einigen Jungtürken der Partei, unter ihnen auch Jacques Toubon, wiederholt in die Öffentlichkeit getragen worden und hatte Gerüchte über eine Krise zwischen Chirac und seiner Umgebung aufkommen lassen. Dem Vernehmen nach soll demnächst auch der langjährige Fraktionsvorsitzende der Gaullisten in der Kammer, Claude Labbé, von einem jüngeren Mann abgelöst werden. Jacques Chirac hatte sich in Grenoble allerdings entschieden hinter eine „Erneuerung der Partei" gestellt und die Wahl Toubons zum Generalsekretär ausdrücklich befürwortet.

Jedem Krisengerede zuwider hat das neue Gespann Chirac/Toubon in Grenoble einen wahren Triumph gefeiert. Beide Politiker erhielten eine zehn Minuten lange Ovation, als sie – die Hände ineinander verschränkt – von der Tribüne herunter die Parole „Ärmel aufkrempeln und in die Hände spucken" für den Wahlkampf ausgaben. „Nein an ein Frankreich des Kleinmuts und des Niedergangs", heißt es in einem Vorentwurf für das Wahlprogramm, „Ja an ein Frankreich, das arbeitet, erfindet und sich erneuert". Die Gaullisten versprechen – wie es in vielen Parteitagsreden hieß –, einer an der Politik irre gewordenen, müden und zweifelnden Nation wieder ihr Selbstvertrauen zurückzugeben und Frankreich nach dem „Desaster des Sozialismus" wieder in die Reihe der geachteten Nationen zurückzuführen. Damit hat die größte Oppositionspartei den Wahlkampf 18 Monate vor dem Termin eröffnet.

Jacques Toubon gehört seit 1971 zum engsten Beraterkreis des Parteivorsitzenden und ist eine ausgesprochene Kämpfernatur. Bei den Kommunalwahlen von 1983 schlug er im Pariser 14. Bezirk haushoch den favorisierten sozialistischen Kandidaten Paul Quilès, einen engen Vertrauten Mitterrands. Toubons Wahlkampf wies ihn schon damals als einen glänzenden Wahlstrategen aus. Die Strategie der Partei für die Parlamentswahlen 1986 auszuarbeiten, wird auch seine neue Hauptaufgabe sein. Toubons Stichwort für den Wahlkampf ist ein „neuer Liberalismus für Frankreich", der fünf Jahre einer sozialistischen Planwirtschaft ablösen soll.

Seite 2: Jacques Toubon

Israel beschließt Etatkürzungen

AP/rtr, Jerusalem

Das israelische Kabinett hat in seinem Kampf gegen die Wirtschaftskrise und Inflation weitere Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand beschlossen. Finanzminister Modai sagte, das Kabinett habe „im Prinzip" seinem Vorschlag zugestimmt, den Etat für 1985 in Höhe von 23 Milliarden Dollar um 550 Millionen Dollar zu kürzen. Modai fuhr fort, er habe seinen Kabinettskollegen vorgeschlagen, entweder Entlassungen vorzunehmen oder alle öffentlichen Dienstleistungen einzustellen.

Von anderer Seite verlautete, vier Minister seien mit der Aufgabe betraut worden, innerhalb von zehn Tagen zu entscheiden, in welchen Ressorts gespart werden solle. Vor allem das Verteidigungsressort dürfte betroffen sein. Arbeits- und Wohlfahrtsminister Katzav gab zu bedenken, daß die Arbeitslosenrate in den nächsten zwölf Monaten von gegenwärtig sechs auf neun Prozent hochschnellen könnte, falls die Kürzungen vorgenommen würden.

Bonn begrüßt Moskaus Dialogwillen

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern die grundsätzliche Bereitschaft der Sowjetunion begrüßt, durch praktische Schritte zur Beendigung des Wettrüstens und zur Sicherung des Friedens beizutragen. Regierungssprecher Boenisch sagte zum NBC-Interview des sowjetischen Parteichefs Tschernenko, Bonn begrüße es, daß von Vorwürfen an den Westen Abstand genommen worden sei. Es bestünden jetzt atmosphärisch und in der Sache günstige Voraussetzungen, daß beide Seiten in einen fruchtbaren Dialog mit Aussicht auf konkrete Lösungen treten könnten.

Boenisch fügte hinzu, trotz der Zurückhaltung Moskaus gegenüber einem Gipfeltreffen sei die Bundesregierung der Auffassung, daß mittelfristig „reelle Chancen für ein notwendiges Zusammentreffen" zwischen Präsident Reagan und Tschernenko bestünden.

Vor dem SPD-Parteivorstand äußerte der Parteivorsitzende Brandt die Erwartung, daß jetzt Bewegung in die erstarrten Beziehungen der Weltmächte kommen werde.

WELT DER WIRTSCHAFT

Wieder normal

Mk. – Der Umstand, daß die „DDR" wieder mehr in der Bundesrepublik ordert, kann nicht überraschen. Dieses bahnte sich bereits im September auf der Leipziger Herbstmesse an. Als Umschwung darf dies nicht interpretiert werden, allenfalls als Normalisierung. Denn vor einem Jahr sackten die Käufe der „DDR" nach unten, nachdem zuvor selbst Geschäfte mit solchen Waren zustande gekommen waren, die es in anderen Ländern preiswerter gibt. Aber die „DDR" drückte damals die Verschuldung noch so kräftig, daß sie den innerdeutschen Handel mit seinem Verrechnungssystem forcierte.

Als die Devisenklemme sich zur Jahresmitte 1983 auch durch den ersten Milliarden-Kredit deutscher Banken lockerte, pflegte Ost-Berlin wieder die alten Handelsströme. Da sie jedoch gegenüber der Bundesrepublik Überschüsse erwirtschaftete, kann sie jetzt hier verstärkt nachfragen. Und zwar auch solche Waren, auf die sie einige Jahre verzichtete, nämlich Investitionsgüter. Auch in dieser Hinsicht findet der innerdeutsche Handel wieder Anschluß an die Entwicklung früherer Jahre, verschiebt sich die Lieferstruktur wieder zu solchen Produkten hin, bei denen die eigentliche Stärke der Firmen aus der Bundesrepublik liegt.

Trotzdem grassiert bei den Beobachtern noch Unsicherheit. Wegen der Vorbereitung des neuen Fünfjahresplans von 1986 stehen die Eckdaten für die Wirtschaftspolitik noch nicht fest, läßt sich noch nicht abschätzen, wo die Schwerpunkte liegen werden. Aber abrupte Veränderungen sind im innerdeutschen Handel kaum zu erwarten.

Namenswechsel

ff – Um den unseriösen Initiatoren und Anlageberatern auf dem „grauen Kapitalmarkt" das Leben möglichst schwerzumachen, hat die Schimmelpfeng Auskunftei, Frankfurt, vor Jahren die Dienstleistung Kapitalschutz eingerichtet. Interessierte Anleger können dort zum Beispiel erfahren, ob der Anbieter eines Bauherrenmodells oder von Warenterminoptionen bereits einen betrügerischen Bankrott hinter sich hat. Wie mühselig dieses Geschäft allerdings ist, schildert jetzt die Frankfurter Auskunftei. Seit dem 1. Juli 1976 kann der Mann bei einer Eheschließung den Mädchennamen seiner Frau annehmen. Davon machen die Männer zwar nur in ein bis zwei Prozent der Eheschließungen in der Bundesrepublik Gebrauch. Besonders beliebt ist ein solcher Namenswechsel nach den Feststellungen von Schimmelpfeng unter den unseriösen Anbietern auf dem grauen Kapitalmarkt. Verständlich, kann man doch unter neuem Namen das betrügerische Spiel von vorn beginnen. So wird der Trauschein gleichsam zum Persilschein.

Vernebelter Wettbewerb

Von HARALD POSNY

Die Lehre des Sprichworts „Schuster, bleib' bei Deinen Leisten" ist im Wirtschaftsleben weitgehend außer Kraft gesetzt worden. Daß Kaffee-Filialisten Surfbretter und Fahrräder verkaufen, reißt längst keinen mehr vom Stuhl. Daß Massa in seinen Supermärkten auf der grünen Wiese Autos verkauft, regte nur noch die Leyland-Vertragshändler auf, daß dasselbe Unternehmen künftig auch in den Verkauf von Versicherungsgeschäften einsteigt, war schon fast zu erwarten. Die freien Versicherungskaufleute und die angestellten Außendienste der Versicherer werden es künftig wohl mit Waschpulver, Dörrgemüse und Frischfleisch versuchen müssen, wenn sie weiter am Markt bleiben wollen.

Aber Spaß beiseite: Es muß doch um die Zukunftsaussichten einiger Branchen schlimm bestellt sein, wenn sie in fremden Gärten ernten wollen, deren Früchte sie für saftiger halten. Es geht hier beileibe nicht darum, jemanden vom Wettbewerb fernzuhalten, es geht um eine mögliche folgenschwere Fehleinschätzung des Marktes. Viele Seiteneinsteiger des Geschäfts, die aus dem Kredit- und Handelsgewerbe, aber auch die mit ihnen konkurrierenden Versicherungsgesellschaften gehen von der – zumindest statistisch erwiesenen – lückenhaften Bedarfsdeckung deutscher Haushalte aus.

Zwar haben 57 Prozent eine Lebens-, Aussteuer- oder Ausbildungsversicherung, 58 Prozent eine private Haftpflichtversicherung und gar 74 Prozent eine Hausratversicherung, doch nur 32 Prozent sind privat unfallversichert, zwölf Prozent nur gegen Krankheit voll privat gesichert; nur 20 Prozent fahren ihr Auto vollkaskoversichert und nur ein Viertel der Privathaushalte verfügte über eine Familienrechtschutzversicherung. Freilich: Der Vertragsabschluß bei einem Teil dieser Sparten scheitert an den seit geraumer Zeit nicht mehr wachsenden realen Haushaltseinkommen. Wieso kündigen denn so viele ihre Lebensversicherung, die neben Schutz für die Hinterbliebenen im Todesfall auch noch eine starke Säule in der Altersvorsorge bietet?

Zum anderen handelt es sich bei Lebens-, Kranken- und Hausratsversicherungen um Angebote, die der Beratung durch einen Fachmann bedürfen und sich nicht aus dem Regal verkaufen lassen. So suchen sich manche Kreditinstitute und mancher Handelsriese ihre „Rosinen" aus dem Kuchen, die einen die Risiko-Lebensversicherung zur Absicherung eines Sparziels, die anderen die Unfallversicherung, damit die angebotenen Spirituosen „besser laufen".

Die auf die Anlagen privater Haushalte bei Lebensversicherern erpichten Banken haben bei ihrer internen Argumentation einen wichtigen Punkt übersehen. Sie beklagen den Schwund ihrer Geldanlagen und deren Umleitung auf Versicherungen, übersehen dabei jedoch, daß von den ominösen 31,5 Prozent am Haushalts-Sparaufkommen im letzten Jahr auch die kurzfristigen Gelder der Sachversicherer, die Mittel der Pensionskassen, sogar die der staatlichen Rentenversicherung enthalten sind. Ohne sie durfte die private Geldanlage nur zu 20 bis 22 Prozent auf die Lebensversicherung entfallen. Außerdem: Nur die geringere Sparquote hat die Steigerung bei den Versicherungsanlagen gebracht.

Vorliegende Zahlen über Abschlüsse von Risiko-Lebensversicherungen lassen die Vermutung zu, daß die Deutsche Bank bei den Sparplanabschlüssen eher auf Umschichtungen von kurzfristigen Konten-Anlagen auf langfristige Sparpläne angewiesen war, denn auf neues zusätzliches Geld. Und wenn in Kürze der nicht garantierte Zinssatz von sechs Prozent für Spareinlagen von vier und mehr Jahren sinkt? Man kann es den Kreditinstituten kaum wünschen, denn sie würden mit Sicherheit mit Vertrags-Kündigungen konfrontiert. Und damit wäre nicht nur ihr Image, sondern auch das der beteiligten Versicherer angeknackst. Aber einige Versicherer können von sich sagen, sie hätten daran mitgewirkt. Vielleicht sind sie ja selbst von Torschlußpanik angekränkelt.

Eines ist sicher: Der Transparenz auf dem Markt ist mit diesem Angebots-Mischmasch ein Bärendienst erwiesen worden. Und die Gegenangebote einiger Versicherer verdichten den Nebel zusätzlich und werden so nahe in die Nähe der Bank-Sparpläne rücken, daß die für die Rendite entscheidenden Steuervorteile ins Wanken geraten könnten.

BUNDESBANK-BERICHT / Gute Voraussetzung für besseres Investitionsklima

Finanzierungssituation normalisiert sich trotz fehlender Eigenmittel

Die deutschen Unternehmen sind nach dem Urteil der Bundesbank ungeachtet der nach wie vor gravierenden Schwäche ihrer Eigenmittelausstattung einer Normalisierung ihrer Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse ein gutes Stück näher gekommen. Damit seien die Voraussetzungen für eine nachhaltige Investitionsbereitschaft günstiger, zugleich die Arbeitsplätze sicherer und die Erfolgschancen von Unternehmensgründungen größer geworden, was zu einer schrittweisen Überwindung der Arbeitsmarktprobleme beitragen könne.

In einer Analyse der Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen im Jahre 1983 kommt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht zu dem Schluß, daß die Unternehmen mit der Ertragsverbesserung im letzten Jahr nach den schweren Rückschlägen 1981/82 wieder annähernd den Anschluß an die Rentabilitätsverhältnisse von Ende der siebziger Jahre gefunden haben. Dies habe maßgeblich mit dazu beigetragen, daß sich seit 1983 die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder durchsetzen konnten.

Überdurchschnittliche Ertragssteigerungen registriert die Bundesbank vor allem im Groß- und Einzelhandel. Im Verarbeitenden Gewerbe waren die exportorientierten Branchen Chemie, Textil und Elektrotechnik die Spitzenreiter. Weniger ausgeprägt war die Tendenz im Maschinenbau. In strukturell benachteiligten Branchen haben sich die Ertragsverhältnisse 1983 weiter stark verschlechtert.

Nach einer Hochrechnung der Bundesbank auf der Basis von 20 000 Jahresabschlüssen stieg der Jahresüberschuß vor Steuern um 15 Prozent auf 143 Milliarden Mark; nach Steuern übertraf er mit 62 Milliarden Mark das Vorjahresniveau sogar um ein Drittel. Die Umsatzrendite hat sich um rund einen halben Prozentpunkt auf rund 4½ Prozent erhöht, was längerfristig betrachtet nach Meinung der Bundesbank alles andere als glänzend ist. In den frühen 70er Jahren lag die Umsatzrendite (vor Steuern) bei rund sechs Prozent. Aber nach einem Jahr mit günstigeren Erträgen könnte man noch nicht erwarten, daß die Spuren der langjährigen Auszehrung der Ertragskraft verschwinden.

Die Ertragsbesserung hing, so die Notenbank, weniger mit der Ausweitung von Umsätzen und Gesamtleistung zusammen, als vielmehr mit erheblichen Kosteneinsparungen. Langsamer als die Umsätze seien die Aufwendungen für Rohstoffe und Rohprodukte, die Personalaufwendungen und die „übrigen" Aufwendungen gestiegen. Entlastend wirkte zudem der Rückgang der Finanzierungskosten. Relativ stark seien dagegen die Erfolgsrechnungen mit erhöhten Abschreibungen belastet worden, und zwar im Zusammenhang mit verstärkten Investitionsaufwendungen sowie nochmals gestiegenen Forderungsausfällen. Erheblich gewachsen, schreibt die Bundesbank weiter, ist das Aufkommen an Eigenfinanzierungsmitteln, was für das Investitionsklima von besonderer Bedeutung war.

Erstmals seit 1980 sei die Eigenfinanzierung nicht mehr allein von der Zunahme der Abschreibungserlöse getragen worden, sondern auch von einem höheren Aufkommen an Eigenmitteln. Dabei dürften nicht nur die verbesserten Ertragsverhältnisse, sondern auch zusätzliche Kapitaleinlagen sowie Kapitalerhöhungen bei Kapitalgesellschaften eine Rolle gespielt haben. Da aber die Unternehmen fast dreimal soviel Fremdfinanzierungsmittel aufnahmen wie im „Konsolidierungsjahr" 1982, reichte der Zuwachs an haftenden Eigenmitteln nicht aus, um die Eigenmittelquote zu verbessern. Sie lag mit 18½ Prozent nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau; immerhin ist aber ihr mehrjähriger Rückgang zum Stillstand gekommen.

Trotz gebesserter Erträge seien die langfristig entstandenen gravierenden Schwächen bei weitem noch nicht behoben, betont die Bundesbank. Die Eigenmittelausstattung werde weder den gegenwärtigen Risikoverhältnissen noch der langfristig verringerten Wachstumsdynamik voll gerecht noch reiche sie aus, den notwendigen Strukturwandel in der Wirtschaft rasch genug voranzutreiben.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Bestellungen aus der „DDR" haben kräftig zugenommen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die „DDR" bestellt wieder mehr Güter in der Bundesrepublik. Damit zeichnet sich nach Ansicht der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR" für die nächsten Monate wieder eine Belebung des Liefergeschäftes ab, das in diesem Jahr erheblich hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurückgeblieben ist. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft, die von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft getragen wird, buchten die Firmen aus der Bundesrepublik von Juli bis September knapp ein Drittel mehr Aufträge aus der „DDR" als im dritten Quartal 1983.

Diese Belebung habe aber noch nicht dazu geführt, daß der Auftragsbestand für das laufende Kalenderjahr wieder das Niveau des Vorjahres erreicht hat. Er liege gegenwärtig um rund zehn Prozent niedriger. Der Rückstand sei jedoch im Vergleich zu den ersten beiden Quartalen mehr als halbiert worden. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft in Berlin sind in den Auftragszahlen die bekanntgewordenen mittleren Anlagengeschäfte und der VW-Motorenkontrakt noch nicht enthalten.

Außer der Landwirtschaft, die ein Minus von 21 Prozent hinnehmen mußte, hätten alle anderen wichtigen Wirtschaftszweige teilweise sehr hohe Zuwachsraten bei den Auftragseingängen gemeldet. Für die Chemie wird der Wert mit 25 Prozent, für den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Elektrotechnik mit 106 Prozent und für Eisen und Stahl mit 96 Prozent angegeben.

Dagegen hätten die Firmen aus der Bundesrepublik in der „DDR" im dritten Quartal 13 Prozent weniger Aufträge plaziert als im Vorjahr. Dennoch hätten die „DDR"-Industriekombinate Ende September dank eines starken Polsters aus dem ersten Quartal einen um elf Prozent höheren Auftragsbestand als ein Jahr zuvor. Daher sollte der Nachfragerückgang bei der Mineralölindustrie um 80 Prozent nicht überinterpretiert werden. Zum größten Teil waren die Mengen bereits in der ersten Jahreshälfte kontrahiert worden. Weiter belebt habe sich die Nachfrage nach Artikeln des Maschinenbaus und der Elektrotechnik (plus 46 Prozent), der Chemie (plus 24 Prozent) und der Textilindustrie (plus 20 Prozent) aus der „DDR".

Der Warenumsatz im innerdeutschen Handel habe in den ersten neun Monaten mit 10,3 Milliarden Mark etwas unter dem Niveau des Vorjahres gelegen. Die Lieferungen der „DDR" in die Bundesrepublik seien um 14 Prozent auf 5,8 Milliarden Mark gestiegen, während die Verkäufe aus der Bundesrepublik um 15 Prozent auf 4,7 Milliarden Mark gesunken seien. Unter Einschluß des Dienstleistungsverkehrs sei bis zum Jahresende ein ähnliches Ergebnis wie 1983 von rund 15 Milliarden Mark möglich, heißt es bei der Arbeitsgemeinschaft. Sie rechnet jedoch mit hohen Überschüssen der „DDR" im innerdeutschen Handel.

AUF EIN WORT



„Unsere Chemische Industrie lehnt Handelsprotektion klar und eindeutig ab, sie will den offenen Wettbewerb. Allerdings will sie einen Wettbewerb auf vergleichbarer Basis, bei dem die Spieler einheitliche Regeln befolgen. Wir fordern sozusagen Fußball mit gerechten und unparteiischen Schiedsrichtern, Dopingkontrollen nicht nur im Sport, sondern auch in der Wirtschaft."

Dr. Egbert Steinrücke, Direktor für den Bereich Chemie der Deutsche Texaco AG, Hamburg FOTO: DIE WELT

Geldmenge wächst nach Plan

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zentralbankgeldmenge wuchs nach vorläufigen Berechnungen im Oktober wesentlich stärker als im September. Wie aus dem jüngsten Monatsbericht der deutschen Bundesbank hervorgeht, erhöhte sie sich um 1,1 Mrd. Mark auf 194,4 Mrd. Mark. Gegenüber dem Durchschnittsstand des vierten Quartals 1983 ist die Zentralbankgeldmenge bis Oktober mit einer Jahresrate von fünf Prozent gestiegen. Damit liegt sie nach Angaben der Bundesbank genau in der Mitte des für das Jahr 1984 festgesetzten Geldmengenziels von vier bis sechs Prozent.

WELTHANDEL

BDI: Bonn sollte sich gezielt für Liberalisierung einsetzen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) setzt sich nachdrücklich für neue engagierte Bemühungen zum Abbau von Handelshemmnissen und zur weiteren Liberalisierung des Welthandels ein. Im Vorfeld des Treffens der Gatt-Vertragsparteien in der nächsten Woche in Genf fordert der Verband die Bundesregierung auf, gezielte Anstrengungen zu unternehmen, „um wirkliche Fortschritte im Interesse des Welthandels zu erreichen". Gefordert werden gründliche Vorbereitungen für eine neue Gatt-Verhandlungsrunde.

Als vorrangig betrachtet der BDI, um das vor zwei Jahren von der Gatt-Ministerkonferenz beschlossene Arbeitsprogramm zu erfüllen, die Verbesserung des Streitschlichtungsverfahrens zur Wahrung der Rechte und Interessen schwächerer Partnerländer und einen fairen Interessenausgleich im Handel mit Agrargütern. Weiter setzt sich der BDI für die Verständigung auf eine Gatt-Schutzklausel zur Abwehr schädlicher Einfuhren sowie einer besseren Transparenz bei den nicht-tarifären Handelsbeschränkungen ein.

Die neue Gatt-Runde müsse sich aber auch mit neuen, teilweise gravierenden internationalen Handelsproblemen beschäftigen. In diesem Zusammenhang weist der Verband vor allem auf das Subventionsunwesen, die Regelung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs und auf die industriepolitischen Strategien für bestimmte Produkte und Sektoren hin. Die EG könne maßgeblich dazu beitragen, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Gatt zu stärken. Dies erfordere die Bereitschaft zum konsequenten Strukturwandel.

BUNDESHAUSHALT

Mehr Mittel für Förderung von Luft- und Raumfahrt

HEINZ HECK, Bonn

Nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß stehen dem Wirtschaftsminister im kommenden Jahr 5,02 (1984: 5,62) Milliarden Mark zur Verfügung. Hauptursache sind geringere Kohle- und Stahlhilfen. Doch bedeute dies, so das Wirtschaftsministerium, „keine Änderung der Kohlepolitik der Bundesregierung". Die Kokskohlenbeihilfe habe im wesentlichen den Kostenunterschied zwischen heimischer Stein- und Importkohle auszugleichen und sei daher sehr stark von der Dollarkursentwicklung abhängig. Auch vor dem Hintergrund der deutlich verbesserten Absatz- und Ertragssituation des Bergbaus erscheine die vorgesehene Kohlehilfe „ausreichend".

Die Stahlhilfen gehen gegenüber 1984 von 894 auf 385 Millionen Mark zurück. Dies ist die letzte Rate der Umstrukturierungshilfen von 1,2 Milliarden Mark (Bundesanteil) an die Stahlindustrie. Eine kräftige Zunahme verzeichnet dagegen die Förderung der Luftfahrttechnik auf 670 (370) Millionen Mark. Die Ursache hierfür ist die Förderung der neuen Airbus-Version A 320. Für die weitere Entwicklungsförderung ist eine Verpflichtungsermächtigung von einer Milliarde eingeplant. Die Werfthilfen bewegen sich mit 230 (250) Millionen Mark etwa auf Vorjahreshöhe.

Für die Mittelstandspolitik insgesamt sind 748 (614) Millionen Mark vorgesehen. Davon entfallen auf Zuschüsse zu Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen 380 (320) Millionen und auf die industrielle Gemeinschaftsforschung 95 (85) Millionen Mark. Die Zinszuschüsse für das Eigenkapitalhilfeprogramm werden auf 103,6 (55) Millionen Mark erhöht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Geringere Hilfen für Kohle- und Stahlindustrie

Bonn (rtr) – Die staatlichen Hilfen für die Kohle- und Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland werden dem Haushaltsentwurf zufolge 1985 geringer ausfallen als im Vorjahr. Nach Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums sind im kommenden Jahr 1,544 (Vorjahr 2,030) Mrd. DM an Kohlehilfen und 385 (894) Mrd. DM an Hilfen für die Stahlindustrie vorgesehen. Die Drosselung der Kohlehilfe bedeute aber keine Änderung der Kohlepolitik der Bundesregierung.

Auftrag von RWE

Essen (dpa) – Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), Essen, hat der Saarberg-Hölter-Lurgi (SHL), Saarbrücken, Engineering-Aufträge mit Lieferoptionen zur Entschwefelung der Rauchgase für fünf Braunkohle-Kraftwerksblöcke erteilt. Dabei handelt es sich um eine Kraftwerksleistung von 2 100 Megawatt. Die Anlagen sind für laufende und neue Kraftwerke in Neurath westlich von Köln vorgesehen.

Gewinne gestiegen

Brüssel (SAD) – Die der Association of European Airline (AEA) angeschlossenen 20 Luftverkehrsgesellschaften rechnen für 1984 mit einem gemeinsamen Gewinn von 690 Mill. Dollar, nachdem im vergangenen Jahr ein Überschuß von 190 Mill. Dollar erzielt worden war. Allerdings seien frühere Verluste noch nicht ausgeglichen, teilte die Organisation mit.

Kapital wird erhöht

Hannover (dos) – Die zum Veba-Konzern gehörende Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), Hannover, wird ihr Grundkapital von derzeit 780 Mill. DM um 180 Mill. DM auf 960 Mill. DM erhöhen. Wie aus einer Veröffentlichung im Bundesanzeiger hervorgeht, soll eine für den 18. Dezember einberufene außerordentliche Hauptversammlung über die Aufstockung beschließen. Über die Konditionen werde der Aufsichtsrat am 30. November entscheiden. Die Erhöhung wird durch die Ausgabe vinkulierter Namensaktien vorgenommen. Die Preußenelektra hatte für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 15 Prozent ausgeschüttet. Angaben zu den Dividendenaussichten im laufenden Jahr werden nicht gemacht.

NRW verbilligt Kredite

Düsseldorf (rtr) – Nordrhein-Westfalen hat die Konditionen für Mittelstandskredite deutlich verbessert. Wie die Westdeutsche Landesbank gestern mitteilte, werden für Kredite im Rahmen des beschäftigungsorientierten Förderungsprogramms nur noch Zinsen von künftig sechs (bislang 6,5) Prozent verlangt. Zugleich wurde die Darlehenslaufzeit um zwei auf zwölf Jahre verlängert.

Abkommen unterzeichnet

Buenos Aires (AFP) – Argentinien und Chile haben ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen sieht die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie und des Handels und die gegenseitige Unterstützung bei der Zusammenschaltung der Stromnetze sowie die Aufteilung der Elektrizitätsproduktion aus den Wasserkraftwerken im Süden vor.

Konkurswelle flacht ab

Paris (J.Sch.) – Die etwas besser gewordene französische Wirtschaftslage hat sich in den letzten Monaten auch auf die Konkursentwicklung positiv ausgewirkt. Wie schon im September, so blieb auch im Oktober die Zahl der neu eröffneten Gerichtsverfahren mit 1788 praktisch unverändert. Im August waren es noch 2356. Im Jahresvergleich der ersten 10 Monate ergab sich allerdings immer noch ein Zuwachs von 11,1 Prozent.

SCHAUSTELLER

Die Besucherzahlen steigen, aber der Umsatz sinkt weiter

W. WESSENDORF, Bremen

„Viele Schaustellerbetriebe bekommen den eisigen Wind des allgemeinen wirtschaftlichen Rückgangs immer stärker zu spüren", sagte der Präsident des Deutschen Schaustellerbundes (DSB), Harry Wollenschläger, auf der Hauptvorstandssitzung in Bremen. Der rezessive Trend sei seit 1980 deutlich spürbar. Einnahmeverluste – in Einzelfällen – bis zu 30 Prozent seien die Folge.

Dabei ist nach Angaben des DSB die Besucherzahl sogar leicht angestiegen. Auf den 6000 Volksfestplätzen der Bundesrepublik tummeln sich jährlich zwischen 150 und 170 Millionen Menschen. Der DSB rechnet in diesem Jahr mit einem Umsatz von rund 1,3 Milliarden Mark. Damit verlaufe die Umsatzkurve im Vergleich zu den vergangenen Jahren wieder leicht negativ.

Doch investieren die Schaustellergeschäfte weiter. Jährlich werden für etwa 40 bis 50 Millionen Mark neue Geschäfte in Auftrag gegeben. Die gebrauchten Anlagen, soweit gut erhalten, gehen in den Export. Für ein modernes Karussell beispielsweise muß der Schausteller heute rund 1,4 Millionen DM bezahlen. Das Gerät ist nach sechs bis sieben Jahren amortisiert. Der Wert aller Schaustellergeschäfte beträgt rund 2,4 Milliarden Mark.

Im Deutschen Schaustellerbund sind rund 80 Prozent der 10 000 Schaustellerbetriebe organisiert. Als Dachverband vertritt der DSB 66 eigenständige Schaustellervereine und Verbände sowie den Verband Deutscher Freizeitunternehmen e. V. (VDFU), dem die Freizeit- und Erlebnisparks angehören.

TECHNIK UND FORSCHUNG / Tagung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Riesenhuber: Neue Horizonte öffnen

HEINZ HECK, Bonn

Neue Techniken wie die Mikroelektronik, die Bio- und Gentechnologie eröffnen „völlig neue Horizonte nicht nur des Wirtschaftens, sondern auch der Problemlösung". Das erklärte Forschungsminister Heinz Riesenhuber zu Beginn einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Weltwirtschaftsprobleme Mitte der 80er Jahre". Riesenhuber sprach sich dafür aus, der Forschung das „äußerste Maß an Freiheit" einzuräumen. „Der Flop ist eine notwendige Bedingung für die Forschung", betonte er. Wer dies nicht einkalkuliere, könne nur den Status quo reproduzieren.

Es sei zwar „ideal", wenn die Forschung aus den Unternehmenserträgen finanziert werde. Doch sehe die Wirklichkeit anders aus, wie eine Gegenüberstellung des staatlichen Forschungsaufwandes zum Beispiel in den USA und der Bundesrepublik zeige. Um so mehr müsse die Anschaffungs- und Beschaffungsstrategie der öffentlichen Hand, vorrangig auch der Bundespost, innovationsorientiert angelegt werden.

Die Industrieländer sähen sich zum ersten Mal mit einer Herausforderung konfrontiert, die aus der Kombination von Hochtechnik und Niedriglöhnen bestehe. Schwellenländer wie Südkorea oder Hongkong seien heute in der Lage, neueste Fertigungsverfahren und Produktinnovationen rasch umzusetzen. Wenn die Antwort der Industrieländer nicht in einer Verringerung des eigenen Lohnniveaus bestehen könne, dann müßten sie „die neueste Technik so schnell und so präzise wie möglich implementieren".

Kritisch setzte sich Riesenhuber mit dem Wachstumspessimismus und der These von „den Grenzen des Wachstums" der siebziger Jahre auseinander. Die damalige Prognose sei „in zweifacher Hinsicht falsch" gewesen: „Zum einen als Versuch, zukünftige Wirklichkeit zu beschreiben, zum anderen in der zwangsläufigen Forderung nach einem gedrosselten Wachstum." Heute wisse man, daß Nullwachstum Probleme nicht löse, sondern eher verschlimmere. „Wir wissen vor dem Hintergrund hartnäckiger Probleme, wie z. B. Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten oder den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer, daß wir auf Wachstum nicht verzichten können."

Das „neue Wachstum" der 80er Jahre mit neuen Techniken sei umwelt- und ressourcenschonend zugleich. Hier stelle sich dem Staat „eine der herausragendsten Aufgaben": Er müsse mit klaren Rahmenbedingungen dafür sorgen, daß die Techniken genutzt und die Risiken beherrscht werden können. Dagegen wäre es eine falsche Haltung, auf die neue Technik zu verzichten, weil sie Risiken berge.

ASEAN / Kooperationsvertrag mit der Gemeinschaft

Erwartungen nicht erfüllt

IRMGARD WILKE, Dublin

Wie ein roter Faden zog sich durch das jüngste Ministertreffen zwischen der EG und den ASEAN-Staaten der Ruf nach besserer Zusammenarbeit mit dieser wirtschaftlich dynamischen Region. Sie dürfe nicht unterschätzt werden. Immerhin habe der südostasiatische Raum eine Bevölkerungszahl von 276 Millionen Menschen, die für die 271 Millionen EG-Bürger von größtem Interesse sein könnten. Der Gedanke an eine engere Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen war von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gleich nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjets Ende 1979 aufgeworfen worden. Für die Europäer stand dabei der Aspekt der politischen Stabilität *dieser Region im Vordergrund.*

Für die Asiaten verband sich jedoch mit dem Abschluß eines Kooperationsabkommens EG–ASEAN 1980 das Ziel, die bis dahin nach Japan und Amerika ausgerichteten Wirtschaftsbeziehungen durch engere Kontakte zu den Europäern zu neutralisieren. Was mit viel Enthusiasmus begann, erfüllte jedoch nicht die Erwartungen der ASEAN-Länder.

Zwei Dinge belasteten die Entwicklung: die weltweite Rezession und das Engagement der Europäer – vor allem der Franzosen und Belgier – in ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien. Die vertraglichen Verpflichtungen mit den sogenannten AKP-Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik aber auch gegenüber assoziierten Mittelmeerländern legten der EG Fesseln an. Wer konnte es sich leisten, in einer Zeit der wachsenden Arbeitslosenzahlen in den EG-Staaten sich zusätzliche Verpflichtungen aufzuerlegen, wie sie die Forderungen der ASEAN-Staaten mit dem Ruf nach größerer Öffnung des EG-Marktes, zwangsweise nach sich gezogen hätten?

Die ASEAN-Staaten nahmen auf ihrer jüngsten Begegnung mit den EG-Außenministern kein Blatt vor den Mund und fragten die Europäer klipp und klar, ob sie überhaupt noch ein Interesse an einer Zusammenarbeit hätten. Trotz dieser verständlichen Enttäuschung konnte EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp ihnen doch nachweisen, daß sich der Handel ungeachtet der Rezession in den letzten vier Jahren verbessert hat. Er stieg um 35 Prozent und damit fünfmal so schnell wie in den letzten zehn Jahren. Dabei nahm auch der Anteil von Fertig- und Halbfertigwaren um 36 Prozent zu. Heute beträgt er rund 42 Prozent der gesamten Exporte der ASEAN-Staaten in die EG im Vergleich zu 25 Prozent 1973.

Die Tatsache, daß sie gleichzeitig auch wichtige Rohstofflieferanten sind, hat die ASEAN-Staaten in der „dritten Welt" in die Kategorie der *Schwellenländer eingereiht.* Das Interesse der Europäer an diesem Markt bleibt jedoch hinter dem ihrer Konkurrenten Japan und USA zurück. *Die deutsche Wirtschaft ist auf* diesen Märkten vorwiegend mit Investitionsgütern wie Maschinen und Fahrzeugen sowie chemischen Pro*dukten vertreten.*

Auf dem Konsummarkt dagegen agieren Japaner und Amerikaner nahezu konkurrenzlos. Zwar haben die europäischen Erzeugnisse einen sehr guten Ruf, aber sie sind zu teuer. Die mangelnde EG-Präsenz auf den ASEAN-Märkten schlug sich auch in den Handelsstatistiken nieder. Der EG-Anteil an den ASEAN-Einfuhren sank von 1978 bis 1982 von 14,13 auf auf 10,7 Prozent verglichen mit 23,9 Prozent der Japaner und 11,7 Prozent der Amerikaner. (dpa)

ISRAEL / Agrarexporte in die EG wichtiges Thema bei den Gesprächen Kiechles

Besorgnis über den Orangenabsatz

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle, der heute nach Israel fliegt, wird in den nächsten Tagen einmal mit Problemen ganz anderer Art konfrontiert: Das Land fürchtet um seinen Agrarexport in die EG, wenn Spanien beigetreten sein wird. Denn ein Viertel der israelischen *EG*-Exporte sind Agrarprodukte, vor allem Zitrusfrüchte und Schnittblumen. Gegenwärtig deckt die Gemeinschaft bei *Zitrusfrüchten ihren* Verbrauch zu knapp 50 Prozent, nach dem Beitritt Spaniens steigt der Selbstversorgungsgrad auf nahezu 90 Prozent.

Da Israel auf andere Märkte nicht ausweichen kann, werden sich die Gespräche Kiechles mit seinem *Amtskollegen Arieh Nehamkin sowie* mit Ministerpräsident Shimon Peres um dieses Problem drehen. Dabei kann Kiechle darauf verweisen, daß *sich die Bundesregierung* in der EG, die für die Handelspolitik zuständig ist, stets für die Belange Israels stark gemacht hat.

Zwar hat die EG bereits 1980 „zur Kenntnis" genommen, welche Bedeutung die *Orangenausfuhr* für Israel hat. Sie hat auch zugesichert, daß sie die Besorgnisse Israels bei der Erweiterung der Gemeinschaft be*rücksichtigen werde. Trotzdem wur*de eine Lösung bisher nicht erreicht. Diese könnte darin bestehen, daß parallel zum Zollabbau zwischen der *EG und den Beitrittsländern auch die* Zölle für präferenzierte Agrarerzeugnisse mit Israel bis auf Null gesenkt werden. Überdies könnten die Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus Drittstaaten gegenüber Israel erst nach einer mehrjährigen Übergangsfrist wirksam werden.

*Im Rahmen ihrer globalen Mittel*meerpolitik hat die EG bereits 1975 ein unbefristetes Abkommen über die Errichtung einer Freihandelszone *für gewerbliche Güter abgeschlossen.* Im Agrarbereich räumte die Gemeinschaft Zollsenkungen je nach Produkt von 30 bis 80 Prozent für rund 85 *Prozent der israelischen Ausfuhren* ein. Dadurch sind die israelischen Exporte in die Zehnergemeinschaft zwischen 1974 und 1983 stetig auf das *3,6fache gestiegen, wobei die Zu*wächse im gewerblichen Bereich er*wartungsgemäß etwas höher waren.* Damit haben die Importe der EG aus Israel stärker zugelegt als die aus anderen Ländern. Trotzdem erzielte die *EG im vergangenen Jahr gegenüber* Israel noch einen Überschuß von 1,7 Milliarden Dollar. Die Gemeinschaft ist der größte Handelspartner Israels.

Bei den Ausfuhren Israels in die Gemeinschaft nimmt Großbritannien den ersten Rang vor der Bundesrepublik ein, während bei den Einfuhren die Bundesrepublik vorn liegt. Der Wert des deutsch-israelischen Warenaustauschs hat sich seit 1974 auf 3,4 Milliarden Mark verdoppelt. Während die deutschen Ausfuhren seit 1980 um 1,1 auf 2,4 Milliarden Mark 1983 gestiegen sind, nahmen die deutschen Einfuhren leicht auf 1,05 Milliarden ab. Dadurch kletterte das Defizit Israels auf 1,3 Milliarden. Der israelische Agrarexport in die Bundes*republik* belief sich *im vergangenen* Jahr auf 362 Millionen Mark. Dabei konzentrieren sich die Lieferungen auf wenige Monate, in denen die euro*päischen Konkurrenten noch nicht* auf dem Markt sind.

ARBEITSMARKT / Schlechte Aussichten für Franzosen

Jugend verschärft Problem

JOACHIM SCHAUFUß, Paris

Nachdem es der sozialistischen Regierung gelungen war, durch beschäftigungspolitische Maßnahmen und verschiedene statistische Tricks die Arbeitslosenzahl in Frankreich bis zum Herbst letzten Jahres bei etwa zwei Millionen zu stabilisieren, wurde inzwischen die 2,5-Millionen-Marke überschritten. Ende Oktober waren bei den Arbeitsämtern genau 2 515 600 Stellensuchende registriert worden. Das waren 4,1 Prozent mehr als Ende September und 16,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Der letzte Monatsanstieg ist allerdings weitgehend *darauf zurückzu*führen, daß um diese Jahreszeit besonders viele Schulabgänger erstmals an den Arbeitsmarkt treten. Saisonbereinigt nahm die Arbeitslosigkeit nur um 0,3 Prozent auf 2 367 300 zu. Gleichzeitig erhöhte sich das Stellenangebot um 13,9 Prozent auf 42 600, womit es aber den Vorjahresstand immer noch um 33,1 Prozent unterschritt.

Global gesehen hat sich die französische *Arbeitsmarktlage in den letz*ten Monaten – nach ihrer starken Verschlechterung zwischen Oktober 1983 und April 1984 – saisonbereinigt eher etwas verbessert. Auch ging die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit auf 295 Tage (September 304 Tage) zurück (im EG-Durchschnitt erreichte sie sechs Monate). Dagegen stieg die Zahl der Kurzarbeiter um 19,4 Prozent und im Jahresvergleich um 33,3 Prozent.

Der Arbeitsmarkt wurde in letzter Zeit vor allem durch die Verlängerung der Ausbildungszeit für Jugendliche entlastet. Allein im Oktober waren 14 766 neue Ausbildungsplätze eingerichtet worden. Innerhalb eines Jahres will die Wirtschaft zusätzlich 300 000 Jugendliche ausbilden, ohne diesen allerdings einen festen Arbeitsplatz zu garantieren.

Die Grundtendenz des französischen Arbeitsmarktes dürfte schon wegen der noch bevorstehenden großen Strukturreformen negativ bleiben. So erwartet das Konjunkturforschungsinstitut Gama, daß die Arbeitslosenquote von gegenwärtig knapp zehn Prozent bis 1990 auf über 13 Prozent zunimmt.

BETEILIGUNGSBERICHT / Der Anteil des Staates ist erheblich zurückgegangen

Höhere Erträge bei Bundesunternehmen

dpa/VWD, Bonn

Der Bund und seine Sondervermögen – dazu gehören Bundespost und *Bundesbahn – erwarten 1984 aus ih*ren Unternehmensbeteiligungen einen Anstieg der Erträge um rund 22,3 Mill. auf 246,6 Mill. DM. Nach dem am *Montag* vom *Bundesfinanzministe*rium vorgelegten Beteiligungsbericht 1983 ist die Anzahl der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Bundes drastisch von 958 auf 487 zurückgegangen. Davon waren 171 direkte Beteiligungen. Hierbei werden nur die Beteiligungen berücksichtigt, bei denen der Bundesanteil mindestens 25 Prozent und das Nennkapital wenigstens 100 000 DM beträgt.

Der erhebliche Rückgang bei den mittelbaren Beteiligungen beruht darauf, daß die Beteiligungen der Veba AG erstmals nicht mehr erfaßt sind. Zum Januar 1984 hatte der Bund seinen Veba-Anteil von 43,7 auf 30 Prozent verringert und damit dieses größte deutsche Unternehmen aus der aktienrechtlichen Abhängigkeit vom Bund entlassen. Die Beteili*gungen* der Veba AG werden dem Bund daher nicht mehr zugerechnet. Diese Teilprivatisierung führte dazu, daß der Anteil des Bundes und seiner *Sondervermögen am Nennkapital der* Unternehmen um rund 220 Mill. DM sank.

Die Beteiligungserträge des Bundes sind trotz der wesentlich geringeren Veba-Dividende gewachsen. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Viag AG, Bonn, und die Flughafen Frankfurt/Main AG für 1983 erstmals eine Dividende zahlen. Außerdem erhöhten die Deutsche Lufthansa AG, Köln, und die Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH, Bonn, ihre Gewinnausschüttungen.

Das Nennkapital aller Unternehmen, an denen der Bund und seine Sondervermögen unmittelbar beteiligt sind, betrug zum Jahresende 1983 rund 12,4 (Vorjahr: 12,2) Mrd. DM. Hieran waren der Bund mit knapp 5,7 (5,9) Mrd. DM und die Sondervermögen unverändert mit knapp 1,1 Mrd. DM beteiligt. Von den 5,7 Mrd. DM *Nennkapital des Bundes entfielen* rund 2,1 Mrd. DM auf das industrielle Bundesvermögen. Diese Unternehmen, die vorwiegend in der Energiewirtschaft, in der Grundstoffindustrie und im Automobilbau (VW) tätig sind, erzielten 1983 einen Außenumsatz von 111,8 Mrd. DM.

Die sieben Kreditinstitute – unter anderem die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Pfandbriefanstalt –, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, hatten zum Jahresende 1983 eine zusammengefaßte Bilanzsumme von 177,5 Mrd. DM und einen Jahresüberschuß von 175 Mill. DM.

FRANKREICH / Autos und Textilien ausgenommen

Weitere Preise freigegeben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung setzt ihre Liberalisierungspolitik fort. Nachdem sie die Devisenkontrolle gelockert und die Beseitigung der derzeitigen Kreditkontingentierung angekündigt hat, wurde jetzt beschlossen, eine Reihe von Produzentenpreisen und verschiedene Dienstleistungstarife zum Jahresende freizugeben. Die Handelsspannen blei*ben dagegen weiter blockiert.* Die neue Aktion wird mit dem Nachlassen der Inflation auf 6,9 bis sieben Prozent begründet.

Die Industrie, deren Verkaufspreise von der Regierung Giscard/Barre ausnahmslos und „unwiderruflich" liberalisiert worden waren, darf ab 1. Januar 70 Prozent gegenüber gegenwärtig 65 Prozent ihrer Preise frei festsetzen. Für die anderen Preise muß sie mit den Behörden Erhöhungsbegrenzungen (wahrscheinlich vier bis 4,5 Prozent für 1985) aushandein, andernfalls diese von Amts wegen festgesetzt werden.

Neu freigegeben werden außer bestimmten Lebensmittelpreisen die Produzentenpreise für Fernsehgeräte, Kühlschränke und verschiedene andere elektrische Haushaltsgeräte sowie für Kleincomputer, Autoersatzteile, Autoradios und Schmuckwaren. Für den Unternehmensbedarf wird der gesamte Informatik- und *Büromaterialbereich sowie die Fahr*zeugvermietung liberalisiert.

Weiterhin reglementiert bleiben die Produzentenpreise vor allem für Automobile, die wegen der hohen Mehrwertsteuer (33 Prozent) in Frankreich wesentlich teurer als im Ausland sind, und von Textilien, deren Produzenten sich durch laufende Einführung „falscher Neuheiten" über die Reglementierung hinweggesetzt haben, womit ihre Preise über die allgemeine Teuerung hinaus gestiegen sind.

SCHEU + WIRTH / Der 17. neue Börsenkandidat

„Fairer Emissionskurs"

DANKWARD SEITZ, München

Am 22. November können die deutschen Börsen den 17. Neuzugang in diesem Jahr registrieren. An diesem Tag werden 5 Mill. DM Vorzugsaktien der Scheu + Wirth AG, Regensburg, in den geregelten Freiverkehr der Bayerischen Börse in München einbezogen. Bereits in den vergangenen Tagen waren unter Führung der Dresdner Bank Aktien im Nennbetrag von 3,5 Mill. DM in Form eines Privat Placement vorab breit gestreut placiert worden (WELT v. 8. 11.).

Den Emissionskurs von 220 DM je 50-DM-Aktie bezeichnete Horst Schmeling, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, angesichts eines für 1984 zu erwartenden DVFA-Ergebnisses von 24 DM je Aktie für „fair und angemessen". Von den nicht angebotenen 30 000 Vorzugsaktien – insgesamt beträgt das Grundkapital von Scheu + Wirth 10 Mill. DM eingeteilt in jeweils 5 Mill. DM Stamm- und Vorzugsaktien – sind 10 000 Stück zur Ausgabe an die 520 Mitarbeiter der Gesellschaft vorgesehen; der Rest verbleibt bei dem bisherigen Alleingesellschafter Heribert Wirth.

Mit einem Umsatz von 101,4 (98,2) Mill. DM 1983 – für 1984 werden 104 Mill. DM erwartet – zählt es nach Angaben von Wirth zu den Großen der Branche auf dem Gebiet der Elektro-, Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Klimaanlageninstallation sowie des Rohrleitungsbaus. Der Auftragsbestand beläuft sich auf 70 Mill. DM.

Für 1984 erwartet man, so Wirth, einen Jahresüberschuß, der neben einer „namhaften" Rücklagendotierung eine Dividende von 18 Prozent ermöglicht. Für die für 1984 mit ¼ Gewinnberechtigung ausgestatteten Vorzugsaktien wären das 2,25 DM. 1983 wurden aus dem Jahresüberschuß von 9,3 Mill. DM (mit Gewinnvortrag von 4 Mill. DM) den freien Rücklagen 7 Mill. DM zugewiesen.

CRA / Länderproteste gegen Stillegungen – Ist australischer Konzern in der deutschen Stahlindustrie willkommen?

Carnegie: Ohne Staatshilfe zu großes Risiko

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Eigentlich wollte Chairman Sir Roderick Carnegie den Journalisten in Düsseldorf nur Informationen aus erster Hand zu Größe und Strategie seiner CRA Ltd., Melbourne, liefern, des potentiellen 35-Prozent-Partners in der geplanten deutschen Großfusion zur „Stahlwerke Krupp/Klöckner GmbH" (SKK). Die in einigen Bundesländern anschwellenden Proteste zu den mit dem SKK-Projekt verbundenen zusätzlichen Stillegungen (mit weiterem Minus von 2900 Arbeitsplätzen) brachten den Chef des größten Rohstoffkonzerns Australiens jedoch unversehens in die Rolle des (indirekten) Apologeten für die in dieser Fusion zusätzlich erforderliche Staatshilfe.

Bekanntlich rechnen Krupp/Klöckner mit einem zusätzlichen Stillegungsaufwand von 700 Mill. DM, der wie bei dem bisherigen Bonner Strukturhilfe-Programm von rund 3 Mrd. DM zur Hälfte aus der Staatskasse zu alimentieren wäre. Krupp/Klöckner erwarten obendrein und analog zu der vor Jahresfrist gescheiterten Krupp/Thyssen-Stahlfusion eine Bonner Starthilfe für die SKK in der Größenordnung von 500 Mill. DM.

Fixierte Bedingungen, daß nur bei solchem staatlichen Geleitschutz für SKK die eigene Beteiligung von 525 Mill. DM oder 35 Prozent an 1,5 Mrd. DM Stammkapital des neuen deutschen Stahlriesen Wirklichkeit werde, existieren nach Carnegies Worten zwar nicht. Aber es wäre für seinen Board (Aufsichtsrat) zumindest „extrem schwierig", das SKK-Engagement zu genehmigen, wenn ein australisches Unternehmen als Partner einer deutschen Stahlfusion nicht so willkommen wäre wie beispielsweise zwei deutsche Fusionspartner (Krupp/Thyssen) allein.

Carnegie wurde noch etwas konkreter: Ohne besagten staatlichen Geleitschutz und entsprechende Rationalisierung wären die 525 Mill. DM von CRA wohl doch ein zu großes Risiko. Denn selbstverständlich wolle man nicht in ein Verlustunternehmen investieren. Vielmehr in eine Gesellschaft, die nach dem Ende der EG-Subventionsflut ab 1986 keine Verluste mehr mache und nach der in Europa vermutlich schwierigen Stahl-Periode 1986/87 ab 1988 verläßlich rentabel arbeiten kann.

Investieren wolle CRA auf Basis gesunden deutschen Stahlpotentials aber vor allem in die Entwicklung moderner Stahlerzeugungstechnologie. Man habe nun mal die (gleichfalls nicht risikofreie) Überzeugung, daß sich da mit „hochofenfreien" Verfahren der Erzverhüttung zu Roheisen im nächsten Jahrzehnt Enormes tun werde, und glaube mit der zumal von Klöckner entwickelten neuen „Verfahrensfamilie" den richtigen Fuß zum Tor in die Zukunft zu haben.

Eine Zukunft, die mit dem wichtigsten Teil der CRA-Strategie Hand in Hand geht. Der trotz nun vierjähriger Rohstoffbaisse bestens gepolsterte Konzern (1983er Umsatz 8,1 Mrd. DM bei 7,4 Mrd. DM Eigenkapital, das nebst Fremdanteilen an Konzerntöchtern sogar 9,4 Mrd. DM ausmacht) will nicht länger „die Rohstoffmine für alle Welt" sein. Mit großen Schritten in die Verarbeitung von Zink und Aluminium ist das der CRA in den letzten Jahren bereits gelungen. Spektakulär dabei der 1984er Schritt des in der Aluminiumindustrie einst nur als Bauxitlieferant engagierten Konzerns, für knapp 1,2 Mrd. DM Aluminiumkapazitäten der Marietta Corp. in USA zu erwerben.

Beim Eisenerz, das ein Fünftel vom Umsatz ausmacht (da ist CRA nach Brasiliens Staatskonzern CVRD zweitgrößter Exporteur der Welt) strebt Australiens Rohstoffriese mittelfristig zumindest nach der Position, mit höherer landeseigener Wertschöpfung Roheisen statt Erz auf den Weltmarkt zu liefern.

Auf einen Weltmarkt, auf den CRA wegen des mageren Industriepotentials im dünnbesiedelten Australien noch lange angewiesen bleibt. Aber deutsche Partner brauche man dazu, wenn man hierzulande unwillkommen sein sollte, nicht unbedingt. „Wir können die moderne Stahlwerkstechnologie auch anderswo kriegen", betont Carnegie. Und die 3 (2,5) Mill. Tonnen Eisenerz, die voraussichtlich 1985 an Krupp/Klöckner geliefert werden (knapp ein Zehntel aller CRA-Lieferungen) könne man auch anderswo verkaufen. Da zeigt sich einer stark, der es auch ist. Er wartet nun gelassen auf die stahlpolitische Antwort aus Bonn.

RHEINBRAUN

Neue Aktivitäten im Industriesektor

dpa/VWD, Bergheim

Die Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, geht neue Wege: Da der Hausbrandmarkt schrumpft und die Nachfrage im Industriebereich steigt, verstärkt Rheinbraun seine Anstrengungen im Bereich der Kohleveredelung und erhöht die Produktion von Braunkohlenkoks und -staub. Rund 120 Mill. t Braunkohle werden jährlich aus den niederrheinischen Gruben gefördert. Davon gehen 100 Mill. t direkt in die Stromwirtschaft, der Rest in den Veredelungsbereich.

Mit der Inbetriebnahme eines zweiten, 25 Mill. DM teuren Herdofens in Bergheim-Niederaußem wurde jetzt die Produktion von Braunkohlenkoks auf 230 000 t gesteigert. Er wird zu einem Drittel im Hüttenbereich eingesetzt. Ein weiteres Drittel geht in die Chemie zur Herstellung von Aktivkohle. Außerdem eignet sich Braunkohlenkoks für Filterzwecke und elektrochemische Prozesse. Den zukünftigen Bedarf schätzt Vorstandsmitglied Peter Speich auf etwa 1 Mill. t. Rheinbraun plant bereits eine dritte Anlage. Zweites wesentliches Produkt ist Braunkohlenstaub. In diesem Jahr werden 2,5 Mill. t Staub hergestellt.

HANSEATISCHE LANDWAAREN COMPAGNIE

Eigenes Werk für Fertigmenüs

JAN BRECH, Hamburg

Das Spezialunternehmen für den Vertrieb von Fertigmenüs, die Hanseatische Landwaaren Compagnie Wittke GmbH & Co., Reinbek bei Hamburg, hat Mitte dieses Jahres die eigene Produktion von tiefgekühlten Fertigmenüs und Frischmenüs aufgenommen. Vor den Toren der Hansestadt (in Hamburg selbst wurden dem Firmeninhaber Walter Wittke keine passenden Grundstücke angeboten) ist für 9 Mill. DM ein Werk gebaut worden, in dem im Mehrschichtbetrieb bis zu 30 000 Menüs pro Tag hergestellt werden können.

Zur Zeit produziert Wittke in Reinbek 3000 Tiefkühlmenüs und in der Schwesterfirma Landküche Nordheide Wittke GmbH 3000 Frischmenüs. Dazu kommen rund 2000 TK-Menüs, die von der inzwischen zum Pillsbury-Konzern gehörenden Firma Hofmann-Menü, Boxberg, bezogen werden. Vor der Aufnahme der eigenen Produktion lieferte Wittke ein komplettes Sortiment von Tiefkühlmenüs von mehreren Herstellern an etwa 700 Kunden im Großraum Hamburg.

Während Wittke als reines Vertriebsunternehmen bislang auf einen Umsatz von knapp 8 Mill. DM kam, soll das Geschäft in diesem Jahr nach eigenen Angaben auf gut 10 Mill. DM wachsen. In den kommenden Jahren ist schrittweise eine Expansion vorgesehen, um in die mögliche Kapazität von 30 000 Tiefkühl-Fertigmenüs pro Tag hineinzuwachsen. Dazu soll einmal der Vertrieb flächendeckend ausgebaut werden. Hierbei sucht Wittke leistungsfähige Handelspartner. Zum anderen ist geplant, Fertigmenüs auch über den Einzelhandel zu vertreiben. Diesen Teilmarkt schätzt Wittke ebenso wie den Gesamtmarkt unter der Voraussetzung positiv ein, daß ständig neue und qualitativ hochstehende Produkte entwickelt werden.

SIEMENS / Französischen Markt stärker im Visier

Informatikbereich schwach

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit einem Umsatz von mehr als 2 Mrd. Franc und über 2000 Beschäftigten besitzt die deutsche Siemens AG auf dem französischen Markt insgesamt eine bedeutende Stellung. Diese soll jetzt für den noch unterentwickelten Informatikbereich wesentlich verstärkt werden. Die darauf spezialisierte Siemens Data France will ihren Umsatz von 140 Mill. Franc im Geschäftsjahr 1984 (30. September) auf 220 Mill. Franc im laufenden bringen. Der Personalbestand dieser Siemens-France-Tochter wird gleichzeitig von 170 auf 200 Personen gebracht.

„Unser Ziel besteht darin, bis auf weiteres eine jährliche Umsatzsteigerung von 50 Prozent herbeizuführen", erklärte die Siemens Data France der WELT. Der Siemens-Anteil am französischen Informatikmarkt würde damit aber immer noch verhältnismäßig bescheiden bleiben. Von gegenwärtig 0,4 Prozent soll er auf drei bis vier Prozent gebracht werden. Zur Zeit sind an diesem Markt IBM mit 50 Prozent und die nationale Bull-Gruppe mit etwa 25 Prozent beteiligt.

Frankreich ist nach der Bundesrepublik der zweitgrößte europäische Informatikmarkt, kurz gefolgt von Großbritannien, wo Siemens ähnliche Expansionspläne verfolgt. Es komme jetzt aber darauf an, die deutschen Erzeugnisse stärker zu „französisieren", heißt es. Zu diesem Zweck will Siemens Data France mit hier ansässigen Dienstleistungsgesellschaften (Software) Kooperationsverträge abschließen.

Schon vor einiger Zeit hatte der Siemens-Vorstand (Dr. Kessler) in München das Ziel angegeben, im Informatikbereich die Hälfte des Umsatzes außerhalb der Bundesrepublik zu erzielen. Vor allem sollen Märkte erschlossen werden, die selbst nur wenig Informatikindustrie besitzen.

BAYERNWERK / Wiederaufarbeitungsanlage nötig

Abhängigkeit mindern

DANKWARD SEITZ, La Hague

Eine baldige Entscheidung für den Bau einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage für ausgediente Brennelemente im „Interesse einer nachhaltigen Entsorgung deutscher Kernkraftwerke" hält die Bayernwerk AG, München, für dringend geboten. „Keinesfalls darf die Elektrizitätswirtschaft", so Vorstandsmitglied Jochen Holzer, „denjenigen auf den Leim gehen, die heute die direkte Endlagerung favorisieren, um den Bau einer solchen Anlage zu verhindern." Sei dies nämlich erst einmal gelungen, würden die Gegner der Kernenergie dann versuchen, auch den Weg der direkten Endlagerung und ausländische Versorgungspfade zu versperren, „um das eigentliche und erklärte Ziel, den Ausstieg aus der Kernenergie, zu erzwingen".

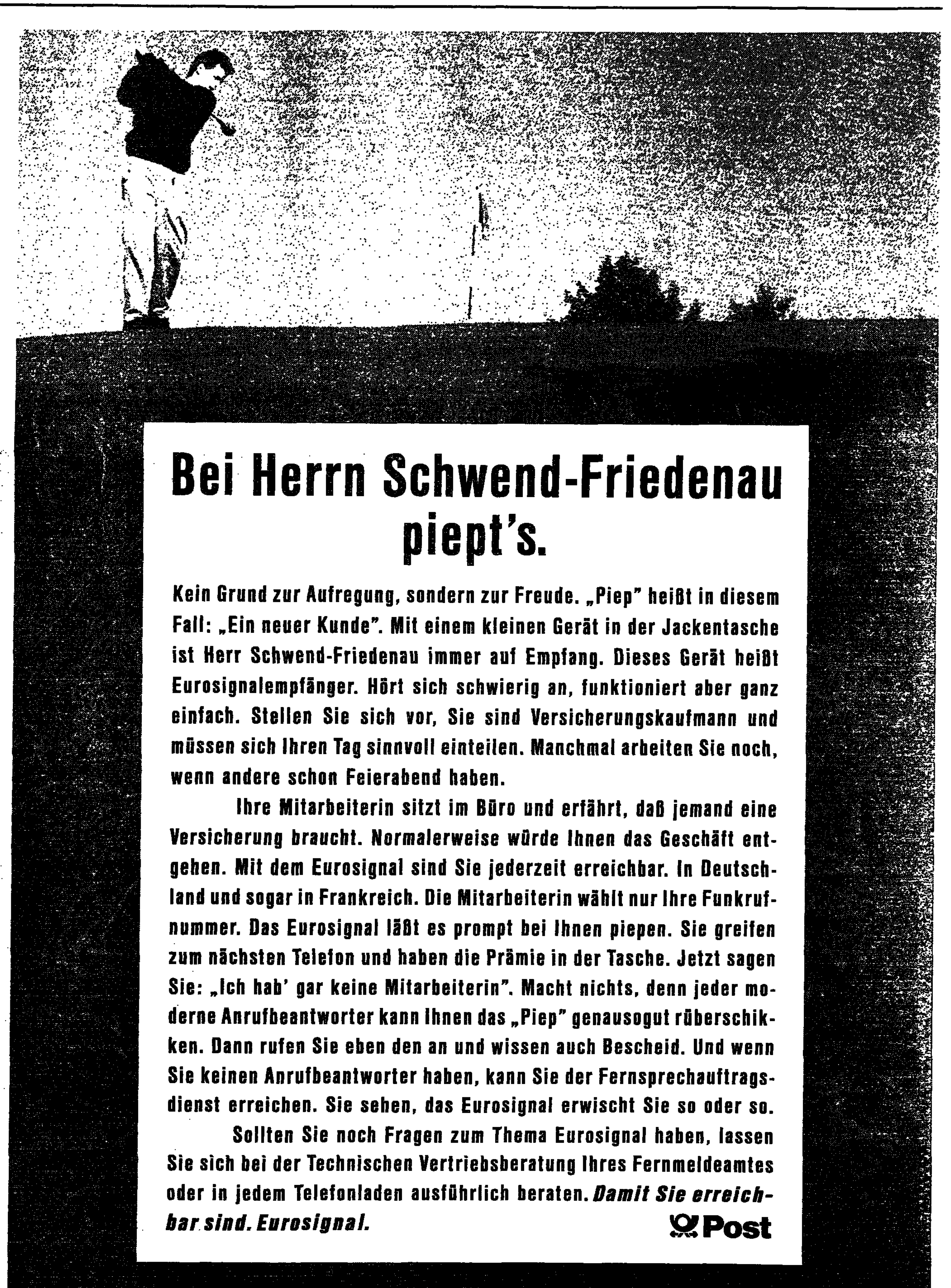
Während es sich bei einer Wiederaufbereitungsanlage, so Holzer, um eine langjährig erprobte Technik handelt, deren Kosten überschaubar sind, steht die direkte Endlagerung „bisher nur auf dem Papier". Ihre Kostenvorteile machten nach einer noch nicht veröffentlichten Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln nur wenige Zehntel Pfennige je Kilowattstunde Strom aus.

Als „vorerst gesichert" – das heißt bis Ende der 80er Jahre – ist nach Angaben von Vorstandsmitglied Bernd Lupberger die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke. Insgesamt sind dafür mit der französischen Cogema, die die Wiederaufarbeitungsanlage bei La Hague betreibt, Verträge über rund 3150 t ausgedienter Brennelemente und der britischen BNFL über etwa 750 t abgeschlossen worden. Berücksichtige man noch die Zwischenlagerkapazitäten in Ahaus und Gorleben mit je 1500 t, sei die Entsorgung bis zum Jahr 2000 gewährleistet.

Entscheidendes Kriterium für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage ist für Holzer aber, daß die deutsche Energiewirtschaft unabhängiger vom Ausland wird. Denn gerade auf diesem Gebiet drohten vor dem Hintergrund, daß das Volumen abgebrannter Brennelemente von derzeit weltweit rund 35 000 t bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf etwa 100 000 t steigen wird, erhebliche Engpässe.

Diese Entwicklung hat auch die Cogema veranlaßt, ihre Jahreskapazitäten von zur Zeit noch 400 t bis 1988 auf insgesamt 1600 t aufzustocken. Dieser Ausbau erfordert Investitionen in Höhe von umgerechnet 7,5 Mrd. DM. Dabei wird die letzte Ausbaustufe, die 3,75 Mrd. DM kostet, von der deutschen Wirtschaft zu einem Drittel finanziert. Recht bescheiden nimmt sich demgegenüber die geplante deutsche Wiederaufarbeitungsanlage mit einer Kapazität von 350 t und veranschlagten Investitionskosten von rund 4 Mrd. DM aus.

Als „völlig plangerecht bezeichnete Vorstandsvorsitzender Hans Heitzer den Verlauf des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.), in dem das Bayernwerk mit rund 35 Mrd. kWh Stromabgabe im Konzern ein Plus von etwa 15 Prozent erreichen konnte. Bei Umsatzerlösen der AG von 3,2 (2,8) Mrd. DM und im Konzern von erstmals über 5,0 (4,4) Mrd. DM habe sich die Ertragslage nicht zuletzt wegen der erneut hohen Verfügbarkeit der drei Kernkraftwerke weiter stabilisiert. AG und Konzern dürften den Jahresüberschuß des Vorjahres von 85 bzw. 173 Mill. DM übertroffen haben, wobei es sich um eine „echte Ertragsverbesserung" handele. Fortgesetzt hat sich auch 1984 in Bayern nach Angaben von Heitzer der Trend zu wieder höheren Zuwachsraten im Stromverbrauch. In den ersten neun Monaten ergab sich im Freistaat ein Plus von rund 6,3 (Bundesdurchschnitt: 5,1) Prozent.



Aktien gaben überwiegend nach

Wall-Street-Schwäche verstärkte Käuferzurückhaltung

DW. – Wenn der Aktienhandel an diesem Wochenbeginn schleppender als sonst war, lag dies an den deutlichen Kursrückgängen an der New Yorker Börse. Als tröstlich wurde lediglich empfunden, daß darunter die internationalen holländischen Aktien mehr als die deutschen Standardpapiere zu leiden hatten. Auf der anderen Seite wird bedauert, daß das zur Zeit schlechte Umfeld die günstigen Zwischenberichte einiger Unternehmen verpuffen lassen. Das gilt besonders für die Papiere der Großchemie.

Die imposanten BASF-Gewinnzahlen konnten den BASF-Kurs nicht vor einem Abbröckeln bewahren. Das gilt auch für den überraschend positiven Mannesmann-Zwischenbericht, der allerdings nicht die Bereitschaft der Verwaltung erkennen läßt, die auf vier DM gekürzte Dividende wieder anzuheben. Die in Verbindung mit dem am Freitag bekanntgewordenen Interesse der IWKA an Krauss Maffei getätigten kurssteigernden Meinungskäufe in den IWK-Aktien wurde am Montag durch Gewinnmitnahmen abgelöst. *Ohne Auswirkung auf die* Aktiennotiz blieb der Zwischenbericht von Mannesmann, der immerhin von einer guten Kapazitätsauslastung aber auch noch von Verlusten *spricht. Am Markt für* Autoaktien zeichnete sich eine gewisse Widerstandsfähigkeit ab, *besonders in den stark zurückgenommenen* Papieren von Daimler und Mercedes.

Düsseldorf: Bilfinger und Berger gaben um 4 DM auf 714 DM nach, Dyckerhoff St. sanken um 2 DM auf 166 DM und Scheidemandel verminderten sich um 5 DM. Kochs Adler stiegen um 3 DM auf 195 DM, Stern Brauerei zogen um 4 DM auf 150 DM an und Stinnes konnten sich um 5 DM verbessern.

Frankfurt: Deutsche Effekten- und Wechselbeteiligungsges. verbesserten sich um 14 DM auf 334 DM, Frankona-Namensaktien zogen um 8 DM auf 325 DM an und Parkbräu stiegen um 9 DM auf 426 DM. Dt. Texaco sanken um 4 DM.

Hamburg: Um 1 DM schächer waren Beiersdorf und NWK Vz. *HEW konnten sich in etwa behaupten.* Reichelt verloren 0,90 DM. Triton wurden mit 109 DM *plus 0,20 DM bezahlt.*

München: Aigner erhöhten sich um 0,50 DM auf 227 DM, Agrob St. verbesserten sich um 9 DM und Deckel AG stiegen um 0,80 DM auf *148,80 DM.* Audi NSU verminderten sich um 7 DM auf 370 DM, Hutschenreuther sanken um 7 DM auf 242 DM und Süd Chemie gaben um 1 DM auf 480 DM nach.

Berlin: Scheidemandel erholten sich um 4,50 DM und detewe um 4 DM. Bergmann, Herlitz Vz. und Kempinski lagen um je 2 DM und DUB-Schultheiss um 1,50 DM freundlicher. Berthold schwächten sich um 7 DM, Berliner Elektro um 6,50 DM und Schering um 4 DM ab.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 156,2 (157,1)
WELT-Umsatzindex: 1625 (2090)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

[illegible]

Kurswert in 1000 DM

Inland

	19. 11.	16. 11.		19.11.	16.11.		19.11.	16.11.		19. 11.	16. 11.
H AachM Beteil. 9+7,5	988B	995	H Br. H. Hypo 10	319	324G	M En. Oberfr. 4,5	285B	285bB	H Holsten-Br. 6+1	265	262
H Aach. M. Vers. 6+1	350G	350G	Hn Brsch. Jute *0	102bG	102G	M En. Ostb. 5+1	251	251	F Holzmann 10+1	354	355
D Aach. Rück. 9	1100G	1100	H Breitenb.-C. *28	580B	580B	H Elkraft 0	44	42,5	D Horten 6	183	180bG
D Aseag *4	490T	490G	H Br. Straßb. *0	460bG	470B	B Engelhardt 7	205T	205T	B Hw. Kayser *12	252T	252T
M Ack-Gogg 4	106bG	106,5	H Br. Vulkan 0	70	70,4	D Enka 6,67	183	187	D Hussel 8	295	288
H Acco 0	125	124	H Br. Wollk. 6	130,5	132,5	M Erlus 12,5	480bG	480bG	D Huta Heg. 0	72,9	70
D Adler 9	355	355	F BBC 6	196,4	195,5	M Erste Kulmb. 9	1000	1000	M Hutschenr. 9	242bG	249B
F Adt AG 0	70bG	72bG	S BSU Textil %20	1290G	1290G	S esbi *0	10bG	10TB	H Hypo Hbg. 12,5	410G	411G
F AEG-Telef 0	106	105,1	D Buckau-W 4,1	156G	156bG	S Essl. Masch. 6	260G	265			
D AEG-Kabel 8	275	278	D Buderus *17	374G	375G	M Esterer **16	540G	538bG	D IKB 7,5	172G	172bG
S Aesculap 8	372	377bG	M Bgl. Br. Ing. *12-7	760G	760G	D Farb. Liqu. RM 0	7,45	8	S IWKA 0	236	236
F AGAB 5	120	120	S Bgl. Brh. Rav. *0	360TB	370TB	F Flachglas 8	205	203,8	M Isar-Amper 6,5+1	347bG	347
			S Calw D. **30+18	800TB	800TB	D Ford *0	950T	950T	D Isenbeck 4,75	150G	150G

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Tokio

[illegible]

Zürich

[illegible]

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 19. 11. 84: 1030 Optionen = 55 700 (47 050) Aktien, davon 258 Verkaufsoptionen = 13 700 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-100/7,5, 1-110/9, 4-110/7, 4-120/3,7, 7-120/5, BASF 1-150/22, 1-160/14, 1-170/6, 1-180/2,9, 1-190/1,2, 4-160/20, 4-160/15, 4-170/11, 4-180/7, 4-190/4,4, 4-200/2,4, 7-170/15,6, 7-180/10, 7-190/7,1, 7-200/5,4, Bayer 1-160/25,5, 1-180/8, 1-190/3,9, 1-200/1,7, 4-180/13,6, 4-190/8,5, 4-200/5, 4-210/2,9, 7-170/25,7, BMW 7-420/9,4, Bay. Vereinsbank 4-340/15, Commerzbank 1-160/17,9, 1-170/9,5, 1-180/4,4, 4-160/22,5, 4-170/14,5, 4-180/9, 4-190/5,3, 4-200/3, 7-180/13, 7-190/7,9, 7-200/5, Conti 4-130/4, 7-140/4,2, Daimler 4-600/5,4, Dt. Babcock St. 1-150/8, 4-160/9,9, 4-170/5,6, Deutsche Bank 1-380/10, 4-370/29, 4-380/21,5, 4-400/10,4, Degussa 4-390/10, Dresdner Bank 1-160/25, 1-170/18,9, 1-180/12, 1-190/6, 1-200/2,6, 4-160/32, 4-180/14,4, 4-190/10,5, 4-200/6, 4-210/4, 7-180/22, 7-190/15,6, 7-200/10,5, 7-210/6, GHH St 1-150/7, 7-160/12, Hoechst 1-170/12, 1-180/12, 1-180/4,9, 1-190/2,9, 4-180/11, 4-190/4,8, 4-200/3, 7-180/17, Hoesch 1-100/8,9, 1-110/3, 1-120/1,4, 4-110/5, 4-120/3,8, 7-110/10, 7-120/6, Karstadt 4-250/12,95, 4-260/7, Kaufhof 1-240/5,45, Kloeckner 1-70/8, 1-75/2, 4-70/8,95, 4-75/6,9, 4-80/4,5, 4-85/3,5, 4-90/1,5, 7-80/6,85, 7-85/4,9, Lufthansa St 1-180/5, 4-180/9, Lufthansa Vz 1-180/4,9, Mannesmann 1-140/13,9, 1-150/6,4, 1-160/2,1, 4-160/6, 7-160/10,5, Rütgers 4-410/17, RWE 1-170/2,5, 4-160/14,4, Kali + Salz 4-260/4,5, Siemens 1-450/15,6, 1-460/11, 1-480/5,4, Thyssen 1-80/5,9, 1-85/3, 4-80/8,5, 4-85/5,7, 4-90/3,6, 7-85/9,2, 7-90/5,5, Varta 1-180/5,6, Veba 1-170/4, 4-170/7,4, 4-172,5/6,5, 4-180/3,6, VW 1-180/18,3, 1-190/11, 1-200/8, 1-220/3, 4-190/16, 4-200/11, 4-230/4, 7-210/12, 7-220/7,9, 7-230/5,5, Alcan 7-85/10, Chrysler 4-95/3,1, 7-95/6,2, General Motors 4-250/14,4, IBM 4-400/24, 4-420/14,6, 4-430/9, Norsk Hydro 4-45/2,5, Philips 1-45/5, 1-50/2, 4-50/4, 7-45/9, 7-50/5,6, Sony 4-60/1,4, 7-55/3, 7-60/2, Sperry 4-120/11, 4-130/5, Xerox 7-120/10,6 – Verkaufsoptionen: AEG 1-100/1,7, 4-95/2, 4-100/3,5, 7-95/3,1, 7-100/4,6, BASF 1-170/2, 4-170/3,4, 7-170/4,2, Bayer 1-180/2,8, 4-180/3,1, 7-170/1,9, BBC 4-190/2, Commerzbank 1-170/1,7, 4-170/3,3, 7-170/5, Conti 1-120/4, 7-120/6,9, Daimler 4-570/18,6, Deutsche Babcock St 1-150/5, Deutsche Babcock Vz 4-140/1,6, Deutsche Bank 1-360/3,3, 1-370/8, 4-360/5,4, 4-370/9, Degussa 1-370/10, Dresdner Bank 4-170/2, 4-180/4,5, 7-170/3, 7-180/7,5, GHH Vz 7-140/3,5, Hoechst 1-180/4,5, 7-170/2,6, Hoesch 1-120/2, 7-100/3, Kloeckner 1-70/1, Lufthansa St 4-170/4,2, Mannesmann 1-150/2,2, 4-150/3,5, 7-150/5, RWE St 7-160/2,2, Siemens 1-440/6, 4-400/2,2, 4-440/7,6, 4-450/11, VW 4-200/9,4, 7-190/7,95, Chrysler 1-95/3,2, 4-95/4,5, IBM 1-340/2, 4-360/11, 7-350/9,4, Litton 1-180/2,4, Norsk Hydro 1-40/1,6, 7-40/3, Philips 4-50/3,7, Royal Dutch 1-150/4,5, Xerox 7-110/6,3. – (1. Zahl Verfallsmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9¼	5⅜–5⅝	4⅞–4¾
3 Monate	9⅝– 9⅞	5¾–6	5⅛–5⅜
6 Monate	9⅞–10⅛	5¾–6	5⅛–5⅜
12 Monate	10½–10¾	5¾–6	5¼–5⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1415,00	1761,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1165,00	1423,10
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	615,60
1 £ Sovereign alt	232,00	287,28
1 £ Sovereign Elizabeth II.	228,00	282,72
20 belgische Franken	179,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	228,00	282,72
Krüger Rand, neu	1037,00	1222,08
Maple Leaf	1037,00	1222,08
Platin Noble Man	1007,00	1187,88
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz. Franken „Vreneli"	188,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	858,00	1157,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	441,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	142,50

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

19. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,9717	2,9797	2,9429	2,92	3,01
London¹)	3,724	3,738	3,691	3,67	3,82
Dublin¹)	3,099	3,113	3,043	2,19	2,29
Montreal³)	2,2585	2,2665	2,2281	2,17	2,27
Amsterd.	88,560	88,780	88,615	87,50	89,50
Zürich	121,150	121,350	121,285	120,00	122,75
Brüssel	4,945	4,965	4,894	4,81	5,01
Paris	32,495	32,655	32,105	31,75	33,50
Kopenh.	27,640	27,760	27,33	26,50	28,25
Oslo	34,330	34,450	33,71	33,25	35,00
Stockh.**)	34,755	34,915	34,28	32,75	35,50
Mailand²) **)	1,605	1,615	1,572	1,55	1,65
Wien	14,207	14,247	14,173	14,13	14,35
Madrid**)	1,779	1,789	1,747	1,67	1,79
Lissabon**)	1,830	1,850	1,736	1,40	2,20
Tokio	1,2250	1,2330	–	1,18	1,24
Helsinki	47,700	47,900	46,71	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,388	2,452	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,6575	2,5585	–	2,49	2,59
Johannesbg.*)	1,6575	1,6765	–	1,55	1,80

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die zunächst positive Stimmung für den US-Dollar an den asiatischen Märkten, es wurde bis 2,9860 bezahlt, kühlte noch vor Handelsbeginn in Europa etwas ab. Innerhalb weniger Minuten fiel der Kurs von 2,9820 bis 2,9680 zurück. Im Markt wurde die Bundesbank als Verkäufer vermutet. Im Laufe des Vormittags zog der Dollar jedoch wieder an und erreichte zur amtlichen Notiz 2,9757. Die Bundesbank intervenierte mit 27,1 Mio. US-Dollar beim dritten Versuch, nachdem sie auf niedrigerer Basis nicht bereit war die gesuchten wesentlich höheren Beträge abzugeben. Die engl. Geschäftsbanken ermäßigten ihre Base-Rate um ¼ Prozentpunkt auf 9¾. Eine Beeinflussung des Kurses war dadurch aber nicht vorhanden. Die Mehrzahl der übrigen amtlich notierten Währungen kamen höher zur Notiz gegen DM. US-Dollar in: Amsterdam 3,3585; Brüssel 60,0925; Paris 9,1390; Mailand 1850,50; Wien 20,9070; Zürich 2,4542 Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,2535, Pfund/DM 3,731.

Ostmarkkurs am 19. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem sehr ruhigen Terminmarkt kam es zu Wochenbeginn nur zu unwesentlichen Veränderungen im Zinsgefüge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,13/1,03	3,00/2,90	5,88/5,68
Pfund/Dollar	0,05/0,03	0,02/0,05	0,22/0,28
Pfund/DM	2,10/0,70	4,30/2,90	7,10/5,70
FF/DM	24/08	54/38	97/81

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 11.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,69) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13); Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Wer stoppt das Computer Chaos

OMPATIBILITÄT INT RFA MA

OR COMPILER TOO ARDDISK

EM NDO TS T

W G AS PATI

IG EMU ATOR COM T

REA NLY-M MO Y ANDO

IME SLIC WIN OW G ASCI

ITER MA PING EMUL

HAR IS READ- M

OM PO TS TA K TIM SL

KOMPATIBILI ÄT INTE FAC

ATOR COMPIL R TOOLS HA

MEMORY RAND M PORTS

sinclair

Denn jetzt sind sie die

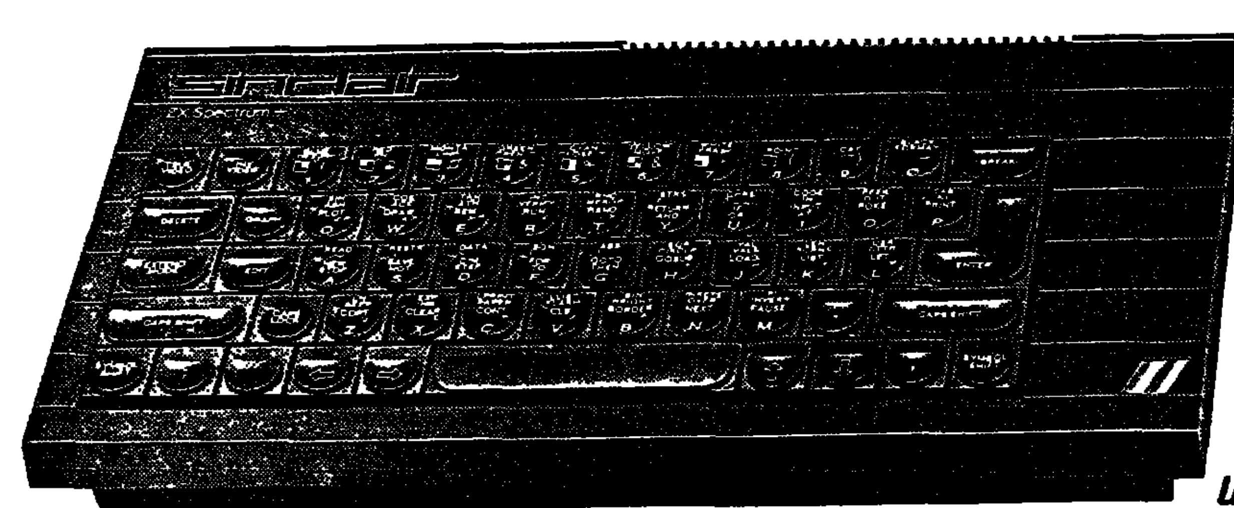
Freundlich sind sie in vielerlei Hinsicht: Zunächst gegenüber dem Benutzer, der nicht unbedingt Computerchinesisch lernen muß, um mit der Leistung eines Computers die persönliche Leistung zu steigern.

Ebenfalls sind die beiden neuen Computer von Sinclair zueinander freundlich: Sie lassen sich miteinander vernetzen. Bis zu 64 Einheiten können miteinander arbeiten.

Und was für die insgesamt freundliche Einstellung von Sinclair Deutschland zu allen Beteiligten – Anwendern und Händlern – spricht:

Sinclair Computer haben ein Jahr Garantie. Es stehen weit über 150 Service-Stationen in der Bundesrepublik zur Verfügung. Das ist ein Service, der im Notfall niemanden warten läßt.

Sinclair ZX Spectrum Plus
Damit Mann/Frau immer besser wird



Alle Welt spricht heute vom Computer. Wer da nicht mithalten kann, gerät leicht ins AUS! Denn Computerwissen wird immer mehr gefragt: In der Schule, in der Lehre, bei der Weiterbildung, im Beruf. Nur wurde es einem bisher nicht gerade leichtgemacht, sich handfestes Wissen anzueignen. Das lag einerseits an der für viele unverständlichen Sprache der Spezialisten, andererseits wohl auch an dem höchst verwirrenden Angebot einer Vielzahl von Herstellern mit unterschiedlichsten Preisen.

Kurz: Gegen dieses insgesamt chaotisch anmutende Angebot kleiner Home-Computer bietet Sinclair in Deutschland ab sofort den

Sinclair Spectrum Plus.

Seine inneren Werte hat er vom weltweit erfolgreichen ZX Spectrum. Sein Plus ist die perfekte Computer-Tastatur. Für ihn gibt es weltweit über sechstausend Programme – zum Spielen und zum Lernen. Das Lernspectrum reicht bis in den Hochschulbereich. Wem das immer noch nicht reicht, lernt mit ihm selbst das Programmieren.

Die Voraussetzung heißt nur etwas Geduld und ein bißchen Fleiß. Mehr braucht's wirklich nicht. Denn der Spectrum Plus von Sinclair Deutschland wird mit deutschem Handbuch, deutscher Betriebsanleitung, deutschem Netzteil komplett geliefert. Was es sonst noch zum Einstieg in die Computerwelt braucht, hat wohl jeder – einen Fernsehempfänger. Wer das kleine Genie mal ausprobiert, wird sofort selbst verstehen, weshalb wir sagen:

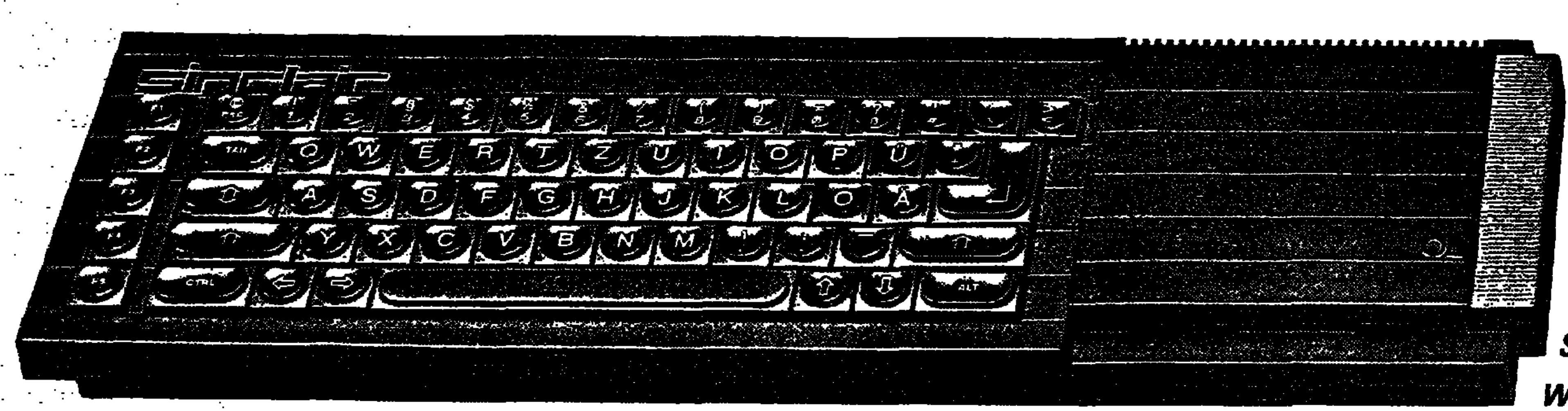
Sinclair ZX Spectrum Plus: Das LernZeug

Unverbindliche Preisempfehlung DM 698,–

Übrigens: Sinclair Computer und das genauso genial einfache Vertriebskonzept verdienen zumindest das Interesse des Handels. Informationen für Händler – und die es vielleicht werden wollen – sind abrufbereit.

ie da,
ie freundlichen Brüder.

Sinclair QL
Herr über den Computer – oder sich beherrschen lassen…?



Frei nach Shakespeare weiß jeder Mensch – ob als Hausfrau/Hausmann, Freiberufler, Handwerker, Unternehmer – selbst, was er braucht. Computer gehörten bislang nicht unbedingt dazu. Das lag sicher daran, daß es nichts gab, was jeder so gut gebrauchen konnte, wie Hammer und Nagel.

Und was so ohne jede Voraussetzung den Ansprüchen seines Benutzers entspricht, wie der Sinclair QL. „QL" steht für Quantum Leap – sprich Quantensprung. Denn dieser Computer ist ganz einfach – genial. Er verdient wirklich den Namen PC, also persönlicher Computer. Denn einerseits ist sein Preis (knapp DM 2.000,–) selbst für Miniunternehmer und Durchschnittsverdiener erschwinglich.

Andererseits kann jedermann mit dem QL professionell arbeiten, der zum Beispiel diesen Text begreift. Der QL erklärt sich selbst. Man muß ihn lediglich an einen Fernseher anschließen. Er zeigt einem Schritt für Schritt in Deutsch, wie man mit ihm umgeht und was er kann. Deutschsprachig ist auch seine Schreibmaschinentastatur, die Programme, die Handbücher. Begriffe wie Bit, Byte, RAM, ROM… sind für den praktischen Umgang mit dem QL überflüssig.

Neben seinem Preis und seiner bedingungslosen Allgemeinverständlichkeit spricht für ihn seine Leistung im Rahmen eines kompletten Angebots:

Im Preis eingeschlossen sind Speicher für hunderttausende Zeichen, 2 Laufwerke und 4 Programme, die praktisch allen Routinearbeiten im Büro gewachsen sind und anderswo durchaus ein paar Tausender extra kosten können.

Direkt mitgeliefert werden Kalkulation für Angebote, Textverarbeitung für selbst komplizierte Liebesbriefe, Grafik fürs Geschäft, ein Archivprogramm, das nichts vergißt und alles im handumdrehen findet.

Kurz: der QL ist das WerkZeug mit dem jeder sofort arbeiten kann. Wie einfach das geht, erleben Sie selbst im Fachhandel und in den Fachabteilungen der großen Warenhäuser. Genau deshalb nennen wir ihn

Sinclair QL – Das WerkZeug.

Unverbindliche Preisempfehlung DM 1998,–

Für Technik-Freaks: Technische Details zu Sinclair Computern schildert die einschlägige Presse mit Begeisterung: Bild der Wissenschaft 9/84 · Chip 9 und 10/84 · Computer Aktuell 6 und 8/84 · Computer Persönlich 19/84 · Computerwoche 34/84 · C't 9/84 · Die Computerzeitung 18/84 · Funkschau 19 und 21/84 · Happy Computer 8 und 9/84 · Markt und Technik 33/84 · Micro Computer 10/84 · PC-Welt 9/84

Auch in Österreich erhältlich

SINCLAIR Research Ltd., Niederlassung Deutschland
Hessenring 83, 6380 Bad Homburg v.d.H.
Telefon (0 61 72) 2 50 71, Telex 4 18 103



55811 PRODUCTA Bad Homburg

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zum Teil deutliche Verluste mußte Kaffee hinnehmen. Leicht befestigt in den vorderen beiden Sichten und knapp behauptet in den entfernteren ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	16. 11.	15. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	355,75	355,00
März	358,50	358,50
Mai	352,00	353,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)	16. 11.	15. 11.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	235,62	236,77
Amber Durum	252,02	352,67
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	146,00	146,00
März	152,80	153,00
Mai	156,80	156,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,40	124,00
März	127,30	127,30
Mai	128,40	128,40
Hafer Chicago (c/bush)	16. 11.	15. 11.
Dez.	186,00	184,50
März	183,00	182,00
Mai	179,75	179,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	275,00	275,25
März	283,50	283,00
Mai	289,50	289,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	16. 11.	15. 11.
Dez.	136,70	135,90
März	136,00	135,70
Mai	137,00	136,60

Genußmittel

	16. 11.	15. 11.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	142,50	143,60
März	138,37	139,50
Mai	136,99	138,00
Kakao New York ($/t)	16. 11.	15. 11.
Terminkontr. Dez.	2371	2345
März	2255	2255
Mai	2252	2260
Umsatz	3200	2029
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,85	5,10
März	5,37	5,60
Mai	5,70	5,95
Juli	5,96	6,23
Sept.	6,24	6,49
Umsatz	17697	4514
Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	4,52	-
Kaffee London (£/t) Robusta-	16. 11.	15. 11.
Kontrakt Nov.	2560-2570	2580-2595
Jan.	2370-2371	2379-2380
März	2233-2234	2229-2230
Umsatz	2774	4780
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1941-1943	1938-1938
März	1834-1895	1886-1887
Mai	1888-1890	1888-1890
Umsatz	4242	3642
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	129,00-128,60	133,20-134,00
März	146,00-146,40	152,00-152,20
Mai	153,80-154,00	159,60-159,80
Umsatz	3354	1873
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	16. 11.	15. 11.
schw. Sarawak spez.	422,50	422,50
weißer Sarawak	652,50	652,50
weißer Muntok	660,00	660,00
Orangensaft New York (c/lb)	16. 11.	15. 11.
Nov.	163,75	165,00
Jan.	167,50	168,50
März	168,70	169,30
Mai	168,80	169,10
Juli	168,80	166,80
Umsatz	400	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	16. 11.	15. 11.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	34,50	34,2
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	34,25	34,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	28,60	29,22
Jan.	27,25	27,67
März	26,00	26,30
Mai	25,80	25,70
Juli	25,15	25,15
Aug.	24,95	24,90
Sept.	24,61	24,50
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	31,00	31,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	32,00	33,50
Choise white hog 4% fr. F.	22,50	22,25
Talg New York (c/lb) top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75
Schweine Chicago (c/lb) Dez.	52,70	51,60
Febr.	53,10	52,10
April	49,05	48,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	71,97	70,05
März	72,10	70,20
Mai	73,15	71,12
Häute Chicago (c/lb)	16. 11.	15. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Nov.	613,00	612,50
Jan.	625,00	625,50
März	638,00	639,50
Mai	650,00	651,50
Juli	660,50	661,50
Aug.	660,50	661,50
Sept.	649,50	652,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Dez.	151,50	150,30
Jan.	154,80	153,30
März	161,00	159,80
Mai	165,50	165,30
Juli	172,50	171,00
Aug.	173,00	172,00
Sep.	173,00	172,90
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	16. 11.	15. 11.
Dez.	361,00	360,80
März	374,10	373,80
Mai	381,90	381,70
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	48,00	48,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	19. 11.	16. 11.
jegl. Herk. cif	940,00	940,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	660,00	660,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	625,00	635,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	247,00	239,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1040,00	1075,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	303,50	301,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

	16. 11.	15. 11.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	64,90	64,12
März	66,50	66,02
Mai	67,90	67,55
Juli	69,25	68,75
Okt.	69,19	68,70
Dez.	69,25	68,85
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	42,75	42,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	16. 11.	15. 11.
Dez.	509-512	508-512
Jan.	509-510	509-515
März	514-515	515-518
Umsatz	328	206
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	16. 11.	15. 11.
Dez.	51,40	51,40
März	53,40	53,40
Mai	53,50	53,50
Juli	53,70	53,70
Umsatz	0	6750
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	16. 11.	15. 11.
Dez.	565,0-566,0	565,1-567,0
März	582,5-583,0	582,5-583,0
Mai	590,0-591,0	590,1-592,0
Umsatz	26	25
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16. 11.	15. 11.
East African 3 long	580,00	580,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	16. 11.	15. 11.
Nov.	13 202	13 206
Dez.	12 022	11 822
Kautschuk London (p/kg)	16. 11.	15. 11.
Nr. 1 RSS loco	60,00-64,00	60,00-64,00
Dez.	60,00-61,50	59,50-61,50
Jan.	61,00-62,50	60,50-62,50
Feb.	-	63,50
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	16. 11.	15. 11.
Dez.	196,25-197,00	geschl.
Jan.	200,50-201,50	geschl.
Nr. 2 RSS Dez.	188,00-189,00	geschl.
Nr. 3 RSS Dez.	184,50-185,50	geschl.
Nr. 4 RSS Dez.	172,50-178,50	geschl.
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	16. 11.	15. 11.
BWC	-	-
BWD	-	-
BTC	-	-
BTD	-	-

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Pf. = 76 WD – (–): BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	19. 11.	16. 11.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	354,35-354,74	-
drittfolg. Monat	363,71-363,89	-
Blei: Basis London		
laufend. Monat	133,82-134,19	138,14-138,51
drittfolg. Monat	130,83-131,20	132,58-132,96
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1399,13-1399,88	-
drittfolg. Monat	1429,79-1430,16	-
Zink: Basis London		
laufend. Monat	232,88-233,63	233,75-234,12
drittfolg. Monat	233,63-234,00	236,18-236,37
Produz.-Preis	268,17	66,66
Reinzinn 99,9%	3984-4003	3972-4011

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 11.	16. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	400,34-402,20	404,11-405,98
Blei in Kabeln	141,50-142,50	144,00-145,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	19. 11.	16. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	385,00	387,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427,00-431,00	429,00-433,00
MS 63	414,00-420,00	416,00-423,00

Zinn-Preis Penang

	16. 11.	15. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	-

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 11.	16. 11.
Leg. 225	380-390	372-378
Leg. 226	382-392	374-380
Leg. 231	415-422	407-411
Leg. 233	425-432	417-421

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	19. 11.	16. 11.
Platin (DM je g)	34,058	34,258
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkdpr.	33 250	33 250
Rücknahmepr.	32 500	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkdpr.	33 490	33 550
Rücknahmepr.	32 650	32 710
verarbeitet	35 130	35 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 910	32 970
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkdpr.	739,60	743,70
Rücknahmepr.	717,80	721,80
verarbeitet	772,10	776,30

Internationale Edelmetalle

	19. 11.	16. 11.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	343,00	345,05
15.00	343,40	-
Zürich mittags	342,50-343,00	344,60-345,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 800	100 900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	600,40	603,35
3 Monate	614,45	617,20
6 Monate	627,95	630,30
12 Monate	656,90	659,25
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	16. 11.: 262,90	15. 11.: 262,90
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	117,25	116,95

New Yorker Preise	16. 11.	15. 11.
Gold H & H Ankauf	345,00	343,75
Silber H & H Ankauf	760,00	760,00
Platin fr. Händlerpr.	331,00-335,00	331,00-335,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	147,50-148,50	146,75-147,75
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	759,10	759,80
Dez.	761,00	762,80
Jan.	767,70	768,70
März	779,00	780,20
Mai	792,90	793,50
Juli	806,10	807,10
Sept.	819,00	821,50
Umsatz	20 000	20 000

New Yorker Metallbörse

	15. 11.	14. 11.
Kupfer (c/lb)		
Nov.	59,60	59,75
Dez.	59,75	59,85
Jan.	60,30	60,45
März	61,25	61,35
Mai	62,30	62,35
Juli	63,40	63,55
Sept.	64,45	64,65
Umsatz	6000	8000

Londoner Metallbörse

	16. 11.	15. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	952,00-953,00	952,00-953,00
3 Monate	977,00-978,00	978,50-979,50
Blei (£/t) Kasse	363,00-364,00	348,50-349,50
3 Monate	354,50-355,00	347,00-347,50
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1068,0-1068,5	1064,5-1065,0
3 Monate	1092,0-1092,5	1089,5-1090,0
abends Kasse	1073,0-1073,5	1057,0-1058,5
3 Monate	1097,5-1098,0	1083,0-1083,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1081,0-1083,0	1065,0-1066,0
3 Monate	1101,0-1103,0	1083,0-1085,0
Zink (£/t) Kasse	622,50-623,50	618,00-619,00
3 Monate	627,50-628,00	623,50-624,00
Zinn (£/t) Kasse	9680-9685	9645-9650
3 Monate	9660-9662	9645-9650
Quecksilber ($/Fl.)	300-310	300-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	80-85	80-85





STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den *Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester* und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Humanmedizin

2. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Freiburg
2 Bonn	Heidelberg
3 Bonn	Hamburg
4 Bonn	Hamburg
4 Bonn	Lübeck
5 Bonn	Münster
6 Bonn	TU München
7 Bonn	Uni München
8 Bonn	Würzburg
9 FU Berlin	Aachen
10 FU Berlin	Erlangen
11 FU Berlin	Freiburg
12 FU Berlin	Gießen
13 FU Berlin	Hannover
14 FU Berlin	Heidelberg
15 FU Berlin	Hamburg
16 FU Berlin	Lübeck
17 FU Berlin	Münster
18 FU Berlin	Uni München
19 FU Berlin	Tübingen
20 FU Berlin	Würzburg
21 Düsseldorf	Essen
22 Düsseldorf	Freiburg
23 Düsseldorf	Heidelberg
24 Düsseldorf	Lübeck
25 Düsseldorf	Uni München
26 Essen	Bonn
27 Essen	Freiburg
28 Essen	Hannover
29 Essen	Köln
30 Essen	Marburg
31 Essen	Würzburg
32 Erlangen	Göttingen
33 Erlangen	Uni München
34 Frankfurt	Düsseldorf
35 Freiburg	TU München
36 Freiburg	Uni München
37 Gießen	Aachen
38 Gießen	Hamburg
39 Gießen	Lübeck
40 Gießen	Uni Kiel
41 Göttingen	Düsseldorf
42 Göttingen	Freiburg
43 Göttingen	Köln
44 Göttingen	Uni München
45 Heidelberg	Freiburg
46 Heidelberg	TU München
47 Heidelberg	Tübingen
48 Heidelberg	Ulm
49 Hamburg	Erlangen
50 Hamburg	Freiburg
51 Hamburg	Göttingen
52 Hamburg	Heidelberg
53 Hamburg	Lübeck
54 Hamburg	Münster
55 Hamburg	TU München
56 Hamburg	Uni München
57 Hamburg	Tübingen
58 Hamburg	Würzburg
59 Lübeck	Freiburg
60 Lübeck	Heidelberg
61 Lübeck	Uni München
62 Köln	Aachen
63 Köln	Düsseldorf
64 Köln	Essen
65 Köln	Freiburg
66 Köln	Hamburg
67 Köln	Lübeck
68 Köln	Uni Kiel
69 Köln	Münster
70 Köln	Uni München
71 Köln	Tübingen
72 Köln	Ulm
73 Uni Kiel	Freiburg
74 Uni Kiel	Uni München
75 Marburg	Aachen
76 Marburg	Bonn
77 Marburg	Düsseldorf
78 Marburg	Frankfurt
79 Marburg	Freiburg
80 Marburg	Gießen
81 Marburg	Göttingen
82 Marburg	Heidelberg
83 Marburg	Hamburg
84 Marburg	Lübeck
85 Marburg	Köln
86 Marburg	Uni Kiel
87 Marburg	Münster
88 Marburg	Tübingen
89 Marburg	Würzburg
90 Münster	Freiburg
91 Münster	Heidelberg
92 Münster	Tübingen
93 Uni München	Heidelbg.
94 Mainz	Aachen
95 Mainz	Freiburg
96 Mainz	Uni München
97 Mainz	Ulm
98 Saarbrücken	Essen
99 Saarbrücken	Würzburg
100 Ulm	Lübeck
101 Ulm	Münster
102 Würzburg	Freiburg
103 Würzburg	Göttingen
104 Würzburg	Hamburg
105 Würzburg	Lübeck
106 Würzburg	Uni Kiel
107 Würzburg	TU München
108 Würzburg	Uni München
109 Würzburg	Regensburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Erlangen
2 Aachen	Freiburg
3 Aachen	Hannover
4 Aachen	Heidelberg
5 Aachen	Hamburg
6 Aachen	Münster
7 Aachen	Uni Münster
8 Aachen	Ulm
9 Aachen	Würzburg
10 Bochum	FU Berlin
11 Bochum	Freiburg
12 Bochum	Göttingen
13 Bochum	Hannover
14 Bochum	Heidelberg
15 Bochum	Hamburg
16 Bochum	Uni Kiel
17 Bochum	Münster
18 Bochum	Uni München
19 Bochum	Mainz
20 Bochum	Regensburg
21 Bochum	Tübingen
22 Bochum	Ulm
23 Bochum	Würzburg
24 FU Berlin	Freiburg
25 FU Berlin	TU München
26 FU Berlin	Uni München
27 FU Berlin	Tübingen
28 Düsseldorf	Bonn
29 Düsseldorf	Hamburg
30 Essen	Bonn
31 Essen	Erlangen
32 Essen	Frankfurt
33 Essen	Gießen
34 Essen	Göttingen
35 Essen	Hamburg
36 Essen	Lübeck
37 Essen	Köln
38 Essen	Uni Köln
39 Essen	Marburg
40 Essen	Uni München
41 Essen	Mainz
42 Essen	Regensburg
43 Gießen	Erlangen
44 Gießen	Göttingen
45 Gießen	Hannover
46 Gießen	Heidelberg
47 Gießen	Hamburg
48 Gießen	Münster
49 Gießen	Mainz
50 Gießen	Tübingen
51 Gießen	Würzburg
52 Uni Kiel	Bonn
53 Uni Kiel	Freiburg
54 Uni Köln	Köln
55 Uni Kiel	Tübingen
56 Uni Kiel	Ulm
57 Marburg	Münster
58 Mainz	Köln
59 Regensburg	TU München
60 Regensburg	Uni München
61 Saarbrücken	Aachen
62 Saarbrücken	Heidelberg
63 Saarbrücken	TU München
64 Saarbrücken	Uni München
65 Saarbrücken	Tübingen
66 Saarbrücken	Würzburg
67 Ulm	Freiburg
68 Ulm	Tübingen
69 Würzburg	Freiburg
70 Würzburg	Lübeck





Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Renten ohne Linie

Der deutsche Rentenmarkt steht im Banne der Zinsentwicklung in den USA. Nach den jüngsten Schätzungen des US-Haushaltsdefizits sind dort die Hoffnungen auf eine nachhaltige Zinssenkung offenbar geschrumpft. Darauf reagierten deutsche öffentliche Anleihen mit Schwankungen um 0,20 Prozentpunkte. Die neue siebeneinviertelprozentige Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau geht unter Banken mit einem Abschlag von einem halben Prozent um. Am Pfandbriefmarkt aufkommende Unsicherheit, aber kaum Reaktionen auf die Kurse.

	19. 11.	16. 11.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 6 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101G	101
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5
6½ dgl. Pf 37	99G	–Zhg
8 dgl. Pf 51	100,15	100,15G
Hn5 Brthson Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KS 29	85,75G	85,75G
7 dgl. KS 30	100,85G	100,85G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G

	19. 11.	16. 11.
Hn8 dgl. Pf 10	100,7G	100,7G
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126	126
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97G	97bG
6½ dgl. Pf 67	88G	88G

	19. 11.	16. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,5	99,5
7 dgl. 94	100,5G	100,5G
7 dgl. 99	100,2G	100,2G
8 dgl. 101	103G	103G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,9
6½ dgl. TS 77	100,05	100,1
5½ dgl. 78	97,1G	97,2bG
7 dgl. 79	100,85bG	100,85

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Jetzt kommen Sie schneller nach Indien. Und werden während des ganzen Fluges wie ein Maharadschah verwöhnt.

		Sonntag AI-152	Mittwoch AI-164	Freitag AI-128	Samstag AI-130
Frankfurt	ab	21 h 40	22 h 05	17 h 10	16 h 05
Rom	ab				19 h 05
Delhi	an	10 h 30 Mon.	10 h 55 Don.	06 h 00 Sam.	07 h 25 Sonn.
Bombay	an	13 h 15	13 h 40	08 h 45	10 h 10
		Sonntag AI-155	Mittwoch AI-165	Freitag AI-129	Samstag AI-131
Bombay	ab	07 h 30	08 h 00	02 h 40	03 h 30
Delhi	ab	10 h 25	10 h 55	05 h 40	06 h 30
Rom	an				10 h 55
Frankfurt	an	14 h 50	15 h 20	10 h 05	14 h 15

Sie fühlen sich bereits im Märchenland Indien, wenn Sie an Bord einer unserer Boeing 747 kommen.

Farbenprächtige Ornamente mit Motiven aus der indischen Sagenwelt versetzen Sie in eine andere Welt.

Zierliche Hostessen in farbenfrohen Saris begrüßen Sie mit dem traditionellen Gruß „Namaste“ und sorgen für Ihr Wohl.

Ganz gleich, welche Klasse Sie buchen, Sie werden immer mit der gleichen Herzlichkeit behandelt.

Um Ihnen die Flugzeit zu verkürzen, bieten wir Ihnen ein aktuelles Filmprogramm, aktuelle Lektüre, orientalische und westliche Musik.

Bei der Verpflegung haben Sie die Wahl zwischen exotischen Spezialitäten und europäischer Küche.

Sie starten zu günstigen Zeiten ab Frankfurt – dank unseren neuen, schnelleren Flugverbindungen: vier Flüge pro Woche, drei davon Non-Stop.

Sie landen in Delhi oder Bombay, zeitig, frisch und ausgeruht. Bereit für eine erfolgreiche Geschäftsverhandlung oder für die zauberhaftesten Ferien Ihres Lebens.

Auch die Rückflugverbindungen nach Europa haben wir erheblich verbessert.

Sie starten zu günstigen Zeiten ab Delhi oder Bombay und kommen in Frankfurt am späten Vormittag oder frühen Nachmittag an.

Übrigens können Sie – verwöhnt wie ein Maharadschah – bequem weiterfliegen: nach Kalkutta, Bangkok, Hong Kong, Tokyo und Osaka. Oder nach Madras, Singapur, Kuala Lumpur, Perth und Sydney.

AIR INDIA, Kaiserstraße 77, 6000 Frankfurt, Tel.: 23 02 41.



Bei uns ist jeder Fluggast Maharadschah

NUR FEINSTES GOLD GILT AUF DER GANZEN WELT ALS ZEITLOS WERTVOLL.



Vor mehr als 3000 Jahren haben die alten Ägypter ihren König Tutench-Amun in reinstem Gold verewigt. Schon sie wußten, daß nur pures Gold von unvergänglichem Wert ist. Und das gilt auch heute noch: Wer in Gold investiert, sollte sich ebenfalls für die reinste Form entscheiden.

Kanadas Maple Leaf zum Beispiel ist aus dem feinsten Gold geprägt, das Sie heute kaufen können. Es ist also keine Legierung, sondern die einzige an Bankschaltern erhältliche Goldmünze mit einer Reinheit von 999,9/1000 Feingold – garantiert von der kanadischen Regierung.

Das bedeutet für Sie: Im Gegensatz zu üblichen Goldmünzen mit 22 Karat bekommen Sie beim Maple Leaf 24karätiges Gold für Ihr Geld. Außerdem erhalten Sie einen hohen Grad an Sicherheit, ihn jederzeit überall in der Welt problemlos veräußern zu können.

Deshalb können sich umsichtige Kapitalanleger ruhig an den alten Ägyptern ein Beispiel nehmen. Wer Werte von Dauer schaffen will, sollte Gold in seiner höchsten Reinheit wählen. Und das sind nun mal heute die 999,9/1000 des kanadischen Maple Leaf – eine Reinheit, die durch nichts zu ersetzen ist.



Kanadas Maple Leaf

Canada · Royal Canadian Mint · Monnaie royale canadienne

MAPLE LEAF. FÜR REINHEIT GIBT ES KEINEN ERSATZ.

Den Maple Leaf bekommen Sie bei der **Deutschen Bank**, der **Dresdner Bank**, der **Commerzbank** und bei vielen **Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken**.

Seid getrost, ich habe
die Welt überwunden
Ev. Joh. 16, 23

Otto Baron von Saß

Matthias Walden

* 16. 5. 1927 † 17. 11. 1984

In unermeßlicher Trauer
Edelgard Baronin von Saß geb. Freiin von Müller
Elisabeth Baronin von Saß geb. Risse
Bettina Baronesse von Saß
Angelika Beyer geb. Baronesse von Saß
Hans Werner Beyer und Karoline
Gabriele Sotuela geb. Gräfin von Rex
Fernando Sotuela
Alexander und Yago

Berlin, 19. November 1984

Die Beisetzung findet im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

---

2. Korinther 5, 1

Otto Baron von Saß

Ein Freund ist ins ewige Leben gegangen. Er bleibt dennoch immer um uns.

Axel und Friede Springer

Berlin, 19. November 1984

Wir trauern um

Otto Baron von Saß

genannt

Matthias Walden

Er war ein begnadeter und wortgewandter Journalist, ein überzeugter und überzeugender Demokrat, ein liebenswerter und hilfsbereiter Kollege und Freund. Wir werden ihn nie vergessen.

Verlagshaus Axel Springer
Redaktionen, Mitarbeiter, Geschäftsführung

Berlin, 19. November 1984

Stuttgart, am 18. November 1984

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg trauert um ihren Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Dr. rer. pol. Rudolf Eberle

Die Landesregierung verliert einen guten Freund und treuen Weggefährten. Über 12 Jahre hat er dem Land Baden-Württemberg als Minister selbstlos und pflichtbewußt gedient.

Als dienstältestes Regierungsmitglied hat Dr. Rudolf Eberle die Wirtschaftspolitik des Landes geprägt. Über die Grenzen des Landes hinaus erwarb er sich Achtung und Anerkennung. Sein Name wird mit der Entwicklung der Wirtschaft Baden-Württembergs untrennbar verbunden bleiben.

Rudolf Eberle hat sich um unser Land verdient gemacht.

Lothar Späth
Ministerpräsident

Die Trauerfeier findet im Anschluß an das Requiem statt, das am Mittwoch, dem 21. November 1984, um 14.00 Uhr im St.-Fridolins-Münster in Bad Säckingen beginnt.

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Anerkannt, altbekannt

mar – Der inzwischen berühmte Flügel, den Josef Beuys anno 1966 ganz in grauen Filz einnähte, steht in einem Abstellraum der Düsseldorfer Kunsthalle hinter zwei weit geöffneten Eisentüren. Die „Lichtmühlen", die die Zero-Gruppe (Heinz Mack, Otto Piene und Günther Uecker) auf der III. documenta 1964 als „Hommage à Fontana" installiert hatten, rotieren, blinken und blitzen in einem abgedunkelten kleinen Saal – soweit nicht die Mechanik streikt und die Kinetik zur Statik degradiert. An den Wänden hängen Gemälde von Baselitz, auf denen die Figuren tatsächlich noch auf ihren Beinen stehen und nicht kopfüber existieren müssen. Und die Münchner Gruppe „Spur" demonstriert mit Bildern von 1960-62, daß die wilde Malerei so neu wiederum nicht ist.

„Aufbrüche" nennen die Düsseldorfer die Ausstellung, die „Positionen der bildenden Künste zu Beginn der 60er Jahre in Berlin, Düsseldorf und München" mit „Manifesten und Manifestationen" darstellen will. Und so marschieren sie alle auf, die heute längst zu den Arrivierten gehören. Aus Berlin Baselitz, Höckelmann, Hödicke, Koberling, Lüpertz, Penck und Schönebeck, aus Düsseldorf neben Beuys noch Lueg, Polke und Gerhard Richter sowie die drei Zero-Männer, aus München die „Spur"-Leute Lothar Fischer, Meinhard Prem, Helmut Sturm und H. P. Zimmer.

Weil das Neue schon damals nicht nur bildhaft, sondern auch wortreich daherkam, ist der Katalog eine wichtige Zutat. Er erschien (deutsch/englisch) bei DuMont und versucht diese Vergangenheit als den Beginn einer neuen Ära lebendig werden zu lassen. Da wird hymnisch der Aufbruch einer zuvor undenkbaren Kunst in eine revolutionäre Kunst-Neuzeit besungen – und doch erinnert das alles nur an das Schwadronieren eines Altgewordenen über seine (oft nur eingebildeten) Jugendstreiche.

„Die Aufgabe der Avantgarde besteht einzig und allein darin, ihre Anerkennung zu erzwingen, ehe ihre Disziplin und ihr Programm verwässert worden sind", forderte einst die Gruppe „Spur" als „Deutsche Sektion der Situationistischen Internationale". Wie recht sie doch damit hatten, die, die inzwischen anerkannt sind.

Universität Bremen: Die Wissenschaft ist noch lange nicht über den Berg

Ein Quorum als Ausweg?

Die Universität Bremen bietet heute ein verwirrendes Bild. Im akademischen Senat gibt es eine knappe Mehrheit, die versucht, die Hochschule an die übrige deutsche Bildungslandschaft anzuschließen. Das gleiche gilt für einige Fachbereiche. In anderen Fachbereichen und im Konvent bestehen dagegen die alten Machtverhältnisse weiter.

In dieser schwierigen Situation ist es trotzdem in einigen Fachbereichen gelungen, gute wissenschaftliche Arbeit zu initiieren, nicht zuletzt auch durch Schaffung von wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen. Lehre und Prüfungssystem wurden dort so weit verbessert, daß im Bundesvergleich jetzt Konkurrenzfähigkeit besteht. Auch genießen Erfolge in der Forschung in der Universität nun endlich einen hohen Stellenwert, und die Einwerbung von Drittmitteln ist hoch willkommen.

Die Universität befindet sich also in Teilbereichen auf dem Weg zur Gesundung. Aber ein Rückfall in die Krankheit ist nicht auszuschließen. Zu sehr wirken die alten Fehler nach. Die Mißgriffe in den ersten Berufungsrunden sind nicht wiedergutzumachen. Die über Jahre entwickelte Psychologie, daß die Wahrnehmung von Mitbestimmungsrechten im Bereich der sonstigen Mitarbeiter wichtiger sei als die eigentliche Arbeit und daß die Weisung durch Vorgesetzte als arbeitnehmerfeindliches Element in einer Reformuniversität nicht am Platze sei, wirkt noch immer stark.

Weite Bereiche sind noch immer durch Arbeits- und Einsatzverweigerung bis an den Rand der Funktionsunfähigkeit geprägt. In diesen Bereichen ist auch die Wahrnehmung von Weisungen durch den vorgesetzten Fachbereichssprecher außerordentlich schwierig. Dieser wird nämlich durch den Fachbereichsrat gewählt und ist meist auf die Stimmen der sonstigen und wissenschaftlichen Mitarbeiter angewiesen. Die Vertreter dieser Gruppen kandidieren meist auf gewerkschaftlichen Listen und können auch meist auf die Stimmen der Studenten rechnen. Dies bedeutet maximal zehn Stimmen von 21. Dem haben die fünf Professoren im Fachbereichsrat mit je 2,2 Stimmen nur elf Stimmen entgegenzusetzen.

Nach wie vor sind aber 40 Prozent der Professoren der Universität marxistisch orientiert. Aus diesen Zahlen läßt sich entnehmen, daß die Wahl eines starken Fachbereichssprechers zu den Glücksfällen gehört. Die Arbeitgeberposition ist sehr schwach, und unter diesen Verhältnissen ist die Wahrnehmung der Aufgaben des Fachbereichssprechers derart schwierig, daß der damit betraute Professor für Lehre und Forschung fast völlig ausfällt oder vor der Wahl steht, alles schleifen zu lassen.

Dieser extrem geschwächten Arbeitgeberposition steht zudem noch ein durch das Bremische Personalvertretungsgesetz außerordentlich starker Personalrat gegenüber, der auch auf die sonstigen Mitarbeiter in den Universitätsgremien einen starken Einfluß besitzt. Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß in einer solchen von Gruppenegoismen bestimmten Struktur die Entscheidungen in den verschiedenen Gremien miteinander verwoben sind.

So muß z. B. jeder Fachbereichssprecher damit rechnen, daß er mit der Durchsetzung einer Entscheidung in einem Gremium riskiert, in den anderen in neue Konflikte zu geraten, die mit der vorher getroffenen Entscheidung sachlich nichts zu tun haben, aber als Strafaktionen auf Dauer wohl geeignet sind, ihn zu paralysieren.

Dazu kommt noch, daß die Mitbestimmungsregeln nicht zur Demokratisierung geführt haben. Die Mehrheit der Mitglieder der Universität beteiligt sich nicht an den Wahlen zu den Universitätsgremien. In der letzten Wahl im Mai 1984 lag die Wahlbeteiligung der Studenten, wie schon in den Wahlen vorher, unter 10 Prozent, die Wahlbeteiligung der sonstigen und wissenschaftlichen Mitarbeiter bei knapp 50 Prozent und die der Professoren bei 80 Prozent. Im Konvent bedeutete dies, daß bei einer Zahl von 8000 wahlberechtigten Studenten nur 13 Stimmen ausreichten, um einen der zwanzig den Studenten zustehenden Sitze zu erringen.

Wie sehr das Ziel einer angemessenen Demokratisierung verfehlt ist, zeigt auch das Spektrum der kandidierenden Gruppen. In einer funktionsfähigen Demokratie erwartet man neben hoher Wahlbeteiligung ebenso das volle Spektrum aller demokratischen Gruppierungen, wie es in der Bundesrepublik durch die im Parlament vertretenen Parteien abgedeckt wird. Nicht so an der Universität Bremen. Die Juso-Hochschul-Gruppe repräsentiert hier den rechten Rand des Spektrums. Daneben kandidieren MSB-Spartakus, SHB und verschiedene grüne und bunte Gruppierungen. Die wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter kandidieren fast ausschließlich auf gewerkschaftlich orientierten Listen.

Nur bei den Professoren sind mit Einschränkungen alle politischen Gruppierungen, wie sie auch in der Bevölkerung existieren, vertreten. Es gilt nicht mehr als Stigma, wenn ein Professor etwa Mitglied der CDU ist. Trotzdem werden in der Gruppe der Professoren etwa 40 Prozent der Stimmen auf marxistische Listen abgegeben.

In den Gremien führt diese Situation zu Machtverhältnissen, die man kaum als demokratisch legitimiert bezeichnen kann. Einer Koalition von marxistisch orientierten Studenten mit gewerkschaftlich orientierten Mitarbeitern und einem oder zwei marxistisch orientierten Professoren steht als Minderheit die Mehrheit der an Wissenschaft orientierten Professoren entgegen. Daß trotzdem Fortschritte erreicht worden sind, liegt bei dieser Konstellation nur daran, daß diese Professoren mit hohem Engagement und Einsatz in diesen Gremien arbeiten. Der Steuerzahler muß sich in dieser Situation fragen, wieso er Systeme finanziert, deren politische Zusammensetzung in keiner Weise dem Bild unserer Demokratie entspricht und die eben deswegen in hoher Weise uneffektiv arbeiten.

Die Bremer SPD und die Wissenschaftsbehörde haben sicherlich aus ihren Fehlern gelernt. Ihre Politik ist pragmatischer geworden. Es fällt ihnen aber schwer, sich von alten Träumen loszusagen. So muß man unterstreichen: Es gibt inzwischen wieder Kräfte in der Universität, die die wissenschaftlichen Aufgaben ernst nehmen; sie gilt es zu stärken. Die Bremer SPD sollte endlich den Mut besitzen, dies zu tun.

Der einfachste Weg dazu wäre ein Quorum, das bei entsprechend geringen Wahlbeteiligungen die Zahl der Sitze entsprechend verringert. Dies würde auch die Gruppen, die sich bisher der Wahl enthalten, wieder stärken und könnte auf lange Sicht zu einer Universität führen, die Sachverstand und demokratische Prinzipien miteinander vereinbart.

Wie meinte doch kürzlich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau? Eine Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in NRW, ähnlich niedrig wie bei der Europawahl vom 17. Juni 1984, könne ausschließlich zu Lasten der Sozialdemokraten zu Buche schlagen. „Der tatsächliche demokratische Prozeß wird so verfälscht", klagte er. Vielleicht könnten solche Erkenntnisse in die Hochschulpolitik der SPD Eingang finden.

WOLFGANG DREYBRODT

Prof. Dr. Wolfgang Dreybrodt lehrt experimentelle Physik an der Universität Bremen.



Ein Bandenführer aus Harlem versteckt sich, Photo von Gordon Parks (1948), aus der Ausstellung in Bonn FOTO: LIFE

Photographie-Ausstellungen in Essen, Bonn, Köln

Der verwandelte Rabbi

Die Photographie bewegt sich zwischen Reportage und Kunst. Das macht es den Ausstellern schwer. Denn die Besucher sind in der Regel geneigt, mehr auf den Inhalt als auf die ästhetischen Qualitäten einer Aufnahme zu achten. Das machen drei Ausstellungen in Köln, Essen und Bonn deutlich.

Im Museum Folkwang in Essen ist Tim Gidal mit Bildern der dreißiger Jahre zu sehen. Der Photograph gehörte zur zweiten Generation des „Neuen Photojournalismus". Er ist also vor allem Reporter. Und so hängen hier neben Einzelbildern auch Kopien der Seiten aus Illustrierten. Dabei fällt dann ganz nebenbei auf, wo Gidal „Türken" gebaut hat, denn der „Kaufmann beim Talmudstudium" aus Crzbinia in Polen von 1932 verwandelt sich z. B. in der Reportage „War in the Holyland" vom November 1938 zu einem „Roumanian Rabbi" in Palästina.

Das Rheinische Landesmuseum in Bonn stellt mit zweihundert Beispielen „LIFE – Das zweite Jahrzehnt 1946-1955" vor. Obwohl die Ausstellung chronologisch gehängt wurde, wirkt sie seltsam ungeordnet. Die Photos erscheinen nur als Abbild eines Ereignisses, nicht als Kunstwerk.

Daß viele der Aufnahmen aber durchaus künstlerische Qualitäten haben, wird im Kölner Museum Ludwig bei der Übersicht über die „Sammlung Gruber" deutlich. Denn da können einzelne Bilder, die auch in Bonn zu sehen sind, Eigenleben entfalten und ihre Schönheit zur Geltung bringen. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Gruber die wohlausgewogenen Inszenierungen – und da wiederum die eigenwillig ins Bild gesetzten Porträts – den Ereignisbildern vorzog.

PETER JOVISHOFF

Essen: bis 9. Dez., Katalog 15 Mark
Bonn: bis 6. Jan., Katalog 30 Mark
Köln: bis 25. Nov., Katalog 45 Mark

JOURNAL

Franko-amerikanisches Freiheitsfest 1986

AFP, New York

Ein französisch-amerikanisches Kulturfestival soll, wie der französische Kulturminister Jack Lang anregte, 1986 in New York stattfinden. Das ist das Jahr, in dem die Freiheitsstatue, ein Geschenk Frankreichs an die USA, 100 Jahre alt wird. Ein „großes franko-amerikanisches Freiheitsfest" mit künstlerischen und folkloristischen Veranstaltungen soll aus diesem Anlaß gefeiert werden.

Die romanischen Kirchen Kölns bald wieder offen

dpa, Köln

Erstmals seit Kriegsende können vom 1. Januar 1985 an alle zwölf der im Krieg zum großen Teil zerstörten romanischen Kirchen wieder besichtigt werden. Mit einem Kostenaufwand von mehr als 300 Millionen Mark sind die Bauwerke, die aus dem 10. bis 13. Jahrhundert stammen, im Laufe der Jahre wieder restauriert worden. Offiziell soll das „Jahr der Romanischen Kirchen in Köln" am 24. Dezember 1984 mit einer festlichen Weihnachtsmesse in St. Maria im Kapitol beginnen.

Rio-Filmfestival mit deutschem Beitrag eröffnet

dpa, Rio de Janeiro

Mit der Vorführung des in Cannes preisgekrönten deutschen Filmes „Paris, Texas" von Wim Wenders ist in Rio de Janeiro das erste internationale Festival für Film, Video und Fernsehen eröffnet worden. Um die neugestifteten Preise „Goldener und silberner Tukan" bewerben sich 17 Spielfilme aus 14 Ländern. Deutscher Beitrag ist der Film „Tausend Augen" von Hans-Christoph Blumenberg.

Ökonomische Bilanz der Freilichtspiele

dl. Bad Gandersheim

Die Streiks im Frühjahr und der nasse Sommer haben nach Meinung der Veranstalter der Freilichtspiele in Bad Gandersheim, Bad Hersfeld, Feuchtwangen, Jagsthausen, Schwäbisch Hall, Wunsiedel und Ettlingen einen Rückgang der Besucherzahlen in diesem Jahr um 10 Prozent bewirkt. Auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Festspielorte in Bad Gandersheim wurde verkündet, daß man trotz der allgemeinen schwierigen Finanzlage im kommenden Jahr die Eintrittspreise stabil halten wolle.

Kulturpreis an Opernchef und zwei Grimm-Forscher

dpa, Wiesbaden

Für seine Verdienste um das Musikleben ist der Frankfurter Opernchef Michael Gielen mit dem Hessischen Kulturpreis ausgezeichnet worden. Zwei andere Preise erhielten die Grimm-Forscher Dr. Ludwig Denecke (Kassel) und Prof. Heinz Rölleke (Wuppertal). Die mit 40 000 bzw. je 10 000 dotierten Auszeichnungen werden am 4. Januar, dem 200. Geburtstag des Sprachforschers und Märchensammlers Jacob Grimm, im Schloß Biebrich überreicht.

Leonard Rose †

AP, New York

Der Cellist Leonard Rose ist im Alter von 66 Jahren in Croton-on-Hudson (New York) an Leukämie gestorben. Der frühere Solocellist des New York Philharmonic Orchestra war Lehrer vieler bedeutender Cellisten der jüngeren Generation wie Lynn Harrell und Yo-Yo Ma. Seit 1947 war er Lehrer an der Juillard School of Music. 1960 schloß er sich mit Isaac Stern (Violine) und Eugene Istomin (Klavier) zu einem Trio zusammen, das zu den gesuchtesten Kammermusikgruppen zählte und die gesamte Trio-Literatur von Beethoven, Brahms und Schubert auf noch heute gültige Art einspielte.

„1984" in Wien: Europäische Erstaufführung von Kohouts Dramatisierung

Das böse Märchen vom starken Mann

Hat schon das Jahr 1984 bewiesen, daß die Orwellsche Darstellung so viel mit der Wirklichkeit zu tun hat wie die naiven Voraussagen der Zukunftsforscher, so scheint die soeben vom Wiener Theater in der Josefstadt aufgeführte Dramatisierung dieses Romans durch Pavel Kohout (die Uraufführung hat letztes Jahr in Kanada stattgefunden) geradezu um den Nachweis darum bemüht zu sein, daß es so eben nicht ist. Das täuscht, gemeint ist sie als eine utopische Warnung vor dem, was passieren könnte. Die aus künstlerischen Gründen bevorzugte Überzeichnung gibt dem Zuschauer jedoch das beruhigende Gefühl, vor solchen totalitären Exzessen sicher zu sein. Die Verhältnisse, sie sind nicht so – aber sie sind arg genug, und diesen Hinweis nimmt auch der einfache Theaterzuschauer mit sich nach Hause, der allein schon durch die Grausamkeit mancher Szenen aus seinem Gleichgewicht gerissen worden ist.

Der Regisseur, Kurt Josef Schildknecht, läßt sich keine Chance entgehen, ein furchtbares Bild der nackten Macht zu malen, die auf bewußter Unterdrückung und der Frustration durch Lebensmittelmangel, Überwachung des Privatlebens und erbarmungsloser Bürokratie basiert, und nicht etwa – so Kohout – Mittel zum Zweck ist, sondern eben der Zweck allein. Das erfährt der tapfere Mann, der gegen das Regime aufbegehrt und vergebens fragt, wohin denn diese Art unmenschlicher Staatsführung zielt. Absicht und Sinn der Machtausübung ist nicht, eine Besserung herbeizuführen, sondern allein, Macht auszuüben.

Amadeus August hatte als Winston Smith die schwierige Aufgabe, einen Menschen zu zeigen, der schon in der Autokratie aufgewachsen ist und der sich die früheren, von manchen vergötterten, vom Regime aber „verbotenen" Zeiten mit bohrenden Fragen zu rekonstruieren sucht, um sein grenzenloses Mißbehagen an den herrschenden Umständen selber zu begreifen. Er sucht den Konnex mit einem hohen Funktionär, der im Rufe steht, das System, dem er äußerlich dient, bekämpfen zu wollen, öffnet diesem sein Herz – und ist schon verraten. Eine leicht nebulose Liebesgeschichte spielt in die Ereignisse hinein und endet tödlich.

Die Liebende spielt Dorothea Parton frei von der Leber weg. Auch sie hat aber, so wenig wie die meisten Darsteller, nicht den nötigen Text für die Charakterisierung ihres Parts, während wenigstens dem Funktionär von Sieghardt Rupp die Möglichkeit gegeben wird, eine abgefeimte Figur glaubhaft zu machen. Er verkündet die menschenverachtende Idee der Herrschenden, die, weit entfernt von der im Munde geführten Volksbeglückung, nur der eigenen Erfüllung dient.

Vermutlich war Kohout mit der Sterilität der Dialoge auf eine Allgemeingültigkeit der Aussage aus, die keine dichterischen Aspekte zuläßt. Er erreicht damit jedoch eine Entpersönlichung, die dem Zuschauer kaum eine Identifikation gewährt. Er nennt sein Stück im Programm „1984, ein Alptraum" und im Gespräch „ein böses Märchen" und schreibt ihm auch Tagesaktualität zu, da heutzutage manche von unserer Form der Demokratie Enttäuschte nach einem starken Mann, freilich nicht nach einem „großen Bruder", Ausschau halten.

Es wird eine Weltuntergangsvision der humanitären Epoche, mit viel Regiehorror und mit von Gerhard Jax beklemmend fremd ausgestatteten Bühnenbildern, vorgeführt. Und bewirkt gewiß, wenn schon keine Läuterung der Machthaber, so einen heilsamen Schrecken beim Staatsbürger. Der Applaus klang sordiniert.

ERIK G. WICKENBURG

Bilanz von dreißig Jahren: Helmuth Rillings Stuttgarter Bach-Wochenende

Als Dank ein Straßenschild für J. S. B.

Woran sie ist, weiß die Internationale Bachakademie Stuttgart dank Helmuth Rillings seit langem schon ganz genau. Woran sie liegt, weiß sie erst seit Sonntag. Da überreichte Oberbürgermeister Rommel unter viel akademischem Schmunzeln am Ende eines grandios erschöpfenden Bach-Wochenendes Rilling, dem unermüdlichen Animator der einzigartigen Akademie, ein Straßenschild mit der Aufschrift „Johann Sebastian Bach-Platz". An ihm liegt die Akademie nun in Zukunft vor Anker.

Man hätte ihn mit Fug und Recht freilich auch „Helmuth Rilling-Platz" taufen können. Rillings Arbeit schließlich hat Stuttgart über die Jahre hin weltweit zum Zentrum der lebendigsten und inspiriertesten Bach-Pflege gemacht. Monumentales Zeichen dafür ist die jetzt abgeschlossene, sich über volle 15 Jahre erstreckende Gesamteinspielung aller 194 Bach-Kantaten auf hundert Schallplatten unter Rillings Leitung. Außerdem aber hat Rilling gleichzeitig (bei CBS) die Einspielung aller oratorischen Werke Bachs beendet – auch dies ein Zehn-Jahres-Projekt.

Gegründet hat Rilling diese Großunternehmungen der Bach-Pflege weitgehend auf die von ihm vor genau 30 Jahren ins Leben gerufene Gächinger Kantorei und das um annähernd zehn Jahre jüngere Bach-Collegium Stuttgart: Zwei Ensembles von staunenerregender Vollkommenheit. Vereint trugen sie die Festaufführung der Johannes-Passion mit einem Feuer vor, einem spirituellen Schwung und einer instrumentalen wie vokalen Artikulationskunst, wie sie in vergleichbarer Ausgewogenheit die musikalische Landschaft außerhalb Stuttgarts nicht kennt.

Die Stuttgarter Bach-Wochenenden, mehrfach im Jahr durchgeführt, geben sich einerseits beinahe introvertiert seminaristisch, andererseits aber von außerordentlicher Weltoffenheit. Ihren musikalisch-theologischen Höhepunkt finden sie regelmäßig in Kantaten-Gottesdiensten, bei denen es jedem freigestellt ist, unter Rillings Leitung auf der Empore die Choräle der Kantate mitzusingen, ohne Stimmprüfung oder jeden anderen musikalischen Begabungsnachweis. Wie ein musikalisches Abendmahl teilt Rilling Bach ganz unprätentiös an alle Singgläubigen aus und befeuert ihre Ausdruckslust auf seine einzigartige Weise.

Neben ihr haben freilich viele andere, selbst renommierte Bach-Interpreten schweren Stand. Die „Musica Antiqua" aus Köln stellte zwar in Robert Hill einen exzellenten Cembalisten vor, dafür aber auch eine Gambistin, die Siegfried Pank vom Stuttgarter Bach-Collegium am nächsten Tag geradezu deklassierte. Auch Reinhard Goebel, der Barockviolinist aus Köln, tat seinem Ruf an diesem Tag wenig Ehre.

Die Stuttgarter Internationale Bachakademie, die jetzt als Dauerleihgabe ein weiteres ihr überlassenes eigenhändiges Bachmanuskript, die Kantate BWV 113 „Herr Jesu Christ, du höchstes Gut" vorstellen konnte, ist dank Rillings dynamischer Leitung aufs höchste mobil. Längst ist sie Träger der „Bachakademie Japan" und wird auch im kommenden Jahr ihre geradezu überlaufenen Kurse wieder in Tokio durchführen und sie mit einer anschließenden Konzert-Tournee krönen.

Außerdem aber steht die Durchführung einer vergleichbaren „Bachakademie Buenos Aires" auf dem Jahresprogramm '85. Hinzu kommen Gastspielreisen in die Sowjetunion, nach Polen und in die Tschechoslowakei, nach Wien, Luzern und Leipzig. Wenn eine Bachakademie heute sich voller Stolz international nennen kann, so ist es die Stuttgarter Rillings.

KLAUS GEITEL

Film: Mister Spock ist auferstanden, also gibt es nun den „Star Trek III"

Ein Spitzohr gegen die Klingonen

Das war schon ungeheuer traurig, wie „Star Trek II – Der Zorn des Khan" zu Ende ging – und im Vorspann des dritten Star-Trek-Films muß man es noch einmal miterleben: Mister Spock, der weise, logische Vulkanier, stirbt. Er hat sich geopfert, um die Crew zu retten.

Der Grund für dieses Ende war, daß Leonard Nimoy keine Lust mehr hatte, den Spock zu spielen. Deshalb wurde er in einen Sarg gesteckt und auf den Planeten Genesis geschossen. So fliegt die Enterprise der Erde zu „wie ein Haus", sagt Admiral Kirk, „das von allen Kindern verlassen ist". Aber Gott sei Dank hat sich's Leonard Nimoy inzwischen anders überlegt. Er tut doch wieder mit – und führt sogar Regie. So war sein Tod ganz umsonst und führte zu nichts als zu diesem Film, in dem sich Kirk, Dr. McCoy, Scotty, Sulu, Chekov und Uhura eineinhalb Stunden lang bemühen, Spock wieder an Bord zu bekommen.

Das läuft ab in der wohlbekannten, leicht angestaubten Raumschiff-Enterprise-Manier (1966 begann die Fernsehserie in Amerika), ohne fröhlichen Krieg der Sterne-Gags, ohne geradezu unerträgliche Spannung, ohne auch nur eine Spur von Ironie, aber getragen von so bewährten Tugenden wie Freundestreue, Edelmut und tapferer Entschlossenheit.

Es passiert das Enterprise-Übliche: Die Schutzschilde funktionieren plötzlich nicht mehr, der Funkkontakt bricht ab, das Raumschiff wird beschossen und die Mannschaft übel durchgerüttelt, es wird gebeamt, ein heuschreckenförmiger, grüner Raumkreuzer der feindlichen Klingonen greift an, aber natürlich wird Mister Spock schließlich gefunden.

Auf dem Genesis-Planeten wandelt sich nämlich tote Materie in Leben um, und so entsteht aus dem Leichnam Spock ein kleiner, spitzohriger Knabe, der in kürzester Zeit zu einem stattlichen Vulkanier heranwächst; denn – dies ist der „Genesis-Effekt" – auf dem Planeten geht die Alterung unheimlich rasch vor sich. Aber das trifft sich gut: Just als Kirk und Spock ins eroberte Klingonen-Schiff emporgebeamt sind, hat Spock das Alter seines Darstellers Nimoy erreicht und wird im „Star Trek IV" wieder perfekt in die Crew der nunmehr 50jährigen passen.

Der Genesis-Planet wird nicht mehr vorkommen: Er ist – dank eindrucksvoller Tricktechnik – geborsten und verglüht. Leider ging aber im Kampf mit den Klingonen auch die Enterprise kaputt. Sollten nicht durch ein neues Wunder die verbrannten, explodierten Teile wieder zusammenfinden, werden Admiral Kirk und seine Leute im nächsten Star-Trek-Film ein neues Raumschiff brauchen.

LUDWIG MERKLE



Mit festem Blick in den Weltraum: Judith Anderson in „Star Trek III" FOTO: UIP

Der andere „Fidelio": Johann Simon Mayrs „L'amore conjugale" in Bergamo

Morovski heißt der wahre Schurke

Mit Beklemmung dachte man an die Welt von heute. Jedermann wäre froh, wenn politische Gefangene noch an eine Vorsehung glauben dürften, daß eheliche Liebe Kerkermauern und Ketten sprengen könnte. So soll es im 18. Jahrhundert geschehen sein, im Schloß des Gouverneurs Morovski, wo Amorveno unschuldig gefangengehalten wurde. Unter dem Namen Malvino schleicht sich seine Gattin Zeliska als Kerkergehilfe ein, gewinnt das Vertrauen des Kerkermeisters Peter und die Liebe seiner Tochter Floreska. Als Morovski erfährt, daß Ardelao, der Bruder des Gefangenen, naht, will er Amorveno töten, doch in diesem Moment gibt sich Zeliska zu erkennen, wirft sich mit der Pistole schützend vor den Gatten.

Wer erkennt hinter dieser Handlung von Johann Simon Mayrs zweiteiliger Farsa sentimentale „L'amore conjugale" nicht ein bekannteres Sujet? Und tatsächlich hat sich der aus Bayern stammende, aber erst in Italien bekannt gewordene Komponist auf das gleiche Drama Brouillys gestützt, das wenige Monate nach ihm Beethoven vertonte. Vorausgegangen waren bereits die Opern von Gaveaux und die 1804 in Dresden uraufgeführte „Leonora" Paërs.

1805 folgten dann also die Opern Mayrs und Beethovens, doch während Beethoven die singspielhaften Momente des Beginns immer mehr zurückdrängte, bleibt Mayr ganz dem Schema des einaktigen, kurzen Zwischenspiels treu, das durchaus auch ernstere Züge annehmen darf. Kurz und prägnant drängt das Geschehen voran, es fehlen nicht die wesentlichen Handlungsstränge, wohl aber die Vertiefung der Charaktere und Situationen. Brennpunkte sind die Arien der beiden Liebenden, für Zerliska eine gefühlvolle, lyrische, mit wenigen Koloraturen durchsetzte im Stile Cimarosas, für Amorveno eine zwischen rezitativischer Auflösung und arioser Emphase schwankende Szene.

In Bergamo, wo diese Version des „Fidelio"-Stoffes im Rahmen des Festivals „Donizetti und seine Zeit" herauskam, ließ man dem Werkchen leider keine besonders gute Aufführung angedeihen. Nur in Ansätzen vorhanden waren die stimmlichen Mittel, einzig William Matteuzzis klar und flexibel singender Amorveno und der zuverlässige Baß Adriano Tomaellos als Kerkermeister bildeten eine Ausnahme.

Welten stehen zwischen beiden Werken, hier die neapolitanische Buffa, dort die Befreiungsoper französischer Provenienz. Verblüffend jedoch, wie sich die innerste Aussage, der Glaube an eine Befreiung, in den Arien der Liebenden in beiden Werken bis in Ähnlichkeiten des Aufbaus gleichen.

ROLF FATH

Ein Casanova, der Bomben und Panzer verkaufte

KLAUS RÜHLE, Rom

Nach vierjähriger Dauer ist in Trient das Untersuchungsverfahren gegen Waffenschieber und Drogenhändler abgeschlossen worden. 37 schwerbelasteten Geschäftemachern wird demnächst der Prozeß gemacht. Unter ihnen befindet sich der bekannte italienische Filmschauspieler Rossano Brazzi, der in vielen Filmen die Rolle des klassischen „Latin Lover" spielte und im Ausland zur Symbolfigur des italienischen Casanova unserer Tage geworden ist.

Es geht bei dem Verfahren um riesige Parallelgeschäfte mit Waffen und Rauschgift. Die Beschuldigten beherrschten jahrelang den Waffenschwarzmarkt. In der fast 6000 Seiten langen Anklageschrift werden die illegalen Warenverkäufe im Ausland näher illustriert. Als Boß der Verbrecherorganisation gilt der syrische Staatsangehörige Henry Arsan, der vor zwei Jahren verhaftet wurde und vergangenes Jahr im Mailänder Untersuchungsgefängnis verstarb. Engster Mitarbeiter war der Waffenfabrikant Renato Gamba.

Die Liste der angebotenen Waffen enthielt unter anderem eine größere Anzahl von Kobra-Hubschraubern vom Typ 109 zum Stückpreis von 5,9 Millionen Dollar so wie Dutzende von Leopard-Tanks, für die 4,3 Millionen Mark verlangt wurden. Sogar drei Atombomben wurden Interessenten offeriert. Zum „Kleinkram" gehörten Kanonen und Feuerwaffen jeder Art *einschließlich der dazu gehörigen* Munition. Hauptabnehmer waren die arabischen Länder und Südamerika.

Die Verbindung zum Drogenhandel großen Stils besorgte laut Anklageschrift der in Sofia versteckt lebende sattsam bekannte Türke Bekir Celenk, der eine wichtige Rolle in der Affäre des Attentats gegen Papst Johannes Paul II. spielte. Er soll große Mengen von Kokain im Tausch gegen Waffen nach Italien geschmuggelt haben. Als Mitarbeiter bei diesem lukrativen Handel wird der Südtiroler Manager Karl Kofler bezeichnet, der auf noch nicht geklärte Weise im Gefängnis von Trient starb.

Die Anklageschrift spricht von mehreren Kilo Rauschgift, die von den cleveren Geschäftemachern im Austausch gegen Waffen importiert wurden. Es sieht so aus, als ob diese Tauschgeschäfte mit Billigung der italienischen Geheimdienste betrieben *wurden. Dieser Verdacht steht* vermutlich im Zusammenhang mit der zur Zeit in Gang befindlichen Untersuchung gegen einstige Spitzenfunktionäre der italienischen Geheimdienst-Organisation.

„Autobahnsystem der Bildkommunikation"

Bundespost nahm erstes Glasfaser-Fernkabel in Betrieb

PETER ZERBE, Hamburg

Gestern um zehn Uhr begann bei der Deutschen Bundespost ein neues Zeitalter: Das erste Glasfaser-Fernkabel wurde zwischen Hamburg und *Hannover in Betrieb genommen.* Durch das zwei Zentimeter dicke Kabel können gleichzeitig 60 000 Telefongespräche geleitet werden. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und Hamburgs Bürgermeister Alfons Pawelczyk führten das erste Bildtelefon-Gespräch über die neue 160 Kilometer lange Glasfaserleitung.

Die Glasfaser-Fernstrecke Hamburg–Hannover, für die die Bundespost fast 50 Millionen Mark investierte, ist das erste Teilstück eines die Bundesrepublik Deutschland durchziehenden Glasfaserstranges, der von Hannover über Dortmund, *Essen, Düsseldorf, Köln, Bonn,* Frankfurt, Mannheim und Stuttgart nach München und dann nach Nürnberg weiterführt. Eine Stichstrecke ist von Hamburg nach Bremen und von Berlin nach Hannover geplant. Bis 1987 soll dieses Glasfasernetz fertig sein. Die Post verhandelt gegenwärtig mit der Postverwaltung der „DDR" über die Verlegung eines Kabels von West-Berlin bis zur innerdeutschen Grenze. Insgesamt kostet das Projekt etwa eine Milliarde Mark.

Postminister Schwarz-Schilling nannte dieses neue Netz ein „Autobahnsystem der Bildkommunikation". Nach Fertigstellung will die Bundespost alle modernen Dienste über dieses neue Leitungssystem abwickeln. Neben normalen Ferngesprächen kommen dafür in erster Linie Bildferngespräche, Telefax und Datenfernübertragung in Betracht.

Bei dem neuen Glasfaserkabel werden keine elektrischen Impulse mehr weitergeleitet, sondern Lichtimpulse. Die Geschwindigkeit wird von den Technikern mit 140 Mbit/s, das sind 140 Millionen Lichtimpulse pro Sekunde, angegeben. Damit steht dann für die nächsten Jahre in der Bundesrepublik ein ausreichendes Kommunikationsnetz für den Fernbereich zur Verfügung. Das bisherige Kupferkabelnetz bleibt erhalten.

Unabhängig davon schreitet die Verkabelung mit Kupfer-Koaxial-Kabeln voran, da nicht ausreichend Glasfaserkabel zur Verfügung stehen. Diese werden aus Quarzsand hergestellt. Ihre Produktion ist mit großen *Schwierigkeiten* verbunden und dementsprechend teuer. Während ein Koaxialkabel für die Fernstrecken von zehn Zentimetern Durchmesser etwa zehn Kilogramm wiegt, bringt es das gleich leistungsfähige Glasfaserkabel auf nur 50 Gramm pro Meter.

In etwa fünf Jahren soll es nach den Vorstellungen der Post in der Bundesrepublik Deutschland etwa 300 Video-Konferenzräume geben. In ihnen können dann Firmen, Behörden und andere Organisationen Konferenzen mit Blickkontakt abhalten, ohne daß sich alle Teilnehmer an einem Ort versammeln müssen. In Hamburg soll es dann auch, wie in anderen Wirtschaftszentren, öffentliche Bildtelefon-Sprechstellen geben.

Moderne Bibelforschung

Alte Handschriften werden mit Computern ausgewertet

prs. Münster

Seit mehr als 25 Jahren verfolgen die Münsteraner Bibelforscher Kurt und Barbara Aland die Spuren des Neuen Testaments in aller Welt. Auf ihren Reisen haben sie über 1000 alte Handschriften „ausgegraben". Bei der wissenschaftlichen Auswertung nehmen sie die Hilfe der Gerichtsmedizin und der Kriminologie in Anspruch – und nicht zuletzt die Speicherkapazität eines Computers, ohne den die Fülle des Materials gar nicht zu bewältigen wäre.

Im Institut für neutestamentliche Textforschung an der Universität Münster sammelte das Professoren-Ehepaar rund 5300 alte Handschriften und Handschriftenfragmente auf Mikrofilm oder Foto. Mit modernsten Technologien – im Online-Verfahren und in Kooperation mit dem Rechenzentrum der Hochschule – setzen die Alands die jahrhundertealte Tradition wissenschaftlicher Auseinandersetzung um die Bibel fort.

An Ideen und Initiativen, eines Tages auch die letzten den Text betreffenden Unklarheiten und Geheimnisse der Heiligen Schrift zu lüften, fehlt es nie. So gibt es ein spezielles „Fragment-Identifizierungs-Programm", das Papyrus- und Papierschnipsel selbst von der Größe einer Briefmarke mit vielleicht nur drei oder vier lesbaren Buchstaben dem Gesamttext zuordnet. In Sekundenschnelle gleicht der Computer die Vorlagen ab und stellt fest, ob das Fragment überhaupt neutestamentlicher Herkunft ist und an welchen Stellen es einsetzbar wäre.



Der russische Cellist Mstislaw Rostropowitsch und seine Frau Galina Wischnewskaja bei einem Essen anläßlich der berühmten Weinversteigerung im „Hospiz von Beaune" in Burgund FOTO: AFP

Rostropowitsch brach den Rekord

Der weltberühmte Cellist versteigerte in Burgund Wein zugunsten der Kirche in Polen

CONSTANCE KNITTER, Beaune

Ohne sein Cello, aber mit wachsamem Auge und unbestechlicher Aufmerksamkeit präsidierte der Cellist Mstislaw Rostropowitsch am Sonntag in Beaune der Welt berühmtester Weinauktion. In der Hochburg der Burgunderweine kamen an diesem Tag 145 122 Liter Rot- und Weißwein der Ernte 1984 von den Weingütern des berühmten „Hospiz von Beaune" unter den Hammer. Unter dem Vorsitz des Künstlers und seiner Frau, der Sängerin Galina Wischnewskaja, purzelten schließlich die Rekorde bei dieser größten Wohltätigkeitsauktion der Welt.

In der überfüllten Stadthalle gegenüber dem „Hôtel Dieu" von Beaune, wo sich Weingroßhändler aus aller Welt drängelten, machte sich in der Hektik plötzlich Ergriffenheit bemerkbar, als der in Frankreich im Exil lebende russische Cellist außer Katalog ein Faß Wein des köstlichen Tropfens „Beaune Dames Hospitalières" zugunsten der katholischen Kirche von Polen, der russisch-orthodoxen Kirche von Paris und des orthodoxen theologischen Instituts von Paris zur Auktion freigab.

In schlechtem Französisch, aber mit bewegter Stimme hielt der 57jährige Rostropowitsch ein Plädoyer zugunsten Polens und bat: „Ihre Hilfe ist sehr dringend. Ihre Spende für Polen wird eine starke, moralische und ehrenwerte Hilfe sein." Der Appell des Künstler-Ehepaares Rostropowitsch, dem die Behörden seiner Heimat die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt haben, blieb nicht ungehört. Das begehrte Weinfaß wurde von André Boisseaux, Präsident und Generaldirektor des bekanntesten Weinhauses von Beaune, „Patriarche Père et Fils", für 200 000 Franc (rund 67 000 Mark) ersteigert. „Merci beaucoup" – „vielen Dank", rief Galina Wischnewskaja dem Käufer begeistert zu. Rostropowitsch erhob sich spontan, umarmte den edlen Spender und dankte ihm mit einem „russischen Kuß".

Jeweils am dritten Sonntag im November wird nach einer alten Tradition, die auf das Jahr 1859 zurückgeht, die Weinernte des vergangenen Sommers aus dem Besitz des „Hospiz de Beaune" versteigert. Obwohl die Ernte 1984 mit 636½ Fässern, von denen jedes 228 Liter enthält, leicht hinter der Vorjahresernte (688 Fässer) zurückliegt, erzielte die 124. Auktion einen neuen Rekord: Insgesamt wurden 15 886 000 Franc (5,3 Millionen Mark) eingenommen. Der bisherige Rekord des Jahres 1983 lag bei umgerechnet 4,6 Millionen Mark.

Mit dem Ertrag der Wohltätigkeitsversteigerung soll in diesem Jahr ein Scanner für das Krankenhaus von Beaune gekauft werden. Seit jeher dienten die Einnahmen der Weinauktion der unentgeltlichen Pflege von Kranken und Waisen sowie der Modernisierung des zu der karitativen Stiftung gehörenden Krankenhauses. Das „Hôtel Dieu", dessen Ehrenhof mit seinen glasierten bunten Dachziegeln weltbekannt ist, wurde 1443 von dem damaligen Kanzler von Burgund, Nicolas Rolin, und seiner Frau, Guigone de Salins, gegründet.

Für Mstislaw Rostropowitsch und seine Frau Galina Wischnewskaja endete das Weinfest am Sonntag abend mit einem Gala-Diner in den „Bastions", den Weinkellern des „Hospiz von Beaune". Auf dem Menü standen: Consommé Madrilène, Mousse de Homard „Belle Aurore", Dodine de Col Vert au Savigny (Wildentenpastete), Rehfilet in Pfeffersauce, Käse, Eis-Soufflé mit Burgunder Mark, dazu auserlesene Weine der Region Burgund.

Bereits am Vorabend hatte das Künstlerehepaar einem Essen für 600 Gäste anläßlich des 50jährigen Jubiläums der berühmten „Confrérie du Tastevin" präsidiert. „Unsere illustren Gäste sind Symbole der Musik, der Freiheit, des Friedens und der Liebe", erklärte der Großkanzler der Weinbruderschaft, als er ihnen eine Jubiläumsflasche Wein übergab und sie 50 Kerzen ausblasen ließ. (SAD)

Gebühr für Rezepte ist rechtmäßig

AP, Kassel

Die von den Krankenkassenpatienten bei ärztlichen Verordnungen als Selbstkostenbeitrag zu zahlende sogenannte Verordnungsblattgebühr wird zu Recht erhoben. Dies entschied das Bundessozialgericht in Kassel in einem Musterprozeß. Den Prozeß hatte eine Frau angestrengt, der vom Arzt Massagen verordnet worden waren. Das Massageinstitut erhob von dieser Frau eine Verordnungsgebühr in Höhe von vier Mark. Diesen Betrag wollte die Frau nunmehr als Mitglied der Allegemeinen Ortskrankenkasse von der Krankenkasse zurückerstattet bekommen. Der Prozeß dauerte über zwei Jahre. Das Gericht entschied schließlich als letzte Instanz, die Massagen seien als Heilmittel anzusehen. Hätte die Frau die Massagen in der ärztlichen Praxis selbst erhalten, wäre keine Verordnungsblattgebühr fällig geworden. (AZ: 3 RK 35/83)

Großbrand in Mexiko

AFP, Mexiko-Stadt

Ein Großbrand ist gestern am frühen Morgen im Norden der mexikanischen Hauptstadt ausgebrochen. Nach Angaben des Roten Kreuzes forderte das Unglück „15 Tote und zahlreiche Verletzte". Ursache der Katastrophe war eine Explosion in einem Abfüllbetrieb für Gasflaschen.

Chinesische Methode

AP, Peking

Chinesische Ärzte haben nach einer Meldung der Pekinger Abendzeitung „Beijing Wanbao" vom Sonntag ein neues Empfängnisverhütungsmittel für Männer entwickelt. Das Verhütungsmittel bestehe aus einer „Flüssigkapsel", die mit einer Spritze in den Samenleiter eingebracht wird und dort den Spermafluß verhindert. Die an der Entwicklung beteiligten Forscher hätten das Mittel zunächst erfolgreich an sich selbst und dann an „mehr als tausend gesunden Männern" erprobt. Das Mittel wirke „hundertprozentig" und erfordere keinen chirurgischen Eingriff. Die Zeugungsfähigkeit des Mannes könne jederzeit wiederhergestellt werden.

Führerschein zurück

dpa, Wiesbaden

Hohes Alter und ein einmaliger Verkehrsverstoß sind allein kein Grund zum Führerscheinentzug. Mit dieser Begründung hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden in einem gestern bekanntgewordenen Urteil einem 73 Jahre alten Kraftfahrer die entzogene Fahrerlaubnis zurückgegeben. Die Wiesbadener Straßenverkehrsbehörde hatte ihm den Führerschein abgenommen, da er nach einem Unfall die Teilnahme an der medizinisch-psychologischen Untersuchung verweigert hatte (AZ: XI/2 H 918/84).

„Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt vom Dr. ... Verlagsbuchhandel, Heitzsching, bei."

ZU GUTER LETZT

„Das Geheimnis der schwarzhaarigen Juliette Greco: Haarwäsche mit Zwiebeln und Porree." – Meldung der SAD.

WETTER: Wolkig

Wetterlage: Bei nur geringen Luftdruckgegensätzen überquert ein nur wenig wetterwirksamer Störungsausläufer Deutschland langsam von West nach Ost.

19. November 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Dienstag:
In den Frühstunden gebietsweise Nebel oder Hochnebel. Im Tagesverlauf von West nach Ost Durchzug stärkerer Bewölkung, aber nur vereinzelt leichter Regen. Tageshöchsttemperaturen 3 bis 8 Grad, Tiefsttemperaturen plus 3 bis minus 2 Grad. Dabei örtlich Gefahr von Straßenglätte.

Weitere Aussichten:
Nach vorübergehender Wetterberuhigung von Westen her erneut Eintrübung und stellenweise etwas Regen, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	25°
Bonn	6°	Kopenh.	3°
Dresden	3°	Las Palmas	20°
Essen	7°	London	7°
Frankfurt	4°	Madrid	13°
Hamburg	1°	Mailand	8°
List/Sylt	2°	Mallorca	17°
München	0°	Moskau	–5°
Stuttgart	3°	Nizza	10°
Algier	18°	Oslo	1°
Amsterdam	8°	Paris	10°
Athen	22°	Prag	2°
Barcelona	16°	Rom	12°
Brüssel	10°	Stockholm	0°
Budapest	5°	Tel Aviv	23°
Bukarest	1°	Tunis	19°
Helsinki	-1°	Wien	3°
Istanbul	14°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 7.49 Uhr, Untergang: 16.26 Uhr; **Mondaufgang**: 5.33 Uhr, Untergang: 15.43 Uhr
Sonnenaufgang* am **Donnerstag**: 7.51 Uhr, Untergang: 16.25 Uhr; **Mondaufgang**: 7.02 Uhr, Untergang: 16.06 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Als der gewaltige Vogel 59 Menschen in den Tod riß

KLAUS WOHLT, Bonn

Die Nachricht platzte wie eine Bombe und beendete abrupt die Verkaufsleiter-Tagung der Lufthansa in Lissabon. Vorstandsmitglieder und Direktoren hasteten zum Flughafen und flogen nach Frankfurt zurück. Man schrieb den 20. November des Jahres 1974. An diesem Tag war die Boeing 747-130 der Lufthansa mit dem Kennzeichen D-ABYB und dem Namen „Hessen" beim Start in Nairobi abgestürzt, als erstes Flugzeug dieses Typs, der trotz einiger Pannen in der Einführungsphase als absolut sicher galt. 59 der 156 Menschen an Bord hatten den Absturz des Jumbo aus niedriger Höhe nicht überlebt.

Über die Ursache der Katastrophe konnte zunächst nur spekuliert werden. Von einem Triebwerksdefekt in der kritischen Startphase war die Rede, von Vogelschlag, und gar von Pilotenfehlern konnte man in den ersten Tagen hören und lesen. Die Lufthansa selbst gab dieser Version Nahrung, kündigte dem Kapitän und dem Flugingenieur die Verträge als Cockpit-Personal. Aber schon die ersten Untersuchungsberichte aus Kenia zeigten, daß eher technische Ursachen den gewaltigen Vogel zu Boden gezwungen hatten: Die Vorflügel, die bei Start und Landung ausgefahren werden und den Auftrieb erhöhen, solange die geringe Geschwindigkeit das aerodynamische Gleichgewicht noch nicht sichert, waren nicht ausgefahren. Übereinstimmmend sagte die Cockpit-Besatzung – sie hatte das Unglück überlebt – bei der Untersuchung aus, die Kontrollampen hätten Grün gezeigt. Eine abgesprochene Schutzbehauptung, wo doch Zweifel an der Technik fehl am Platze schienen?

Es dauerte lange, ehe Flugkapitän Christian Krack, Kopilot Hans-Joachim Schacke und Flugingenieur Rudi Hahn endgültig von dem Verdacht freigesprochen werden konnten, sie hätten den Absturz verschuldet. Gerichte wurden bemüht, Sachverständige gehört, und nur allmählich wurde deutlich, daß die Technik wahrscheinlich nicht mit jener Präzision gearbeitet hatte, die der Besatzung den Fehler rechtzeitig angezeigt und ihr eine Reaktion ermöglicht hätte: Es hatte bei der „Hessen" schon am Vortag Probleme mit den Vorflügeln gegeben, sagte ein anderer Pilot aus.

Schon zwei Jahre vorher hatte die BOAC, in weniger kritischen Situationen mit demselben Phänomen konfrontiert, in ihre Boeing 747 Änderungen eingebaut, die eindeutig auf die nicht ausgefahrenen Klappen hinweisen; sehen kann die Besatzung vom Cockpit aus die Vorflügel nicht. Der Hersteller Boeing aber, von den Briten über Fehlerquelle und Abhilfe informiert, hatte den anderen Kunden die Änderung empfohlen, sie aber nicht verbindlich vorgeschrieben, wie sonst üblich, wenn Sicherheitsaspekte im Spiel sind.

So wurde die Besatzung, wenn auch spät, rehabilitiert. Erst im Dezember 1981, mehr als sieben Jahre nach dem Absturz, wurde Flugingenieur Hahn von dem Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen; das Ausfahren der Vorflügel gehörte zu seinem Aufgabenbereich. Die Lufthansa hatte längst, wie alle anderen Boeing-Kunden auch, zusätzliche Warnanlagen in ihre 747 eingebaut. Der Jumbo, in gut 600 Exemplaren auf allen interkontinentalen Luftstraßen noch heute das Arbeitspferd, hat sich inzwischen als das sicherste Flugzeug bewährt, als das es bis zur Katastrophe von Nairobi apostrophiert worden war.

Damals freilich hätte nur ein Zufall der Besatzung zu Hilfe kommen können. Als der Auftrieb abriß, spürten Krack und seine Crew ein Schütteln. Sie vermuteten Vogelschlag, hatten noch kurz vor dem Abheben Großvögel in Flugrichtung gesehen. Auch ein Flattern des Bugfahrwerks kam als Ursache in Frage; Krack fuhr es ein. Aber nur eine schnelle Erhöhung des Triebwerkschubs hätte die 255 Tonnen schwere Maschine auch mit eingefahrenen Vorflügeln in der Luft halten können; sie war nur knapp zur Hälfte besetzt, wenige Stundenkilometer mehr hätten ausgereicht. Nur: *Die Besatzung kannte den Grund für* das Schütteln nicht, konnte ihn nach Lage der Dinge auch nicht erkennen.

Das konnte über den Tod von 59 Menschen aber nicht hinwegtrösten. Den Überlebenden, unter ihnen der damalige Bundesbahnpräsident Wolfgang Vaerst und der Bundestagsabgeordnete Philipp Seibert, mag es eine Genugtuung gewesen sein, daß sehr schnell technische Konsequenzen aus dem Unglück gezogen wurden. Kopilot Schacke fliegt als einziger der damaligen Besatzung noch, als Flugkapitän. „Hessen"-Kapitän Krack und Flugingenieur Hahn sind in Pension.

Spreu und Weizen

Bm. – In der deutschen Leasing-Landschaft bahnen sich neue Strukturen an. Einer der Auslöser waren sicherlich die Probleme der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL), die dreierlei aufgedeckt haben, was für den Markt insgesamt symptomatisch zu sein scheint:

1. Das Marktinstrument der Restwerte wurde nicht ernst genug bewertet;

2. die Aufsichtsorgane haben offensichtlich nicht scharf genug die Praktiken der Geschäftsführungen ihrer Häuser überwacht;

3. die Banken machten es sich zu leicht bei der Überprüfung der Bitten um Refinanzierung.

Das DAL-Debakel hat aufschrekken lassen. Restwerte werden von allen Organen der Leasing-Gesellschaften wie rohe Eier behandelt – zumal bei jenen, die noch „Leichen" im Keller liegen haben. Nicht jedes Leasing-Geschäft wird postwendend finanziert. Die Banken haben wachere Augen bekommen.

So zeichnet sich möglicherweise künftig folgende Struktur ab: Die Leasing-Gesellschaften, die Banken-Töchter sind, ruhen in gesicherten Schößen. Sie müssen aber auch damit rechnen, daß sie künftig an kürzeren Leinen gehen werden, ja, daß sie zu Dependancen degradiert werden.

Die Leasing-Gesellschaften ohne Bankenmütter werden sich immer schwerer tun, denn auch bei ihnen wird die Lupe für die Refinanzierung geputzt. Es wird also nicht bei den rund 600 Gesellschaften bleiben, die sich mit Leasing beschäftigen. Die Spreu wird sich vom Weizen trennen, dafür wird der Wettbewerbs sorgen.

Sicher überleben werden die großen Produzenten-Leaser, eben weil sie das nötige finanzielle Backing für ihre Marketing-Aufgaben haben. Überleben werden auch die Banken-Töchter, wenn auch etwas strenger gehalten, so doch gut ausstaffiert mit Kapital, um beim weiteren Wachstum des Leasings mithalten zu können.

KONJUNKTUR / Mittelfristig deutlich skeptischer

Reaktion auf die Streiks

WR, Essen

Noch schätzt die deutsche Industrie in den meisten Branchen ihre Umsatz- und Ertragsaussichten positiv ein. Das Gros der Unternehmen in fast allen Branchen ist aber auf mittlere und lange Sicht deutlich skeptischer.

Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Umfrage der Mietfinanz GmbH bei 13 der wichtigsten Industriezweige. Gefragt wurde wieder nach Geschäftserwartungen und Investitionsabsichten.

Nach Feststellung der Mietfinanz geht die psychologische Wirkung der Arbeitskämpfe in der Metall- und in der Druckindustrie auf die Unternehmen aller Branchen erheblich über die rein materiellen Wirkungen der abgeschlossenen Tarifverträge hinaus. Allgemein habe die Härte überrascht, mit der die Arbeitskämpfe geführt worden seien. Die befragten Unternehmen betonen, daß die hierdurch grundsätzlich veränderte Ausgangslage „angemessene Maßnahmen" erforderten, um zu versuchen, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf den Weltmärkten zu erhalten.

In der Metallindustrie – so die Untersuchung – insbesondere bereite die Aussicht auf den starken Kostenschub zum 1. April 1985 erhebliche Sorgen, vor allem im Hinblick auf die wachsende Konkurrenz aus Fernost auf zahlreichen Märkten. Schon im laufenden Jahr sei der Preisabstand zwischen manchen deutschen und fernöstlichen Investitionsgütern erneut gewachsen.

Da seit den Arbeitskämpfen in der Metallindustrie auch die Lieferfähigkeit deutscher Anbieter nicht mehr über jeden Zweifel erhaben sei, könne es nicht überraschen, wenn so mancher Auslandskunde bei gleicher oder annähernd gleicher Qualität des Produktes fernöstlichen Lieferanten den Vorzug gebe.

Zur Zurückhaltung bei ihren Geschäftserwartungen auf mittlere Sicht sehen sich nach der Umfrage die meisten Unternehmen auch durch die Risiken veranlaßt, die im Kursniveau des Dollar stecken. Noch laufen bei allen, die in den Dollar-Raum exportierten, die Geschäfte recht gut, doch wachse die Unsicherheit darüber, wie lange noch mit relativ hohen Dollar-Kursen gerechnet werden kann. Ein Teil der Auslandskunden der deutschen Industrie beginne in letzter Zeit, Aufträge in anderen Währungen zu erteilen, um sich vor dem Risiko eines Dollar-Rückgangs zu schützen.

Auch die Investitionsüberlegungen werden weitgehend von der psychologischen Wirkung der Arbeitskämpfe überschattet, berichtet die Umfrage. Mehr denn je bilde der Zwang zur Automation das wichtigste Investitionsmotiv, da vermutet werde, daß die Kosten für menschliche Arbeitsleistung langfristig ständig weiterwachsen werden. Erweiterungsinvestitionen bilden in den Plänen für das kommende Jahr die Ausnahme.

Insgesamt ist die Investitionsneigung in den 13 Branchen seit dem Frühjahr dieses Jahres leicht gestiegen. Im laufenden Jahr werden im rechnerischen Durchschnitt – klammert man die Stahlindustrie wegen ihrer Sondersituation einmal aus – real 4,3 Prozent mehr investiert werden als im Vorjahr. Dieses rechnerische Wachstum ist aber nach wie vor stark vom überdurchschnittlichen Investitionstempo der elektronischen Datenverarbeitung (plus 15 Prozent) geprägt. Für 1985 steuern die meisten Industriezweige mindestens den gleichen Investitionsaufwand an wie 1984.

DER MARKT / Es geht ganz deutlich aufwärts, meinen die Leasing-Gesellschaften

Lieferwege werden kürzer

HANS BAUMANN, Essen

Einen Boom mögen sie nicht voraussagen, aber daß es mit der Wirtschaft „ganz deutlich aufwärts" geht, daran ist für viele Leasing-Gesellschaften nicht zu deuteln. Nur darf der Aufschwung auch nicht überbewertet werden, weil er von relativ niedrigem Niveau ausging.

Bedeutsam für den Markt weltweit ist die schneller gewordene Kommunikation. Sie ist auch Grund dafür, daß Produkte und Produzenten kürzere Handelswege suchen, die ja dann die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Hier könnte der Zwischenhandel in all seinen Formen betroffen werden, falls es ihm nicht gelingt, etwa durch Forcierung seines Service seine Unentbehrlichkeit zu dokumentieren.

Für die investierende Industrie ist es wichtig, zu wissen, daß die europäische Industrie „mindestens" US-Standard erreicht hat. Trotz aller Querelen, die es innerhalb der EG gebe, seien Markt und Produktion viel enger verflochten, als es in der Öffentlichkeit den Anschein habe. Daher könne Europa auch wesentlich besser dem Wettbewerb aus Japan, den USA oder Korea widerstehen.

Wo ist der Vorsprung von Silicon-Valley geblieben, fragen die Leasing-Gesellschaften, die ja oft ihre Kunden beraten, also die Produkte, ihre Qualität und ihren Preis gut kennen müssen. Da wird das Beispiel des Personalcomputers erwähnt, den man in höchster Qualität auch in der Bundesrepublik, in Holland, in Japan oder in Frankreich erwerben könne, Kienzle, Mannesmann, Triumph-Adler – alle haben die Technik – „und sie werden kommen", sind die Leasing-Anbieter sicher.

Warum hat der Airbus solchen Erfolg, fragen sie und warum ist der Tornado das beste Jagdflugzeug der Welt? Weil sie erstklassige europäische Elektronik besitzen, lautet die Antwort auf die selbst gestellte Frage. Aber nicht nur hier zeigt sich die europäische Zusammenarbeit, auch bei der Rakete Ariane werde deutlich, daß der US-Vorsprung schrumpfe. Was für Europa gilt, gilt auch wieder für „Made in Germany", der alte Ruf sei wiederhergestellt.

Die überwiegende Zahl der Leasing-Gesellschaften hält auch nichts von der Vokabel „Innovation", ebensowenig wie sie an die Zweckmäßigkeit von Innovationszentren glauben, die nichts als Wasserköpfe von Verwaltungen seien. „Innovation" im Sinne von Fortentwicklung habe es schon immer gegeben.

An der Art der Aufträge, die die Leaser hereinnehmen, können sie diese Fortentwicklung belegen. Es gibt keine Investitionen in alte Maschinen. Die Waschmittelindustrie mache ständig neue Fortschritte, die Bürotechnik gehe Schritt für Schritt voran, die Autoindustrie stehe nicht still und auch die Heizungstechnik nicht.

Innovation wird daher eher für ein gefährliches Wort gehalten, das den Investor veranlassen könnte, seine Investitionen hinauszuschieben in der guten Absicht, auf die jüngste Generation irgendeines Aggregats zu warten. Daß die Automatentechnik auch Menschen im Berufsleben freisetzt, beschönigen die Leasing-Gesellschaften nicht. Sie verweisen aber darauf, daß die intelligenteren Aggregate von intelligenteren Menschen gebaut werden müssen und daß dann dort neue Arbeitsplätze entstehen. Hinzu komme, daß der Automat nicht automatisch Menschen freisetze, er erlaube dem Mitarbeiter vielmehr, sich intelligenteren Aufgaben in seinem Betrieb zu widmen und so die Produktivität zu erhöhen.

Wenn die Leaser den Markt positiv sehen, so heißt das nicht, daß der Wettbewerb eingeschlafen sei. Im Gegenteil: Nie zuvor wurde härter um Aufträge gerungen. Von den Politikern erwartet die Leasing-Wirtschaft, daß den Unternehmen wieder Leitlinien für eine dauerhafte Orientierung und für eine solide Langfristkalkulation gegeben wird. Es gibt keine Investitionsunlust, sagen sie, es gäbe aber sehr deutlich eine Investitionsunsicherheit, weil man in den Unternehmen nicht wisse, welche Gesetze und Verordnungen morgen wieder in den wirtschaftlichen Ablauf eingreifen würden (Beispiel Umweltschutz). Die Forderung im Kern: Schluß mit dem Dirigismus der öffentlichen Hände.

DAS PORTRÄT / Die Mietfinanz aus Mülheim an der Ruhr wird 22 Jahre alt

Gesund und munter wie eh und je

Bm. Essen

Vor 22 Jahren war es, daß in der Bundesrepublik Investitionsgüter aller Art gemietet werden konnten. Eine Idee aus Amerika hatte sich auch in der Alten Welt einen Platz erobert. Speerspitze dieser neuen Finanzierungsmethode, die einmal als größte Erfindung am Kapitalmarkt seit Einführung des Zinses gepriesen wurde, war die Mietfinanz GmbH, Mülheim an der Ruhr, die auch damals schon von Gerd König als Geschäftsführer geleitet wurde.

Nach 22 Jahren ist das Leasing wie ein Geschwür gewuchert. Wie Pilze schossen an die 600 „Gesellschaften" aus dem Boden. Der neue Markt roch nach schnellem Geld. Am Produkt wird verdient, nicht am Produktionsgut, hieß die neue Formel, die signalisierte, daß man auf Investitionen verzichten könne, daß das jeweils jüngste Investitionsgut auf Abruf gegen Raten zur Verfügung stehe. Eigentum war keine Vokabel mehr. Und hier und da klang es, als ob Leasen billiger sei als Kaufen – was in dieser verkürzten Form sicherlich falsch ist. Richtig ist, daß der Leasingnehmer, so Gerd König – nicht mehr bezahlt als beim Bankkredit und daß er an der Gewerbesteuer spart.

Königs Philosophie für sein Geschäft ist seit 22 Jahren unverändert: Es gibt bei der Mietfinanz keine Restwerte, die beim Vertragsabschluß kalkuliert werden. Bleibt am Ende der Mietzeit ein Restwert, so steht dem Leasing-Nehmer daraus eine Provision zu, die sich positiv auf den Anschlußauftrag auswirkt.

Der Restwert ist im Laufe der Jahre zum Stolperstein einer ganzen Branche geworden. Der Wettbewerb rief die Hasadeure auf den Plan, die hohe Restwerte kalkulierten, um die monatlichen Leasing-Raten für die Kunden so klein wie möglich zu halten. In den Bilanzen so mancher Leasinggesellschaft wachsen so Berge nicht einbringbarer Forderungen. Die Pleiten sind geradezu programmiert.

Zur Zeit hat das Leasing einen Anteil am Brutto-Investitionsvolumen der deutschen Wirtschaft von 7,2 Prozent. Bei normaler Entwicklung der Wirtschaft schätzt Gerd König, daß bis 1990 ein Anteil von zehn Prozent erreicht werden kann.

Den Zug zum Leasing oder zur Mietfinanzierung – zwei Vokabeln für ein und denselben Vorgang) sieht König gestützt durch die weiter gefallene Eigenkapitalrate der deutschen Wirtschaft, die nach Feststellung der Deutschen Bundesbank heute bei 18 Prozent liegt. Und da diese Decke für Finanzierungen zu kurz ist, kommt Leasing bei gesunden Unternehmen zum Zuge, die Wirtschaftsgut mieten und die Raten direkt unter sonstigen Aufwendungen absetzen, also nicht in der Bilanz aktivieren und abschreiben. Ganz anders dagegen die USA, wo die Selbstfinanzierungsrate nach König bei 66 Prozent liegt.

Die Mietfinanz beschäftigt 60 Mitarbeiter. Sie hat ein Stammkapital von 15 Millionen Mark, zu dem 17 Millionen Mark an offenen Rücklagen hinzukommen. Ihre erste Dividende bezahlte das Haus 1964 mit mageren sechs Prozent. Aber auch hier wird Königs Vorsicht – und Umsicht – deutlich: erst das eigene Unternehmen polstern. Er war sicher, daß der Wettbewerb wachsen würde – und wie er wuchs: 1965 aber schon zahlte er zehn Prozent. Von da an ging es bergauf bis 1983, als er seinen Aktionären 25 Prozent plus fünf Prozent Bonus anbieten konnte. Einschließlich der Steuergutschrift waren das 46,88 Prozent auf die Einlagen.

Und dies ist der Gesellschafterkreis des Mülheimer Unternehmens: Düsseldorf-Münchener Beteiligungs-GmbH, Düsseldorf (Holding der Bayerischen Vereinsbank, München, und der Simonbank AG, Düsseldorf, mit 25,25 Prozent des Stammkapitals von 15 Millionen Mark. Weitere 25,25 Prozent hält Klöckner & Co. KGaA, 19,30 Prozent liegen bei der Deutschen Genossenschaftsbank, je zehn Prozent bei Berliner Handels- und Frankfurter Bank und bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie bei der Baden-Württembergischen Bank AG.

Das Leistungsprofil wird tiefer

Gebäude-Leasing als alternatives Finanzierungsinstrument gibt den Unternehmen die Möglichkeit, langfristige Planungen zu erstellen und die Vorteile aus betriebswirtschaftlichen, bilanziellen und steuerlichen Aspekten zu nutzen. Durch die hundertprozentige objektbezogene Fremdfinanzierung bleiben die Eigenmittel zur Finanzierung des gewinnbringenden Umlaufvermögens erhalten.

Ebenso wichtig ist der Vorteil des Service-Leasing, also der zusätzlichen Dienstleistung einer Leasing-Gesellschaft bei der Errichtung von Gebäuden. Service-Leasing basiert auf umfassender Erfahrung auf dem Gebiet des Grundstückgeschäftes, auf der Position als professioneller Bauherr und ständiger Großeinkäufer von Bauleistungen am Markt. Größe und Erfahrung der Leasing-Gesellschaft bestimmen die Qualität der Dienstleistung, in die die immer wieder neuen Erkenntnisse in allen Bereichen des Bauwesens zum Vorteil des Leasing-Nehmers einfließen.

Service beim Gebäude-Leasing umfaßt aber auch den Erwerb des Baugrundstücks, die Baureifmachung, Begutachtung, Auswahl, Abschluß von Grundstückskauf- oder Erbbaurechtsverträgen und aller behördlichen Formalitäten. Bei Planung und Bau einer gewerblichen Immobilie stehen die individuellen Wünsche des Investors im Vordergrund. Diesen Vorstellungen wird kosten- und nutzungsoptimal entsprochen, denn hier kommen die langjährigen Erfahrungen der Service-Leasing-Gesellschaft zum Tragen, die alle denkbaren Gebäudetypen – vom Produktions- und Verwaltungsgebäude über Einkaufszentren bis hin zum Hochregallager – bereits vielfach errichtet hat. Sie kann daher den Leasing-Nehmer im Hinblick auf Planungs- und Konzeptionsalternativen beraten und kostenoptimale Konstruktionsmöglichkeiten vorschlagen. Neueste Technologien, verbesserte Arbeitsmethoden und neue Auflagen des Gesetzgebers (zum Beispiel Änderung des Baurechts) werden in das Konzept eingearbeitet.

Die Folgekosten

Ein ebenso bedeutender Faktor sind die Folgekosten, die von der Leasing-Gesellschaft in der Objektverwaltung rechtzeitig und konkret ins Kalkül gezogen werden können; denn es liegen Basiswerte für bestimmte Konstruktionsmerkmale über lange Zeiträume vor: beispielsweise die Instandhaltungskosten für bestimmte verwendete Baumaterialien oder Energie- und Wartungskosten.

Aus den individuellen Nutzungswünschen des Leasing-Nehmers und den eingebrachten Objekterfahrungen der Service-Leasing-Gesellschaft läßt sich eine optimale Baugestaltung erarbeiten. Das professionelle Vorgehen bei Planung, Projektierung, Ausschreibung und Vergabe eines Bauobjektes ermöglicht in einem frühen Stadium exakte Kostenaussagen, die der Leasing-Partner in seine endgültige Entscheidung über die Realisierung eines Objektes einfließen lassen kann. Erfahrung, Marktstellung und überregionale Kenntnis der Baubranche ermöglichen es, Vergleiche anzustellen, ja sogar Preisabsprachen zum Nutzen des Leasing-Nehmers aufzudecken; dies geschieht auf der Grundlage aktuell verhandelter, augenblicklich durchsetzbarer Preise der einzelnen Bauwerke.

Die Kontrolle

Ein weiteres Glied in der langen Service-Kette ist die Erfahrung einer Leasing-Gesellschaft bei Bauverträgen. Ständig fortentwickelte Vertragswerke gewähren die optimale Nutzung jeglicher Auftragsvergaben auf der Basis vergleichbarer Ausschreibungsergebnisse.

Während der Bauphase erfolgt eine laufende Kontrolle von Kosten und Terminen. Die Abnahme der einzelnen am Bau erbrachten Leistungen durch Experten der Service-Leasing-Gesellschaft stellt zum einen die Qualität und Quantität der Bauleistungen sicher und garantiert andererseit die kaufmännische Abrechnung der Bauleistungen und die termingerechte Übergabe des Objekts.

Alle Details – von der Planung bis zur Endabrechnung der einzelnen Bauleistungen sowie die entsprechenden Gewährleistungszeiträume – werden in einer Dokumentation zusammengefaßt und dem Kunden übergeben. Die Service-Leistung ist mit der Übergabe des Objektes jedoch noch nicht beendet. Auch die Verfolgung und Beseitigung etwa auftretender Gewährleistungsmängel sind eingeschlossen.

Während der gesamten Laufzeit des Mietvertrages wird das Mietobjekt von der Leasing-Gesellschaft auch technisch überwacht. Da sie Eigentümer des Objektes ist, werden ihr auch die Kosten für öffentliche Abgaben, Versicherungen, Steuern und andere Gebühren in Rechnung gestellt. Diese werden erst nach vollständiger Richtigkeit dem Leasing-Partner als Mietnebenkosten weiterbelastet.

Durch die harte Wettbewerbssituation sind die Preise am Leasing-Markt für den Investor transparent geworden. Die Entscheidung für eine Leasing-Gesellschaft ist daher kaum mehr vom Peisunterschied, sondern nielmehr vom Leistungsprofil abhängig. So sind Kriterien wie Größe und kaufmännische Beweglichkeit bei Immobilien-Investitionen, jedoch besonders das Erfahrungspotential Grundlage für eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit.

NORBERT W. PORTEN

Erfolgreiche Arbeit im Automobilleasing setzt große Erfahrung auf dem Automobilmarkt voraus FOTO: MANFRED GROHE

Flotten-Leasing: Vom Banker zum Autohändler

Für viele Leasing-Gesellschaften, die vom reinen Finanzierungsleasing *in andere Bereiche vorstoßen* wollen, stelle das Flottenleasing eine „entwicklungfähige Möglichkeit" dar. Diese Ansicht vertrat Anton Goudsmit, Vorstandsvorsitzender der Lease Plan Holding NV, Niederlande, auf dem Leaseurope-Meeting in Dänemark.

Ein Blick auf den europäischen Markt zeigt, daß die Mehrzahl der Leasing-Gesellschaften in der Finanzierungsseite des Geschäftes verwurzelt ist. Viele bieten Finanzierungs-Leasingverträge an, bei denen der Leasingnehmer die objektbezogenen Risiken trägt, einige wenige Gesellschaften bieten Operate-Leasing an. Die Kombination beider Formen unter einem Dach ist jedoch unüblich.

Ausdehnungen des Geschäftsbereiches auf das Operate-Leasing könnte für viele Finanzierungs-Leasinganbieter neue Marktanteile erschließen, denn hier bestehe ein großes Nachfragepotential, so die Ansicht von Goudsmit. Und weiter: „Beim Flottenleasing ist die Finanzierungsfrage für den Leasingnehmer von nachrangiger Bedeutung. Ihm geht es vielmehr um die Entlastung des Flottenmanagements, den Wartungskosten und dem Restwertrisiko".

Der Einstieg in das Operate-Leasing erfordert die Berücksichtigung einiger grundlegender Unterschiede zwischen Finanzierungsleasing und Operate-Leasing. Der entscheidende Unterschied liegt in den Risiken, die mit den Geschäften verbunden sind.

Die Risiken des Finanzierungsleasing liegen, wie der Name bereits ausdrückt, auf der Finanzierungsseite und der Absicherung – typische Risiken für das Bankgeschäft. Anbieter von Finanzierungsleasing handeln wie Banker. Sie sind bereit, die mit der Finanzierung verbundenen Risiken zu tragen, übernehmen jedoch nicht die mit dem Leasinggut selbst verbundenen Risiken.

Beim Flottenleasing liegen die Schwerpunkte anders. Hier ist der Leasingnehmer daran interessiert, sich von Instandhaltungs- und Restwertrisiken zu befreien. Er kann bei solchen Verträgen sogar das gesamte Flottenmanagement durch den Leasinggeber übernehmen lassen. Finanzierungsrisiken, wie zum Beispiel ein Forderungsausfall, sind bei dieser Leasing-Variante von geringerer Bedeutung als beim Finanzierungsleasing, da ein Fahrzeug immer einen recht guten Beleihungswert besitzt.

Ein zweiter Unterschied zwischen den beiden Vertragsformen liegt darin, daß man unterschiedliches Personal benötigt. „Die meisten Leasing-Gesellschaften", so der Vorstandsvorsitzende Anton Goudsmit, „gehören zum Bankbereich, ihre Führungskräfte sind daher meist Fachleute auf dem Gebiet der Finanzierung und Kreditwirtschaft. Um jedoch im Automobilleasing erfolgreich zu sein, muß man über große Erfahrung im Automobilmarkt verfügen."

Ein weiterer Unterschied zwischen reinem Finanzierungsleasing und Operate-Leasing liegt in der Personalintensität. Trotz immer stärkerem Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bleibt das Automobilleasing personalintensiv. Denn: Nachdem ein Finanzierungsleasingvertrag abgeschlossen wurde, ist der größte Arbeitsaufwand erledigt. Die weitere Arbeit besteht hauptsächlich in Buchhaltung und Ausfüllen von Rechnungen. Bei einem Operate-Leasing-Vertrag beginnt die eigentliche Arbeit jedoch erst mit dem Vertragsabschluß. Ein anderer Aspekt: Man ist bei der Abwicklung von Flottenleasingverträgen weit mehr auf den Einsatz von Computer angewiesen. Die erfolgreiche Abwicklung eines Flottenleasingvertrages resultiert auch aus einer effizienten Kombination von Personal und Computer.

Schließlich wird der Umsteiger im Leasinggeschäft feststellen, daß er sich neuen Konkurrenten gegenüber sieht. Reine Finanzierungsgesellschaften stehen im Wettkampf mit Banken und anderen Leasing-Gesellschaften. Aber besonders im Bereich des Flottenleasing wird man sich neuen Wettbewerbern stellen müssen: Automobilhändlern, Autovermietungsgesellschaften, Hersteller-Leasing und Unternehmen, die Flottenmanagement anbieten.

Das Flottenleasing ist eine ideale Möglichkeit der Diversifizierung. Voraussetzung ist allerdings, daß die Finanzierungsgesellschaften sich das notwendige Wissen aneignen und qualifizierte Leute einsetzen. Ohne *die notwendige Vorbereitung* kann man sich die Finger verbrennen. Macht man seine Sache jedoch gut, so bestehen – nach Ansicht von Goudsmit – rosige Aussichten. (WR.)



AUTO-LEASING /15 „gute Gründe" – aber die letzte Entscheidung bleibt offen

Die Miete spart Treibstoff

Mehr und mehr hat sich im Bereich des Automobilleasing bei Leasinggesellschaften und -händlern der Begriff des „Privatleasing" eingebürgert. „Privat" bezeichnet hier jedoch nicht die Haltereigenschaft eines Kunden, sondern vielmehr die Art der Nutzung und die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten.

Der Außendienst-Mitarbeiter eines Unternehmens, der im Dienste seines Arbeitgebers 40 000 Kilometer pro Jahr mit seinem Privatfahrzeug zurücklegt, wird nicht als der typische Privatleasing-Nehmer angesehen. Er erhält von seinem Arbeitgeber einen Pauschalsatz je gefahrenem Kilometer, der zwischen 30 und 50 Pfennig liegt. Das ist eine Entschädigung für Wertverzehr, Zinsen, Kraftfahrzeugsteuer, Versicherungen, Wartungsdienste, Reparaturen und Treibstoffkosten. Der steuerlich zulässige *Höchstsatz liegt bei 42 Pfennig je Kilometer.* Sollte der vom Arbeitgeber erstattete Satz unter 42 Pfennig liegen, so kann die Differenz steuerlich geltend gemacht werden.

Geringer Anteil bei Privatfahrzeugen

Privater Nutzer hingegen ist der Angestellte, der seinen Personenkraftwagen ausschließlich oder fast ausschließlich für Fahrten zur Arbeitsstätte, für Wochenendfahrten oder Urlaubsreisen verwendet.

Für Fahrten zur Arbeitsstätte werden steuerlich 18 beziehungsweise 36 Pfennig je Kilometer anerkannt. Die entsprechenden Beträge können beim Lohnsteuerjahresausgleich oder bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden.

Der Anteil der Leasing-Zulassungen bei Privatfahrzeugen liegt jedoch nur bei ein Prozent. Bei Geschäftsfahrzeugen beträgt der Anteil 53 Prozent. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Der Unternehmer kennt die Vorteile des Leasing. Finanzabteilungen kalkulieren exakt bis auf den Pfennig, Steuerfachleute lassen keine steuerliche Möglichkeit ungenutzt.

Der Privatmann hingegen verfügt weder über eine Finanzabteilung noch den versierten Steuerberater, und er selbst hat auch nicht die Kenntnisse, detaillierte Liquiditätsberechnungen anzustellen. Dieses mangelnde Verständnis mündet oft in Mißtrauen, Vorurteilen oder sogar in einer strikten Ablehnung.

Vergleicht man das Leasing jedoch mit alternativen Finanzierungsformen wie Barkauf oder Bankenfinanzierung, so stellt man fest, daß Leasing unter bestimmten Voraussetzungen durchaus in Betracht gezogen werden sollte.

Ist der Barkauf eines Fahrzeuges geplant und treten alternative Verwendungsmöglichkeiten der Barmittel auf, wie zum Beispiel der Kauf einer Eigentumswohnung oder eines Grundstücks, so sollte ein Kraftfahrzeug, das ständig an Wert verliert, geleast werden, um nicht Liquidität und *damit Flexibilität zu verlieren.*

Zieht man dagegen eine traditionelle Bankenfinanzierung in Betracht, so läßt sich feststellen, daß die monatlichen Tilgungs- und Zinsbeträge im allgemeinen höher sind als monatliche Leasingraten. Der Grund: Bei der Bankenfinanzierung muß der gesamte Anschaffungswert in Raten getilgt werden, im Leasing demgegenüber nur über die Differenz zwischen dem Neuwagenpreis und dem vom Leasing-Geber im voraus geschätzten Gebrauchtwagenerlös nach Vertragsende. In beiden Fällen kommen natürlich die Zinsen hinzu. Auch geht das Eigentum erst nach vollständiger Tilgung des Kredites auf den Bankkunden über, da das Fahrzeug während der Kreditlaufzeit der Bank sicherungsweise übereignet wurde.

Beim Leasing zahlt der Leasing-Nehmer nur für die Nutzung des Fahrzeugs. Er erwirbt kein Eigentum, was er ja auch gar nicht gewollt hat. Bei den erstgenannten Beschaffungsmethoden – Barkauf und Bankenfinanzierung – endet das Sparen nie, da bei der nächsten Neuanschaffung immer wieder die Differenz zwischen Neuwagenpreis und Gebrauchtwagenerlös gezahlt werden muß. Der Fahrer eines Leasing-Fahrzeuges muß lediglich seine Mietsonderzahlung – falls überhaupt erforderlich – *aufbringen, die er* bei der Bank *auch* leisten müßte. Den Wertverzehr bezahlt der Leasing-Nehmer monatlich. Der Finanzierungskäufer erwirbt zwar nach Ablauf des Kredites das Eigentum am Fahrzeug. Er ist dann aber Eigentümer eines Gebrauchtwagens, den er verwerten muß, mit allen Vor- und Nachteilen. Ein Leasing-Nehmer kennt solche Probleme nicht. Er gibt sein Fahrzeug zurück und least ein neues.

Die Höhe der Leasingrate richtet sich nach: Wert des gewählten Fahrzeugs, Wert der Zusatzausstattungen, voraussichtliche Fahrleistung, Leasing-Vertragsdauer (die sich aus der jährlichen Fahrleistung ergibt) und eventuelle zusätzliche Dienstleistungen, die in den Vertrag einbezogen werden sollen, beispielsweise Versicherungen, Wartungsdienste, Verschleißreparaturen, Reifenersatz.

Die Vorteile für den Privatleasing-Nehmer können in folgenden Punk*ten zusammengefaßt werden:*

1. Nur Amortisation des Wertverzehrs: Der nach Ende des Leasing-Vertrages zur Verwertung anstehende Gebrauchtwagen wird vom Leasing-Nehmer nicht amortisiert, sondern von vornherein ausgeklammert. Lediglich die auf den Restwert entfallenden Zinsen werden in die Leasingrate eingerechnet.
2. Geringe monatliche Belastung des Familien-Budgets: Die monatliche Belastung des Privathaushaltes – besonders wichtig bei der Beschaffung eines Zweitwagens – ist wesentlich niedriger als bei einer herkömmlichen Bankenfinanzierung.

Fixe Leasing-Raten bleiben konstant

3. Gebrauchtwagenrisiko beim Leasing-Geber: Die Sorge um den späte*ren Gebrauchtwagenverkauf* liegt nicht mehr beim Fahrer, sondern beim Leasing-Geber, der den Gebrauchtwagen verwertet.
4. Nahtloser Übergang: Der Übergang von einem zum anderen Fahrzeug ist nahtlos.
5. Fixe Leasing-Raten: Die Leasing-Raten – *monatlich im voraus zu* zahlen – bleiben über die Laufzeit des Leasingvertrages konstant, sind also keinen Schwankungen unterworfen.
6. Kein Restwertrisiko: Wird Leasing mit Restwertrisiko beim Leasing-Geber gewählt, gibt es weder eine Vergütung für einen Mehrerlös, noch eine Nachbelastung wegen einer eventuellen Schwäche des Gebrauchtwagenmarktes.
7. Mietsonderzahlung individuell vereinbar: Die Mietsonderzahlung, die in der Regel zwischen 20 und 30 Prozent der Anschaffungskosten liegt, mindert den monatlichen Aufwand. Die Höhe dieser Sonderzahlung kann individuell vereinbart werden und hängt auch wesentlich von der Kreditwürdigkeit des Leasing-Nehmers ab; genau wie bei der Bankenfinanzierung.
8. Gebrauchtwagen als Mietsonderzahlung: Die Mietsonderzahlung kann auch in Form eines Gebrauchtwagens geleistet werden. Diese Möglichkeit bieten besonders die Automobil-Leasing-Händler und -Gesellschaften, da hier der Neuwagenverkauf oder die Leasing-Abteilung und der Gebrauchtwagenhandel in einer Hand liegen.
9. Hoher Garantieanteil: Der Leasing-Nehmer, der alle zwei Jahre seinen Wagen im Leasing durch einen neuen ersetzt, hat bei den derzeitigen Garantiebestimmungen der Automobilhersteller ein volles Jahr Garantie, also über die Hälfte der Leasing-Vertragsdauer.

Immer ein neuer Wagen vor der Haustür

10. Keine Reparaturen: Verschleißreparaturen fallen bei einer durchschnittlichen jährlichen Fahrleistung von 15 000 Kilometer eines Privatfahrers kaum an. Während einer zweijährigen Vertragslaufzeit sind daher nur Inspektionen erforderlich, was zur Senkung der Unterhaltskosten beiträgt. Fahrer, die ihren Wagen mehrere Jahre fahren, müssen mit einem progressiven Kostenanstieg rechnen.
11. Leasing spart Treibstoff: Es macht sich bezahlt, stets ein Fahrzeug zu haben, das auf dem neuesten Stand der Technik ist – heute auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten ein wichtiges Argument.
12. Leasing bringt Image-Gewinn: Der Leasing-Nehmer, der immer ein neues Auto fährt, poliert sein Image auf – ein nicht zu unterschätzender Faktor auch heute noch.
13. Besser ausgestattete Wagen: Manche Fahrzeughalter können sich aufgrund der bedeutend niedrigeren Belastung einen Wagen der höheren Klasse genehmigen, ohne Kosten zu haben, die höher als früher sind.
14. Keine Schulden: Der Leasing-Nehmer macht keine Schulden, denn die Raten sind erst in Zukunft fällig werdende Verbindlichkeiten.
15. Hilfe des Leasing-Gebers: Die Leasing-Geber bieten in den meisten Fällen Hilfestellung bei der Schadensregulierung mit den Versicherungsgesellschaften, da es sich letztendlich um das Eigentum des Leasing-Gebers handelt, das auf den Leasing-Nehmer zugelassen ist.

Trotz dieser Fülle von Argumenten kann die Frage, wann Leasing für den privaten Nutzer wirklich zu empfehlen ist, nicht generell beantwortet werden. Vorausgesetzt, der Privatmann führt eine wirtschaftliche Ausgabenplanung durch, so wird er relativ *schnell merken, ob Leasing für ihn* wünschenswert, notwendig oder überflüssig ist.

Der Beitrag ist entnommen dem Werk „Leasing – Praxishandbuch für Rentabilitätsvergleiche" von Wolfgang Flink, Weka-Verlag, Fachverlag für Verwaltung und Industrie, 8901 Kissing.

Redaktion: Heinz-R. Scheika, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg



Immobilien-Leasing in den 80er Jahren

Immobilien-Leasing, in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Beginn der sechziger Jahre angeboten, hat sich fest im Angebotsspektrum möglicher Finanzierungsformen etabliert. Für die Akzeptanz von Immobilien-Leasing durch die Wirtschaft gibt es einleuchtende Gründe: Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es in der Bundesrepublik (abgesehen von der Öl-Krise 1973/74) einen permanenten wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, der durch eine erhebliche Investitionstätigkeit gekennzeichnet war. In dieser Zeit sind unzählige Grundstücke gekauft und mit Produktionshallen, Bürogebäuden, Kaufhäusern, Lagerhallen, Verbrauchermärkten bebaut worden. Die Verhältnisse auf den nationalen und internationalen Märkten garantierten die Rentabilität solcher Investitionen.

Bei der bis dato üblichen traditionellen Finanzierung erwies sich als hinderlich, daß die Banken den investitionswilligen Unternehmen langfristiges Fremdkapital nur im Rahmen der Beleihungsgrenzen (etwa 60 Prozent der Investitionskosten) zur Verfügung stellen konnten. Die konventionelle Bankfinanzierung von Grundstücken und Gebäuden erforderte also von den kapitalschwachen Firmen Eigenkapital, das dann für andere Unternehmenszwecke nicht mehr zur Verfügung stand.

In dieser Konstellation war für wachstumsstarke Unternehmen eine Alternative willkommen, die eine Beanspruchung der knappen Eigenmittel vermied: Das Zauberwort hieß Immobilien-Leasing. Mit der Übernahme der gesamten Investitionskosten durch die Leasinggesellschaft wurde den bauwilligen Unternehmen – finanzierungstechnisch gesehen – eine hundertprozentige, objektbezogene Fremdfinanzierung angeboten. Von diesem Modell machten zunehmend mehr Unternehmen Gebrauch. Die Leasinggesellschaften verzeichneten von Jahr zu Jahr zweistellige Zuwachsraten.

Das Investitionsrisiko der Leasingfirmen hielt sich im Rahmen. Die Leasingraten konnten von den Leasingnehmern aus den Erträgen des Leasingobjektes bestritten werden. Soweit Leasingnehmer überhaupt in Konkurs gingen, erfolgte die Verwertung der Immobilien durch die Leasinggesellschaft verhältnismäßig problemlos. Aufgrund der regen Nachfrage nach gewerblichen Immobilien hatten die Leasingobjekte eine gewisse Wertsteigerung erfahren, so daß in der Regel eine verlustfreie Vermietung oder ein Verkauf (manchmal sogar



Leasing – alles unter einem Dach

mit außerordentlichem Ertrag) möglich waren.

Bekanntermaßen habe sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit Beginn der 80er Jahre erheblich verändert. Die Investitionstätigkeit verläuft rezessiv oder stagniert zumindest. Die Leasinggesellschaften haben zu registrieren, daß die Insolvenzen zunehmen. Der Markt für gewerbliche Immobilien ist in eine desolate Verfassung geraten. Grundstücke und Gebäude, die vor Jahren angeschafft worden sind, weisen keine Wertsteigerungen mehr auf. Im ungünstigen Fall ist die Verwertung von konkursbedingten Objekten mit herben Verlusten für den Leasinggeber verbunden.

So wie jeder Leasing-Nehmer die Leasing-Gesellschaft seines Vertrauens heute genau unter die Lupe nimmt, hat auch jedes Leasing-Unternehmen auf die geänderte Konstellation reagiert: Die in der Vergangenheit mindestens bankküblichen Anforderungen an die wirtschaftlichen Verhältnisse potentieller Leasingnehmer sind noch erhöht worden. Mehr denn je interessiert die Frage, ob ein Unternehmen über seine aktuelle Leasingfähigkeit hinaus aufgrund langfristig günstiger Perspektiven als Leasingnehmer in Frage kommt.

Kaum für möglich gehaltene Insolvenzen renommierter deutscher Unternehmen haben bei den Leasinggesellschaften zu der Einschätzung geführt, daß beste Bonität einen schlechten Standort nicht kompensieren kann. Da eine zuverlässige Aussage über die langfristige Entwicklung einer Firma nicht möglich ist, sind alle die Immobilien nicht leasingfähig, für die es im Konkursfall des Leasingnehmers keine Nachfrage gibt.

Darüber hinaus spielen die Kosten des Leasingobjektes eine entscheidende Rolle. Sale-and-lease-back-Verträge werden auf der Basis eines Verkehrswertgutachtens abgeschlossen. Für die Schätzung der Immobilie erweist sich die Ertragswertmethode am brauchbarsten. Nach erheblich höheren Multiplikatoren in den 60er und 70er Jahren akzeptieren die Leasinggesellschaften in Anpassung an die heutigen Marktverhältnisse keine Immobilie zu einem Preis, der über dem zehnfachen jährlichen Objektertrag liegt.

Heute ist bei Neubauten, die zum Gegenstand eines Leasingvertrages gemacht werden, eine strenge Kostenkontrolle unerläßlicher als je zuvor. Für geeignete Investitionen wird Immobilien-Leasing seinen festen Platz als Finanzierungsalternative jedoch behaupten.

BERND KAISER

SERVICE / Aus der Finanzierungs-Alternative wird ein Dienstleistungs-Angebot

Ein ganzes Bündel Bequemlichkeiten

Leasing, einst als Finanzierungs-Alternative und zur Schaffung von Liquidität propagiert, entwickelt sich immer stärker zum Dienstleistungs-Angebot. *Heute* ist entscheidend, was der Verleaser auf seiner Service-Palette hat.

Die Wende trat ein, als die Kosten-Nutzen-Aussage sich in die simple Wahrheit wandelte: Leasen ist nicht billiger als Kaufen. Billiger ist es nur dann – ein wenig –, wenn es dem Leasing-Nehmer gelingt, sein beim Leasen gespartes Kapital tatsächlich zinsgünstig einzusetzen. Das setzt natürlich voraus, daß überhaupt Kapital vorhanden ist.

Nach zwanzig Jahren hat Leasing eine neue Qualität bekommen. Das Angebot von Leasing-Paketen – von Service also – tritt in den Vordergrund. Der Leasing-Nehmer soll entlastet werden. Ein Bündel von Bequemlichkeiten anzubieten – genau das ist die neue Leasing-Philosophie.

An zwei Beispielen, Auto-Leasing und Immobilien-Leasing, *soll gezeigt* werden, wie interessant Leasing sein kann.

Full-Service rund um das Auto bedeutet: Übernahme der Kosten für Wartung und Werkstattleistungen bei Verschleißreparaturen. Die Arbeiten können bei jeder Vertragswerkstatt in der Bundesrepublik Deutschland und im europäischen Ausland bargeldlos ausgeführt werden; die Rech*nung geht* an die *Leasing-Gesellschaft*.

Einen Schritt weiter geht das nächste Angebot. Hier schließt der Kunde die Bezahlung von Kfz-Steuern und den kompletten Versicherungsschutz ab. Besonders unfallbedingte Reparaturkosten, versicherungstechnische und juristische Auseindandersetzungen werden geregelt; da diese Aufgaben bei großen Leasing-Gesellschaften von Fachleuten wahrgenommen werden, sind sie rationeller und preiswerter, als wenn sich die eigene Fuhrparkverwaltung um Klärung oder Bereinigung der vorliegenden Angelegenheit einsetzen müßte.

Schließlich gibt es das Dienstleistungspaket, das Reifenersatz und Montage übernimmt. Betriebswirtschaftlich wertvolle Daten erhält das Unternehmen durch zusätzlichen Service: Die Betriebskosten-Abrechnung und Wirtschaftlichkeits-Analyse. Hier übernimmt die Leasing-Gesellschaft die Abrechnung für Kraftstoff, Öl, Pflegekosten, Parkgebühren, rechnet mit den Mitarbeitern die privat gefahrenen Kilometer ab; die sich daraus ergebende Kostenübersicht wird auf Wunsch monatlich, viertel- oder halbjährlich zugestellt.

Dies soll nun nicht bedeuten, daß der, der seinen Wagenpark least, seinen Fuhrparkleiter entlassen kann. Daß solche Aussagen - früher gerne gemacht - zum Eigentor vieler Leasing-Unternehmen wurde, hat die Branche inzwischen begriffen.

Denn der Fuhrparkleiter war von der frohen Leasing-Botschaft gewiß nicht angetan. Und hat selbstverständlich alle Hebel in Bewegung gesetzt, daß kein geleaster Wagen auf den Firmenhof kam.

Heute geht die Leasing-Branche behutsamer vor und verkündet: Der Fahrdienstleiter bekommt durch einen Leasing-Vertrag mehr Zeit für seine eigentliche Aufgabe, die Logistik.

Und daß die Verleaser nicht auch eines Tages die Logistik übernehmen werden, ist klar: Diesen Kostenbrokken werden sie wohl nicht schlucken. Ist es doch bekannt, daß beispielsweise Verträge mit Reparaturklauseln die Leasing-Gesellschaften nicht selten um ihren Gewinn bringen, weil die Höhe der Leasing-Rate durch eine solche Klausel nichts an Anzie*hungskraft verlieren darf*.

„Vernünftige Menschen machen gute Rendite“

Doch in diesem Dilemma kündigt sich Erleichterung an: Je mehr Leaser die Reparatur-Klausel „kaufen“, um so breiter streut sich das Risiko für den Leasing-Geber und so lautet die Formel in der Leasing-Branche: „Vernünftige Menschen auf einem vernünftigem Auto machen gute Rendite.“ Anders ausgedrückt: Die Zeit heilt manche Wunden.

Wunden wurden der Leasing-Branche auch im Immobilien-Leasing-Geschäft geschlagen. Nach zwanzig fetten Jahren gibt es heute erstmals Rückschläge bei Neugeschäften, die *nun durch erweiterten Service* wieder ausgeglichen werden sollen. Die Dienstleistung, die eine eingefuchste Gesellschaft im Immobilien-Bereich bietet, hat einen hohen Magnetismus: Das zu bauende Objekt liegt bis zur schlüsselfertigen Übergabe beim Leasing-Geber; jeder Individualwunsch wird erfüllt; Planung, Bau, Bauaufsicht, Behördenkram - alles liegt im Service-Pakte der Leasing-Gesellschaft; der Leaser zieht nur noch ein und bezahlt von diesem Augenblick an die vereinbarte Leasing-Rate.

Der umfangreiche Katalog von Dienstleistungen, die für den Mieter beim Immobilien-Leasing nutzbar *werden, setzt sichf fort*:

- Aschluß von Grundstückskauf- und Erbbaurechtsverträgen sowie deren Durchführung gemeinsam mit dem Notar einschließlich Vermessung des Grundstücks;
- Beschaffung der Teilungsgenehmigung und der Bodenverkehrsgenehmigung;
- Beschaffung des Veränderungsnachweises und sonstiger Katasterunterlagen;
- Beschaffung der Bescheinigung nach Paragraph 1026 BGB zur Beseitigung von Belastungen;
- Wahrung der gebührenfreien Eintragung von Vereinigungen und Zuschreiben von Grundstücken nach Paragraph 69 Kostenordnung;
- Sammeln und Anfertigen von Unterlagen für Einheitbewertung der Grundstücke und Erbbaurechte;
- Prüfung der Steuerbescheide;
- Abschluß aller notwendigen Versicherungen;
- Regelmäßige Prüfung und Überwachung der Versicherungspolicen und Prämienanforderungen;
- Ermittlung des Wertes der Jahresbruttomieten für die Haftpflichtversicherung;
- Prüfung von Wertgutachten der Mo*nopolversicherungsanstalten*.

Das Leasing-Service-Pakte schaltet alle Risiken und Zufälligkeiten am Bau aus. Bauprogramme werden gelenkt, Bautermine gesichert, Baukosten reduziert, Bauabläufe optimiert, die zur Vermietung bestimmten Objekte werden „drittverwendungsfähig“, also langfristig wertbeständig gestaltet. Immobilien-Leasing-Gesellschaften sind professionelle Dauerauftraggeber der Bauwirtschaft und ihre ständige Marktübersicht verschafft den Bauspezialisten aus der Leasing-Branche aktuelle Kenntnisse über Preis- und Kostenverhältnisse des Baumarktes.

Und noch etwas hat sich herumgesprochen: Wer mit einer Immobilien-Leasing-Gesellschaft von Rang baut, zieht auch pünktlich ein - von Abschreibungs-Gesellschaften hört man da oft genau das Gegenteil.

Wer Service sagt, kommt nicht umhin, das sogenannte Sale and lease back zu erklären. Was so verwirrend klingt, ist in der Praxis ein genial einfacher Geschäftszug. Sale-and-lease-back ist die leichteste Übung, gebundenes Kapital zu „entfesseln“.

So wird eine Bilanz im Anlagewert entlastet

Beispiel: Vor fünf Jahren wurde eine *Lagerhalle* für eine Million Mark gebaut bei fünf Prozent Abschreibung per anno. Ohne Grundstück steht sie heute mit 850 000 Mark zu Buch. Nach verläßlicher Schätzung beträgt der Verkehrswert 1,3 Millionen Mark. Zur Finanzierung der Halle wurde das Grundstück mit 600 000 Mark belastet. Also sind 250 000 Mark Eigenkapital langfristig gebunden. Zudem ist die Differenz zwischen Buchwert und Verkehrswert (Verkaufswert) von 450 000 Mark eine hübsche stille Reserve. Die Frage lautet: Wie kann man die 250 000 und die 450 000 Mark „totes“ Kapital zu neuem Leben erwecken?

Die Antwort ist einfach: Man verkauft die Lagerhalle an eine Leasing-Gesellschaft zum Verkehrswert von 1,3 Millionen Mark. Gleichzeitig mietet der Verkäufer „seine“ Halle langfristig vom Leaser zurück. Er behält dabei die uneingeschränkte Nutzung der Halle, und nach Ablauf der Mietzeit kann er durchaus wieder Eigentümer werden.

Der Vorteil gegenüber dem Kauf der Halle oder gegenüber der Beibehaltung des Besitzes liegt auf der Hand: Mittel werden frei, um sie in andere Bereiche des Betriebes zu stecken, zu diversifizieren oder aber, um Flauten zu überwinden. Der Nebeneffekt ist nicht zu unterschätzen: *Die Bilanz wird im Anlagevermögen* entlastet, sie wird „freundlicher“.

(WR.)

Alles über Leasing: Von A wie Abgrenzung bis Z wie Zeitarbeit

Abgrenzung – Herstellung der Unterschiede des Leasing zu anderen Finanzierungsarten.

Abschlußzahlung – Ankauf eines Leasing-Objekts nach Beendigung eines Leasing-Vertrages zu einem vorher festgelegten Betrag, entweder Restbuchwert oder niedrigerer gemeiner Wert (Marktzeitwert).

Absatz-Leasing – Leasing-Marketing durch Hersteller oder seine Organisation, wobei nicht die Finanzierungsalternative Leasing, sondern der Vertrieb im Vordergrund steht (Prinzip der kleinen Zahlen).

AfA – Absetzung für Abnutzung – steuerlich zulässige Aufwendungen für Abschreibungen.

AbzG – Abzahlungsgesetz zum Schutz des Nicht-Kaufmannes. Der Kaufmann wird durch Paragraph 9 vor unangemessener Benachteiligung geschützt.

AGBG – Gesetz über Allgemeine Geschäftsbedingungen.

All-in-Leasing – Dienstleistungs-Leasing.

Andienungsrecht – Auf Verlangen des Leasing-Gebers ist der Leasing-Nehmer vertraglich verpflichtet, das Leasing-Objekt zu einem vorher vereinbarten Preis zu kaufen, wenn eine Mietverlängerung nicht zustandekommt.

Anerkennungsgebühr – Zahlung einer monatlichen Leasing-Rate im Anschlußmietvertrag, die wesentlich niedriger ist als die übliche Leasing-Rate, und nur einer Anerkennungsgebühr gleichkommt (BFH-Urteil).

Anschlußmietvertrag – Weiternutzung durch den ursprünglichen Leasing-Nehmer nach Ablauf des Erstvertrages auf der Basis eines neuen Vertrages zu veränderten Konditionen.

Anwartschaftsrecht – Bei der Ratenzahlung in der traditionellen Bankenfinanzierung hat der Ratenkäufer ein Recht auf späteren Eigentumserwerb: das Anwartschaftsrecht.

Arbeitnehmer-Leasing – Mietweise Überlassung von Arbeitskräften.

Auftraggeber – Im Geschäftsbesorgungsvertrag der Leasing-Geber, der den Leasing-Nehmer mit der Besorgung von Geschäften betraut.

Barwert – Gegenwartswert einer in einer Zukunft liegenden Zahlungsverpflichtung.

Beauftragter – Im Geschäftsbesorgungsvertrag der Leasing-Nehmer, der vom Leasing-Geber mit der Besorgung von Geschäften betraut wird.

Belegenheits-Finanzamt – Finanzamt, in dessen Zuständigkeitsbereich ein Leasing-Projekt erstellt wird und weder für den Leasing-Geber noch für den Leasing-Nehmer zuständig ist.

Berlinförderungsgesetz – Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft/Anreiz zu Investitionen in Berlin (Investitionsförderung durch Zulagen).

Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer – Nutzungsdauer eines Wirtschaftsgutes gemäß amtlichen AfA-Tabellen.

Big Ticket Leasing – Leasing-Großgeschäfte über Schiffe, Flugzeuge, Kraftwerke.

Bilanz-Optik – Verbesserung der Bilanz-Kennziffern durch Umschichtung von Bilanzpositionen durch Leasing.

Blanket Leasing – Festlegung eines Leasing-Rahmens, unter dem ein Leasing-Nehmer bester Bonität Leasing-Objekte beliebiger Art mieten kann.

Bonitätsprüfung – Überprüfung der Zahlungsfähigkeit eines potentiellen Leasing-Nehmers vor oder während der Laufzeit eines Leasing-Vertrages.

Closed-end Leasing – Leasing mit Teilamortisation und Rückgabepflicht des Leasing-Objektes durch den Leasing-Nehmer an den Leasing-Geber, ohne spätere Abrechnung über den Marktzeitwert, bekannt nur im Automobil-Leasing – Leasing ohne Restwertrisiko für den Leasing-Nehmer.

Container-Leasing – Leasing von Container zum Transport (Export) von Gütern.

Contract Hire (GB) – Leasing ohne spätere Anrechnung über den Marktzeitwert (Automobil-Leasing in Großbritannien).

Cross-border Leasing – Grenzüberschreitendes Leasing, wobei Leasing-Nehmer und Leasing-Geber ihren Geschäftssitz in unterschiedlichen Ländern haben.

Dauerschulden – Verbindlichkeiten, deren Laufzeit über einen Zeitraum von 12 Monaten hinausgehen, werden steuerlich als Dauerschulden betrachtet und dem Gewerbekapital zugeschlagen. Auf den erhöhten Betrag ist Gewerbekapitalsteuer zu entrichten.

Dauerschuldzinsen – Die für die Dauerschuld gezahlten Zinsen werden dem Gewerbeertrag zugeschlagen. Auf den erhöhten Gewerbeertrag ist Gewerbeertragssteuer zu entrichten.

Dienstleistungs-Leasing – Einbeziehung von Dienstleistungen in einen Finanzierungs-Leasing-Vertrag (bei Kraftfahrzeugen Kfz-Steuer, Versicherungen, Wartung, Verschleißreparaturen, Reifenersatz), bei Immobilien schlüsselfertige Übergabe eines Gebäudes. Weitere Bezeichnungen: Full Leasing, Service Leasing, Full Service Leasing, All-in Leasing, Full maintenance Leasing.

Direkt-Leasing – Leasing durch den Hersteller eines Wirtschaftsgutes selbst.

Eigenfinanzierung – Finanzierung einer Investition mit eigenen Mitteln des Investors.

Eigenkapitalrendite – Verzinsung des in einem Betrieb eingesetzten Eigenkapitals.

Eigentum (*wirtschaftliches*) – *Steu*errechtlich derjenige, der die tatsächliche Herrschaft über ein Wirtschaftsgut derart ausübt, daß der juristische *Eigentümer auf Dauer von der Ein*wirkung auf das Wirtschaftsgut ausgeschlossen wird.

Einsatzbedingungen – Intensität der *Nutzung eines Wirtschaftsgutes* beim Leasing-Nehmer, Basis für die Leasing-Raten-Kalkulation.

Endabrechnung – Abrechnung *über die tatsächlich angefallenen Ko*sten oder den Restwert eines geleasten Wirtschaftsgutes nach Vertragsende.

Equipment Leasing – Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern, meist Maschinen mit Vertragslaufzeiten von über drei Jahren.

Export Leasing – *Verkauf* eines Wirtschaftsgutes durch den Exporteur an eine Leasing-Gesellschaft, die das Gut an einen ausländischen Importeur verleast.

Factoring – Verkauf von Forderungen an sog. Factoring-Banken. Inkasso und Debitoren-Buchhaltung werden von dieser, dem Factor, übernommen.

Festpreismiete – Leasing-Vereinbarung im Kommunal-Leasing.

Financial Lease – Finanzierungs-Leasing.

Finanzierungs-Leasing – Gebrauchsüberlassung eines Wirtschaftsgutes durch den Leasing-Geber an den Leasing-Nehmer für eine feste Grundmietzeit gegen Zahlung von Leasing-Raten, ohne Einbeziehung von Dienstleistungen. Weitere Bezeichnungen: Finance Lease, Financial Lease, Net Lease, Netto Leasing, Finanz-Leasing.

Fleet Leasing – Im Automobil-Leasing die Vermietung eines ganzen Wagenparks.

Fonds Leasing – Leasing-Vereinbarung mit Kommunen, wobei sich Bürger an dem Fonds beteiligen können.

Forfaitierung – Verkauf von Forderungen ohne Rückgriffsrecht auf den Verkäufer (vente a forfait).

Full Maintenance Leasing – Einbeziehung von Dienstleistungen in einen Finanzierungs-Leasing-Vertrag, besonders im Automobil-Leasing (Kfz-Steuer, Versicherungen, Wartung und Verschleißreparaturen, Reifenersatz).

Full pay-out – Vollamortisation: Der Leasing-Nehmer tilgt mit seinen Zahlungen während der Vertragslaufzeit die vollen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten plus Nebengebühren des Leasing-Gebers.

Full Service Leasing – Full Maintenance Leasing – Dienstleistungs-Leasing.

Fungibilität – Weiterverwertbarkeit eines Wirtschaftsgutes nach Ablauf eines Leasing-Vertrages, wenn der ursprüngliche Leasing-Nehmer das Leasing-Objekt weder kauft noch weitermietet. Ist das Gut für einen Dritten verwertbar, ist es fungibel, also leasingfähig.

Geldwerter Vorteil – Für die private Nutzung eines firmeneigenen Fahrzeuges oder ähnlicher Güter muß der Angestellte den sogenannten geldwerten Vorteil versteuern.

Generalübernehmer – Im Immobilien-Leasing Übernahme aller mit dem Bau verbundenen Aufgaben durch den Leasing-Nehmer, er vergibt Arbeiten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung.

Geschäftsbesorgungsvertrag – Der Leasing-Geber im Immobilien-Leasing überträgt dem Leasing-Nehmer per Geschäftsbesorgungsvertrag *etliche mit der Bauerstellung zusam*menhängende Aufgaben.

Grenzüberschreitendes Leasing – Leasing-Geschäft, bei dem Leasing-Geber und Leasing-Nehmer ihren Geschäftssitz in unterschiedlichen Ländern haben.

Gross Leasing – Dienstleistungs-Leasing.

Grundmietzeit – Vertraglich festgelegte Leasing-Vertragsdauer, während der eine ordentliche Kündigung *ausgeschlossen ist. Beim Vollamorti*sationsvertrag muß die Grundmietzeit aus steuerrechtlichen Gründen zwischen 40 Prozent und 90 Prozent *der betriebsgewöhnlichen Nutzungs*dauer des Wirtschaftsgutes gemäß amtl. AfA-Tabellen liegen.

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) – *Das GüKG regelt den Einsatz von* Lastkraftwagen im gewerblichen und Werksverkehr.

Halter – Person oder Unternehmen, auf dessen Namen Kraftfahrzeuge zugelassen sind.

Händler-Leasing – *Leasing von* Produkten durch Händler einer Hersteller-Verkaufsorganisation ohne Einschaltung einer gesonderten Leasing-Gesellschaft.

Hersteller-Leasing – Leasing durch den Hersteller eines Wirtschaftsgutes selbst.

Immobilien-Leasing – Leasing von Objekten, die fest mit dem Grund und Boden verbunden sind.

Indirektes Leasing – Leasing über eine markenunabhängige Leasing-Gesellschaft, nicht durch den Hersteller oder seine Verkaufsorganisation.

Individual Leasing – Leasing von Kraftfahrzeugen an Gewerbetreibende, die über einen Wagenpark verfügen, der aus weniger als 10 Fahrzeugen besteht. Weitere Bezeichnung: Non-fleet Leasing.

Investitionsgüter-Leasing – Leasing von Wirtschaftsgütern an die gewerbliche Wirtschaft im Gegensatz zum Konsumenten-Leasing (Privat-Leasing).

Investitionsrisiko – Risiko des Leasing-Gebers bezüglich der Weiterverwertbarkeit von Leasing-Objekten, insbesondere bei vorzeitiger Beendigung eines Leasing-Vertrages.

Kauf-Optionsrecht – Recht des Leasing-Nehmers, das Leasing-Objekt nach Ablauf des Leasing-Vertrages käuflich zu erwerben, mindestens zum Restbuchwert oder zum niedrigeren gemeinen Wert. Das Kauf-Optionsrecht muß vertraglich vereinbart werden.

Kommunal-Leasing – Leasing – meist von Immobilien – an Kommunen (Bund, Länder, Gemeinden).

Konsumenten-Leasing – Leasing von Gebrauchsgütern (Fernsehgeräte, Video-Geräte) an Privatbenutzer – im Gegensatz zum Leasing mit der gewerblichen Wirtschaft.

Laufzeitkongruenz – Übereinstimmung von Einsatzzeit und Finanzierungsdauer eines Wirtschaftsgutes.

Leasing-Ausweis – Der Leasing-Ausweis ermächtigt den Leasing-Nehmer eines Kraftfahrzeuges im Namen und für Rechnung des Leasing-Gebers Arbeiten (Wartung, Verschleißreparaturen) in Auftrag zu geben.

Leasing-Erlasse – Richtlinien der Finanzverwaltung zur steuerlich einwandfreien Gestaltung von Leasing-Verträgen.

Leasing-Fähigkeit – Prüfung, ob ein Wirtschaftsgut wirtschaftlich sinnvoll bei einem Dritten Verwendung finden kann, für den Fall, daß der Leasing-Nehmer nach Ablauf des Leasing-Vertrages das Gut weder weitermieten noch käuflich erwerben will oder kann.

Leasing-Händler – Händler einer Hersteller- oder Verkaufsorganisation, der ohne Einschaltung einer gesonderten Leasing-Gesellschaft das Leasing-Geschäft in eigener Regie betreibt.

Leasing-Marketing – Leasing als Vertriebsinstrument, Ursprung des modernen Leasing.

Leasing-Objekt – Wirtschaftsgut, welches der *Leasing-Geber* dem *Lea*sing-Nehmer zur Nutzung mietweise überläßt.

Leasing-Urteil – Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofes vom 26. Januar 1970.

Leasing-Vertrag – Vertrag, der die Beziehungen zwischen Leasing-Geber und *Leasing-Nehmer regelt.*

Leiharbeitnehmer – Arbeitnehmer, der im Rahmen der Arbeitnehmer-Überlassung an Unternehmen „ausgeliehen" wird.

Long Leasing – Leasing über vier Jahre hinaus.

Maintenance Leasing – Leasing unter Einschluß der laufenden Wartung.

Medical Leasing – *Leasing von me*dizinisch-technischen Geräten an Ärzte und Krankenhäuser.

Mehrerlös – Betrag, der bei der *Verwertung eines Leasing-Objektes* nach Beendigung eines Leasing-Vertrages über den bei Vertragsbeginn vereinbarten bzw. geschätzten Restwert *hinausgeht.*

Mehrerlösbeteiligung – Beteiligung des Leasing-Nehmers am Mehrerlös; aus steuerrechtlichen Gründen *darf der Leasing-Nehmer* höchstens mit 25 Prozent am Mehrerlös beteiligt werden.

Mehr-Kilometer – Über die ver*traglich vereinbarte Fahrleistung hin*aus gefahrene Kilometer. Bei Leasing ohne Restwertrisiko für den Leasing-Nehmer werden die Mehr-Kilometer am *Vertragsende nachbelastet).*

Merkantile Wertminderung – Minderwert eines Fahrzeuges nach Unfallschäden, selbst wenn die Reparatur ordnungsgemäß *ausgeführt* wurde (Unfallwagen).

Mietfaktor – Leasing-Rate in Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten des *Leasing-Objektes.*

Mietfinanzierung – Form der Absatzfinanzierung des Herstellers eines Wirtschaftsgutes.

Mietkauf – Ratenweise Bezahlung eines Gegenstandes mit Anwartschaftsrecht auf Eigentumserwerb des Mietkäufers.

Mietkaution – Hinterlegung eines bestimmten Betrages als Sicherheit für den Leasing-Geber.

Mietsonderzahlung – Zahlung eines Betrages durch den Leasing-Nehmer an den Leasing-Geber zur Reduzierung der monatlichen Leasing-Raten im Konsumenten-Leasing (Privat-Leasing).

Mietverlängerungsoption – Möglichkeit, die dem Leasing-Nehmer eingeräumt wird, zur Verlängerung des Leasing-Vertrages nach Vertragsende.

Mietvorauszahlungs-Modell – Im Immobilien-Leasing Zahlungen, die über die steuerrechtlich zulässigen Abschreibungen hinausgehen und als Mieterdarlehen bezeichnet werden.

Mindererlös – Betrag, der bei der Verwertung des Leasing-Objektes nach Vertragsende unter dem bei Vertragsbeginn vereinbarten Restwert liegt.

Minder-Kilometer – Unterschreitung der vertraglich vereinbarten Gesamtfahrleistung im Automobil-Leasing; die Minderkilomewter werden bei Vertragsende vergütet bei Leasing ohne Restwertrisiko für den Leasing-Nehmer.

Mischfinanzierung – Finanzierung einer Investition mit Fremd- und Eigenmitteln (70 Prozent Fremd- plus 30 Prozent Eigenmittel).

Misch-Leasing – Vorauszahlung eines größeren Betrages der Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten zur Reduzierung der Leasing-Ratenbelastung.

Mobilien-Leasing – Leasing von beweglichen Gütern des Anlagevermögens.

Nachschußpflicht – Vertraglich vereinbarte Pflicht des Leasing-Nehmers bei Erzielung eines Mindererlöses für das Leasing-Objekt nach Vertragsablauf Nachzahlungen zu leisten.

Nebenkosten – Kosten, die über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsgutes hinausgehen (Transport-, Montagekosten).

Netto Leasing – Finanzierungs-Leasing.

Non-Fleet-Leasing – Leasing von Kraftfahrzeugen an Kunden, die keine Großabnehmer sind.

Non-maintenance Leasing – Finanzierungs-Leasing ohne Einschluß von Dienstleistungen in den Leasing-Vertrag.

Non-pay-out Leasing – Leasing mit Teilamortisation.

Nutzungsdauer (betriebsgewöhnliche) – Der jährlich zulässige Prozentsatz für Abschreibungen von Wirtschaftsgütern wird durch die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bestimmt, die in den amtlichen AfA-Tabellen festgelegt ist.

Objekt-Gesellschaft – Leasing-Gesellschaft, die speziell zur Abwicklung eines Immobilien-Projektes gegründet und nach Leasing-Vertragsende wieder gelöscht wird.

Open-end Leasing – Leasing mit Restwertrisiko beim Leasing-Nehmer mit späterer Abrechnung über den Verkaufserlös des gebrauchten Wirtschaftsgutes.

Operating Lease – Jederzeit kündbarer Leasing-Vertrag, meist nach Ablauf eines steuerrechtlich bedingten Mindestzeitraumes.

Optionspreis – Preis, zu dem der Leasing-Nehmer das Leasing-Objekt nach Ablauf des Leasing-Vertrages käuflich erwerben kann; entweder Restbuchwert oder niedriger gemeiner Wert.

Pay-as-you-earn – Im Leasing erfolgen idealerweise die Ratenzahlungen für das Leasing-Objekt im selben Rhythmus wie das Leasing-Objekt Erträge erwirtschaftet.

Personal-Leasing – Mietweise Überlassung von Arbeitnehmern.

Plant Leasing – Leasing gesamter Betriebsanlagen.

Privat-Leasing – Leasing an Privatpersonen (Konsumenten-Leasing).

Quartalszahlung – Zahlung der Leasing-Raten im Dreimo*nats-Rhythmus zur Ersparnis von* Verwaltungskosten sowohl beim Leasing-Nehmer als auch beim Leasing-Geber.

Rahmenvertrag – Leasing-Vertrag, der die prinzipiellen Bedingungen zwischen Leasing-Nehmer und Leasing-Geber regelt. Die Konditionen für einzelne Objekte werden im Abruf- oder Mietschein festgelegt.

Restamortisation – Der mit den Leasing-Ratenzahlungen nicht getilgte Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Restbuchwert – Jeweiliger Wert, der sich nach vollzogener Abschreibung gemäß amtlichen AfA-Tabellen ergibt (Rest-AfA).

Restbuchwert-Modell – Im Immobilien-Leasing-Vertrag meist gebräuchliche Variante, nach der der Leasing-Nehmer nur die steuerlich zulässige Abschreibung tilgt.

Restnutzungsdauer – Wird das Leasing-Objekt nach Beendigung eines Leasing-Vertrages vom Leasing-Nehmer angekauft, schreibt er es über die voraussichtliche Restnutzungsdauer ab.

Restwert – Differenz zwischen den Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Leasing-Objektes und seinem nicht getilgten Wert nach Ablauf eines Leasing-Vertrages.

Restwert-Risiko – Risiko der Verwertung eines Leasing-Objektes nach Vertragsende; im Automobil-Leasing wird das Restwert-Risiko in der Regel vom Leasing-Geber getragen.

Rückgabepflicht – Pflicht des Leasing-Nehmers – insbesondere im Automobil-Leasing –, das Leasing-Objekt nach Vertragsende zurückzugeben an den *Leasing-Geber.*

Sale & Lease-back – Verkauf eines Objektes an den Leasing-Geber, der es *im gleichen Züge an den* Leasing-Nehmer zurückverleast.

Same-name Leasing – Gründung einer Leasing-Gesellschaft eines Herstellers unter Beteiligung einer unabhängigen Leasing-Gesellschaft, um den Hersteller-Namen auch im Leasing zu erhalten.

Second-hand Leasing – Leasing von gebrauchten Gütern.

Short Leasing – Leasing-Verträge, deren Laufzeit unter vier Jahren liegt.

Sicherungsübereignung – Bei der Banken-Finanzierung wird dem Kreditgeber das finanzierte Gut als Sicherheit übereignet.

Spezial-Leasing – Verträge, bei denen das Leasing-Objekt speziell auf den Leasing-Nehmer zugeschnitten ist und bei einem Dritten wirtschaftlich nicht sinnvoll Verwendung finden kann. Verträge über solche Objekte werden steuerlich dem Leasing-Nehmer zugerechnet.

Teilamortisation – Die vom Leasing-Nehmer in der Grundmietzeit gezahlten Leasing-Raten decken nicht die Herstellungs- oder Anschaffungskosten zuzüglich aller Nebenkosten des Leasing-Gebers.

Umdeutung – Nicht-Anerkennung eines Finanzierungs-Leasing-Vertrages durch die Finanzbehörden, sondern Umdeutung in Mietkauf, mit der Konsequenz nachträglicher Aktivierung beim Leasing-Nehmer.

Überalterungsrisiko – Durch die Verpflichtung (im Mobilien-Leasing üblich für Kraftfahrzeuge), die Lea*sing-Objekte nach* Vertragsablauf an den Leasing-Geber zurückzugeben, vermeidet der Leasing-Nehmer das Überalterungsrisiko.

Vergleichsrechnung – Vergleich verschiedener Finanzierungsarten in *Bezug auf* ihre Wirtschaftlichkeit.

Verlängerungsoption – Vereinbartes Recht des Leasing-Nehmers, nach Ablauf eines Leasing-Vertrages denselben zu verlängern.

Vertriebs-Leasing – Leasing als Marketing-Instrument, System der kleinen Beträge.

Vollamortisation – Die in der Grundmietzeit entrichteten Leasing-Raten decken voll die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich aller Nebenkosten des Leasing-Gebers.

Vormiete – Leasing-Raten-Zahlungen, die entrichtet werden, bevor ein Immobilien-Leasing-Projekt übernommen werden kann.

Werksverkehr – Die Beförderung von Gütern mit Lastkraftwagen für eigene Zwecke des Unternehmens, Werksnahverkehr bis 50 km Radius, Werksfernverkehr über 50 km Radius, Leasing nur bis zu unter 4 Tonnen Nutzlast erlaubt.

Wertminderung (merkantile) – Minderwert eines Fahrzeuges nach Unfallschaden, selbst nach ordnungsgemäßer Ausführung der erforderlichen Instandsetzungsarbeiten (Unfallwagen).

Wiederverwertbarkeit – Möglichkeit, ein Leasing-Objekt nach Vertragsende entweder an den ursprünglichen Leasing-Nehmer weiter zu vermieten, zu verkaufen oder an einen Dritten zu vermieten oder zu verkaufen.

Wirtschaftliches Eigentum – Steuerrecht: Wirtschaftsgüter sind demjenigen zuzurechnen, der die tatsächliche Herrschaft darüber in der Weise ausübt, daß der juristische Eigentümer auf Dauer von der Einwirkung auf das Wirtschaftsgut ausgeschlossen wird.

Zeitarbeit – Überlassung von Zeitarbeitnehmern an Unternehmen.

Zurechnung – Steuerliche Festlegung, wer ein Leasing-Objekt zu aktivieren hat, wobei der wirtschaftliche Gesichtspunkt den Ausschlag gibt.